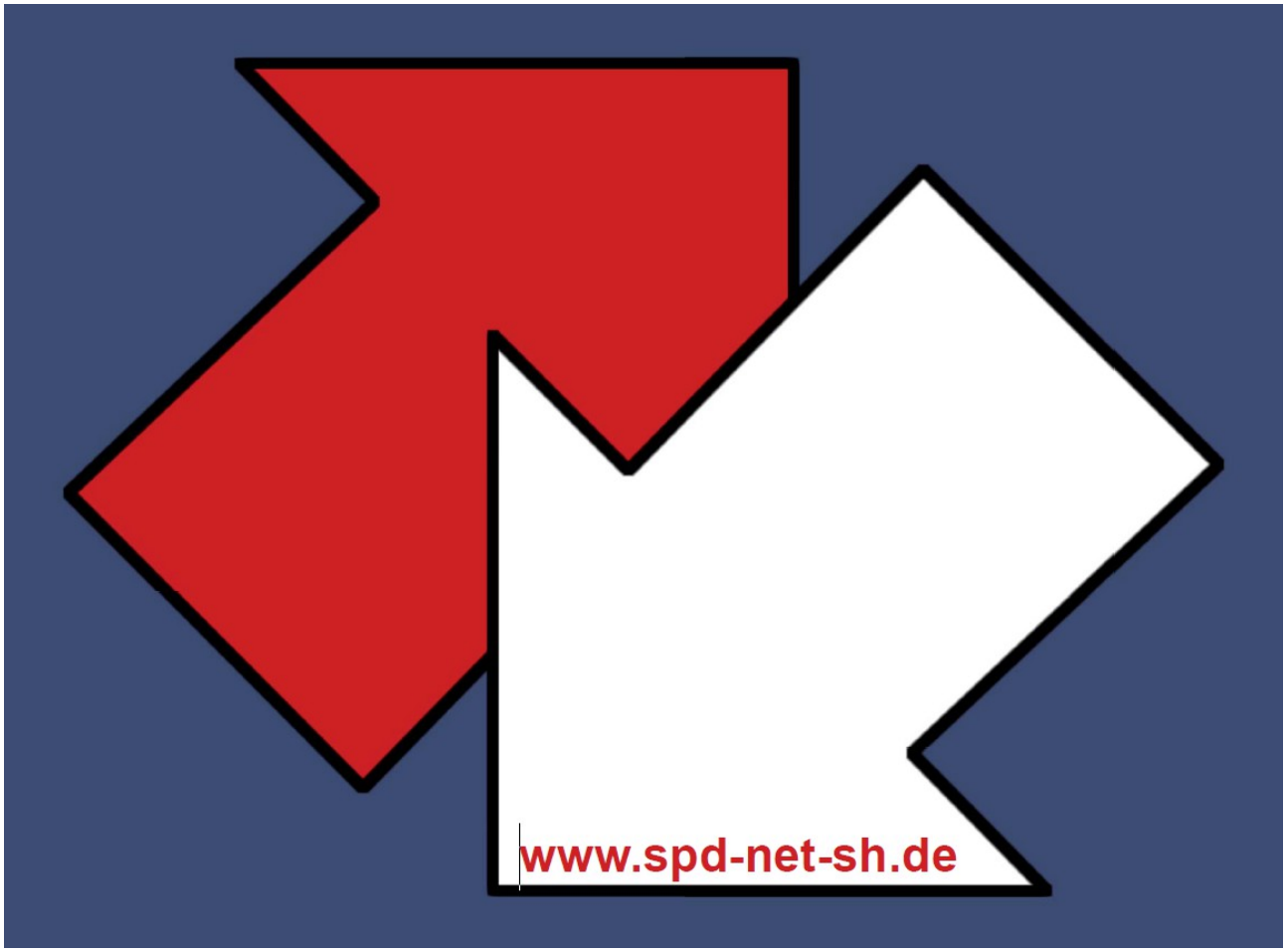
SPD-NET-SH

Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein



Artikelarchiv 2008, Mai bis August

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2013

SPD-Sievershütten - *veröffentlicht am 01.05.2008, 10:34 Uhr - 3308 Clicks - Nr. 466*

Fehlerteufel hat sich eingeschlichen!

Druckfehler in unserem Wahlprogramm.
In unserem Bericht über den Kindergarten „Hüsieborn“ beim Thema „Wir wollen Bildung und lebenslanges Lernen fördern!“ hat sich ein Fehler eingeschlichen. Unser Kindergarten hat schon seit 2004 eine Gruppe mit 15 Plätzen in der 5 Kinder ab 2 Jahren untergebracht werden können. Diese Plätze werden auch genutzt. Unser Kindergarten betreut Kinder im Alter zwischen 2 und 10 Jahren. Folgerichtig muss es dann auch heißen -Nicht gesichert ist die Betreuung von Krippenkindern (0 bis unter 2 Jahre) und Hortkindern (ab 10 Jahren)- Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen und bedanken uns bei den aufmerksamen Leserinnen und Lesern für die Rückmeldungen.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 01.05.2008, 11:19 Uhr - 5545 Clicks - Nr. 467*

SPD Flensburg zum 1. Mai 2008:

„Nur soziale Gerechtigkeit sichert Zukunftsfähigkeit“

In einer Presseerklärung zum 1. Mai 2008 weist Helmut Trost, Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Flensburg, darauf hin, dass nur soziale Gerechtigkeit Zukunftsfähigkeit sichert und das Thema Mindestlohn auch ein kommunales Thema ist.

Für die SPD Flensburg gilt: Soziale Gerechtigkeit steht am Beginn von Zukunftsfähigkeit. Soziale Gerechtigkeit muss deshalb in Flensburg Vorrang haben.

Die Wirtschaft wächst, die Gewinne steigen und die Einnahmen der öffentlichen Haushalte nehmen zu. Gleichzeitig wird aber auch die Kluft zwischen Arm und Reich größer. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können von ihrer Vollzeitarbeit nicht leben. Wir haben deshalb eine klare Position zum Thema faire Mindestlöhne und zur Tariftreue bezogen. Dies ist auch ein kommunales Thema für Flensburg, und zwar gleich in dreifacher Hinsicht: Zum einen bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt selbst, z.B. an Bewachungsfirmen, die Niedrigstlöhne an ihre Mitarbeiter zahlen. Zum anderen ist es die Stadt, die durch Sozialleistungen Niedriglöhne wieder ausgleichen muss, die von bestimmten Arbeitgebern zu verantworten sind. Drittens sind Niedriglöhne von heute für Magerrenten von morgen verantwortlich. Und im Alter muss dann auch hier die Kommune helfen. In der EU ist Deutschland das einzige Land ohne Absicherung der Lohnuntergrenze - diesen Zustand wollen wir Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften beenden.

Aufstieg durch Bildung, längeres gemeinsames Lernen mit dem Erfolgsmodell Gemeinschaftsschule sind weitere unverzichtbare Bausteine für das Leben in einer zukunftsfähigen Stadt. Wir wollen eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik auch vor Ort. Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht unter Renditegesichtspunkten gesteuert werden – darum wenden wir uns gegen Privatisierungen und den Verkauf von städtischem Tafelsilber wie den Stadtwerken.

Flensburg benötigt eine soziale Politik für Kinder und Familien. An einer sozialen Schieflage leiden zuerst immer die Schwächsten, die Kinder. Kinderarmut wächst, Deshalb brauchen wir ein gutes Versorgungsangebot für Kinder, den Erhalt von Kindergärten, gut ausgestattete und leistungsfähige

Schulen und die Sicherung unverzichtbarer sozialer Leistungen vor Ort.

Auch auf kommunaler Ebene muss der Starke für den Schwachen einstehen. Und darum muss es auch in Zukunft solidarisch finanzierte kommunale Einrichtungen wie beispielsweise das neue Hallenbad, eine attraktive Flensburger Bildungs- und Kulturlandschaft und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Flensburgs geben. Soziale Gerechtigkeit muss Leitmotiv, Kompass und Maßstab politischen Handelns in Flensburg sein.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 01.05.2008, 15:19 Uhr - 6906 Clicks - Nr. 468*

Pflegereform - Eine Herausforderung für die Kommunalpolitik

Vor einer Woche hat auch der Bundesrat dem Pflege- Weiterentwicklungsgesetz zugestimmt, sodaß es jetzt, am 1.Juli, wie geplant in Kraft treten kann. Pflege- und Krankenversicherung einerseits, Sozial- und Altenhilfe andererseits - hier wird vor Ort zusammengeführt, was für die Betroffenen zusammengehört! Am 28. April in der Postkantine Flenburg und am 30. April in den Delfter Stuben in Mürwik hat Dr. Wolfgang Wodarg, MdB für die Chancen des neuen Gesetzes geworben.

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz ist jedoch nur der gesetzliche Rahmen. Ob Hilfe für die Betroffenen daraus wird, hängt in großem Maße davon ab, ob die Kommunen Sorge und Pflege für die Bürgerinnen und Bürger vermehrt in die Verantwortung der Gemeinden zurückholen wollen. Der Pflege"markt" hat in den letzten Jahren diesen Bereich des Gemeinwohls vielerorts entstellt. Wir dürfen uns nicht die Sorge und die Pflege um unsere Nächsten immer mehr von den Entsorgungsunternehmen des Pflegemarktes abkaufen lassen - denn es kann Freude bereiten, füreinander und miteinander auch die schwierigen Abschnitte des Lebens zu meistern. In vielen Gemeinden meines Wahlkreises habe ich grosses Interesse der Verantwortlichen gespürt, das Thema Pflege wieder verstärkt in die Kommunalpolitik zurückzuholen.

Neben dem Vortrag, den ich als Anhang zu diesem Text auf meiner Homepage zum Downloaden bereitstelle, habe ich auch die wichtigsten neuen Informationen in ein Frage- und-Antwort-Artikel aus dem Bundesgesundheitsministerium angehängt.
Ihr Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 01.05.2008, 19:38 Uhr - 7635 Clicks - Nr. 469*

Mindestlöhne: Gebot sozialer Gerechtigkeit und Respekt vor der Leistung von Arbeitnehmer/innen

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner erklärte in seiner Rede auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai in Elmshorn:
„Die wirtschaftliche Lage hat sich deutlich verbessert. Die Gewinne steigen, ebenso die Zahl der Arbeitsplätze und die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Der Aufschwung ist aber längst nicht bei allen angekommen. Die Lohn- und Gehaltsentwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist unbefriedigend und die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen höchst problematisch. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich wächst erschreckend.

Der reine Wettbewerb hat Folgen, die wir nicht wollen. Dass wir am Beginn des 21. Jahrhunderts in unserer eigentlich reichen Gesellschaft eine wachsende Kinderarmut haben, ist eine Schande. Politik hat die Aufgabe für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinanderklaffen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht auf einen Lohn, von dem man leben kann. Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind kein Standortvorteil, sondern schlicht Ausbeutung. Wenn gegenwärtig rund 750.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wegen Lohndumping auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen sind, bedeutet dies, dass nicht mehr die Unternehmen große Teile des Lohnes zahlen, sondern die Kommunen und letztlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das allerdings ist nicht soziale Marktwirtschaft, sondern eine Perversion davon. Dumpinglöhne sind auch eine große Belastung für die Zukunft. Denn auf Hungerlöhne folgen unmittelbar Hungerrenten. Wachsende Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Das wollen wir verhindern.

Es geht aber nicht nur ums Geld. Selbstachtung hängt bei den meisten Menschen nicht nur vom wirtschaftlichen Erfolg und finanzieller Unabhängigkeit ab, sondern auch von der Anerkennung der eigenen Tätigkeit und Leistung. Der wachsende Niedriglohnsektor zeigt, dass viele Unternehmen den Respekt vor der Leistung und der Person von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren. Es geht deshalb auch um die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese Würde wollen wir gemeinsam kämpfen."

Deshalb fordert die SPD zusammen mit den Gewerkschaften, dass durch Mindestlöhne dem Niedriglohnsektor Grenzen gesetzt werden. Deutschland ist das einzige Land der EU ohne Absicherung der Lohnuntergrenze. Jetzt geht es auch in Deutschland nicht mehr ohne Mindestlöhne! Diesen Ausnahmezustand wollen wir beenden."

Keine Kommentare

Jusos Rendsburg - *veröffentlicht am 01.05.2008, 21:33 Uhr - 9738 Clicks - Nr. 470*

Die CDU und Ihre zwei Landratskandidaten...

Die CDU Rendsburg-Eckernförde hat scheinbar wirklich große Probleme, ihre zwei Landratskandidaten zu bändigen...

Die Landratswahl im Kreis Rendsburg-Eckernförde am 25. Mai wird immer mehr zu einem Spektakel, das seines Gleichen sucht. Da hat die CDU schon zwei Landratskandidaten, um dem SPD-Kandidaten, Dr. Frank Martens, in irgendeiner Form Paroli bieten zu können, doch auch das geht gründlich in die Hose. Nun wird schon über die Farben von Plakaten gestritten, die der eine haben darf, der andere aber irgendwie nicht. Man stellt sich wirklich die Frage, was da so den ganzen Tag in den Büros der CDU veranstaltet wird. Politik, die den Kreis weiterbringt, kann das auf keinen Fall sein. Aber da Bilder und Filme mehr sagen, als ein langer Bericht, sollte sich jeder einmal einen Beitrag des NDRs ansehen, der auch schon auf diesen Streit aufmerksam geworden ist.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 02.05.2008, 10:46 Uhr - 3118 Clicks - Nr. 471*

SPD-Engelsby: Neugestaltung des Spielplatzes am Trögelsbyer Weg

Der Kinderspielplatz „Trögelsbyer Weg“ im Engelsbyer Freizeitpark soll in diesem Jahr neu gestaltet werden.

Um möglichst viele Anregungen und Ideen von Kindern, Eltern und Anwohnern in die Gestaltung des Platzes mit einfließen zu lassen, lädt das Spielmobil der Stadt Flensburg alle Interessierten am

Mittwoch, den 7. Mai, um 16 Uhr

zu einem ersten Planungsgespräch auf dem Gelände des Spielplatzes ein.

Keine Kommentare

AG60plus - Dithmarschen - *veröffentlicht am 02.05.2008, 19:57 Uhr - 4708 Clicks - Nr. 472*

AG 60plus-Dithmarschen besucht den Landtag in Kiel

Am 30. April 2008 besuchte die Arbeitsgemeinschaft 60plus in der Dith-marscher SPD den Landtag in Kiel. Gut 30 Seniorinnen und Senioren aus dem ganzen Kreisgebiet erlebten einen interessanten Nachmittag.
Am 30. April 2008 besuchte die Arbeitsgemeinschaft 60plus in der Dith-marscher SPD den Landtag in Kiel. Gut 30 Seniorinnen und Senioren aus dem ganzen Kreisgebiet erlebten einen interessanten Nachmittag. Nach einer Besichtigung des Landtages, insbesondere des Plenarsaales, standen die Ab-geordneten Angelika Birk (Die Grünen), Karsten Jasper (CDU) und Detlef Buder (SPD) für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Schulpolitik und demografischer Wandel waren die Gesprächsthemen. Alle Besucher machten reichlich Gebrauch von der Möglichkeit, den Abgeordneten ihre Meinung zu den Themen darzulegen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 03.05.2008, 18:14 Uhr - 3065 Clicks - Nr. 473*

SPD-Engelsby: Pflanzaktion bei Kaiserwetter

Die bereits vor einiger Zeit in der Presse und auf unserer Internetseite angekündigte Pflanzaktion im Bürgerpark Twedt wurde heute von einigen aktiven Mitgliedern des SPD-Ortsvereins durchgeführt.

Bei strahlendem Sonnenschein wurden die zwei, zur Bepflanzung vorbereiteten Beete, mit Fleißigen Lieschen bepflanzt.

Insgesamt wurden heute Nachmittag 375 Stück in den Farben rot, rosa, lila und weiß bunt gemischt in die Erde gesetzt.

Im Zusammenhang mit der SPD-Aktion hatte der Verschönerungsverein zwei neu Holzschilder mit der Aufschrift "Bürgerpark Twedt" gespendet und aufstellen lassen.

Um das Rahmenprogramm für die Kleinen kümmerte sich Herr Dirk Sura vom Jugendzentrum Engelsby.

Zum Abschluss der Aktion gab es dann noch kalte Getränke und Grillwurst.

Wir wünschen uns ein gutes Anwachsen der Pflanzen und dass sich die Engelsbyer recht lange an den neuen "Farbtupfern" im Bürgerpark erfreuen können.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 04.05.2008, 10:18 Uhr - 4570 Clicks - Nr. 474*

"Wieviel Staat brauchen wir?" mit Ralf Stegner

Einladung zu einer Veranstaltung der AfA Schleswig-Flensburg am 19. Mai 2008 um 18.00 Uhr im Landgasthof "Jäger´s Ruh" in der Kastanienallee in Steinfeld
Ralf Stegner wird auf der Veranstaltung die Themen "Wieviel Staat brauchen wir?", "Mindestlohn" und "Jugend und Familie" behandeln.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 04.05.2008, 14:04 Uhr - 3412 Clicks - Nr. 475*

Qualitätsverbesserungen in den Kitas endlich anpacken!

SPD-Fraktion unterstützt Vorschläge des Kreiselternbeirates

„Die CDU-Fraktion wird wohl die letzte Chance in dieser Wahlperiode verpassen, für eine bessere und konsequente Kindertagesbetreuung zu sorgen. Die selbstformulierten Ziele im Wahlprogramm der CDU bleiben leere Versprechungen.“, mit diesen Worten kritisiert der Sprecher der Norderstedter SPD-Fraktion, Thomas Jäger, das sich abzeichnende Abstimmungsverhalten der CDU zur Einführung eines Kita-Gutscheinsystems.

Jäger bezeichnete als Fehler in der Kita-Politik insbesondere die fehlende ernsthafte Kommunikationsbereitschaft mit den betroffenen Eltern.

„Die CDU will im Hauruck-Verfahren mit ihrem Gutschein-System beim Ausbau der Plätze gleichzeitig die Qualität von Bildung und Betreuung senken und schaut nur auf die Zahl der untergebrachten Kinder.
Die schweren Fehler in der Kita-Politik und die nach wie vor bestehenden Probleme in den Norderstedter Kindertagesstätten ließen sich auch durch ein erst 2012 zu realisierendes Gutschein-System nicht lösen. Wir unterstützen daher die Forderung der Kreiselternvertretung nach einem Sofortprogramm, das bereits im Kita-Jahr 2008/2009 greift.“

Das für die Beschlussfassung im Ausschuss für junge Menschen am 7. Mai zugrunde liegende

Gutachten beinhaltet viele sehr interessante Veränderungsvorschläge, die ohne ein Gutscheinsystem umgesetzt werden könnten und die nicht an einen Einführungstermin 2012 gekoppelt wären.

- Stellenschlüsselanhebung für pädagogische Kernzeiten auf 2,5 MA/Gruppe (halbtags für 3 Std./Tag, Dreivierteltags für 4 Std./Tag und ganztags für 5 Std./Tag).

- Würdigung kindferner Tätigkeiten (reiner Verwaltungstätigkeiten) durch eine Stellenschlüsselanhebung (+4 Std. pro Gruppe/pro Woche).

- Würdigung von Fortbildungsmaßnahmen durch eine Stellenschlüsselanhebung (+2 Tage/Kita-Jahr pro Mitarbeiter) und die Finanzierung der jeweiligen Maßnahme.

- Finanzierung von besonderen personalintensiven Konzepten, die ggf. den Einsatz einer externen Unterstützung zulässt.

- Anschubfinanzierung für interne Qualitätssicherung mit entsprechender Würdigung im Stellenschlüssel.

- Finanzierung einer externen Qualitätssicherung/ anerkannten Zertifizierung aller Norderstedter Kitas bis 2012.

Mittelfristig, da verbunden mit Satzungsänderungen und ggf. Zusatzvereinbarungen mit den Nichtstädtischen Trägern, wären die folgenden Maßnahmen parallel anzustoßen, um im kommenden Jahr umgesetzt werden zu können:

- Freigabe der Öffnungszeiten an die Kitas in Absprache mit den Beiräten

- Umstrukturierung in Halb-, Teilzeit- und Ganztagsplätze (nach Bedarfsanalyse)

- Ausbau von (für Eltern) finanzierbaren Teilzeitplätzen, analog zur „7-Stunden-Empehlung“ des Gutachtens für die Regelbetreuung.

- Bedarfsgerechter Ausbau von Krippen- und Hortbetreuung

- Schaffung eines unterjährigen Kita-Zuganges (z.B. zum 3. Geburtstag).

„Unsere Zustimmung zu diesem Maßnahmenpaket hat auch nach der Wahl dem 25. Mai Bestand. Wir verpflichten uns dazu das unwürdige Verwirrspiel der CDU um die Finanzierung besserer Bildungschancen für unsere Kinder zu beenden und den Eltern endlich Klarheit und Planungssicherheit zu geben.“, so der SPD-Sprecher.
Kommentar von Marcel Kroll vom 07.05.2008, 09:14 Uhr:
RE:Qualitätsverbesserungen in den Kitas endlich anpacken!
Zunächst: ich bin der Meinung das der Staat der BRD einen Bildungsauftrag hat. Und daher beginnt die Bildung schon bei den Säuglingen und im Kindergarten. Damit will ich nicht die Eltern aus der Verfantwortung ziehen. Die Eltern haben die Pflicht darauf zu achten wie ihre Kinde sich entwickeln. Und Die bildung und soziale kopmpetenz entwickelt sich mit im kindergarten. Vorallem ist es wichtig sozialschwachen Kindern, welche aus Familien mit imigranten Hintergrund kommen einzugliedern, zu integrieren. Daher plediere ich für eine Kindergartenbetreuung generell für alle Kinder zu schaffen. Denn für mich bedeuten die Kinder Zukunft, und diese Zukunft sollte uns was wert sein, als irgendwelche großangelegten Projekte. Die Qualität der Kinderggärten ist sehr wichtig und einen qualitative gute Betreung fängt mit einem entsprechendem guten

Personalschlüssel an wo fast alle auftretenden Problem abgefangen werden können. Auch ist die Bezahlung ein wichtige kreterium. Es kann nicht sein das ein Mitarbeiter/Angestellter des Kindergartens noch nach so einem anstrengenden Tag zusätzlich arbeiten muß. Ich als Altenpfleger kann das gut nachempfinden wie anstrengend der Beruf sein kann.

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 04.05.2008, 17:30 Uhr - 2105 Clicks - Nr. 476*

Jugendzeltplatz und Mühle - SPD will Klarheit vor der Wahl

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am kommenden Mittwoch, den 7. Mai 2008 wird der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Gerd-Rainer Busch die Freigabe der Mittel für die Existenzsicherung des Verein für Jugend und Kulturarbeit (VJKA) beantragen:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Der Hauptausschuss des Kreises Segeberg als Werksausschuss des Eigenbetriebs „Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg“ wird aufgefordert, die im Investitionsprogramm eingeplanten kann Finanzmittel für diverse Bauvorhaben an der Jugendbildungsstätte „Mühle“ und für den Neubau des Versorgungsgebäudes des Jugendzeltplatzes Wittenborn bereitzustellen.

Begründung:

Bereits seit einigen Jahren befinden sich die beiden Bauvorhaben in Planung, ohne bisher umgesetzt werden zu können. Nunmehr nicht einmal mehr weiter geplant werden, weil durch Neuorganisation der Liegenschaftsverwaltung der Eigenbetrieb Bauherr geworden ist. Die benötigten Finanzmittel sind zwar im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes eingestellt worden, doch kann die nunmehr von dort vorzunehmende Planung erst fortgeführt werden, wenn die Mittel – wie beantragt - bereitgestellt worden sind.
Die dringend gebotenen Bauvorhaben wurden von der Kreisverwaltung bereits mit den Drucksachen 2007/120 und 126 vorgeschlagen und durch Anträge des Vereins begründet.
Die SPD-Fraktion übernimmt diese Begründungen sachlich und fachlich und bezieht sich insoweit auf diese Drucksachen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 04.05.2008, 19:32 Uhr - 3438 Clicks - Nr. 477*

SPD-Engelsby: Anerkennung der Aktivitäten vor Ort

Am Samstag war der SPD-Ortsverein mit seinen vier Kandidatinnen und Kandidaten mit seinem Infostand zur Kommunalwahl vor dem neuen Einkaufszentrum in der Engelsbyer Straße.

In der Zeit von 10 bis 13 Uhr standen Sylvia Meyerding, Karin Schnittke, Andree Nitsch und Rolf Helgert den interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern Rede und Antwort.

Fragen zur Bildungspolitik, zu Verkehrsproblemen, zur Fusion der

beiden Sparkassen und zum Thema Tourismus waren von den SPD-lern zu beantworten.

Anerkennende Worte gab es insbesondere für die Aktivitäten und die Bürgernähe des Ortsvereins im Stadtteil.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 04.05.2008, 21:18 Uhr - 4903 Clicks - Nr. 478*

Nach dem Willen der CDU nur ein beitragsfreies Kindergartenjahr

Aus der Ratsversammlung Neumünster:
Die CDU Neumünster lehnte die SPD-Forderung nach drei beitragsfreien Kindergartenjahren ab

Aus der Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 29.04.2008

Änderungsantrag der SPD Rathausfraktion zum beitragsfreien Kindergartenjahr (Antrag der CDU Mehrheitsfraktion):

Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren, liebe Sabine Krebs.

Sie fordern in ihrem Antrag das beitragsfreie letzte Kitajahr. Ich stimme mit ihnen vollkommen überein, dass dies eine finanzielle Entlastung für Familien bedeutet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf damit gestärkt, und die Betreuungssituation für Kinder aus sozial benachteiligten Familien erheblich verbessert wird.
Auch ist es richtig, dass es immens wichtig ist, Kinder durch eine ausgewogene pädagogische Förderung auf den Schulalltag vorzubereiten.
Darum geht es der SPD beim Thema beitragsfreie Kitas auch um erheblich mehr, als in ihrem Antrag ausgeführt. Es geht uns um Bildungsgerechtigkeit, um kostenlose Bildung für alle, von der Kita bis zur Hochschule. Es geht um den Grundsatz, „Aufstieg durch Bildung“ unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
Es mag ihrer Partei vielleicht immer noch seltsam anmuten, von einer Kita als Bildungseinrichtung zu sprechen. Denn eine Kita ist schließlich keine Schule. Kitakinder spielen, Schulkinder lernen.

Richtig, eine Kita ist keine Schule, in der Bildung und Wissen im 45 Minutentakt vermittelt werden. Lernen in Kitas funktioniert heute anders. Hier geht es um die spielerische Erfahrung der Welt, der Zusammenhänge, aber auch um das Finden des eigenen Platzes in dieser Welt. Die Bildungswege, die Kinder auf ihrem Weg vom Kindergarteneintritt bis zum Schuleintritt erfahren, sind so individuell wie die Kinder selbst. Und sie brauchen dafür Zeit!
Für die SPD ist es daher von ihrer Partei entschieden zu kurz gedacht, nur die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr zu fordern. Das Ziel muss die vollständige Beitragsfreiheit der letzten drei Kitajahre sein.
Es ist eine Überforderung des pädagogischen Personals, aber vor allem auch der Kinder, dem letzten Kitajahr einen derart herausragenden Wert beizumessen. Schulvorbereitung ist nicht nur das Erlernen von Farben und Formen, das Training von Konzentrationsfähigkeit und Stillsitzen. Zur Schulvorbereitung gehören auch Persönlichkeitsbildung, Impulskontrolle, Umgang mit

Aggressionen, Empathieentwicklung und vieles mehr.
Wenn ihr Antrag mehr sein soll, als bloßer Populismus vor der Wahl, dann stimmen sie unserem Änderungsantrag auf die stufenweise Einführung der beitragsfreien letzten drei Kitajahre bis 2013 zu.

Für alle, die diesen Antrag nicht vorliegen haben, lese ich ihn zum Abschluss noch einmal vor:

"Die Ratsversammlung spricht sich dafür aus, dass der Besuch von Kindergärten / Kindertagesstätten in den drei dem Schuleintritt vorausgehenden Jahren stufenweise, ab August 2009 für das 3. Kindergartenjahr, ab Schuljahr 2011 auch für das 2. Kindergartenjahr und ab Schuljahr 2013 auch für das 1. Kindergartenjahr, für die Personensorgeberechtigten grundsätzlich beitragsfrei ist, unter der Voraussetzung, dass die Kosten durch jährliche Landeszuwendungen gefördert werden."

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit und bitte um breite Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Michaela Schwenk
Jugend- und Familienpolitik der SPD Ratsfraktion

Redaktionelle Anmerkung

Die CDU in Neumünster hat diesem Änderungsantrag mit ihrer Mehrheit (19/15/3) nicht zugestimmt.

Wer selbst nicht auf die Idee kommt, Beitragsfreiheit für alle KITA – Jahre zu fordern, sollte den Mut haben, weitsichtigen und pädagogisch wertvollen Ansichten und Anträgen zu folgen, statt seine politischen Muskeln spielen zu lassen. Wer A sagt, sollte auch B sagen. Aber Papier ist ja so geduldig.

Alexandra Mallon

SPD Ratsfraktion

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - *veröffentlicht am 05.05.2008, 08:33 Uhr - 3669 Clicks - Nr. 479*

Kinder sind unsere Zukunft!

„Für die SPD ist eine aktive und zukunftsorientierte Kinder- und Familienpolitik auch in Neumünster ein wichtiger Eckpfeiler der Kommunalpolitik“, erklärt SPD-Spitzenkandidat Andreas Hering. Der SPD-Kreisverband Neumünster ist dankbar für die Erfolge, die in den letzten Jahren von Oberbürgermeister Hartmut Unterlehberg und Sozialdezernent Günter Humpe-Waßmuth erreicht wurden. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen, wie die nachfolgenden Punkte verdeutlichen:

1. In Neumünster ist für die Altersgruppe der 3 – 6jährigen Kinder der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt. In Neumünster erhält

jedes Kind dieser Altersgruppe – sofern von den Erziehungsberechtigten gewünscht – einen Platz im Kindergarten. In insgesamt 29 Kindertagesstätten und 2 kindergartenähnlichen Einrichtungen stehen 2.180 Kindergartenplätze zur Verfügung

2. Durch die geplante Ausbaustufe für unter 3-jährige Kinder mit 65 zusätzlichen Plätzen in Kindertageseinrichtungen und 23 Plätzen im Bereich der Kindertagespflege ist der von der Ratsversammlung vorgegebene Bedarf gemäß des Tagesbetreuungsausbau-gesetzes von 15% (= 289 Plätze), bereits im Jahr 2008 abgedeckt. Hierdurch entstehen im Jahr 2008 Kosten in Höhe von 429.800 Euro, die wir gern bereitgestellt haben. Für das Haushaltsjahr 2009 müssen Mittel in Höhe von 671.000 Euro im Haushalt der Stadt eingestellt werden. Dies ist aus unserer Sicht unverzichtbar.

3. In Neumünster werden Plätze für besondere Bedarfe der Betriebe und Unternehmen geschaffen und von diesen finanziert (Notfallbetreuung – rund um die Uhr).

4. Perspektivisch sollen Kindertagesstätten zu Familienzentren mit einem umfassenden Familien-Service entwickelt werden. In vier Einrichtungen soll in Kürze die Erprobung beginnen.

Diese zukunftsgerichtete Kinder- und Familienpolitik wollen wir auch nach dem 25. Mai 2008 fortsetzen. Unterstützung erhalten wir dabei auch von der SPD-Landtagsfraktion. Nachdem die Vorschläge der Koalitionspartner zur Beitragsfreiheit von Kindertagesstätten auf dem Tisch sind, kann und muss nach Auffassung der SPD Neumünster darüber jetzt schnell entschieden werden. Dazu gehört auch die Initiative ‚Kein Kind ohne Mahlzeit' auf Dauer abzusichern. Die SPD Neumünster unterstützt den von der SPD-Landtagsfraktion vorgeschlagenen Stufenplan, demzufolge ab 2009 das dritte, ab 2011 das zweite und ab 2013 das erste Kita-Jahr beitragsfrei werden soll. Wir fordern, dass dies schnell entschieden wird. Alle Beteiligten, die Familien, das Land und die Kommunen brauchen Planungs-sicherheit und kein jahrelanges Gewürge über dieses Thema. Das Gesamtkonzept wäre auch ein Meilenstein auf dem Weg zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Nach neuesten Erhebungen steigt der Anteil der Geringverdiener der in Armut lebender Familien stark an. Wer es mit Bildungsgerechtigkeit ernst meint, der muss jetzt die kostenlose Bildung für alle realisieren, von der Kita bis zur Hochschule. Wenn der Grundsatz Aufstieg durch Bildung auch für die Zukunft gelten solle, dann muss die Bildung der Kinder völlig unabhängig vom Portemonnaie der Eltern gemacht werden. Das gelte angesichts steigender Kinderarmut auch für die Verpflegung gerade in Kitas und Schulen. Die wirtschaftlichen Probleme von heute, dürfen nicht der soziale Sprengstoff von morgen werden.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 05.05.2008, 09:56 Uhr - 47290 Clicks - Nr. 480*

Ralf Stegner zum 1. Mai: Mindestlohn Gebot sozialer Gerechtigkeit

Mindestlöhne: Gebot sozialer Gerechtigkeit und Respekt vor der Leistung von Arbeitnehmern!
Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner erklärte in seiner Rede auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai in Elmshorn:

„Die wirtschaftliche Lage hat sich deutlich verbessert. Die Gewinne steigen, ebenso die Zahl der Arbeitsplätze und die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Der Aufschwung ist aber längst nicht bei allen angekommen. Die Lohn- und Gehaltsentwicklung der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer ist unbefriedigend und die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen höchst problematisch. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich wächst erschreckend. Der reine Wettbewerb hat Folgen, die wir nicht wollen. Dass wir am Beginn des 21. Jahrhunderts in unserer eigentlich reichen Gesellschaft eine wachsende Kinderarmut haben, ist eine Schande. Politik hat die Aufgabe für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinanderklaffen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht auf einen Lohn, von dem man leben kann. Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind kein Standortvorteil, sondern schlicht Ausbeutung. Wenn gegenwärtig rund 750.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wegen Lohndumping auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen sind, bedeutet dies, dass nicht mehr die Unternehmen große Teile des Lohnes zahlen, sondern die Kommunen und letztlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das allerdings ist nicht soziale Marktwirtschaft, sondern eine Perversion davon. Dumpinglöhne sind auch eine große Belastung für die Zukunft. Denn auf Hungerlöhne folgen unmittelbar Hungerrenten. Wachsende Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Das wollen wir verhindern.

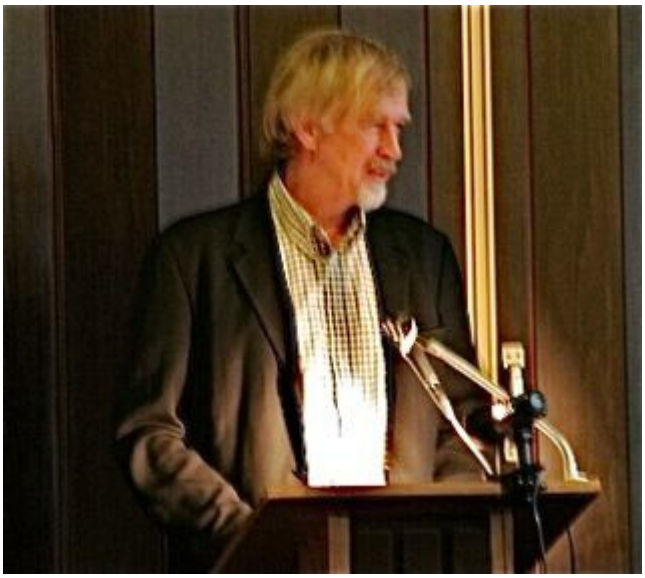
Es geht aber nicht nur ums Geld. Selbstachtung hängt bei den meisten Menschen nicht nur vom wirtschaftlichen Erfolg und finanzieller Unabhängigkeit ab, sondern auch von der Anerkennung der eigenen Tätigkeit und Leistung. Der wachsende Niedriglohnsektor zeigt, dass viele Unternehmen den Respekt vor der Leistung und der Person von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren. Es geht deshalb auch um die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese Würde wollen wir gemeinsam kämpfen.“

Deshalb fordert die SPD zusammen mit den Gewerkschaften, dass durch Mindestlöhne dem Niedriglohnsektor Grenzen gesetzt werden. Deutschland ist das einzige Land der EU ohne Absicherung der Lohnuntergrenze. Jetzt geht es auch in Deutschland nicht mehr ohne Mindestlöhne! Diesen Ausnahmezustand wollen wir beenden.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 05.05.2008, 10:15 Uhr - 7211 Clicks - Nr. 481*

Wodarg: Der wachsende Markt privater Militärfirmen braucht Kriege!



Solange mit Militäreinsätzen viel Geld zu verdienen ist, bleibt es schwer, Frieden zu schaffen! Söldnerarmeen sind an der Börse notiert, Kampfeinsätze und Spionage sind käufliche Dienstleistungen und sorgen für sagenhafte Gewinne der Investoren. Bei einer Veranstaltung im "Pelli-Hof" in Rendsburg berichtete MdB Dr. Wolfgang Wodarg vor der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Sektion Rendsburg:

Als Berichterstatter zu diesem aktuellen und höchst brisanten Thema im politischen Ausschuss des Europarates und als Entwicklungspolitiker im Deutschen Bundestag fordert MdB Wodarg Transparenz sowie nationale und internationale Regeln für die Unternehmen dieser Branche. "Es geht um das staatliche Gewaltmonopol, um die

Voraussetzung demokratischer gesellschaftlicher Entwicklung in Europa und auf globaler Ebene," betonte der Abgeordnete in Rendsburg.

Auch im Deutschen Bundestag arbeitet Dr. Wodarg an einem Antrag mit, der die Bundesregierung auffordert, dazu beizutragen, auf internationaler Ebene mehr Transparenz und klarere Haftungsbedingungen zu schaffen.
Dazu seien unter anderem folgende Maßnahmen erforderlich:

Die Einführung eines Registrierungs- und Lizenzierungssystem von privaten Sicherheitsunternehmen;
ein verbindlicher Verhaltenskodex für Militär- und Sicherheitsfirmen;

Formulierung und Einhaltung klarer Regeln für die Verfolgung von Straftaten im Einsatzgebiet.

Auf internationale Ebene muss zumindest die Internationale Konvention gegen die Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern von 1989 -in Kraft getreten am 20. Oktober 2001- von Deutschland und den anderen Zeichnerstaaten endlich ratifiziert werden.

Weiterhin sollten Normen für die Duldung von Söldnerarbeit im jeweils eigenen Land ebenfalls international verpflichtend werden.

"Neben weiteren Aufgaben der Daseinsvorsorge ist das Gewaltmonopol seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges ein wesentliches Existenzmerkmal moderner Staaten und Staatengemeinschaften. Wer dieses in Frage stellt und das Geschäft mit der Gewalt als neuen Wachstumsmarkt fördert, riskiert das Chaos eines neuen Mittelalters," warnte der Abgeordnete nach engagierter Diskussion die Teilnehmer der Rendsburger Veranstaltung.

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 05.05.2008, 14:51 Uhr - 4159 Clicks - Nr. 482*

Die SWN Fläche muss aufgeforstet werden!

Die Mehrheit von CDU und Grünen hat in der letzten Sitzung
des Bau, – Planung und Umweltausschusses die vollständige Aufforstung der Ausgleichsfläche an der Südumgehung abgelehnt.
Eine Verbreiterung eines Gehölzstreifens von 10m auf 40m sei nach Meinung der Ratsfrau Bühse (CDU) ausreichender Ersatz für den vernichteten Redder am „DOC“.

Die SPD Neumünster Süd unterstützt die Bürgerinitiative
„Immissionsschutz für Wittorf“ und fordert ebenso wie der Stadteilbeirat, die vollständige Aufforstung der Fläche.
Unser Stadtteil ist durch das Gewerbe- und Industriegebiet
Süd, der Deponie und die Südumgehung mit Emissionen sehr
stark belastet. Hier muss endlich einmal etwas zum Wohle
der Anlieger geschehen. Nur Wahlkampfgetöse meinte der Ratsherr Krampfer (Grüne). eine sonderbare Bewertung für die notwendigen Wünsche eines Stadtteiles.

Die Heimat und Zukunft muss auch lebenswert sein!

Kommentar von Thomas Krampfer vom 19.05.2008, 19:36 Uhr:
RE:Die SWN Fläche muss aufgeforstet werden!
"Die Mehrheit von CDU und Grünen hat in der letzten Sitzung des Bau, – Planung und Umweltausschusses die vollständige Aufforstung der Ausgleichsfläche an der Südumgehung abgelehnt." Das ist falsch: Die Grünen haben gar kein Stimmrecht in den Ausschüssen.

Kommentar von holger sierk vom 19.05.2008, 12:30 Uhr:
RE:Die SWN Fläche muss aufgeforstet werden!
Um einmal zu verdeutlichen wie wichtig Bäume sind: Ein 100-jähriger Laubbaum leistet Jahr für Jahr fast Unvorstellbares: er bindet rund 6.000 kg giftiges Kohlendioxid, bzw. an einem Sonnentag 9,4 m3 CO2 er produziert 4,6 Tonnen Sauerstoff bzw. an einem Sonnentag 18,7 m3 er bietet rund 2.500 Regenwürmern (Bodenlockerer) die Lebensgrundlage er bindet 1 Tonne Staub und Gifte er verdunstet rund 3 m3 (3.000 l) Wasser und gibt es phasenweise wieder ab (Schwammfunktion) Klimaregler: er spendet Schatten und puffert Hitze sowie Frost ab befeuchtet die Umgebungsluft und ist Blendschutz Er erfreut mit seinem Blattkunstwerk und der Blütenpracht den Menschen (die Farbe Grün wirkt beruhigend für den Menschen). Dieser Baum hat eine Blattoberfläche von 1.200 m2. Eine Buche zum Beispiel kann bis zu 300 Jahre alt werden und erreicht eine Höhe von bis zu 40 Metern. Die Gesamtwurzellänge einer solchen Buche hat eine Gesamtlänge von mehr als 23 Kilometern! Sie deckt den Sauerstoffbedarf von bis zu 50 Menschen.

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 06.05.2008, 12:27 Uhr - 3564 Clicks - Nr. 483*

AfA im Aufwind

Steinmeier bei der AfA in Schleswig-Holstein

Beim Auftakt für die Kommunalwahl am 25. Mai sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Außenminister Frank-Walter Steinmeier in der vollbesetzten Halle 400 in Kiel : Wir brauchen in Deutschland unbedingt einen gesetzlichen Mindestlohn, damit jeder Arbeitnehmer auch von seiner Arbeit leben kann. Außerdem verhindert der Mindestlohn auch später eine Altersarmut.
Wer in diesem Zusammenhang zum Aufstocken der Minilöhne auf den Kombi-Lohn verweist, verhilft nur den Unternehmern zu höheren Gewinnen auf Kosten der Arbeitnehmer.
Zum Schluß stellte sich Frank-Walter Steinmeier sehr gerne mit dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner, dem Spitzenkandidaten in Kiel, Ralph Müller-Beck und AfA-Mitgliedern vor die Rückwand des AfA-Landesverbandes.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 06.05.2008, 13:35 Uhr - 4912 Clicks - Nr. 484*

Einladung zu einer Podiumsdiskussion

Die AfA Schleswig-Flensburg lädt ganz herzlich ein zu einer Podiumsdiskussion mit Ute Dirks (ver.di Bezirk Nordost), Wolfgang Mädel und Olaf Schulze zum Thema "Mindestlohn und Tariftreue" am 21. Mai 2008 um 19.30 Uhr in den "Böklunder Hof" in Böklund.
Die AfA Schleswig-Flensburg freut sich über Ihren Besuch und auf eine interessante Diskussion.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 06.05.2008, 14:41 Uhr - 8070 Clicks - Nr. 485*

Wodarg in Ottendorf und der Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen

Der diesjährige europäische Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen wurde begleitet von der völkerrechtlichen Wirksamkeit der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Konvention ist am 3. Mai 2008 in Kraft getreten. Bei einem Besuch in der Werk- und Betreuungsstätte für Körperbehinderte in Ottendorf bei Kiel konnte ich die Bedeutung der Konvention vor Ort ganz real spüren.

Vor fast genau einem Jahr hat eine Delegation der Bundesregierung das "Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen" bei den Vereinten Nationen in New York unterzeichnet.

Damit ist Deutschland verpflichtet, das Übereinkommen zu ratifizieren und die darin vorgesehenen Rechte, soweit diese nicht bereits gesetzlich geregelt sind, ins deutsche Recht zu übertragen.

Ich bin froh, dass durch die Ratifikation Ecuadors die völkerrechtliche Wirksamkeit der UN-Konvention bewirkt wurde. Es wird Zeit, dass wir der vor einem Jahr unterzeichneten UN-Konvention auch in Deutschland gerecht werden und diese im Bundestag ratifizieren. Zur Integration von Menschen mit Behinderungen in Deutschland ist in der Vergangenheit bereits viel erreicht worden. Neben der Förderung von Behindertenwerkstätten und Betreuungseinrichtungen, der Verbesserungen der Infrastruktur, haben wir erreicht, dass die Zahl von Integrationskindergärten und - Schulen zunimmt. Vor allem freut es mich, dass die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz zuzunehmen scheint und Eltern nichtbehinderter Kinder es immer öfter als Bereicherung empfinden, wenn ihre Kinder in Gemeinschaft mit behinderten Kindern aufwachsen können. Dennoch sollten wir nicht im Status Quo verharren. Durch unsere gesetzgeberische Langatmigkeit bei der Ratifikation der Konvention, die im Wesentlichen einen formalen Akt darstellt, drohen wir als Politiker unsere Glaubwürdigkeit vor den Betroffenen zu verlieren, wenn wir behaupten, dass wir uns für ihre selbstbestimmte und gesellschaftlich unterstützte Teilhabe einsetzen. Gelungene Sozialpolitik muss die Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger eines Landes am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und darf dieses Anliegen nicht auf die lange Bank schieben. Am europäischen Protesttag zur Gleichstellung behinderter Menschen sollte die Begegnung zwischen den Menschen im Vordergrund stehen und die Mahnung immer wieder den Fokus der gesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu lenken.

Die UN-Konvention der Vereinten Nationen verpflichtet die Vertragsstaaten u.a.:

* geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Gebäude, Straßen, Transportmittel, Schulen, Wohnhäuser, medizinische Einrichtungen und Arbeitsstätten Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglich sind,

* allen behinderten Menschen - auch Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung - die "gleiche Anerkennung vor Recht und Gesetz" zu garantieren und jede Form der Entmündigung oder der fiktiven Festschreibung der Geschäftsunfähigkeit eines Menschen zu

verbieten,

* allen behinderten Menschen das Recht zuzusprechen, ihren Aufenthaltsort zu wählen und selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen,

* zur Anerkennung des Recht behinderter Menschen auf Bildung und zur Gewährleistung dieses Rechts ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit, ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslange Fortbildung.

Dass diese wichtigen Forderungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern bei uns in Schleswig-Holstein gelebt werden, durfte ich bei meinem Besuch in Ottendorf bei Kiel erleben. Durch Vermittlung eines Vaters aus meinem Wahlkreis war ich Gast bei Menschen, die trotz schwerster Behinderung einen strukturierten Arbeitsalltag erleben dürfen und die somit in optimaler Weise gefördert werden.

Es handelt sich in Ottendorf nicht um eine Werkstatt für behinderte Menschen (WfBM) sondern um eine Werk- und Betreuungsstätte, die einen deutlich höheren Anteil an Betreuungsaufwand treiben muss als eine WfBM und die deshalb auch organisatorisch und finanziell vor anderen Herausforderungen steht. Es war für mich ein grossartiges Erlebnis zu sehen, wie wichtig eine Aufgabe, die Integration in sinnvolle Arbeitsabläufe und ein strukturierter Tagesablauf auch für Menschen mit schweren Behinderungen ist. Ich bin dankbar für alle, die sich ehrenamtlich für diese Aufgabe engagieren und die mit viel Sensibilität und Hingabe unseren behinderten Mitmenschen im Alltag zur Seite stehen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 07.05.2008, 09:23 Uhr - 4945 Clicks - Nr. 486*

Landessportpräsident Ekkehard Wienholtz wird 70 -

Lothar Hay: Zuhören, moderieren, ausgleichen, um alle zum gemeinsamen Ziel führen
Erscheinungsdatum:05.05.2008
Innenminister Lothar Hay hat dem Präsidenten des Landessportverbandes, Ekkehard Wienholtz, zu dessen 70. Geburtstag gratuliert.
In dem Glückwunschbrief an den Jubilar, der am 5. Mai 1938 in Dresden geboren wurde, schreibt der Minister: „Es ist bewundernswert, mit welchem persönlichen Einsatz Sie sich für den Sport, seine Vereine und Verbände stark machen.“ Wienholtz habe große Verdienste, dass der Sport in Schleswig-Holstein weit über die Landesgrenzen wahrgenommen werde. Der Minister wünschte dem Landessportpräsidenten weiterhin Kraft und Energie für sein Ehrenamt. „Ich freue mich auf weitere Jahre der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Ekkehard Wienholtz“, sagte Hay.

„Wienholtz steht für Sauberkeit und Fairness im Sport“, sagte der Minister. Er nannte beispielhaft das Engagement des Landsportpräsidenten im Kampf gegen Doping. Dass die Fusion von DSB und NOK zum Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) ohne größere Brüche möglich wurde, sei ganz wesentlich ein Verdienst von Ekkehard Wienholtz. „Zuhören, moderieren, Interessen ausgleichen, um dann alle Beteiligten zu dem gemeinsamen Ziel führen, das sind die Eigenschaften eines erfolgreichen Präsidenten wie Ekkehard Wienholtz“, sagte Hay. Er nannte in diesem Zusammenhang auch die von Wienholtz angeregte Diskussion im Landessportverband über die Zukunft des Sports und seiner Vereine.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 07.05.2008, 09:39 Uhr - 7380 Clicks - Nr. 487*

Neubau des Kreishauses: Dünne Unterlagen – Viel Geld - Schlechtes Geschäft

Neubau des Kreishaus: Dünne Unterlagen – Viel Geld - Schlechtes Geschäft für den Kreis Pinneberg
„Obwohl die Bilanz des Kreises ein hohes Defizit ausweist, so Hans-Peter Stahl, wollen CDU und FDP am nächsten Mittwoch im Kreistag einen Kreishausneubau beschließen.“ Für ihn ist es finanzpolitisch nicht zu verantworten, dass der Kreis auf der einen Seite einen Schuldenstand von ca. 80 Millionen Euro hat, auf der anderen Seite aber ein Neubau für die Kreisverwaltung beschlossen werden soll.
Vorgesehen ist, dass Kreishaus auf dem alten Güterbahnhof neu zu bauen. Den Zuschlag soll die Impala Immobilien unter der Federführung des Investors Rahimi erhalten. Für den Neubau wird für den angestrebten 25 Jahres-Zeitraum ein Wirtschaftsbarwert von 54,7 Millionen Euro angesetzt. Vorgesehen ist eine Jahres-Netto-Miete 12 Euro je qm bzw. eine Jahres-Brutto-Miete von fast 16 Euro je qm. Auf der einen Seite sind die Kosten, die auf den Kreis zukommen, nicht kalkulierbar, auf der anderen Seite sind die Unterlagen, die den Kreispolitikern vorliegen angesichts der finanziellen Auswirkungen für den Kreis äußerst dünn.

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte schon vor Jahren konkrete Vorschläge gemacht, die räumliche Situation der Kreisverwaltung und damit die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig zu verbessern. So beschloss 2002 die damalige rot/grüne Mehrheit im Kreistag eine Sanierung des Kreisgebäudes und hatte hierfür ca. 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Beschluss wurde sofort von CDU und FDP nach der Kommunalwahl 2003 wieder rückgängig gemacht. Jahrelang wurden notwendige Instandhaltungsmaßnahmen von der CDU unterlassen.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat stets die Sanierung des bestehenden Kreishauses favorisiert.

Gravierende Gründe sprechen nach Stahl dagegen, der Vorlage der Verwaltung am Mittwoch zuzustimmen. So ist nicht nachzuvollziehen, warum der Barwert auf jetzt knapp 55 Millionen Euro gestiegen ist. Ursprünglich hieß es, dass die Kosten für einen Neubau auf jeden Fall unter 50 Millionen liegen würde. Die für 15 Jahre vorgesehene Mietsteigerung sei nicht kalkulierbar. Bisher konnte nicht beziffert werden, wie hoch die Unterhaltung der alten Kreis-Immobilie sein werde, falls kein Käufer gefunden werde. Wie lange das alte Kreisgebäude leer stehen wird, wie hoch der Verkaufspreis dann sein wird, alles offene Fragen. Die SPD hat immer dafür plädiert, die Koppelung des Neubaus mit dem Altbau vorzunehmen. In der europaweiten Ausschreibung ist diese Koppelung nicht mit aufgenommen worden.
Außerdem liegen die genauen Kosten für vorgesehene Erd-Wärmepumpe bisher nicht vor und sind in der Kostenkalkulation nicht enthalten.

„Wir halten den vorgesehenen Neubau für ein schlechtes Geschäft für den Kreis, da die voraussichtlichen Gesamtkosten noch nicht vorliegen und wesentlich höher seien als uns bisher immer suggeriert wurde, so Stahl. Er kann es nicht nachvollziehen, warum unter enormen Zeitdruck eine Entscheidung mit weitreichenden finanziellen Folgen für den Kreis herbeigeführt werden soll. Auf der einen Seite wird am Mittwoch im Kreistag die Eröffnungsbilanz des Kreises vorgelegt, wonach die Bilanz des Kreises ein fettes Minus aufweist, auf der anderen Seite soll der Neubau des Kreishauses beschlossen werden, der finanzpolitisch unverantwortlich ist. Die SPD-Kreistagsfraktion wird daher den Vorschlag der Verwaltung, das den Neubau der Kreisverwaltung am Güterbahnhof vorsieht, ablehnen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 07.05.2008, 11:04 Uhr - 12493 Clicks - Nr. 488*

Für mehr Ausbildungs- und Berufsreife

Das Arbeits- und das Bildungsministerium des Landes Schleswig-Holstein fördern das Projekt „Handlungskonzept Schule & Arbeit“ mit rund 25 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfond und Landesmitteln in gleicher Höhe. Bis 2013 werden mit Unterstützung weiterer Partner 68 Millionen Euro eingesetzt, um Schülerinnen und Schülern mit schlechten Aussichten auf einen Arbeitsplatz für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

An dem Projekt beteiligen sich im Kreis das Jugendaufbauwerk Kellinghusen und das Bildungsbüro Steinburg in Itzehoe unter der Leitung von Lothar Schramm. Der Sozialpädagoge hatte den SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen zu einem Gespräch eingeladen.

Schramm betonte, wie notwendig es sei, Berufsfelderprobungen und Eignungsanalysen an den Schulen anzubieten. An allen 20 Haupt- und Förderschulen sowie an der Kreisberufsschule können die Schülerinnen und Schüler der 8. Klassen am Kompetenzprogramm für mehr Ausbildungs- und Berufsreife teilnehmen. Die Mitarbeiter des Bildungsbüro Steinburg bieten darüber hinaus Schulleitungen und Lehrkräften Beratung im pädagogischen Projektmanagement an. Auch Eltern werden in das Konzept eingebunden, um den Lernerfolg zu erhöhen.

Jörn Thießen interessierten die Gründe, die z. B. das Bildungsministerium überzeugen könnten, Schulentwicklungsförderung auf Dauer auch außerhalb der Schulen zu leisten. Projekte wie „Handlungskonzept Schule & Arbeit“ machten bei Erfolg an den Schulen eine Mitwirkung des Bildungsbüros auf längere Sicht überflüssig, so der Bundestagsabgeordnete. Dazu Lothar Schramm: „Lehrer brauchen Hilfe, z. B. bei der Unterrichtsorganisation. Wir erstellen für jede Schülerin und jeden Schüler einen individuell zugeschnittenen Förderplan und ein eigenes Kursprogramm. Das können Schulen nicht ohne Hilfe von außen leisten.“

Zum Abschluss bot Jörn Thießen an, ein Treffen mit Arbeitsminister Uwe Döring oder Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave anzuregen. Außerdem wird er im Herbst eine Gesprächsrunde zum Thema „Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein“ ins Leben rufen.

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 07.05.2008, 11:30 Uhr - 3476 Clicks - Nr. 489*

SPD – Ortsverein Süd zur Diätenerhöhung: „Maß halten!“

Die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Neumünster – Süd hat sich einstimmig gegen die neu geplante Diätenerhöhung für die Bundestagsabgeordneten entschieden.
Die nun veröffentlichten Pläne zur erneuten Anhebung der Bezüge sind derzeit in der Öffentlichkeit überhaupt nicht vermittelbar.

Einerseits hören die Menschen täglich aus Berlin was alles nicht finanzierbar oder möglich ist - beispielhaft sei genannt: Rentenerhöhung, Reduzierung der Energiekosten durch Steuersenkung, flächendeckender Mindestlohn oder Verbesserung bei der Krankenhausfinanzierung – und nun genehmigen sich die Abgeordneten diese kräftige Erhöhung.
Unbestreitbar ist die notwendige wirtschaftliche Unabhängigkeit der gewählten Volksvertreter. Darum ist auch nichts dagegen einzuwenden, dass die Bundestagsabgeordneten angemessene Bezüge erhalten. Aber sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es immer andere höher bezahlte Menschen geben wird.
Da die gesellschaftliche Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht, sollten die SPD-Bundestagsabgeordneten ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU an die Mahnung Ludwig Erhards erinnern, der zum „Maß halten“ aufforderte. Die Mitglieder des Ortsvereins Süd raten daher dringend –gerade auch wegen der bevorstehenden Kommunalwahl am 25.05.08- die Entscheidung zu überdenken. Wenn überall Verzicht erwartet wird, sollten die höchsten Volksvertreter mit gutem Beispiel vorangehen!
Es geht ein weiteres Mal um die Glaubwürdigkeit der gesamten Politik!
Wie sollen Kommunalpolitiker in Neumünster, die übrigens eine -teilweise noch zu versteuernde- monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 211 Euro erhalten, z.B. den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Friedrich-Ebert-Krankenhaus erklären, dass ihre dringend benötigte Gehaltserhöhung eigentlich zu hoch ist und nicht ohne städtische Zuschüsse, da aus Berlin keine Hilfe zu erwarten ist, finanziert werden kann. Die SPD in Neumünster wird auch diese Menschen nicht im Regen stehen lassen und steht einhellig zum Erhalt des kommunalen Krankenhauses.
Scheinheilig ist allerdings auch das Geschrei der Opposition aus FDP, Grüne und Linke über die geplante Diätenerhöhung. Denn selbstverständlich werden auch alle Abgeordneten dieser Parteien den „kräftigen Schluck aus der Pulle“ gerne mitnehmen.

Kommentar von Annett Wiegand vom 01.06.2009, 19:24 Uhr:
RE: SPD – Ortsverein Süd zur Diätenerhöhung: „Maß halten!“
bzgl. des gern genommenen Schlucks aus der Pulle empfehle ich folegenden Text (ja, er ist von der Konkurrenz, aber trotzdem) http://www.linksfraktion.de/spenden_der_diaetenerhoehung_2008.php Eine Initiative, die im Thüringer Landtag übrigens schon ein paar Jahre läuft, ohne dass die SPD sich daran beteiligt, bzw. die Öffentlichkeit etwas davon mitbekommt.

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 07.05.2008, 13:38 Uhr - 2713 Clicks - Nr. 490*

Konsequente Korrektur in Sachen Kremer

Zur Erklärung von Staatssekretär Jost de Jager, die Suspendierung des Vorstandsvorsitzenden des UKSH Dr. Kremer, aufzuheben, erklärt der stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Das ist für die Handlungsfähigkeit des Klinikums und die Reputation von Prof. Kremer eine gute Nachricht. Deshalb begrüße ich die Entscheidung des Wissenschaftsministers.

Es bleibt der Wunsch nach einer schnellen Aufklärung der Vorwürfe durch die Aufsichts- und Justizorgane.

Es steht noch aus die Beantwortung meiner Fragen, wie und warum es überhaupt zur Suspendierung gekommen ist.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 07.05.2008, 13:40 Uhr - 3603 Clicks - Nr. 491*

Zum Tod von Gerhard Schmidt

Zum Tod des langjährigen Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), Gerhard Schmidt, erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Gerhard Schmidt war ein Hauptvorsitzender mit Bodenhaftung, ein hervorragende Kenner der Geschichte der Grenzregion, der Spuren hinterlassen hat. Er hat die Interessen der deutschen Volksgruppe in schwierigen Zeiten kompetent und engagiert vertreten und war immer ein verlässlicher Gesprächspartner.
Die SPD-Landtagsfraktion trauert um diesen großen Nordschleswiger und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 07.05.2008, 15:23 Uhr - 3580 Clicks - Nr. 492*

Putzmuntere Jutta Hartwieg gegen den ewigen Zweiten

Norderstedter Zeitung bringt Interviews mit Landratskandidaten
Bad Bramstedt. Zwei Seiten widmet die Norderstedter Zeitung heute Intervies mit den Kandidaten für die Landratswahl. Fazit: Eine putzmuntere Jutta Hartwieg tritt gegen den ewigen Zweiten Thomas Stritzl an. Lesen Sie selbst.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 07.05.2008, 16:41 Uhr - 4970 Clicks - Nr. 493*

Lothar Hay für Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit im deutsch-dänischen

Grenzgebiet

Erscheinungsdatum:
07.05.2008

Innenminister Lothar Hay hat sich für eine weitere Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzgebiet ausgesprochen. „Gemeinsame Dienststellen, in denen Sicherheitsbehörden benachbarter Länder ständig zusammenarbeiten,
sind für die Sicherheitsarchitektur in einem Europa offener Grenzen unverzichtbar“, sagte Hay am Mittwoch (7. Mai) in Padborg. In der dänischen Stadt arbeiten im Rahmen einer Bürogemeinschaft Beamte der Landespolizei, der Bundespolizei sowie des deutschen und dänischen Zolls zusammen. Die dänische Polizei hält über einen Verbindungsbeamten einen engen täglichen Kontakt zu der Bürogemeinschaft, die im Oktober 2001 gegründet wurde. Nach Ansicht von Hay würde ein formelles Abkommen zwischen Deutschland und Dänemark über die behörden- und grenzübergreifende Zusammenarbeit die Dienststelle organisatorisch und personell stärken. „Das schafft auch mehr Akzeptanz auf beiden Seiten“, sagte der Minister. Gemeinsame Dienststellen als feste Organisationseinheiten gebe es inzwischen in allen deutschen Grenzregionen.

Die Polizeien beider Länder arbeiten nach Aussage von Hay seit Jahren partnerschaftlich und pragmatisch zusammen. Die Bürogemeinschaft Padborg habe sich zu einem Motor für die Zusammenarbeit über Grenzen und zwischen verschiedenen Behörden entwickelt. Lagemeldungen und Fahndungsmitteilungen würden verstärkt über die Bürogemeinschaft an die zuständigen Stellen des jeweils anderen Landes gesteuert. Die Zahl der Anfragen von deutschen und dänischen Dienststellen nehme stetig zu. Die Mitarbeiter würden vor allem auf Grund ihrer Schnelligkeit und Präzision geschätzt. „Die Bürogemeinschaft ist als Instrument der Informationssteuerung und des -austausches im Grenzgebiet unverzichtbar“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 07.05.2008, 17:40 Uhr - 3113 Clicks - Nr. 494*

Holger Astrup: „Die Zahl 572 spricht klar für Kropp!“

Am 06.05.2008 konnte der SPD Ortsverein Kropp unter der Leitung von Kurt Steinhöfel einen kompetenten Abgeordneten aus dem S-H Landtag im Wikinger Hof begrüßen: MdL Holger Astrup (SPD).
Neben dem Redner begrüßte Steinhöfel den Kropper SPD-Bürgermeister Reinhard Müller mit Gattin, den amtierenden Bürgervorsteher Klaus Lorenzen(CDU), einige Lehrerinnen der Kropper Schule, Elternbeiratsvertreter, Mitarbeiter des Ev. Kindergartens sowie neben anderen Gästen fast alle Direktkandidaten der Kropper SPD.

Holger Astrup informierte umfassend als Vortragender ca. eine Std. über die mögliche Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Kropp ab 2009 und untermauerte dies mit aussagekräftigen Zahlen und grafischen Darstellungen.
Sollte die Einrichtung der Gemeinschaftsschule Wirklichkeit werden, dann „könnte damit auch das noch vorhandene Schwarze Loch in der Südwest-Region des Kreises von der Schullandkarte verschwinden“, so Holger Astrup.
Holger Astrup begründete ausführlich seine Ausführungen mit aktuellen Schülerzahlen, an denen selbst festgelegte CDU-Anhänger im Ort nicht vorbei schauen können.
„Kropp spielt in der gleichen Liga wie die Domschule oder die Lornsen-Schule in Schleswig dank vorausschauender Schulplanung im Ort“ und erfüllt mit 572 Schülern die Mindestvorgabe für eine Gemeinschaftsschule Kropp fast um das Doppelte! Diese Investitionen sollten im Interesse der Kinder voll ausgeschöpft werden.
Die einzige Gemeinschaftsschule ,die z. Zt. für Kropper Schüler in erreichbarer Nähe ist, befindet sich am Ortsrand von Schleswig der Dannewerkschule. Diese musste schon für das nächste Schuljahr über 100 Kinder wegen Überfüllung abweisen.
Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben, damit in Kropp eine Gemeinschaftsschule entsteht, als einzige „Schulart mit möglichst vielen Schulabschlüssen“.
Nach dem Vortrag gab es noch eine lebhafte Diskussion in der Holger Astrup unter anderem der Aussage eines Zuhörers zustimmte, dass Kropp als Ort mit einer Gemeinschaftsschule eine magnetisierende Wirkung auf das Umland ausüben werde.
Die Sorge, dass mit fehlenden Gymnasiallehrern eine Gemeinschaftsschule gar nicht erst anfangen kann, konnte Holger Astrup ausräumen. „Von Beginn an wird es Gymnasiallehrer in Kropp geben."
Mit neuen Argumenten versehen, verließen die Zuhörer den Wikinger Hof sahen sich weitgehend bestätigt und können nun als Multiplikatoren für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Kropp werben.
Dafür wird nach dem 25. Mai 2008 eine qualifizierte Mehrheit ohne ideologische Scheuklappen im Gemeinderat zum Wohle der Kinder abstimmen.

Joachim Tschesch

Foto: v.l.n.r.
Kurt Steinhöfel, Uwe Baurhenne, Peter Casper, Holger Astrup (MdL)

Keine Kommentare

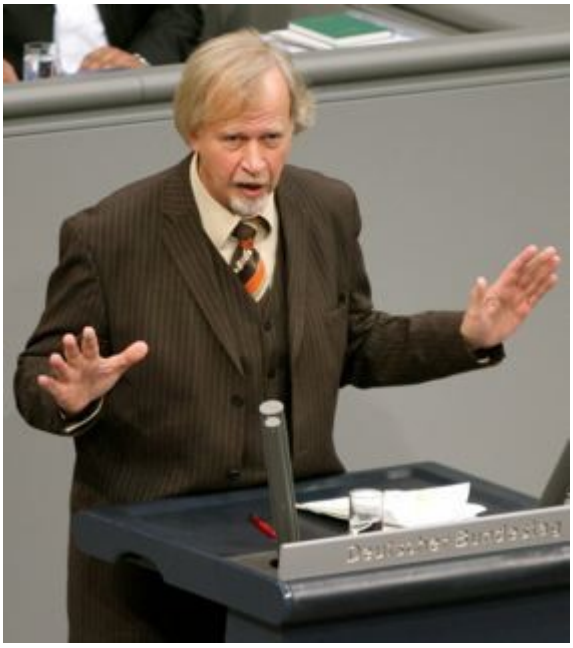
Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 08.05.2008, 00:34 Uhr - 7316 Clicks - Nr. 495*

Wodarg: Keine doppelte Erhöhung der Diäten!

Wegen der vielen Nachfragen und Positionierungen zu der geplanten erneuten Diätenerhöhung: Hier eine Klarstellung meinerseits zum Thema Diäten.

Am 16. November 2007 habe ich im Bundestag, zusammen mit 12 anderen Bundestagsabgeordneten der SPD, gegen die letzte Diätenerhöhung gestimmt. Der Bundestag hatte

damals beschlossen, die Bezüge der Abgeordeten an die von Bundesrichtern und kommunalen Wahlbeamten anzukoppeln und deren Steigerungen automatisch auf die Abgeordneten zu übertragen.



Die Übertragung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes des Bundes vom 31.03.2008 auf die Bundesbeamten darf jetzt nicht nochmals zu einer automatischen Erhöhungen der Diäten für die Abgeordneten führen, denn solche Tarifsteigerungen waren bis 2010 bereits bei der letzten Erhöhung einkalkuliert.

(Der entscheidende Grund für meine Ablehnung bei der Abstimmung 2007 war übrigens die unbefriedigende Reform der Altersversorgung.)

Ich habe nicht die Absicht, einer erneuten Erhöhung der Abgeordnetenbezüge für die Bundestagsabgeordneten im Parlament zuzustimmen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.05.2008, 08:07 Uhr - 1571 Clicks - Nr. 496*

PWC-Gutachten: OB will sich über Wahltermin retten

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt zur Ablehnung des PWC-Gutachtens durch die Dezernenten Möller und Kurbjuhn(CDU):
"Die Ablehnung des Gutachtens ist reine Verschleppungstaktik. Die Aufforderung zur Nachbesserung bis Anfang Juni zeigt deutlich, dass sich Volquartz (CDU), Möller und Kurbjuhn (CDU) nur über den Wahltermin retten wollen.
Bisher konnten noch in jedem Gutachten sachliche Fehler festgestellt werden, ohne dass sich die Oberbürgermeisterin je genötigt gesehen hätte, die Abnahme in Frage zu stellen. Es ist fraglich, ob die genannten Gründe rechtlich durchhalten würden, wenn es zum Streit käme.
Frau Volquartz und CDU/Grüne sitzen in der Klemme: entweder sie geben endlich zu, dass aus dem Sozialhaushalt seriöserweise nicht die Summe herauszuholen ist, ohne Schaden für Menschen für Behinderung zu hinterlassen. Dann war schon die 180.000 € teure Auftragsvergabe überflüssig. Oder sie wollen diese Einschnitte oder gar noch härtere. Dann ist es unehrlich, es den Kielerinnen und Kielern vor der Kommunalwahl nicht zu sagen.
Für die SPD ist völlig klar: mit uns Sozialdemokraten wird es keine Kürzungen in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung geben.
Im Übrigen fordern wir die OB auf, den Fraktionen endlich den Berichtsentwurf zu überlassen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.05.2008, 08:11 Uhr - 1540 Clicks - Nr. 497*

Mehr Jugendschutz beim Verkauf alkoholischer Getränke!

Zum Drogenbericht der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Sabine Bätzing, erklären die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:
"Der dramatische Anstieg des Alkoholkonsums unter Jugendlichen fordert ein entschlossenes Vorgehen der öffentlichen Verwaltung auch in unserer Stadt.
Gerade auf Volksfesten wie der "Kieler Woche" ist der Alkoholmissbrauch von Jugendlichen eine Herausforderung für den Jugendschutz. Er ist nur schwer einzudämmen, insbesondere wenn die Jugendlichen die Getränke selbst mitbringen und nicht erst an den Verkaufsständen erwerben. Umso wichtiger ist es deshalb, alle Spielräume der öffentlichen Verwaltung auszunutzen, um die Jugendlichen vor den Gefahren des Alkoholmissbrauchs zu schützen. Deshalb muss innerhalb der ordnungsbehördlichen Zuständigkeiten für die Einhaltung des gewerberechtlichen Gebots Sorge getragen werden, dass überall dort, wo alkoholische Getränke auf der "Kieler Woche" ausgeschenkt werden, stets auch mindestens ein nichtalkoholisches Getränk genauso preisgünstig - auf den Liter gerechnet - angeboten wird wie das billigste alkoholische Getränk. Dazu wird die SPD-Fraktion die Oberbürgermeisterin in einem entsprechenden Antrag im Jugendhilfeausschuss am 14. Mai 2008 auffordern.

Die bislang geübte - und von der SPD-Fraktion seit Jahren kritisierte - Verwaltungspraxis von Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU), die Einhaltung dieses Gebotes nicht von jedem dem Gewerberecht unterworfenen Verkaufsstand zu verlangen, sondern den Verkauf nichtalkoholischer Getränke an anderen Verkaufsständen in der Nähe genügen zu lassen (Drs. 0721/2006), genügte schon in der Vergangenheit nicht den Anforderungen an einen wirksamen Jugendschutz. Angesichts der bedrückenden Ergebnisse des nun vorliegenden Drogenberichts genügt diese Zurückhaltung beim Jugendschutz noch viel weniger."

***

Antrag zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.05.2008, Drucksache Nr. 0410/2008

Betreff: Gewerberechtliche Überwachung des Getränkeverkaufs auf der "Kieler Woche 2008" zur Verbesserung des Jugendschutzes

Antrag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert,

- zur Verbesserung des Jugendschutzes,
- zur wirksamen Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs,
- zur Förderung der Gesundheit und
- zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit

innerhalb des ordnungsbehördlichen Zuständigkeitsbereiches die gewerberechtlichen Überwachung der Getränkeverkaufsstände auf der "Kieler Woche 2008" sicherzustellen. Durch die gewerberechtliche Überwachung soll insbesondere gewährleistet werden, dass an jedem einzelnen, dem Gewerberecht unterworfenen Verkaufsstand mindestens ein alkoholfreies Getränk nicht teurer verabreicht wird als das billigste alkoholische Getränk, hochgerechnet auf den Literpreis in gleicher Menge.

2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, die bislang geübte Verwaltungspraxis, die

Einhaltung dieses Gebotes nicht von jedem dem Gewerberecht unterworfenen Verkaufsstand zu verlangen, sondern den Verkauf nichtalkoholischer Getränke an anderen Verkaufsständen in der Nähe genügen zu lassen (Drs. 0721/2006), aufzugeben.

Begründung:

Übermäßiger Alkoholkonsum von Jugendlichen auf Volksfesten wie der "Kieler Woche" ist eine Herausforderung für den Jugendschutz, verlangt eine wirksame Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs und kann zu Gefährdungen der Verkehrssicherheit führen.

Er ist nur schwer einzudämmen, insbesondere wenn die Jugendlichen die Getränke selbst mitbringen und nicht erst an den Verkaufsständen erwerben.

Umso wichtiger ist es deshalb, alle Spielräume der öffentlichen Verwaltung auszunutzen, um die Jugendlichen vor den Gefahren des Alkoholmissbrauchs zu schützen. Deshalb muss innerhalb der ordnungsbehördlichen Zuständigkeiten für die Einhaltung des gewerberechtlichen Gebots Sorge getragen werden, dass überall dort, wo alkoholische Getränke auf der "Kieler Woche" ausgeschenkt werden, stets auch mindestens ein nichtalkoholisches Getränk genauso preisgünstig - auf den Liter gerechnet - angeboten wird wie das billigste alkoholische Getränk (§ 6 Satz 2 und 3 des Gaststättengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 1998 (BGBl. I S. 3418), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 07. September 2007 (BGBl. I S. 2246)). Die bisherige Verwaltungspraxis der Oberbürgermeisterin wird diesen Anliegen nicht gerecht.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 08.05.2008, 08:40 Uhr - 12217 Clicks - Nr. 498*

Diätenerhöhung: Jörn Thießen sagt NEIN!

Zu der erneuten Diskussion um die Diätenerhöhung äußert sich Jörn Thießen ablehnend. Bereits die im November 2007 beschlossene Erhöhung hatte er abgelehnt.

Die Mittel der im November beschlossenen Erhöhung steckt Jörn Thießen in die von ihm gegründete Kindersportstiftung. „Sollte die jetzt diskutierte Erhöhung beschlossen werden, werde ich auch diese in die Kindersportstiftung stecken“, erklärt Jörn Thießen. Er verweist auch auf die Veröffentlichung seiner Einkünfte und Ausgaben auf seiner ***Internetseite*** und das ***Positionspapier zur Abgeordnetenentschädigung*** der SPD-Landesgruppe aus dem Jahr 2006.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 08.05.2008, 10:14 Uhr - 2834 Clicks - Nr. 499*

Jens Lichte Zur Anzeigenkampage des Kalkberg-Ringes

Die Mitglieder der SPD-Fraktion sind, freundlich ausgedrückt, sehr irritiert über die halbseitigen Anzeige, die der Vorstand des Kalkbergrings in verschiedenen Tageszeitungen veröffentlichen ließ.

Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter werden verunglimpft mit dem Adenauer Zitat: “Was

interessiert mich mein Geschwätz von gestern“ und werden indirekt als Lügner hingestellt.
Hintergrund ist der Beschluss der Stadtvertretung, mit der Bauleitplanung für einen 3000 Quadratmeter großen Elektromarkt auf dem Kraft-Gelände zu beginnen.
Diese Entscheidung kommentiert der Kalkbergring in seiner Anzeige mit den Worten:
„ Stadtvertreter entscheiden sich für die Verödung des Segeberger Stadtkerns – oder: Der letzte macht das Licht aus.“

SPD – Stadtverteter Jens Lichte, seit vielen Jahren Ausschussmitglied im Bereich Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing hält diese Anzeige für unverschämt. „Die Argumente der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter für eine Prüfung der Ansiedelung eines Elektromarktes auf dem Kraft-Gelände werden ignoriert, so Lichte. Das Kraft-Gelände ist doch nahe der Innenstadt. Anstatt wie so häufig in den letzten Jahren sollte der Kalkbergring nicht seine ganze Kraft darauf verwenden, alte Strukturen zu erhalten, sondern sich an Zukunftsplanungen beteiligen.
So ist es jetzt wichtig, moderne Lösungen mit bereits seit Jahren vorhandenen Planungen voranzubringen, um die Hamburger Strasse umzugestalten und so die enorme Zahl an Möbel Kraft- und später auch der Elektro-Markt Besucher in die Innenstadt zu locken.
Diesen und anderen Ideen und Forderungen der SPD – Fraktion als auch zum Teil der Stadtvertretung hat sich der Vorstand des Kalkbergrings bisher verschlossen. So gab es z. B. konkrete Vorschläge zur Umgestaltung der Kurhausstrasse, zur Einführung einer „Segeberg-Card“, Beteiligung an den Parkgebühren bei Einkauf eines Mindestbetrages u.s.w. Das jahrzehntelange Verwirrspiel mit den unterschiedlichen Öffnungszeiten der Einzelhändler in der Fußgängerzone darf als Negativbeispiel für innovatives Handeln auch nicht unerwähnt bleiben.
Auch haben Untersuchungen im Rahmen des Stadtmarketingprozesses durch die CIMA deutliche Warnzeichen zur Attraktivität und Kundenfreundlichkeit der Geschäfte vor allem in der Fußgängerzone ergeben. Der schriftliche Bericht der CIMA, gegen einen erschwinglichen Kostenbeitrag zu erwerben, stieß auf allgemeines Desinteresse.
Diese Beispiele sollen deutlich machen, dass die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sich durchaus Gedanken um einen funktionierenden Innenstadtbereich gemacht haben und auch weiter machen, die Unterstützung als auch Eigeninitiative des Kalkbergrings nicht immer den Erwartungen entsprach.
Die Elektromarkt-Ansiedelung widerspricht auch nicht dem „Leitbild Bad Segeberg 2010“, denn die Bad Segeberger Stadtvertretung hat bereits mehrfach angefragten Ansiedelungswünschen auf der „grünen Wiese“ eine Absage erteilt. Der innenstadtnahe Möbel-Kraft-Standort und die Kundenbewegungen waren seit Jahren Grund von Überlegungen und Gesprächen –auch mit der Möbel Kraft- Geschäftsführung- wie diese Käuferströme in die Stadt gelenkt werden können.

„Anzeigen dieser Art sind wenig hilfreich für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit zwischen Stadtvertretung und Kalkbergring,“ so Lichte.
Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter tragen nicht nur Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Innenstadt, sondern auch für die 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Möbel Kraft.

Jens Lichte

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 08.05.2008, 12:20 Uhr - 50948 Clicks - Nr. 500*

Keine Zustimmung für Diätenerhöhung

Keine Zustimmung für Diätenerhöhung von SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein. „Genug ist genug!“ Das ist die eindeutige Position der SPD-Landesgruppe

Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion zu der geplanten Diätenerhöhung.

„Die neun schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten werden dieser Erhöhung der Abgeordnetenbezüge bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag nicht zustimmen“, sagt Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein.

„Unserer Ansicht nach wurden die zu erwartenden Tariferhöhungen der Jahre 2008 bis 2010 für Bundesbeamte bereits mit der im November beschlossenen Diätenerhöhung abgegolten. Eine weitere Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für unangemessen."

Die Landesgruppe bleibt mit dieser Position auf der Linie, die sie seit Langem verfolgt und bereits im Jahr 2006 in einem Positionspapier festgehalten hat: Eine Anbindung der Abgeordnetenentschädigung an die Anpassung von Dienst- und Versorgungsansprüchen für Richter wird kritisch gesehen.

Darüber hinaus plädiert die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein für eine grundlegende Reform der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten.
Kommentar von Monika Glasser vom 13.05.2008, 17:26 Uhr:
RE:Keine Zustimmung für Diätenerhöhung
Ich begrüsse, dass sich die SPD-Bundestagsabgeordneten gegen die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge aussprechen werden. Andernfalls ist es wirklich das letzte Mal, dass ich der SPD meine Stimme gebe; nur aus Protest werde ich dann die Linke wählen. Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, was die Regierung unter Merkel sich noch einfallen läßt!!! Das gleiche gilt für meinen Ehemann Gerd Glasser und für viele unserer Bekannten. Mit freundlichem Gruss Monika Glasser

Kommentar von Hermann Jobben vom 11.05.2008, 10:35 Uhr:
RE:Keine Zustimmung für Diätenerhöhung
Liebe Genossin.lieber Genosse, vielen Dank für die Hartnäckigkeit bei der Verteidigung der guten Argumente gegen eine Diätenerhöhung. Wie war es vor Jahren, als man den Beamten, und dazu rechne ich die Richter pp, vorwarf, nichts tun zu müssen und dennoch an dem Tag, wo er den Tageskalender abriss, befördert wurde. So stelle ich mir meine Bundestagsabgeordneten nicht vor. POLEMIK beiseite. Ich denke, der gestrige Tag - Kommunalwahlkampf - hat mal wieder gezeigt, wer sich alles von uns abwendet. Wir sollten daran denken, dass eine relative Steigerung für den Bezug eines Monatsgehaltes von 7.600 € einen anderen absoluten Betrag darstellt, als für ein Monatsentgelt von 760 €. Ja, es sind die absoluten Beträge, die ein völliges Unverständnis hervorrufen. Persönlich frage ich mich immer, warum müssen wir es uns immer so schwer machen ? Ich will erst keine Nabelschau betreiben, aber wir müssen uns an die Entstehung der SPD erinnern und uns nicht an die der Administration innenwohnende Argumente anlehenen, wie : es ist doch alles gesetzlich geregelt. Wir sind angetreten, weil es Ungerechtigkeiten gibt ! Hermann Jobben, Glücksburg, den 11. Mai 2008

SPD Rathausfraktion Neumünster - *veröffentlicht am 08.05.2008, 14:00 Uhr - 5829 Clicks - Nr. 501*

SPD Tungendorf lädt ein!

Informationsveranstaltung für alle Tungendorfer
Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Thema
„**Dichtheitsprüfungen von privaten Grundstücksentwässerungsleitungen“**

Nach aktuellen gesetzlichen Regelungen müssen private Abwasserleitungen auf Dichtheit geprüft

werden. Für Grundeigentümer mit häuslichem Abwasser bedeutet dies, dass sie bis spätestens Ende 2015 auf eigene Kosten ihre Leitungen durch einen sachkundigen Betrieb prüfen lassen müssen. Gravierende Schäden sind gegebenenfalls zu sanieren. Öffentliche Kanäle werden schon seit einiger Zeit auf Schäden geprüft und saniert.
Anders sieht es bei den privaten Kanälen aus, die etwa dreimal länger als die öffentlichen sind. Nach Einschätzung verschiedener Fachinstitutionen ist davon auszugehen, dass rund 50 Prozent der privaten Abwasserleitungen in Deutschland Schäden aufweisen.

Daher ist es erforderlich, auch den Zustand der privaten Leitungen zu prüfen. Ausreichend ist eine Kamerauntersuchung, empfohlen wird eine Wasserdichtheitsprüfung.

Fällt auf einem Grundstück gewerbliches Abwasser an, so müssen die Leitungen umgehend auf Dichtheit durch einen fachkundigen Betrieb geprüft werden. Da mit der Erfassung der gewerblichen Einleitungen noch Vorarbeit geleistet werden muss, wird die Aufforderung zur Durchführung der Überprüfung voraussichtlich erst in 2009 ergehen. Unabhängig davon können Gewerbebetriebe und auch Grundeigentümer im Wasserschutzgebiet aber bereits jetzt Dichtheitsprüfungen durchführen lassen und diese der Stadt vorlegen.

Um bei neuen Abwasserleitungen baubedingte Mängel gleich auszuschließen, müssen ab Januar 2008 alle neuen Abwasseranlagen im privaten und gewerblichen Bereich auf Wasserdichtheit durch einen fachkundigen Betrieb geprüft werden!

Für die Sanierungsfirmen entsteht ein großes Auftragspotenzial. Leider haben dies auch eine Reihe unseriöser Firmen erkannt, die sogenannten „Kanalhaie“, die nicht immer die wirtschaftlichste Reparatur durchführen!
Der SPD-Ortsverein Tungendorf lädt Sie zu einer Informationsveranstaltung am

Mittwoch, den 14. Mai 2008 um 19.30 Uhr im SVT-Vereinsheim, Süderdorfkamp 22

ein, in der Sie Experten um Rat fragen können, damit Sie nicht von unseriösen Firmen über den Tisch gezogen werden

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 08.05.2008, 16:05 Uhr - 57201 Clicks - Nr. 502*

Ralf Stegner: CDU-Ratsherr lädt Rechtsextremisten ein - Was nun, Herr Carstensen

Zur Einladung eines rechtsextremen Referenten zu einer Veranstaltung der CDU-nahen „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) durch den Kieler CDU-Ratsherrn Stephan Ehmke erklärt der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:

Dass ein Ratsmitglied der Kieler CDU, das zudem Funktionen im Fraktions- und im Kreisvorstand innehat und für die Schulpolitik der CDU im Kieler Rathaus zuständig ist, einen international bekannten russischen Rechtsextremisten einlädt und diesen als „einen der herausragenden Vertreter der russischen Politik“ bezeichnet, gefährdet das Ansehen nicht nur der Stadt Kiel, sondern des ganzen Landes Schleswig-Holstein. Denn das Land und insbesondere die Landeshauptstadt Kiel

haben sich in den letzten 20 Jahren erfolgreich als verlässlicher und friedlicher Partner der Nationen im Ostseeraum einen Namen gemacht. Nicht zuletzt haben wir hiervon erheblich politisch und wirtschaftlich profitiert.

Der eingeladene Moskauer Professor Wjatscheslaw Daschitschew tritt seit Jahren regelmäßig als Referent bei rechtsextremen und geschichtsrevisionistischen Vereinigungen und der NPD auf und ist Autor der National-Zeitung der DVU. Diese Organisationen gefährden den Frieden und das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa, in Deutschland und in Kiel!

Der Kieler Ratsherr Stefan Ehmke hat in seiner Eigenschaft als Regionalbeauftragter der Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) die Einladung mitunterzeichnet. Er hat bereits 2005 den aus der CDU wegen antisemitischer Äußerungen ausgeschlossenen ehemaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann eingeladen und als „Mann der klaren Worte“ begrüßt.

Die CDU-nahe SWG wurde 1962 von ehemaligen Nazi-Funktionären, darunter der frühere Pressereferent von Joseph Goebbels, gegründet. Sie bedient sich in ihren Publikationen, in denen sie z. B. von einer „von den Siegern etablierten politischen Klasse“ in Deutschland spricht, eindeutig des Vokabulars rechtsextremer und neonazistischer Kreise.

Alle demokratischen Kräfte in Kiel sind derzeit bemüht, gemeinsam Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Deshalb muss die CDU, für die Stefan Ehmke erneut bei der Kommunalwahl kandidiert, Konsequenzen ziehen. Klare Worte sind gefordert vom Landesvorsitzenden Peter Harry Carstensen und vom Kreisvorsitzenden Thomas Stritzl.

Kommentar von Hans-Joachim Schneider vom 10.05.2008, 23:31 Uhr:
RE:Ralf Stegner: CDU-Ratsherr lädt Rechtsextremisten ein - W
Zum Kommentar von Herrn Töpfer :Was heißt hier, Herr Ehmke hätte richtig reagiert ?? Er hätte ihn garnicht erst einladen dürfen!! Oder war ihm etwa die rechtsextreme Gesinnung des Russen nicht bekannt ? Wie blauäugig ist er denn dann? Und das , obwohl er für die Schulpolitik der CDU im Rathaus zuständig ist !!

Kommentar von Gerd Töpfer vom 09.05.2008, 09:06 Uhr:
RE:Ralf Stegner: CDU-Ratsherr lädt Rechtsextremisten ein - W
Der CDU-Mann hat schnell und richtig reagiert nachdem die Hintergründe Daschtschews bekannt geworden waren. Das verdient auch unsere Anerkennung.

AG60plus - Flensburg / Schleswig - *veröffentlicht am 08.05.2008, 18:46 Uhr - 5929 Clicks - Nr. 503*

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN GLÜCKSBURG

Die Mitgliederversammlung der AG60Plus fand in den Räumen des DRK Heimes in Glücksburg, Bahnhofstr. statt.
Im Mittelpunkt stand das Referat von Frau Regina Harbs-Stancikas, Landesvorsitzende von SIS - Seniorpartner in School -; eine ehrenamtliche Tätigkeit von Senioren in den Schulen des Landes Schleswig-Holstein; insbesondere in Flensburg.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurden die Schnittmengen dieser ehrenamtlichen Arbeit von SIS und den Sozialarbeitern z.B. der Stadt Flensburg an den Schulen oder in den Vereinen von den dort Tätigen in der Jugendarbeit deutlich von Frau Harbs-Stancikas abgegrenzt. Den Mitgliedern von SIS geht es vorrangig eine Brücke zwischen und Jung und Alt zu schlagen;

und dies insbesondere an den Schulen, wo eine gewaltfreie Konfliktlösung das Ziel der Arbeit sei. Anschließend wurden die Teilnehmer von Frau Schnell - DRK Heim Glücksburg - durch die Räumlichkeiten geführt und währenddessen die ab 1. Juli 2008 neuen gesetzlichen Bestimmungen der Pflegeversicherung diskutiert.
Danach wurden im Bericht des Vorsitzenden die neuen Termine für eine Aufstellung in der Öffentlichkeit und die innerparteilichen Handlungsfelder besprochen, die durch die Fusion von Flensburg-Stadt und dem Kreis Flensburg-Schleswig entstanden sind.
Die nächse Mitgliederversammlung wird am 4. Juni in Sörup stattfinden.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 09.05.2008, 09:50 Uhr - 4245 Clicks - Nr. 504*

SPD-Engelsby: Kandidatenvorstellung im Gemeindezentrum

Das Bürgerforum Engelsby hatte für gestern Abend alle für den Stadtteil Engelsby Kandidierenden aller Parteien, zu einer Vorstellungsrunde in das Gemeindezentrum eingeladen.

Trotz gutem Wetter war das Interesse aus der Bevölkerung groß. Folgten doch immerhin fast 50 Interessierte der Einladung.

Nach einer Vorstellungsrunde gaben die Kandidaten zu den vorher festgelegten Fragen ihre Stellungnahmen ab. Antworten zu den Themen neuer Standort von Lidl, weitere Nutzung des Reiterhofes Twedt, Einrichtung einer Kinderkrippe für Engelsby und zum Konzept des Seniorenbeirates zur Gestaltung der Bushaltestellen in Flensburg, wurden von allen Parteivertretern

abgegeben.

Kritisiert wurde von Thomas Petersen, dass öffentlich über die weitere Nutzung und Überlegungen seines Privateigentums diskutiert wurde.

Eine Diskussion über das nichtvorhandene, aber stets angekündigte Engelsbyer Verkehrskonzept, endete mit dem Hinweis von Herbert Jurijczuk, das eine zweite Veranstaltung mit Verwaltungsfachleuten noch vor der Sommerpause geplant ist.

Foto:
SPD-Vorsitzender Rolf Helgert am Pult,
Herbert Jurijczuk vom Bürgerforum Engelsby,
Thore Feddersen, CDU und Lars Bethge vom SSW (v.l.n.r.)

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.05.2008, 10:16 Uhr - 1531 Clicks - Nr. 505*

Finanzpolitisches Wahlkampfgetöse der CDU ohne Substanz!

Zur Pressemitteilung "Landeshauptstadt schafft das Triple: Eckwertebeschluss wieder eingehalten" vom 06. Mai 2008 erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:
"Frau Volquartz (CDU) verkündet kurz vor der Kommunalwahl freudestrahlend, dass die von CDU und GRÜNEN beschlossenen - und von der SPD-Fraktion stets kritisierten - Sparvorgaben im so genannten "Eckwertebeschluss" zur Haushaltskonsolidierung eingehalten wurden,
ja sogar um 6,8 Mio. € unterschritten wurden. Gleichzeitig rühmt sie, dass die "politische Mehrheit" den Ernst der Lage erkannt und entsprechend gehandelt habe, und dass diese erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden müsse. Konkrete Angaben, wo diese angeblichen Einsparungen denn erzielt worden sein sollen, macht sie lieber nicht - die werden vorsichtshalber erst für die Zeit nach der Kommunalwahl angekündigt. Die SPD-Fraktion vertraut kurz vor einem Wahlsonntag solchen allgemein gehaltenen Aussagen von Frau Volquartz nicht, die ihre mit dem Amt der Kieler Oberbürgermeisterin verbundene parteipolitische Neutralität unbekümmert ignoriert und sich derzeit vornehmlich als stellvertretende CDU-Landesvorsitzende betätigt.
Nur zur Erinnerung: Der Haushaltsentwurf von Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) für das Jahr 2007, dem CDU und GRÜNE gegen die Stimmen der SPD zustimmten, sah noch eine Überschreitung des eigenen "Eckwerte-Beschlusses" zur Haushaltskonsolidierung um 8,3 Mio. € vor.
Weder die erhöhten Einnahmen bei der Gewerbesteuer, die übrigens durch eine deutschlandweit (und nicht nur in Kiel) positive Konjunkturentwicklung bedingt sind, noch die Steuererstattung aus dem Stadtwerkeanteilsverkauf aus der vergangene Amtsperiode der Ratsversammlung in Höhe von 30 Mio. € können eine Einhaltung des "Eckwerte-Beschlusses" erzeugen. Denn der "Eckwerte-Beschluss" berücksichtigt Ausgabenkürzungen, keine Einnahmeverbesserungen aus dem Einzelplan 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft). Wo sind also die Ausgabenkürzungen? Verbergen sie sich hinter den von der Unternehmensberatung "Kienbaum" vorgeschlagenen Einsparungen im Bau- und Umweltdezernat und den damit verbundenen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger? Oder

sind die Ausgabenkürzungen schon im Sozialdezernat zu finden, weil die Einsparvorschläge der Unternehmensberatung "PricewaterhouseCoopers (PWC)" bereits umgesetzt werden, obwohl Frau Volquartz (CDU) das erstattete, 200.000 € teuere Gutachten als ungenügende Fassung zurückgegeben haben will? Solche Fragen ließen sich noch viel mehr stellen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.05.2008, 10:18 Uhr - 1787 Clicks - Nr. 506*

CDU-Fraktion muss sich öffentlich von ihrem Vorstandsmitglied Ehmke distanzieren

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und deren innenpolitischer Sprecher Michael Wagner erklären zu der von CDU-Ratsherr Stephan Ehmke für morgen organisierten Veranstaltung der rechtsgerichteten staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft mit der "internationalen Größe des Rechtsextremismus" (Zitat Verfassungsschutz) Daschitschew:
"Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen stellen in der Ratsversammlung am 15.05.2008 einen Antrag "Für ein weltoffenes Kiel" gegen extremistische Einstellungen.
6 Tage vor Beratung dieser Angelegenheit verantwortet das Vorstandsmitglied der CDU Ratsfraktion Stephan Ehmke den Auftritt von Daschitschew in Kiel. Ehmke hat in seiner Funktion als Regionalbeauftragter der "Staats- und Wirtschaftspoltischen Gesellschaft" bereits den wegen seiner Äußerungen zum jüdischen Volk später aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen Martin Hohmann als Referenten nach Kiel eingeladen. Immer wieder tritt er mit Äußerungen an die Öffentlichkeit, die ihn als Vertreter des rechten Randes seiner Partei kennzeichnen.
Die SPD-Ratsfraktion fordert von der CDU-Ratsfraktion, dass sie sich unmissverständlich und öffentlich von ihrem Fraktionsvorstandsmitglied distanziert."
Kommentar von Hans-Joachim Schneider vom 10.05.2008, 23:13 Uhr:
RE:CDU-Fraktion muss sich öffentlich von ihrem Vorstandsmitg
War es nicht Herr Carstensen, der "Die Linke" als die Freunde Stegners bezeichnet hat? Vielleicht sollte er sich erst einmal um den politischen Umgang seines Parteifreundes Ehmke kümmern !! Wie war das noch : Ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür

SPD-Mürwik - *veröffentlicht am 09.05.2008, 13:08 Uhr - 2225 Clicks - Nr. 507*

Sozialtarif beim Strom

--SPD Ortsverein Mürwik fordert Sozialtarif beim Strom-

Auf der letzten Sitzung des SPD OV Mürwik haben sich die Mitglieder einstimmig für einen Sozialtarif der Stadtwerke beim Strom ausgesprochen. „Es muss gewährleistet sein, dass die Grundbedürfnisse der Menschen gesichert bleiben“, so der Vorsitzende Matthias Epping. Und dazu gehöre, so Epping weiter, auch der bezahlbare Strom.
Es ist abzusehen, dass die Energiepreise in Zukunft weiter steigen werden. Die Verlierer dieser Preisspirale dürfen nicht die finanzschwächsten Menschen in Flensburg sein. Strom darf nicht zum Luxusgut und schon gar nicht in fremde Verfügbarkeit gegeben werden.

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 09.05.2008, 21:13 Uhr - 3044 Clicks - Nr. 508*

Wahlkampfblüten

Autor:

E. Tiedje
Sielberg 20a
25355 Barmstedt

Der Wahlkampf treibt manchmal seltsame Blüten. In Barmstedt, zum Beispiel, streitet man sich darüber, wie groß Plakate und Stellschilder sein dürfen. Losgebrochen hat den Streit eine relativ neue Gruppierung, die sich benachteiligt fühlt, weil sie angeblich nicht wusste, dass auch größere Plakate zugelassen sind als ihre eigenen (die in der Tat etwas mickrig und einfallslos wirken); dieses gefühlt furchtbare Unrecht soll nun juristisch abgewehrt werden.
Erstaunlich ist die angebliche Unwissenheit der neuen Wählervereinigung über die praktische Seite von Kommunalwahlkämpfen allerdings, denn immerhin haben die „Neuen“ ja auch einige „Alte“ dabei: z.B. einen früheren Stadtvertreter (der doch wohl für seine damalige Partei selbst Plakate geklebt und aufgestellt haben wird) oder einen ehemaligen Bürgermeisterkandidaten (der sich für das politische Umfeld des vor Jahren angestrebten Amtes schon bei seiner gescheiterten Kandidatur interessiert haben sollte).
Eigentlich ist ja das Ganze sowieso ein Schein-Thema. Denn - wie besonders die letzte Kommunalwahl in Barmstedt zeigt - ist ein Zusammenhang zwischen Plakatgröße und Wahlerfolg absolut nicht gegeben, die ganze Aufregung also unsinnig. Überhaupt gibt es im Wahlkampf wahrlich Wichtigeres als Plakatformate, nämlich Inhalte und Personen: Welche Ziele hat man? Welche Probleme sind vor allem zu lösen? Welche Vorschläge zu ihrer Lösung hat man anzubieten? Welche Personen sollen das in der Stadtvertretung umsetzen?
Darüber lohnt es sich zu streiten, darüber kann man sich ärgern, man kann die Kompetenz der Kandidaten diskutieren, usw. usw. - alles das lohnt sich viel mehr als künstliche Aufgeregtheiten, bürokratische Rechthaberei und pseudojuristische Selbstinszenierung, die anscheinend vor allem die eigene Schlafmützigkeit bei der Plakatgestaltung und die inhaltliche Leere der Argumente verdecken sollen.
Barmstedt, d. 1.Mai 2008

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 11.05.2008, 14:51 Uhr - 3310 Clicks - Nr. 509*

CDU und FDP beschließen Neubau des Kreishauses

CDU und FDP beschließen Neubau des Kreishauses -
unseriöse Haushaltspolitik bis zum Schluss

Am 07. 05. 2008 -in der letzten Kreistagssitzung vor der Kommunalwahl (warum eigentlich diese Eile?)- haben CDU und FDP den Neubau eines Kreishauses für rd. 50 Mio. €uro beschlossen und das, obwohl der Kreishaushalt nach fünfjähriger CDU-Mehrheit auf einen Schuldenstand von 80 Mio. €uro angestiegen ist.

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte dagegen bereits vor Jahren konkrete Vorschläge gemacht, die räumliche Situation der Kreisverwaltung und damit die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig

zu verbessern. So beschloss 2002 die damalige rot-grüne Mehrheit im Kreistag eine Sanierung des Kreisgebäudes und hatte hierfür ca. 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Beschluss wurde sofort von CDU und FDP nach der Kommunalwahl 2003 wieder rückgängig gemacht. Jahrelang wurden notwendige Instandhaltungsmaßnahmen von der CDU unterlassen.

Wenn jetzt seitens der CDU und ihres Landrates behauptet wird, der Neubau sei wegen des schlechten Zustandes des alten Kreishauses dringend geboten, so ist dies schlicht unredlich. Denn eine zeitnahe Sanierung in 2003 hätte den Neubau überflüssig gemacht. Die „Zeche“ für diese unseriöse Finanzpolitik werden möglicherweise die Städte und Gemeinden im Kreis Pinneberg zahlen müssen: Durch eine Erhöhung der Kreisumlage.

Es wird also Zeit, dass nach der Kommunalwahl wieder eine wirkliche Verzahnung der Interessen zwischen den Städten und Gemeinden auf der Tagesordnung steht

Deshalb: Am 25. 05. 2008 SPD wählen!!

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 12.05.2008, 21:46 Uhr - 9136 Clicks - Nr. 510*

MdB Wodarg ermöglichte einer Schülerin aus Satrup den Blick hinter die Kulissen

"Politik zum selbst Erleben"- das war es, was Lena Jansen aus Satrup am meisten an ihrem Besuch in Berlin gefallen hat. Auf Einladung von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB war die 16jährige Schülerin der Struensee Realschule Satrup für eineinhalb Tage zu Gast in Berlin um ihrem Abgeordneten bei seiner Arbeit über die Schulter zu schauen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte anlässlich des alljährlichen Girls’ Days für insgesamt 80 Mädchen aus ganz Deutschland ein abwechslungsreiches Programm organisiert. Im Mittelpunkt stand die Gelegenheit, ihren Wahlkreisabgeordneten bei Terminen zu begleiten und einen Einblick in seinen Büroalltag zu erhalten.

So verbrachte Lena einige Stunden im Abgeordnetenbüro und konnte hautnah miterleben, wie der Arbeitsalltag eines Politikers zwischen Terminen, Presseanfragen und dem Abarbeiten der Postmappe aussieht. Während des gemeinsamen Mittagessens mit dem Büroteam erfuhr sie viel zum Ablauf der Sitzungswochen und konnte alle ihre Fragen loswerden.

Darüber hinaus standen eine Reichstagsführung, der Besuch einer Plenardebatte und ein Planspiel auf dem Programm. Dieses sollte den Mädchen den Weg durch die Gesetzgebung weisen und ihnen

zeigen, wie man einen Gesetzentwurf einbringt und wie ein Gesetz letztlich verabschiedet wird und in Kraft tritt. Selbstverständlich durfte dabei eine interessante und spannende Debatte über den besten Weg dort hin nicht fehlen - genau wie in der richtigen Politik. Schließlich standen den Mädchen bei einem Markt der Möglichkeiten gestandene Politikerinnen Rede und Antwort und zeigten ihnen Wege auf, wie die Laufbahn einer Politikerin eingeschlagen werden kann oder was es braucht, um im Bereich der Politikberatung tätig werden können.

Lena war am Ende des Tages sehr zufrieden: "Der Besuch hier hat mir echt viel Spaß gemacht. Es wurde ein tolles Programm auf die Beine gestellt und ich konnte mir endlich ein eigenes Bild von dem Geschehen im Bundestag machen." Auf die Frage hin, ob sie sich denn selbst einen Beruf in der Politik vorstellen könnte sagte sie: "Die Begegnung mit Dr. Wodarg und seinen Mitarbeiterinnen war zwar sehr spannend, aber das wäre mir einfach zu stressig. Aber ich werde mich in Zukunft viel mehr mit Politik beschäftigen und kann mir sogar vorstellen den Jusos beizutreten. Ich habe hier einfach gemerkt, dass man gar nicht so weit weg ist, sondern selber auch Einfluss nehmen kann."

Mit diesem neuen Gefühl soll Lena nicht alleine bleiben! Deshalb wurde bereits schon der Besuch von Wolfgang Wodarg in der Schulklasse von Lena verabredet.

Mädchen, die sich für die Teilnahme am Girls' Day 2009 interessieren, werden gebeten, mit dem Berliner Büro Kontakt aufnehmen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.05.2008, 10:31 Uhr - 1727 Clicks - Nr. 511*

Sportförderung für alle Kinder!

"Es muss möglich sein, auch Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu ermöglichen", so kommentiert der schul- und sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Bernd Vogelsang den Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Sportförderung in der Landeshauptstadt Kiel, der zur nächsten Ratsversammlung am 15. Mai 2008 gestellt wird.
"Ziel der Initiative ist es, die Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen für Kinder, deren Eltern es sich nicht leisten können, zusätzliche Gelder für die Mitgliedschaft in Sportvereinen aufzubringen, zu übernehmen. Vorteile bringt die Ratsinitiative sowohl den Kindern als auch ihren Eltern. Mitglied in einem Sportverein zu sein fördert das Sozialverhalten in der Gemeinschaft, das eigene Selbstbewusstsein und vor allem die Gesundheit der Kinder durch aktive Betätigung", so Vogelsang weiter.
"Auch die Sportvereine selbst profitieren von dem Projekt "Kinderarmut und Sport", das übrigens von allen Fraktionen befürwortet wird. Somit wird auch den Vereinen eine gewisse Planungssicherheit vermittelt, denn man kann davon ausgehen, dass die Vereinsmitgliederzahlen weitgehend konstant bleiben und mit Glück sogar neue Mitglieder hinzugewonnen werden können", so Vogelsang abschließend.

***

Antrag zur Ratsversammlung am 15.05.2008, Drucksache Nr.0395/2008

Betreff: Sportförderung in der Landeshauptstadt

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, eine Pilot-Phase für das Projekt "Kinderarmut und Sport" auf Grundlage des mit dem Sportverband Kiel erarbeiteten Modells (siehe GM 0285/2008) für das 2. Halbjahr 2008 auf den Weg zu bringen.

Für "Kinderarmut und Sport" werden für das Jahr 2008 außerplanmäßig 66.000 € beim Unterabschnitt 550 bereitgestellt.

Ein erster Sachstandsbericht ist in der Ratsversammlung am 09.10.2008 vorzulegen.

Begründung:

Mit der Pilot-Phase wird die Grundlage für eine von allen Parteien befürwortete Förderung der Mitgliedschaft von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen in einem Sportverein gelegt. Die Haushaltsmittel sind für Mitgliedsbeiträge in einem Sportverein einzusetzen. "Bestandsförderung" plus "Neumitgliederförderung" soll dabei in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 13.05.2008, 11:15 Uhr - 5361 Clicks - Nr. 512*

"Energiewandel - Hoffnung auf neue Arbeitsplätze?"

Die AfA Schleswig-Flensburg lädt ganz herzlich ein zu einer Veranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg am 22. Mai 2008 um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Callsen" in Ekenis.
Dr. Wodarg wird uns zum Thema "Energiewandel - Hoffnung auf neue Arbeitsplätze?" informieren und mit uns über das Thema diskutieren. Im Anschluss werden wir einen Reisebericht über seine Fahrt nach Tibet erhalten.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 13.05.2008, 11:52 Uhr - 2908 Clicks - Nr. 513*

Stadtrundgang in Flensburg

Der SPD-Ortsverein Stadtmitte lädt für Donnerstag, den 15. Mai 2008, um 18:00 Uhr wieder zum Stadtrundgang ein.
„ Flensburg von Oben betrachtet“ ist das Thema des Rundganges der vom Kanonenberg an den Hängen der Flensburger Altstadt lang zum Collundtspark führt. Unterwegs gibt es Erläuterungen von Knut Franck, dem langjährigem Vorsitzenden des Flensburger Bauausschusses, der auch als Stadtführer tätig ist.
Der Treffpunkt ist am Kanonenberg (Parkplatz vor dem B-Gebäude der AVS).

Der Rundgang ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 13.05.2008, 12:53 Uhr - 4035 Clicks - Nr. 514*

Brief an den Vorwärts

AfA-Schleswig-Holstein bemängelt dünne Berichterstattung

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Redaktion,

sehr geärgert habe ich mich als Landesvorsitzender der AfA in Schleswig-Holstein und Vorstandsmitglied der IG Metall, über den unscheinbaren, kleinen und auch inhaltlich schwachen Beitrag von euch in der Rubrik "Parteileben" über die statt gefundene AfA-Bundeskonferenz in Kassel vom 18.-20.4.2008. Da kommen über 250 Delegierte aus ganz Deutschland zusammen, vertreten den großen, aktiven Teil der Parteimitglieder, erleben die Auftritte vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, vom Ver.di-Vorsitzenden Bsirske, den Parteivorsitzenden Kurt Beck, den Arbeitsminister Olaf Scholz, den ehemaligen AfA-Bundesvorsitzenden Rudolf Dressler und die Fraktionsvorsitzende Andrea Ypsilanti aus Hessen und ihr macht daraus 5 Zeilen im Vorwärts.

Peinlich kann ich euch sagen!

Wie viel Arbeit hat es gemeinsam gekostet, die Partei und die Gewerkschaften wieder mehr zueinander zu bringen. Für alle in der Partei war die AfA-Bundeskonferenz ein Highlight, die es sogar in das Fernsehen schaffte und ihr bringt noch nicht einmal ein Bild oder inhaltliche Aussagen.

Ich verlange ja keine "Nabelschau" ,aber etwas mehr Aufmerksamkeit und Darstellung hat die AfA verdient und ich hoffe ihr holt dieses mit der nächsten Ausgabe noch nach.
Trotzdem mit kollegialen Grüßen
Wolfgang Mädel
1. Bevollmächtigter der IG Metall Kiel
AfA-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein
www.afa.spd-net-sh.de

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 13.05.2008, 13:08 Uhr - 47561 Clicks - Nr. 515*

Stegner: Drei gebührenfreie Kita-Jahre einzig richtiges Vorgehen

„Wir sind mit unserem Stufenplan für drei beitragsfreie Kindergartenjahre genau auf dem richtigen Weg. In den Gesprächen mit der CDU werden wir alles daran setzen, dass wir gleich von Anfang an die sozial- und bildungspolitisch richtige Lösung einführen und keine Kompromisse, die pädagogisch nichts bringen.“

Das erklärte der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner zu der aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), in der erstmals bundesweit die Auswirkungen der sozialen Herkunft und des Kindergartenbesuchs auf die Schulreife untersucht wurden. Das Berliner Institut kommt darin zu dem Ergebnis, dass nur ein einziges Kindergartenjahr kaum positive Effekte für die Schulreife habe. Nur ein dreijähriger Kita-Besuch

reiche aus, um Kinder aus bildungsfernen Schichten angemessen auf die Schule vorzubereiten und damit einen erfolgreichen Schulstart für alle zu ermöglichen.

„Natürlich ist das finanzpolitisch eine ganz große Anstrengung. Aber wer den Blick über den Tellerrand wirft, der weiß dass die sozialen Folgekosten unzureichender Bildung z.B. durch spätere Arbeitslosigkeit für die Gesellschaft weitaus höher sind als die richtigen Investitionen am richtigen Ort und zur richtigen Zeit. Wir stehen hier vor einer Entscheidung, die von der Großen Koalition großen Mut erfordert. Wir sind bereit zu einem großen Schritt Richtung mehr Bildungsgerechtigkeit“, so Stegner. Die SPD hat vorgeschlagen, in einem Stufenplan in den Jahren 2009, 2011 und 2013 den Besuch von Kitas schrittweise beitragsfrei zu stellen.

In diesem Zusammenhang hatte Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave am 23. April im Landtag gesagt: Gerade wegen der heutigen Haushaltssituation ist es geboten, dass wir stärker in das wichtigste Potential investieren, dass wir in Schleswig-Holstein haben: nämlich in die Menschen, die hier leben, in ihre Bildung, in ihre Zukunftschancen. Wir sollten dieses Thema deshalb nicht unter dem Aspekt einer zusätzlichen Last, sondern unter dem Aspekt einer Investition diskutieren.“

Die DIW-Studie kommt zu dem Schluss, dass ohne ausreichende Kita-Förderung, Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund überproportional häufig Entwicklungsdefizite aufweisen. Die Wahrscheinlichkeit einer Rückstellung vom Schulbesuch sinke bei diesen Kindern, die bereits drei Jahre einen Kindergarten besucht haben, von 50 auf 13 Prozent.

„Die Ergebnisse dieser Studie, die die Auffassung vieler Fachleute bestätigt, kann man einfach nicht ignorieren. Wir müssen so schnell wie möglich zu drei beitragsfreien Kindergartenjahren kommen“, sagte Stegner.

Hinzukomme, dass die SPD grundsätzlich den Kita-Besuch als Teil des Bildungssystems sehe und damit gebührenfrei machen wolle. Grundsatz der SPD sei, dass das Portemonnaie der Eltern nicht über die Bildungschancen der Kinder entscheiden dürfe.

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 13.05.2008, 14:17 Uhr - 4676 Clicks - Nr. 516*

Die Stadt hat 7,8 Mio. Euro Schulden

Jüngst war in der Wilsterschen Zeitung die Überschrift zu lesen: CDU wirft der SPD Untätigkeit vor. In dem Bericht beklagte sich dann der CDU-Sprecher Mark Dethlefs darüber, dass er noch „nie so schwache Mitstreiter“ gehabt habe. Er behauptete, dass die CDU alles in Wilster gemacht habe und die Sozialdemokraten dabei Däumchen gedreht hätten. Dreister lässt sich die Bevölkerung kaum belügen.
Wer so über den politischen Gegner urteilt, hat vermutlich kein Interesse daran, mit diesen Menschen künftig harmonisch an einem Tisch zu sitzen. Herr Dethlefs hat schon resigniert und erkannt, dass er mit seinem CDU-Listenplatz 8 keine Chance hat, in die Ratsversammlung gewählt zu werden.
Vielleicht meint er mit der Formulierung „schwache Mitstreiter“ seine eigenen Leute und der Berichtschreiber hat ihn falsch interpretiert. Wer in den letzten Jahren an einer Ausschusssitzung

teilgenommen hat, wird gemerkt haben, dass Mark Dethlefs seinen eigenen Mitstreitern nie viel zugetraut hat. Er ließ sie nur ganz selten zu Wort kommen. Bevor ein Ausschussmitglied überhaupt zu irgendeinem Thema etwas sagen durfte, hatte er das Wort bereits selbst ohne Wortmeldung ergriffen. In langatmigen und oft auch lautstarken Ausführungen hat er dann seine Auffassung wiedergegeben. Es fehlte allerdings selten der Satz: Die CDU-Fraktion hat beschlossen.
Es war also schon immer alles vorher beschlossen, bevor der Ausschuss sich überhaupt mit dem Thema befasst hat. Den Sozialdemokraten war dann immer deutlich gemacht worden, dass ihre Meinung ohnehin nicht in den Beschluss einfließen würde. In den letzten zwei Jahren hatte dann der neue Fraktionsvorsitzende den Part übernommen zu sagen, dass die CDU-Fraktion bereits beschlossen hätte. Der Ex-Fraktionsvorsitzende ließ es sich aber auch weiter nicht nehmen, in heftigen Wortbeiträgen zu einzelnen Themen Stellung abzugeben. Die anderen CDU-Teilnehmer verhielten sich auffällig gehorsam ruhig. Wir Sozialdemokraten haben uns nicht zurückschrecken lassen und es uns tapfer an den Diskussionen beteiligt, obwohl es eigentlich überflüssig war, denn die Mehrheit hatte ja bereits in ihrer Fraktionssitzung beschlossen.
Ein Höhepunkt in einer traurigen Serie war eine Werkausschusssitzung, in der über eine Auftragsvergabe einer abgespeckten Saunaerneuerung im Hallenbad beschlossen werden sollte. Die CDU hatte sich drei Jahre lang in vielen Erklärungen für eine Erneuerung der Sauna ausgesprochen. Man hatte sich ein Kostenlimit gesetzt. Die Ausschreibung hatte ergeben, dass diese Grenze weit überschritten war und somit hatte man beschlossen, die Ausschreibung aufzuheben. Der Architekt sollte einen neuen Plan fertigen. Dieser hat daran weitere Wochen gearbeitet und kam dann zu einer Sitzung weit angereist. Er stellte in langen Ausführungen seine neue Lösung vor und im Ausschuss wurde darüber diskutiert. Dann teilte, nur für die Sozialdemokraten überraschend, der CDU-Sprecher mit, dass seine Fraktion beschlossen habe, aus finanziellen Gründen keine Sauna zu bauen und am Gebäude nur das Notwendigste zu sanieren. Die Erkenntnis, dass kein Geld da ist, hätte eigentlich schon früher vorhanden sein können. Die Anreise des Architekten und alle seine Arbeiten an der Planung waren umsonst. Hier ist wahrlich viel Geld verschleudert worden.
Wir Sozialdemokraten haben in Wilster von 1986 bis 2003 die Mehrheit gehabt. Die kleine Stadt Wilster hat sich in der Zeit sehr positiv verändert. Aber wir sind nicht einmal auf die Idee gekommen, zu behaupten die Initiativen zur Verbesserung unserer Stadt seien nur von uns ausgegangen.
Wir Sozialdemokraten haben in den letzten fünf Jahren trotz einer für uns schwierigen Situation hart gearbeitet und viel bewirkt. In den zahllosen Diskussionen zu einer Vielzahl von Themen sind unsere Ideen und Vorschläge eingeflossen. Uns ist es zu verdanken, dass wir noch eigene Stadtwerke haben (wir erinnern an den erfolgreichen Bürgerentscheid) und dass das Wasserwerk Kleve noch nicht stillgelegt worden ist. Als wir die Mehrheit abgeben mussten, hatte die Stadt rund 3 Mio. Euro Schulden. Nach dem Neubau der Kindertagesstätte liegt der Schuldenberg bei 7,8 Mio. Euro. Das ist mehr als das Zweieinhalbfache an Schulden in fünf Jahren. Wenn die CDU schon alles initiiert haben will und wir „Null“ getan haben, dann ist sie auch für diese katastrophale Verschuldung allein verantwortlich.

Keine Kommentare

SPD NMS Faldera - *veröffentlicht am 13.05.2008, 16:56 Uhr - 2916 Clicks - Nr. 517*

Falderaner SPD-Kandidaten vor Ort!

Mit der SPD - ein starkes Neumünster! Unter diesem stadtweiten Motto informierten die 3 Falderaner Direkt-
kandidaten **Arno Jahner (Wahlkreis 19)**, **Andreas Kluckhuhn (Wahlkreis 18)** und **Oliver Sundermann (Wahlkreis 17)** am Pfingstsamstag die Besucher des Sky-Marktes in der Wasbeker Straße.

"Es freut uns sehr, dass die Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner die Gelegenheit nutzen mit uns direkt vor Ort ins Gespräch zu kommen" freut sich Oliver Sundermann.
"Auch wenn es in Zeiten von Politikverdrossenheit immer schwerer wird - es gibt viele Bürger die das persönliche Gespräch führen möchten." Aus diesem Grund werden die 3 Kandidaten in den nächsten Tagen noch viele Gelegenheiten nutzen ins Gespräch zu kommen.

Ob bei den zahlreichen Hausbesuchen im Wahlkreis oder dem wöchentlichen Infostand - Themen die die Bürger vor Ort betreffen gibt es genug. "Ob das Technische Betriebszentrum (TBZ), welches die SPD in städtischer Trägerschaft belassen möchte oder der feste Wille, die Schulwegsicherung im Wernerhagener Weg erfolgreich abzuschließen" ergänzt Arno Jahner. "Die SPD Neumünster ist immer nah bei den Bürgern!"

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 13.05.2008, 18:20 Uhr - 3184 Clicks - Nr. 518*

Die neue Lernkultur: Motivieren statt beschämen

Zur Vortragsreihe der SPD-Landtagsfraktion „Die 15 Gebote des Lernens – die Schule nach PISA“ mit Prof. Dr. Peter Struck erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Bildungspolitiker Jürgen Weber:
Das Unterrichtsprinzip Lernen durch Handeln und nicht durch Belehren, der Lehrer als Lernberater und nicht als Pauker, gemeinsames Lernen in Ganztagsschulen –
das sind wesentliche Elemente von Schulen, die „in der Zukunft angekommen sind“, wie es der Hamburger Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Peter Struck nennt. Die SPD-Landtagsfraktion hat in einer Veranstaltungsreihe mit Struck innerhalb von zwei Jahren zahlreichen interessierten Eltern, Lehrkräften und Kommunalpolitikern Anregungen für eine andere Lehr- und Lernkultur gegeben. Mit der 15. Vortragsveranstaltung in Rieseby gestern Abend haben wir die Reihe erfolgreich beendet.

Bereits während der Beratungen der Schulgesetznovelle haben wir mit diesen Vorträgen die Debatte um Unterrichtsformen und Lerninhalte angeschoben. Denn mit den im neuen Schulgesetz verankerten Gemeinschaftsschulen orientieren wir uns an den erfolgreichen integrativen Systemen der skandinavischen Länder. Allerdings geben wir nur den Rahmen vor; diese neue Schulform inhaltlich auszugestalten, ist Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, die dazu allerdings der Unterstützung der Eltern und der Schulträger bedürfen.

Prof. Struck hat in seinen Ausführungen, die auch Erkenntnisse der Hirnforschung und der Lernpsychologie berücksichtigen, viele wertvolle Hinweise gegeben, wie die neue Schule aussehen könnte: längeres gemeinsames Lernen statt früher Selektion, Ganztagsunterricht, selbst lernen durch sprechen und handeln statt zuhören/belehren, lernen mit Respekt anstatt durch Sanktionen wie Sitzenbleiben, Rückstellung oder Schulausschluss zu beschämen. Was eine gute Schule ausmache, seien Faktoren wie eine starke Schulleiterpersönlichkeit, Konsens im Lehrerkollegium, ein Schulprofil mit Schwerpunkten, die enge Zusammenarbeit zwischen Lehrer- und Elternschaft auf gleichberechtigter Basis, eine heruntergespielte Bedeutung von Noten, Ganztagsunterricht.

Prof. Struck hat mit seinen kurzweiligen Vorträgen die Diskussionen über neue Schulformen belebt und inhaltliche Anregungen gegeben, die – das zeigen die Rückmeldungen bei uns – von seinem Publikum gerne aufgegriffen wurden.

Die SPD-Landtagsfraktion dankt dem Hamburger Erziehungswissenschaftler für seine Beiträge zu einer unideologisch geführten, sachorientierten Debatte über „die Schule der Zukunft“.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 14.05.2008, 09:12 Uhr - 7376 Clicks - Nr. 519*

Einnahmen steigen – jetzt nicht übermütig werden!

„Für Schleswig-Holstein sieht die Einnahmeseite erfreulich aus: Die Einnahmen steigen etwas stärker als im vergangenen Jahr geschätzt. Rund 466 Millionen Euro beträgt voraussichtlich die Mehreinnahme für den Landeshaushalt in den Jahren 2008 bis 2011, weitere 153 Millionen Euro werden es für die Kommunen sein.“ Das sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen, zu den regionalisierten Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung.

„Dennoch: Zum finanzpolitischen Übermut besteht kein Anlass. Schleswig-Holstein wird steigende Zinslasten auffangen müssen. Nach wie vor geben wir exorbitante Summen für Zinsen aus. Wir müssen diese auf Dauer reduzieren, um Spielräume für Politik zu gewinnen. Für unsere wichtigen politischen Ziele, zum Beispiel den Ausbau von Ganztagsbetreuung und ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr, werden wir an anderer Stelle im Haushalt schmerzhafte Abstriche machen.“

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - *veröffentlicht am 14.05.2008, 09:27 Uhr - 3660 Clicks - Nr. 520*

Farbe bekennen! Politische Fahrradtour der SPD!

Am Samstag, 17. Mai 2008 startet die SPD Neumünster mit ihren 23 Direktkandidatinnen und -kandidaten eine Fahrradtour zu politischen Standorten in Neumünster. Neben dem Spaß und bei hoffentlich sonnigem Wetter, soll auch die Kommunalpolitik nicht zu kurz kommen.
So werden verschiedene Info-Stationen auf der Tour angefahren.

Im Falderapark zum Beispiel informiert der Ortsverein Faldera über das Thema TBZ und die von der CDU ins Spiel gebrachte Privitisierung. Der Ortsverein Süd lädt zu einem Informationsbesuch bei NORTEX ein. Hier wird die SPD Flagge zeigen für die Erweiterungspläne des Textileinzelhändlers. Zudem ist noch ein Stopp am Friedrich-Ebert-Krankenhaus geplant, wo die Genossen ihre Solidarität mit den Mitarbeitern zum Ausdruck bringen wollen.

Den Abschluss findet die Radtour gegen ca. 13 Uhr an der Wahlkampfbude der SPD auf dem Großflecken. "Für ausreichend Stärkung unterwegs ist gesorgt." erläutert SPD Spizenkandidat Andreas Hering. "Wir würden uns freuen, wenn uns viele Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner bei dieser Radtour begleiten. Treff- und Startpunkt ist um **9:00 Uhr der Helmut-Loose-Platz** in Tungendorf."

Keine Kommentare

SPD-Witzwort - *veröffentlicht am 14.05.2008, 09:42 Uhr - 2984 Clicks - Nr. 521*

SPD-Witzwort mit eigener Internet-Seite

Auf dem kleinen Landstrich Eiderstedt – dominiert von der Partei mit dem "C" – gibt es dennoch **Rote Nester**!
Die Genossinnen und Genossen aus Witzwort haben es geschafft – allen Unkenrufen zum Trotz - zur Kommunalwahl 2008 eine Mannschaft aufzustellen.
Unter www.spd-nordfriesland.de/witzwort könnt Ihr lesen, wer das ist und was wir wollen.

In der auslaufenden Wahlperiode konnten wir leider nur mit einer Person im Gemeinderat für unsere Ziele eintreten, sind jetzt aber sehr zuversichtlich die nächsten 5 Jahre als Fraktion in den Gemeinderat tätig zu werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.05.2008, 09:46 Uhr - 1570 Clicks - Nr. 522*

Hilfen für die Helfer

SPD-Ratsfraktion beantragt aktive städtische Unterstützung für die Mitgliederwerbung der Freiwilligen Feuerwehren
Ein verstärktes Engagement der Stadt Kiel in der Mitgliederwerbung der Freiwilligen Feuerwehren fordert die SPD-Ratsfraktion. Einen entsprechenden Antrag stellt sie in der nächsten Ratsversammlung.
"Wir greifen den Appell von Stadtwehrführer Lehn und Amtsleiter Kirchhoff auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Stadtfeuerwehrverbandes an die Politik gern auf.
Denn dass die freiwilligen Feuerwehren funktionsfähig und einsatzbereit bleiben, liegt im ureigensten Interesse der Stadt", sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner. Dem Stadtfeuerwehrverband sei für seine vielfältigen Aktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder u.a. in Form zweier großer Mitmachtage im vergangenen Jahr sehr zu danken. Gleichwohl bedürfe es zukünftig verstärkten Engagements der Stadt über die Übernahme von Schirmherrschaften hinaus. Angesichts der sich abzeichnenden Rahmenbedingungen wie dem demographischen Wandel, dem Wandel in der Arbeitswelt sowie den sich verändernden Familienstrukturen, werde die Gewinnung von Mitgliedern für die Freiwilligen Wehren zu einer dauerhaften Aufgabe - auch der Stadt selbst. "Als ersten Schritt beantragen wir deshalb die Entwicklung eines Konzeptes zur Beteiligung der Landeshauptstadt an der Kampagne des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages "Gemeinsam sicher - die Gemeinde und ihre Feuerwehr". Ziel dieser Aktion ist es, mit 1000 Aktionen landesweit neue Mitglieder für die Feuerwehr zu gewinnen, die Feuerwehrleute zu motivieren und für die Feuerwehren und ihre Leistungen zu werben. Diese Aufgaben stellen sich auch in der kreisfreien Stadt Kiel. Die öffentliche Aufmerksamkeit im vom SHGT zum kommunalen Jahr der Feuerwehr erklärten Jahr 2008 wollen wir auch in Kiel nutzen, den Kielerinnen und Kielern weiterhin und noch stärker die

Unverzichtbarkeit der Freiwilligen Wehren für den Erhalt der Sicherheit in der Stadt zu verdeutlichen, um damit aus ihrem Kreis neue Aktive für die Einsatzabteilungen zu gewinnen, erklärte Ratsherr Wagner abschließend.

***

Antrag zur Ratsversammlung am 15.05.2008, Drucksache Nr.0421/2008

Betreff: Beteiligung der Landeshauptstadt Kiel an der Kampagne "Gemeinsam sicher - Die Gemeinde und ihre Feuerwehr"

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtfeuerwehrverband, ein Konzept für die Beteiligung der Landeshauptstadt Kiel an der Kampagne "Gemeinsam sicher - Die Gemeinde und ihre Feuerwehr" zu entwickeln. Dieses Konzept soll in der Ratsversammlung am 17. Juli vorgelegt werden.

Begründung:

Der schleswig-holsteinische Gemeindetag (SHGT) hat 2008 zum kommunalen Jahr der Feuerwehr ausgerufen. Damit haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden die Image- und Werbekampagne zur Chefsache erklärt. Ziel der Kampagne "Gemeinsam sicher - Die Gemeinde und ihre Feuerwehr" ist es, mit landesweit 1000 Aktionen neue Mitglieder für die Feuerwehren zu gewinnen, die Feuerwehrleute zu motivieren und für die Feuerwehren und ihre Leistungen zu werben.
In der Landeshauptstadt Kiel hat der Stadtfeuerwehrverband im Jahr 2007 unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin zwei große Mitmachtage durchgeführt. Damit ist es gelungen, den Mitgliederbestand in den Einsatzabteilungen kurzzeitig auf 500 zu erhöhen. Gleichwohl gilt: "Wesentlicher Bestandteil einer guten Werbung ist der Wiedererkennungswert und die Beharrlichkeit" (Landesbrandmeister Detlev Radtke auf der Landesfeuerwehrversammlung am 26.April 2008 in St. Peter Ording). Die Mitgliederwerbung für die Freiwilligen Feuerwehren bleibt auch in der kreisfreien Stadt Kiel eine Daueraufgabe, die auch im Interesse der Stadt Kiel liegen muss und ihr aktives Handeln erfordert: Durch Austritte sank die Zahl der Aktiven bereits Ende 2007 wieder auf 488, in der Jugendfeuerwehr konnte das Ziel, den Mitgliederbestand aus dem Vorjahr zu halten oder gar zu erhöhen, nicht erreicht werden.
Aus der Beantwortung der Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 0107/2008) geht hervor, dass der Stadtfeuerwehrverband an Vorschlägen arbeitet. Die Stadt soll - wie die Gemeinden des SHGT - ihren Beitrag leisten. Mit einem gemeinsam erarbeiteten Konzept unterstreicht sie weiter die Bedeutung der unverzichtbaren Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren als Eckpfeiler ihrer Sicherheitsarchitektur.
Die mediale Aufmerksamkeit der SHGT-Kampagne soll genutzt werden, dies weiter allen Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen und aus ihrem Kreis neue Aktive für die Freiwilligen Wehren zu gewinnen.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 14.05.2008, 10:22 Uhr - 13005 Clicks - Nr. 523*

NDR berichtet über Kommunalwahlkampf

Am Sonntag, 18. Mai berichtet NDR 1 Welle Nord von 18:00 bis 20:00 Uhr über den Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein. Während die erste Stunde der Sendung allgemeine Themen behandelt, ist die zweite Stunde für Berichterstattung aus den Regionen des Landes vorgesehen.

Um über die politischen Ziele und den Wahlkampf der SPD im Kreis Steinburg zu informieren, besuchten Kreisvorsitzender Rudolf Riep, seine Stellvertreterin Susann Laatz, die Spitzenkandidatin der SPD in Hohenlockstedt Rositta Krämer und Wahlkampfleiter Klaus Albrecht das NDR-Studio in Heide.

In einem neunzigminütigen Gespräch mit Studioleiter Hanno Hotsch und den Redakteuren Carsten Rauterberg und Claudio Campagna wurden alle Facetten des Wahlkampfes erläutert. Was davon in der Sendung wieder auftaucht muss man sich am Sonntag anhören.

Um die Berichte aus Steinburg zu hören, muss man die Radiofrequenz 90,5 Mhz einstellen, da die fünf Studios des Landes für diese Sendung „auseinandergeschaltet“ werden.

Mehr über die Berichterstattung des NDR gibt es ***HIER***.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 14.05.2008, 11:50 Uhr - 4715 Clicks - Nr. 524*

Lothar Hay: „Scharfe Waffe im Kampf gegen das Verbrechen“

- Kieler Kriminaltechniker bekommen modernstes Labor Deutschlands
Erscheinungsdatum:14.05.2008
Kriminelle werden es künftig noch schwerer haben, von der Polizei nicht überführt zu werden. Das Landeskriminalamt Schleswig Holstein verfügt seit Mittwoch (14. Mai) über das derzeit modernste daktyloskopische Labor seiner Art in Deutschland.
Die neue Technik macht selbst kleinste und noch so verborgene Fingerabdruckspuren in einer Qualität sichtbar, dass sie ausgewertet und Tatverdächtigen zugeordnet werden können.

Für die Suche nach Fingerspuren standen den Kriminaltechnikern früher nur zwei oder drei Methoden zur Verfügung. Die moderne Kriminaltechnik kennt aber inzwischen mehr als 50 verschiedene und zum Teil komplizierte Verfahren. In dem alten Labor konnte man diese Vielfalt der Methoden kaum anwenden. In dem neuen Labor können alle modernen Verfahren zum Einsatz kommen.

Innenminister Lothar Hay bezeichnete das 445.000 Euro teure Labor als „eine scharfe Waffe im Kampf gegen das Verbrechen“. Die Investition sei gut begründet und notwendig. Die Polizei müsse auf der Höhe des technischen Fortschritts sein. Viele Verbrechen ließen sich nur noch mit Hilfe modernster Kriminaltechnik aufklären. „Wenn Mörder oder andere Kapitalverbrecher dadurch überführt werden können, dann war jeder Cent sinnvoll investiert“, sagte Hay. Die hohe Beweiskraft einer gesicherten und auswertbaren Fingerspur habe trotz der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet der DNA-Analytik keineswegs an Bedeutung verloren.

Das Konzept des neuen Labors geht auf eine Initiative des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein zurück. Eine Projektgruppe aus Fachleuten von Bund und Ländern hat daran mehrere Jahre gearbeitet. Die Konzeption ist inzwischen bundesweit Richtlinie für die Modernisierungen und Neubauten von Laboren. Auch Polizeibehörden im europäischen Ausland zeigen bereits Interesse.

Henrik Harms, Geschäftsführer der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH), wünschte dem Minister bei der Schlüsselübergabe „schnelle Erfolge bei der Analyse von Tatortspuren“. Unter Leitung der GMSH entstanden in nur sechs Monaten Bauzeit auf 85 Quadratmetern moderne Arbeitsplätze zur Untersuchung von Fingerspuren mit ergänzender Labortechnik. „Eine besondere Herausforderung war das Bauen im Bestand und die optimale Anordnung der technischen Einrichtungen auf engem Raum“, sagte Harms.

Für die innovativen Laborplätze wie für den Staubarbeitsplatz zur Spurenuntersuchung und -aufbereitung waren umfangreiche raumlufttechnische Anlagen erforderlich. Auf einer Fläche von rund 50 Quadratmetern wurde im Dachgeschoss eine Lüftungszentrale eingebaut, die die Anlagentechnik für die Laboreinheit im Erdgeschoss mit Zu- und Abluft ver- und entsorgt. Um Labor und Lüftungszentrale miteinander zu verbinden, verlaufen die Lüftungsleitungen in einem neu erstellten Installationsschacht durch alle Geschosse hindurch.

Harms sagte, er sei stolz, dass die GMSH einer von mehreren Vätern dieses bundesweit bislang einmaligen Vorzeigeprojektes sei. „Ich bin zufrieden, dass wir diese technisch komplexe Maßnahme in einem verhältnismäßig kleinen Kostenrahmen verwirklichen konnten“, sagte der GMSH-Geschäftsführer.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
Susanne Abraham
Gartenstraße 6
24103 Kiel
Telefon 0431 599-1106, Telefax 0431 599-1102
www.gmsh.de
E-Mail: susanne.abraham@gmsh.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.05.2008, 12:18 Uhr - 1494 Clicks - Nr. 525*

PWC: SPD will Aktuelle Stunde

Der sozialpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Thomas Wehner erklärt:

"Der SPD wurde die schriftlich eingeforderte Einsichtnahme in den 2. Gutachtenentwurf, den PWC für das Sozialdezernat angefertigt hat und der seit dem 30.04.2008 der Verwaltung vorliegt, verweigert.
Die SPD hat deshalb eine Aktuelle Stunde für die Ratsversammlung am 15.05.2008 beantragt. Die Ausweichmanöver von CDU und Grünen in elementaren Fragen der Kieler Sozialpolitik müssen ein Ende
Bis heute stehen unter anderem millionenschwere Kürzungsvorhaben bei Hilfen für Menschen mit Behinderung im Raum. Die SPD fordert Schwarze und Grüne auf, vor der Wahl endlich Farbe zu bekennen."

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 14.05.2008, 15:49 Uhr - 2737 Clicks - Nr. 526*

SPD-Engelsby: Per Gangway in die Vergangenheit

In Flensburg kann man sonntags die traditionelle Seefahrt hautnah erleben. Die Gangway führt direkt in die Vergangenheit: Wer im Flensburger Historischen Hafen an Bord der Traditionssegler steigt, dem öffnet sich ein Fenster in die ru(h)mreiche Seefahrerhistorie Flensburgs.

Von Juni bis August heißt es hier jeden Sonntag um 10 Uhr und um 15 Uhr „Leinen los und ran an die Segel!“
Beim „Sommergästesegeln“ kann man das Leben an Bord und die ursprüngliche Seefahrt hautnah erleben. Kleine Steppkes dürfen sich wie Käpt’n Cook am Ruder fühlen, während Papa die Segel hochzieht. Interessierte Hobbykapitäne können sich vom Skipper die alte Technik erklären lassen, ihre Knotenkunst verfeinern oder diese unvergesslichen Momente an Bord einfach nur genießen.

Für Liebhaber der Seefahrt bietet der etwa dreistündige Törn vom Flensburger Hafen zu den Ochseninseln und wieder zurück viel Tuchfühlung mit maritimer Historie. Aber auch an Land haben diese Gäste vor oder nach dem einmaligen Segelerlebnis noch die Möglichkeit, sich näher mit der Geschichte zu beschäftigen: Für sie ist der Eintritt im Flensburger Schiffahrtsmuseum am Segeltag gratis!

Flensburg war vor 400 Jahren die größte Handelsstadt Dänemarks – und um 1795 zählt Flensburgs Handelsflotte ganze 295 Schiffe, die mit der Westindien-Seefahrt Flensburgs Aufstieg zur Rum-Metropole begründeten! Die Flensburger Altstadt und der Historische Hafen mit der Museumswerft, dem Museumshafen und dem Schiffahrtsmuseum lassen noch viel von dieser glanzvollen Vergangenheit erahnen – das „Sommergästesegeln“ aber entführt den Gast komplett in diese Geschichte.

Karten für das „Sommergästesegeln“ und mehr Informationen erhalten Sie bei der Flensburg Fjord Tourismus GmbH, Tel. 0461 / 9090 920 oder
per Mail info@flensburg-tourismus.de und unter Flensburg-Fjord-Tourismus

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 14.05.2008, 20:22 Uhr - 5812 Clicks - Nr. 527*

Der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost tritt zur Direktwahl an

Ein bekanntes Gesicht – und trotzdem ein neuer Kandidat. Am 25. Mai steht im Wahlkreis 12 der SPD-Kreisvorsitzende und frühere Bürgermeister Helmut Trost zur Wahl. Für die Ratsversammlung kandidiert er zum ersten Mal. Damit schickt die SPD einen Kandidaten ins Rennen, der als Kommunalexperte gilt und Flensburg aus seiner früheren beruflichen Tätigkeit genau kennt.
Helmut Trost kandidiert „ohne Netz und doppelten Boden". Er hat auf eine Absicherung auf der Liste verzichtet und setzt darauf, der neuen Ratsversammlung angehören, weil ihm die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis 12 das Vertrauen aussprechen wird.

Helmut Trost ist 55 Jahre alt und Flensburger aus Überzeugung. Ehrenamtlich engagiert er sich im Verein zur Erhaltung der östlichen Altstadt (St. Johannis/St. Jürgen) und als Vorsitzender der SPD. Er ist Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, im Kuratorium zur Erhaltung des Dampfers Alexandra, in der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte und im Grenzfriedensbund.

Aufgewachsen ist Helmut Trost in Westfalen. Schon als Zivildienstleistender in Bethel hat er erfahren, dass es ohne Mitmenschlichkeit nicht geht und wie wichtig soziale Gerechtigkeit ist. In Münster und Bielefeld absolvierte er ein erfolgreiches Hochschulstudium. Verschiedene wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen belegen seine Fachkompetenz. Vor seiner Flensburger Zeit sammelte er umfangreiche Erfahrungen in verschiedenen Kommunalverwaltungen. Eines seiner ersten Ämter war das eines Bürgeranwaltes. Deshalb sind Bürgerbeteiligung und Bürgernähe für ihn nicht nur bloße Floskeln, sondern sein persönliches Markenzeichen.

Die soziale und kulturelle Entwicklung hat für ihn einen zentralen Stellenwert: „Eine hochwertige Bildungslandschaft mit modernen Schulen und familiengerechten Kindergärten ist für Flensburg unverzichtbar. Bildung ist heute auch ein Standortfaktor. Darum brauchen wir auch mehr Unterstützung für die Flensburger Hochschulen und ihre Studierenden."

Trost setzt auf kulturelle Vielfalt. Pilkentafel, Volksbad und Kühlhaus sind ihm ebenso wichtig wie das Landestheater: „Die besondere Stärke der Flensburger Kultur liegt in der Vielfalt, die auf dem starken Fundament der traditionellen Kultureinrichtungen wachsen konnte. Kultur ist Lebensqualität. Ich unterstütze deshalb die Forderung der freien Kultureinrichtungen zur Förderung der offenen Kulturarbeit und wünsche mir ein starkes Kulturbüro.
Kommentar von Rasmus Andresen vom 15.05.2008, 15:25 Uhr:
RE:Der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost tritt zur Direktwah
Ohne Netz und doppelten Boden, genau wie bei mir im Wahlkreis 5. Weiterhin viel Erfolg und hoffentlich sieht man sich im neuen Rat. Ansonsten beim naechsten Handballspiel. gruss

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 14.05.2008, 22:28 Uhr - 7388 Clicks - Nr. 528*

Berlinfahrt der SPD-AG Schlei-Ostsee

Vom 19.09. bis 21.09.2008 veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der SPD-Ortsvereine des Amtes Schlei-Ostsee eine Busfahrt in unsere Bundeshauptstadt Berlin. - Möchten Sie auch mitfahren?

Die frühere Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis RD-Eck Ulrike Mehl und ihr Ehemann Andreas Schröter organisieren für uns den Aufenthalt in Berlin.
Für eigene Unternehmungen bleibt genügend Zeit. Museen, Kirchen, Ausstellungen, Theater, Musical oder Kurfürstendamm, KaDeWe – viele Möglichkeiten warten auf Sie.
Der Preis beträgt – bei einer Teilnehmerzahl von 30-50 Personen – 180 Euro, bei 50 Personen kostet die Fahrt pro Person 150 Euro. Der Einzelzimmerzuschlag beträgt 20 € - 25 €.
Neben der Fahrt mit dem Bus nach Berlin und zurück sind im Preis zwei Übernachtungen im Hotel mit Frühstück (auf Wunsch Einzelzimmer -Zuschlag extra-) enthalten, zwei Führungen und eine Stadtrundfahrt durch Berlin mit Ulrike Mehl und Andreas Schröter sowie eine von den beiden exklusiv für diese Reise erstellte Informationsbroschüre.

Melden Sie sich an! Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!

Verbindliche Anmeldung an:
Heinz Paasch
Auf der Höhe 4
24357 Fleckeby
Telefon/Fax: 04354-254

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 15.05.2008, 08:23 Uhr - 4451 Clicks - Nr. 529*

1000. Energieausweis für Hausbesitzer aus Westerrade

Lothar Hay: Investitionen in Energieeinsparung sinnvoll und notwendig
Erscheinungsdatum:14.05.2008
Innenminister Lothar Hay hat an Hauseigentümer appelliert, ihre Gebäude zu modernisieren, damit weniger Energie verbraucht wird. Einen hohen Modernisierungsbedarf gebe es vor allem bei älteren Häusern,
die ohne größeren Aufwand gebaut worden seien, sagte Hay am Mittwoch (14. Mai) in Kiel. Zusammen mit Jochen Schlotmann, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverbandes (Haus & Grund), überreichte der Minister den 1000. Energieausweis an Helmut Großklaus aus Westerrade (Kreis Segeberg). Sein Haus aus dem Jahr 1928 wurde bereits modernisiert. Der Jahresenergieverbrauch konnte auf 118 Kilowattstunden pro Quadratmeter gesenkt werden. „Der Energieausweis ist der offizielle Beleg für diesen guten Energiestandard“, sagte Hay.

Hauseigentümer sind nach der neuen Energieeinsparverordnung des Bundes verpflichtet, beim Verkauf oder der Vermietung ihrer Häuser oder Wohnungen Energieausweise vorzulegen. Käufer oder Mieter können daraus ablesen, wie es um die Energieeffizienz eines Gebäudes bestellt ist. „Gute Wärmedämmung und moderne Heizungsanlagen sind Kriterien, die bei einer Kauf- oder Mietentscheidung immer wichtiger werden“, sagte Hay. Energieausweise lieferten objektive Daten, um den Marktwert und die Zukunftsfähigkeit eines Gebäudes zu beurteilen. Energieausweise zeigten auf, an welchen Stellen eines Gebäudes Modernisierungen notwendig seien. „Der Energieausweis macht Hausbesitzern deutlich, dass selbst nur teilweise modernisierte Gebäude einen höheren Marktwert haben als ein unmodernisiertes Gebäude derselben Baualtersklasse“, sagte Hay.

Er nannte den Einsatz von Haus & Grund für energiesparendes Bauen vorbildlich. „Der Verband hat auf die neue Rechtslage schnell reagiert und höchste Qualitätsstandards gesetzt“, sagte Hay. Die

von Haus & Grund ausgestellten Energieausweise gingen über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus. Der Verband biete zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen eine hochwertige fachgerechte Beratung. „Haus & Grund hat bundesweit ein Signal für die Qualitätssicherung von Gebäuden und für den Klimaschutz gesetzt“, sagte Hay.

Die Initiative des Verbandes ist zugleich der Auftakt für den Klimapakt zwischen Haus & Grund und dem Innenministerium. „Das ist ein großer Schritt nach vorn und ich freue mich, dass Haus & Grund dabei so engagiert mitgeht“, sagte der Minister. Hauseigentümer übernähmen damit ihren Teil von gesellschaftlicher Verantwortung. Bis Ende des Jahres will das Innenministerium mit allen wohnungswirtschaftlichen Verbänden des Landes Maßnahmen aushandeln, die im Wohnungsbau zur Einsparung von Energie und Kohlendioxid führen. „Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer sind wichtige und unverzichtbare Partner im Klimaschutzprogramm des Landes“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 15.05.2008, 18:18 Uhr - 5340 Clicks - Nr. 530*

Vorstandswahlen des SPD-Ortsvereins Kiel Süd

Der SPD-Ortsverein Kiel-Süd hat auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung seinen Vorstand neu gewählt. In ihren Ämtern jeweils einstimmig bestätigt wurden Jasmin Bauer als 1. Vorsitzende, Dirk Sievers als stellvertretender Vorsitzender, Andreas Schulz als Kassenwart und Ralf Ibs als Beisitzer.
eu im Vorstand als Beisitzerinnen sind Norina Ciemnyjewski und Swenja Robinius sowie Eva Killing. Johannes Wiedemann ergänzt den Vorstand als neuer Schriftführer. Die Funktion der Seniorenbeauftragten nimmt zukünftig Norina Ciemnyjewski wahr. Sie löst Uschi Petersen ab, die als Dank für die langjährige Ausübung dieser Aufgabe ein Geschenk vom Ortsverein erhielt.

Der Europaabgeordnete Willi Piecyk berichtete aus der Arbeit im Europaparlament mit dem Schwerpunkt „Maritime Politik“. In den nächsten Monaten wird der OV Kiel-Süd mit der Organisation des Sommerfestes Anfang September, vor allem aber mit der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 beschäftigt sein. Swenja Robinius und Dirk Sievers treten als Direktkandidaten in den Wahlkreisen 12 und 13 an.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 16.05.2008, 13:12 Uhr - 11696 Clicks - Nr. 531*

Neugründung der schleswig-holsteinischen Denkfabrik in Lübeck

Auf Initiative von Jörn Thießen wird heute nachmittag im Lübecker Willy-Brandt-Haus die legendäre Denkfabrik wiederbelebt. Neben dem ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden und ursprünglichen Begründer der Denkfabrik, Björn Engholm, und dem SPD-Landeschef Ralf Stegner

wird als Stargast auch Parteivorsitzender Kurt Beck erwartet. Näheres im Artikel der Lübecker Nachrichten.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 16.05.2008, 13:26 Uhr - 11878 Clicks - Nr. 532*

"Wer Tibet helfen will, muss mit China reden."

Nach seiner Rückkehr von einer Konferenz in Beijing erklärt Jörn Thießen: „Wir haben bei unserem sicherheits- und verteidigungspolitischen Dialog in den letzten Tagen mit hochrangigen Vertretern der chinesischen Regierung und der kommunistischen Partei Chinas selbst über sehr wichtige Themen – Erziehungslager in China, Menschenrechte im ganzen Land, nicht nur Tibet, Pressefreiheit und den alleinigen Anspruch der KP auf die politische Macht – außerordentlich offen geredet."

Thießen war Teilnehmer an der jährlichen sicherheitspolitischen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung* und ist seit heute wieder zurück in Itzehoe. Die Gespräche in Beijing beschreibt er als äußerst konstruktiv. „Das gilt auch für Fragen der Energie- und Klimapolitik, in denen wir auch nicht überall einer Meinung sind, aber ebenfalls einen offenen Austausch wie selten zuvor pflegen konnten. Wer für Tibet etwas tun will, muss in China als Gesprächspartner respektiert und anerkannt werden. Dann – und nur dann! – kann man auch kontroverse Themen offen ansprechen.

Der Dalai Lama hat eine Doppelrolle: Einerseits ist er Friedensnobelpreisträger und spirituelles Oberhaupt einer großen Gemeinde gläubiger Buddhisten – darin respektieren wir ihn vollständig. Seine zweite Rolle aber ist die eines Vertreters einer politischen Bewegung, die zum Teil von der „Exilregierung" in Dharamsala repräsentiert wird, aber andere Teile scheinen sich der Kontrolle des Dalai Lama auch zu entziehen. Deutschland ist in China ein sehr akzeptierter Gesprächspartner, aber unsere Beziehungen haben unter dem Empfang, den die Bundeskanzlerin dem Dalai Lama im Kanzleramt bereitet hat, spürbar gelitten! Wer jetzt etwas erreichen will, für Tibet, für die Menschenrechte, für Tibeter und Chinesen, dessen Stimme sollte außerhalb der Öffentlichkeit erhoben werden. Das steht nicht nur in der Tradition eines Helmut Schmidt, sondern reflektiert auch die Überzeugungen unserer besten China-Experten wie Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, dem Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, der bis gestern mit uns in China war.

Kluge Politik setzt darauf, dass China sich im Bereich der Menschenrechte bewegt. Kluge Politik weiß auch, dass dazu etwas anderes förderlich ist als manche vordergründige Geste."

Den Bericht von der Vorjahrestagung (2007) können Sie hier nachlesen.
Kommentar von Guido Schümann vom 17.05.2008, 19:15 Uhr:
Offener Brief an Herrn Thießen MdB
Kotau vor Konzerninteressen und Kolonialpolitik! Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter! Es ist schon verblüffend: Unsere politische Führungsriege in Deutschland ist sehr schnell dabei, wenn es um die zweite drastische Diätenerhöhung innerhalb eines Jahres geht. Geht es aber um den Dalai Lama, das religiöse Oberhaupt der Tibeter, das gerade auf Deutschland-Besuch weilt, ist die Bundeskanzlerin Merkel dieses Mal verreist, der Vizekanzler und Außenminister Steinmeier sowie der Bundespräsident Köhler gehen auf Tauchstation und lehnen ein Treffen ab. Was für ein Armutszeugnis, was für ein Kotau vor kommerziellen Konzerninteressen und kommunistischer Kolonialpolitik! Indessen trifft sich wenigstens die Entwicklungshilfe-Ministerin Frau Wieczorek-Zeul mit dem Dalai Lama. Und was fällt Ihnen dazu ein, Herr Thießen? Sie halten es für „einen schweren Fehler der deutschen Außenpolitik". Wenn wir Deutschen und alle anderen Völker etwas aus der Geschichte lernen wollen, dann dürfen wir es nicht zulassen, dass die Gewinnmaximierung

weltweit operierender Großunternehmen und die Unterwerfungspolitik einer asiatischen Großmacht höher bewertet werden als Demokratie, Freiheit, Menschen- und Bürgerrechte. Als studierter Theologe, der Sie ja auch sind, können Sie das nicht wirklich wollen, Herr Thießen - oder etwa doch? Mit fassungslosen Grüßen Guido Schümann - Itzehoe

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 16.05.2008, 20:33 Uhr - 2610 Clicks - Nr. 533*

Ihr Kandidat im Wahlkreis 11 Stephan Menschel.

Der Vorsitzende des Umwelt- und Planungsausschusses der Stadt Flensburg kandidiert wieder im Wahlkreis 11 (Exe, Martinsberg, Tegelbarg).
Lesen Sie den nachfolgenden Kandidatenbrief:

Liebe Flensburgerinnen und Flensburger,

ich möchte mich heute als ihr Kandidat der SPD bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008, im Wahlkreis 11 (Exe, Martinsberg, Tegelbarg) vorstellen. Am 25. März 1968 wurde ich in Tarp geboren und lebe seit frühester Kindheit in Flensburg.
Neben meinem leidenschaftlichen Engagement in der Kommunalpolitik lese ich gern und unternehme Kurzreisen mit meiner Lebensgefährtin, sowie Ausflüge in das vielfältige Flensburger Kulturangebot.
Vom Beruf bin ich Justizvollzugsbeamter und an in der Flensburger Justizvollzugsanstalt beschäftigt. Neben der täglichen Arbeit mit Gefangenen bin ich auch für die Gefangenenbücherei verantwortlich und als Ausbilder für den Beamtennachwuchs verantwortlich. Als Vorsitzender des Örtlichen Personalrates und Mitglied der ver.di engagiere ich mich für die Interessen und Belange meiner Kolleginnen und Kollegen.
Kommunalpolitisch engagiere ich mich für unsere Stadt Flensburg schon seit 1994 als Mitglied im Umwelt- und Planungsschuss, seit 2002 auch als dessen Vorsitzender.
Daneben bin ich als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion Mitglied im Hauptausschuss; sowie im Aufsichtrat der Flensburger Fjord Tourismus und in der Gesellschafterversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters.
Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die weitere Entwicklung unserer Stadt. Hierbei ist es mir immer wichtig gewesen, vor allen Entscheidungen die Anregungen und Sorgen der Betroffenen aufzugreifen und in die Prozesse einfließen zu lassen.
Bei den schwierigen Entscheidungen in den letzten Jahren, wie z. B. dem Hotelneubau oder der Erweiterung der Phänomenta, konnte es kein abschließendes Votum geben, ohne Argumente aus den verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und zu bewerten. Am Ende aber kommt es zu einer Entscheidung, die sich am Gesamtwohl der Stadt orientiert und wo Einzelinteressen an die zweite Stelle rücken müssen.
Zu den brennenden Themen der Entwicklung und Gestaltung unserer Stadt habe ich als Ratsherr viele Bürgeranhörungen und Sanierungstreffs geleitet. Darüber hinaus habe ich als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Stadtmitte zahlreiche Gespräche mit den unmittelbar Betroffenen geführt und gut zugehört, Ortsbegehungen sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen gehörten ebenfalls zur Problembehandlung dazu.
Von interessierten Bürgerinnen und Bürgern werden auch meine Bürgersprechstunden sowie unser kommunalpolitischer Stammtisch gut angenommen.
Was können Sie von mir in den nächsten fünf Jahren erwarten?
Auch weiterhin werde ich mich für den kontinuierlichen Stadterneuerungsprozess in der Südstadt, der sich an den Bedürfnissen der Bewohner orientiert, der Verbesserung des Bahnhofsumfeldes, sowie für transparente Planungsabläufe einsetzen.

Hierbei ist es auch weiterhin mein Anliegen, neue Formen der Mitwirkungen zu finden und zu gestalten.
Um diese Arbeit zum Wohle unserer Stadt fortführen zu können, möchte ich Sie erneut um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme am 25. Mai bitten.
Eine transparente soziale und gerechte Politik für Flensburg, kann es nur mit einer starken SPD-Ratsfraktion geben.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Stephan Menschel
Mathildenstr. 40
Telefon: 59015, email: stephanmenschel(at)t-online.de

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 17.05.2008, 12:58 Uhr - 6269 Clicks - Nr. 534*

POLITIK ANSCHAULICH

POLITISCHE FILMABENDE MIT MdB Dr. WOLFGANG WODARG IM FLENSBURGER KINOPLEX: Am Montag, dem 19.Mai um 19.30 Uhr zeigen wir Al Gore´s Film "Eine unbequeme Wahrheit" mit dem Thema Klimawandel als Herausforderung für uns alle - was können wir vor Ort, in Land und Bund, in der EU und auf globaler Ebene zur Vermeidung einer Klimakatastrophe tun? Im Anschluss wird das Thema mit den Zuschauern diskutiert.

Auf Anregung von Schülerinnen und Schülern biete ich seit März regelmäßig interessante Spielfilme mit politisch brisanten Themen an. Wenn ein Film im Kino uns angerührt, bewegt, traurig gemacht oder uns zum Lachen gebracht hat, dann sprechen wir anschließend gern noch mit Freundinnen und Freunden darüber. Häufig enthält ein spannender oder interessanter Film auch eine politische Botschaft oder hat einen ernsten Hintergrund, der uns zum Nachdenken angeregt hat. Warum einen solchen Film nicht im Anschluss an die Vorführung gleich mit anderen interessierten

Zuschauern ausgiebig diskutieren? Wenn dann ein mit der Thematik vertrauter Gesprächspartner hinzukommt, kann die Diskussion gleich noch einmal so spannend sein.

Mehr zum Lesen hier.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 17.05.2008, 14:51 Uhr - 4042 Clicks - Nr. 535*

Wahlinfos der SPD-Osterrönfeld

Am 25. Mai sind Kommunal- und Landratswahlen. An diesem Tag wird neben der Gemeindevertretung auch ein neuer Kreistag gewählt. Darüber hinaus muss im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein neuer Landrat gewählt werden...

Die SPD ist für diese Wahl bestens aufgestellt. Als SPD-Landratskandidat geht Dr. Frank Martens ins Rennen, der zudem von Bündnis90/Die Grünen unterstützt wird.
Ramona Wissemann ist Kreistagskandidatin in Osterrönfeld.

Die SPD-Osterrönfeld stellt sich mit einem neuen, schlagkräftigen Team den Bürgerinnen und Bürgern zur Wahl.

Auf der Homepage der SPD-Osterrönfeld erhalten Sie alle Infos rund um die Kommunal- und Landratswahl! Besuchen Sie uns doch einfach mal und informieren Sie sich: www.spd-osterroenfeld.de

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 18.05.2008, 16:15 Uhr - 10760 Clicks - Nr. 536*

Kabarett für die Landrätin

Applaus für das Kabarett Alma Hoppe und Unterstützung für Landratskandidatin Jutta Hartwieg. Die Gäste im Segeberger Rathaus kamen am Sonntag mächtig in Schwung. Landratskandidatin Jutta Hartwieg bekam am 18. Mai kräftigen kultuerellen Rückenwind. Das Kabarett-Duo „Alma-Hoppe“ (Foto) aus Hamburg präsentierte Ausschnitte aus ihrem aktuellen Programm „Im Dickicht der Dummheit“ und „Ich war`s nicht“. Etwa 100 kultur- und kabarettbegeisterte waren der Einladung am Sonntagvormittag in den Bürgersaal des Rathauses Bad Segeberg gefolgt.
Die Kabarettisten nahmen nicht nur die Politik auf die Schippe. Mit treffsicheren Pointen wurden alte Vorurteile und moderne Sitten vorgeführt und entlarvt.

Jutta Hartwieg lachte gemeinsam mit den Gästen, führte im Foyer aber auch ganz ersthafte Gespräche mit den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern.
Was Kabarett mit ihren künftigen Aufgaben als Landrätin zu tun hat? "Man muss auch einmal gemeinsam lachen können", gibt Jutta Hartwieg als Linie vor.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.05.2008, 09:28 Uhr - 1655 Clicks - Nr. 537*

PWC geht weiter

SPD hinterfragt Verfahrenskompetenz von Volquartz (CDU) und Kurbjuhn (CDU)
Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Cathy Kietzer und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Wehner erklären: "Weder Frau Volquartz (CDU) noch Stadtrat Kurbjuhn (CDU) haben die von der SPD veranlasste Aktuelle Stunde zu der von PWC vorgeschlagenen Endfassung des Gutachtens für das Sozialdezernat genutzt, um Unklarheiten auszuräumen. Im Gegenteil:
Ihre Antworten sind völlig unzureichend und bieten Anlass zur Sorge, dass die Verwaltungsspitzen in grundlegenden Fragen des Verwaltungsverfahrens Kompetenzdefizite aufweisen.
Nach den Erklärungen der Verwaltungsspitzen hat die Stadt beim PWC-Gutachten keine Beweise für einen möglichen Rechtsstreit gegen PWC gesichert. Vor der vermutlich letzten Sondersitzung des Hauptausschusses dieser Wahlperiode am 19.05.2008 erwartet die SPD-Ratsfraktion schriftliche Antworten ihrer Fragen."

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 19.05.2008, 09:34 Uhr - 2317 Clicks - Nr. 538*

SPD Quickborn aktiv und engagiert

Absolute Mehrheiten verführen offensichtlich dazu, andere Mitbewerber nicht mehr wahrzunehmen. Wenn die CDU behauptet, keine Initiativen der SPD aus den vergangenen Jahren zu kennen, zeigt es nur, dass sie nicht einmal hinhören kann, wenn gute Aktionen für die Bürger vorgeschlagen werden. Diese Situation sollten die Quickborner am 25. Mai unbedingt beenden.
Leserbrief Erfolgsbilanz CDU

Die CDU der Stadt Quickborn behauptet, dasz „sie sich nicht daran erinnern, dasz während der vergangenen fünf Jahre ausser der CDU eine Fraktion überhaupt Ideen entwickelt ….. habe (So zu lesen im Quickborner Tageblatt vom 10.05.2008).

Absolute Mehrheiten führen nicht nur zur Entfremdung zur Basis, sie führen anscheinend auch zu Erinnerungslücken. Hier nur einige Beispiele aus den vergangenen Jahren:

Die Quickborner SPD hat bereits vor vier Jahren ein Konzept zur Energieeinsparung aller kommunalen Gebäude vorgeschlagen. Dabei war das Ziel, alle Heizungsanlagen sowie die Beleuchtungen der o.g. Gebäude zu optimieren. Die Stadt Quickborn hätte keinen Cent dafür bezahlt, die Kosten wären durch die Energieeinsparung gedeckt worden. Das wäre ein wichtiger Beitrag gerade zur Diskussion um die CO2-Einsparung gewesen. In den vergangenen mind. 4 Jahren hätte eine Menge Energie und damit verbunden auch CO2 und vor allem Geld eingespart werden können. Mit der absoluten Mehrheit der CDU wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Gleichzeitig wurde durch die Mehrheit der CDU ein Auftrag erteilt, die kommunalen Gebäude energetisch zu untersuchen. Dieses Vorgehen hat den Bürgern der Stadt Quickborn viel Geld

gekostet und gebracht hat es in den letzten mind. 4 Jahren nichts!!

Die SPD-Fraktion der Stadt Quickborn hat beantragt, für die neuen Schulbauten ein energetisches Gesamtkonzept in Form eines Gutachtens zu erstellen. Ziel sollte es insbesondere sein, den „Einsatz von Solarenergie in/auf den Schulbauten“ auf Machbarkeit bzw. Umsetzung zu prüfen. Ergebnis dieses Gutachtens soll sein, ein für alle geplanten Schulneubaumasznahmen sowohl ökologisches als auch ökonomisch optimales Gesamtkonzept herauszuarbeiten. Mit der absoluten Mehrheit der CDU wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Die absolute Mehrheit erzeugt auch weitere Wahrnehmungsstörungen, wie die zwei folgenden Beispiele zeigen:

Die Quickborner SPD hat sich in der Vergangenheit für die Einführung der Ganztagsschule vehement engagiert. In den ersten Diskussionen hat die CDU diese Einrichtung konsequent abgelehnt. Erst mit der Erkenntnis, dasz 90% der Kosten durch Land und Bund getragen werden, hat die Stimmung gedreht und die Ganztagsschule konnte in Quickborn eingeführt werden.

Die Quickborner SPD hat sich gegen die Verlagerung der VHS in den Container der Bibliothek gewandt. Ziel war es, akzeptable Räume für die wichtige Bildungsarbeit anzumieten. Dabei haben wir u.a. die Verlagerung in das Quickborner Forum vorgeschlagen. In den ersten Diskussionen hat die CDU diesen Vorschlag konsequent abgelehnt. Kurz vor der vereinbarten Weiterberatung hat die CDU einen Antrag aus dem Hut gezaubert, dasz die Räume im Forum unterzubringen sind.

Es ist an der Zeit, dasz die Wahrnehmungen der CDU endlich wieder auf ein angemessenes Masz zurückgeführt werden und diese mittlerweile nicht erträgliche absolute Mehrheit gebrochen wird!!

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 19.05.2008, 09:54 Uhr - 2567 Clicks - Nr. 539*

Fraktionssitzung beim Flughafen Hamburg

Die SPD nimmt gerne die Gelegenheit wahr, Fraktionssitzungen auch bei Firmen und Institutionen durchzuführen. Kürzlich waren wir Gast beim Flughafen Hamburg und konnten noch einmal die Quickborner Interessen bezüglich des Fluglärms deutlich machen.
PRESSEMITTEILUNG
Fraktionssitzung beim Hamburger Flughafen

Seit langem ist es bei uns Brauch, Fraktionssitzungen auch außerhalb durchzuführen, quasi am Ort der Ereignisse. Dieses Mal waren wir beim Hamburger Flughafen. Anlass war das 8. freiwillige Lärmschutzprogramm, mit dem Lüfter und unter bestimmten Voraussetzung auch neue Fenster eingebaut werden. Für das gesamte Fördergebiet sind bis jetzt mehr als 800 Anträge eingereicht worden, gut 200 davon sind bearbeitet bzw. in einer Warteschleife, weil die Antragsteller in einem Gebiet wohnen, das durch das neue Fluglärmgesetz erfasst ist. Die Durchführungsbestimmungen für dieses Gesetz fehlen aber noch. Ca. 130 – 150 Anträge wurden abgelehnt. Darunter sind auch Lärmgeplagte, die nicht im Fördergebiet wohnen. Das Fördergebiet basiert auf Berechnungen aus dem Anfang 2000 abgeschlossenen Planfeststellungsverfahren. Die Flugwege wurden zwischenzeitlich ausgedehnt. Mittlerweile gehört ganz Quickborn zum Flugerwartungsgebiet. Aus unserer Sicht hat sich das Gebiet der Lärmgeplagten vergrößert, das Fördergebiet aber nicht. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung des Fördergebietes ein. Da viele Antragsteller schon über ein halbes Jahr warten, wird der Flughafen unseren Vorschlag aufnehmen und

Zwischenbescheide versenden.

Das Programm läuft noch bis Ende 2010, Anträge können also noch gestellt werden. Das Budget über 900.000 Euro scheint ausreichend zu sein, auch wenn noch 600 Anträge näher geprüft werden müssen.

Mit unserem Gastgeber Axel Schmidt, Leiter der Stabstelle Umwelt des Flughafens, hatten wir einen höchst kompetenten Gesprächspartner. So wurde deutlich, dass der Hamburger Flughafen in Umweltfragen und Innovation mit Zürich federführend unter den europäischen Flughäfen ist. Das Fachwissen des Umweltmanagements ist auch an einzelnen anderen internationalen Airports gefragt. Zufrieden nahmen wir auch zur Kenntnis, dass der Flughafen „eingeplante“ Verspätungen zwischen 23.00 und 24.00 Uhr reduzieren will. Das sind Flüge, die vor 23.00 Uhr geplant sind und sich in der geplanten Zeit verspäten dürften. Schmidt betonte, dass der Flughafen an gutnachbarschaftlichen Beziehungen interessiert sei. Der Flughafen möchte auch weiterhin die Kleinfliegerei behalten, auch wenn diese mehr und mehr durch die gewerbliche Luftfahrt eingeschränkt wird.

Schmidt sicherte auch zu, mit den anderen am Luftverkehr Beteiligten Lärmpausen zu prüfen. Lärmpausen bedeutet, dass stunden- oder tageweise eine Bahn nicht genutzt wird. Die Bürger müssen dann aber auch wissen, dass es zu einzelnen Zeiten zu verstärktem Lärm kommt, weil die Lärmpausen natürlich nicht nur für unsere Schneise gelten würden. Dies ist im Detail zu klären.

Das neue Fluglärmgesetz regelt unter anderem Lärmwerte im Umfeld eines Flughafens. Werden diese nicht erreicht, gibt es passiven Lärmschutz, ggf. auch mit einer besseren Isolierung der Dächer. Diese neuen Vorschriften will man wesentlich schneller umsetzen als es der Gesetzgeber verlangt. Ob Quickborn davon begünstigt sein wird, ist noch offen, weil die Durchführungsbestimmungen noch fehlen. Um keine zu großen Hoffnung zu wecken, dürften bestenfalls kleine Bereiche in Quickborn-Süd begünstigt werden.

Wenn wir auch in Einzelfragen unterschiedlicher Meinung sind, sind wir uns einig geworden, diesen Dialog auch künftig fortzusetzen, damit auch gegenseitiges Verständnis gefördert wird. Jürgen Radowitz, stellv. Fraktionsvorsitzender (SPD) fasste den Dialog zusammen. „Gemeinsam können wir einiges zusammen bewegen, aber unser Hauptproblem, eine faire Fluglärmverteilung, muss unter den Regierungen Hamburg und Kiel vereinbart werden. Auch mit der Kostenbeteiligung durch Schleswig-Holstein und den Gemeinden an dem freiwilligen 8. Lärmschutzprogramm sind wir, die SPD, nicht einverstanden, denn der Flughafen ist der Verursacher und könnte die Kosten bei einem Gewinn von 48 Millionen in 2007 aus der Portokasse zahlen.“

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 19.05.2008, 10:28 Uhr - 7365 Clicks - Nr. 540*

Künstler erste Opfer von CDU Wahlversprechen ? Hannes Birke verurteilt nicht ser

Künstler erste Opfer von CDU Wahlversprechen ? Hannes Birke verurteilt nicht seriös finanzierte Zusagen.
Als voreilig, der zu Enttäuschungen führen kann, bewertet der SPD-Fraktionsvorsitzende Hannes Birke den Aufruf der Kreisverwaltung an alle Kulturschaffenden im Kreis, Anträge für veranstaltungsbezogene Kulturarbeit zu stellen.

Der jetzt von der Verwaltung gestartete Aufruf ist die Umsetzung eines Kreistagsbeschlusses zur

Kulturförderung. Eine Finanzierungszusage der gestellten Anträge kann allerdings von der Verwaltung nicht gegeben werden, da der Innenminister den Haushalt noch nicht genehmigt hat. Ob er in dem vom Kreistag beschlossenen Umfang genehmig wird, ist für Birke außerordentlich fraglich. Bereits im Oktober 2007 hatte der Innenminister vor dem Hintergrund einer Verschuldung des Kreises in Höhe von fast 62 Mio. € und fehlender Finanzierung der lfd. Ausgaben „tiefgreifende Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen als unumgänglich“ eingefordert. Sollte dies nicht erfolgen, sei eine „Anhebung der Kreisumlage erforderlich“.

Die Haushaltsmehrheit von CDU und FDP - so Birke - hat die Forderungen des Innenministers zum Haushalt 2008 nicht nur berücksichtigt gelassen sonder „draufgesattelt“. Wie den Kulturschaffenden wurden auch anderen Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen im Vorfeld der Kommunalwahl zusätzliche finanzielle Versprechungen in Höhe von rd. 3,0 Mio. € gemacht, die alle nicht seriös finanziert sind.

Mit der Genehmigung des Haushaltes ist nach Birkes Informationen erst nach der Kommunalwahl zu rechnen. Er befürchtet nun, dass der Innenminister den Haushalt nur mit strengen Auflagen genehmigen wird. Für ihn ist nicht auszuschließen, dass dann der Haushalt „nachberaten“ werden muss. Mit seiner Meinung steht Birke nicht allein. Bei der Eröffnungsbilanz des Kreishaushaltes bezeichnete Landrat Dr. Grimme (CDU) den Haushalt als „hoffnungslos überschuldet“. Mit Einsparvorschlägen hielt er sich zwar noch zurück, deutete aber schon die Richtung an. Kreisumlage anheben, höhere Gebühren vom Bürger verlangen, Ausgaben kürzen, Projekte streichen.

Seine Einsparvorschläge will der Landrat erst im Juni oder Juli vorlegen. „Da ist er ganz CDU-Mann, der seiner Partei bei den angekündigten Wahlversprechen vor der Wahl nicht in den Rücken fallen will“, kommentiert Birke die Haltung des Landrates.

Nicht nur bei den Kulturschaffenden des Kreises sind von der CDU und der FDP Zusagen gemacht worden, die sich spätestens nach der Wahl als nicht finanzierte Wahlversprechen herausstellen könnten, ist die Befürchtung des Fraktionschefs.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 19.05.2008, 13:34 Uhr - 48406 Clicks - Nr. 541*

Ralf Stegner: Brief an die Partei

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben noch eine Woche bis zu unseren Kommunalwahlen am 25. Mai. Jetzt geht es darum, noch einmal alle Kräfte auf der Zielgeraden einzusetzen, um für jede Stimme zu kämpfen, für unser SPD Programm und für unsere guten Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort.

Unsere Konkurrenten versuchen uns nun zum Teil mit medialer Unterstützung zu verunsichern und aus dem Takt zu bringen, in dem Umfrageergebnisse mißinterpretiert werden oder mit allen möglichen Themen von Dalai Lama über Steuerpolitik bis hin zur Bundespräsidentenwahl Zwietracht gesät bzw. von unserem Schlussspurt im Kommunalwahlkampf abgelenkt werden soll. Deshalb ein paar Anmerkungen zur Lage.

Die Umfrageergebnisse von Infratest-Dimap für den NDR sind interessant und zeigen viele Dinge, die uns ermuntern können:

1. Unsere Themen „Aufstieg durch Bildung“ und längeres gemeinsames Lernen, gute Arbeit, soziale Politik für Kinder und Familien sowie eine nachhaltige Klima-, Umwelt- und Energiepolitik vor Ort sind goldrichtig und werden von den Bürgerinnen und Bürgern genauso eingeschätzt.

2. Die Union unter Carstensen ist gegen Mindestlöhne und behauptet, das sei kein kommunales Thema. Doch die Menschen wollen, dass man von seiner Arbeit leben kann. Sie wissen, dass sonst die kommunalen Kassen Hungerlöhne und Armutsrenten aufstocken müssen. Dieses Geld fehlt uns in unseren Heimatorten für Kinder, Familien, Bildung, Umwelt. Wer gerechte Löhne für gute Arbeit und Aufschwung für alle will, muss am 25. Mai SPD wählen.

3. Die Umfrage bestätigt, was die Entwicklung vor Ort zeigt: Die CDU-Idee von der Regionalschule wird von den Eltern nicht gewünscht. Sie bevorzugen die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium. Der Versuch der CDU, den Elternwillen wie in Kiel, Lübeck und anderswo zu konterkarieren, wird spätestens am 25. Mai gestoppt. Wer keine neuen Bildungsbarrieren in Kindertagesstätten und Schulen und Studiengebühren á la CDU will, wer Aufstieg durch Bildung und faire Chancen für alle Kinder will, muss am 25. Mai SPD wählen.

4. Die Bildungsbarrieren beginnen schon vor der Schule. Wir plakatieren in der letzten Woche noch einmal „Alle drei beitragsfrei“! Wir wollen die Elternbeiträge für Kitas abschaffen! Das rechnet sich für alle und ist auch bezahlbar, wenn man z. B. anders als die CDU Verwaltungsreformen will und nicht auf Posten und Bürokratie setzt, sondern in Kinder und Zukunft investiert. Wir sind anders als die Union für Kinderrechte in der Verfassung und wir wollen, dass in keiner schleswig-holsteinischen Kommune Kinder ohne eine warme Mahlzeit am Tag bleiben. Wir können nicht akzeptieren, dass es in unserem reichen Land Kinder gibt, die in Armut leben müssen. Wir wollen das ändern. Dafür kämpfen wir. Wer eine soziale Politik für Kinder und Familien will und junge Menschen nicht gegen ältere ausspielen will, muss am 25. Mai SPD wählen!

5. In Sachen Umwelt-, Klima- und Energiepolitik ist die NDR Umfrage eine schallende Ohrfeige für die Union. Über 80 % der Menschen setzen wie die SPD auf erneuerbare Energien. Sie lehnen Atomenergie mit genauso großer Mehrheit ab während die Nord-CDU für die Atomlobby wirbt und sogar neue Atomkraftwerke bauen will.
Auch aus der Kohle müssen wir auf Klimaschutzgründen sobald wie möglich aussteigen – das sehen über 90 % der Schleswig-Holsteiner genauso. Wer Energie sparen und dezentrale Umwelt- und klimafreundliche Energiepolitik will, darf nicht á la Carstensen und Austermann auf Monster-Technologien und Groß-Konzerne setzen, sondern wählt am 25. Mai die SPD.

6. Bei der so genannten Kompetenzfrage vertrauen trotz allen medialen Jubels gerade Mal etwas mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes der Partei CDU, die fünf Jahre mit absoluten Mehrheiten in allen Kreisen und kreisfreien Städten zeigen konnte, was sie drauf hat. Das ist ein Armutszeugnis, nicht die verständlicherweise niedrigeren Werte für die Parteien, deren Initiativen von der selbstherrlich regierenden CDU fast überall ignoriert wurden. Viele unserer guten Ideen, landeten im Papierkorb. Das Motto der letzten 5 Jahre lautete: Für Viele wenig und für Wenige viel tun! Wenn es ernst wurde – wie beim Thema Schülerbeförderungskosten – hat sich dann aber die SPD trotzdem gegen die konservativen Mehrheit behauptet und die unsoziale und bildungspolitisch falsche Mehrbelastung der Eltern rückgängig gemacht, für die die CDU landesweit so gekämpft hatte. Nach dem 25. Mai werden unsere Kompetenzwerte steigen, weil wir wieder mitentscheiden können.

7. Während die Union landesweit ihren Landesvorsitzenden plakatiert hat, haben wir auf Themen in den Kommunen gesetzt, weil dies eine Kommunalwahl ist und keine Ersatz-Landtags- oder Bundestagswahl. Dies wird sich bestimmt auszahlen. Der CDU ist es unangenehm, über Mindestlohn und gute Arbeit, Gemeinschaftsschulen, Bekämpfung von Kinderarmut oder vernünftige Energiepolitik vor Ort zu reden, weil sie weiß, dass die Mehrheit der Bevölkerung – ja sogar ihrer Parteigänger – unsere Positionen in der Sache teilt. Deshalb setzt sie auf Scheindiskussionen wie die Frage angeblicher kommunistischer Gefahren in den schleswig-holsteinischen Dörfern und Städten. Darüber schütteln die Bürgerinnen und Bürger nur den Kopf! Die SPD setzt auf eigene Stärke und orientiert sich nicht an anderen Parteien.

8. Eines zeigt sich aber doch: Wenn die Union nicht mit ihren Kandidaten und inhaltlichen Profil wirbt, sondern landesweit mit einem Nordfriesen, der nirgendwo kandidiert, so heißt das doch: Die CDU glaubt, dass sie so den 21-%-Vorsprung vor der SPD vom letzten Mal halten oder ausbauen kann. Jedes Prozent mehr oder weniger and Differenz ist also ein Carstensen-Prozent. Wir wollen die absoluten Mehrheiten der CDU am 25. Mai brechen und wo immer möglich vor Ort Gestaltungsmehrheiten zurück gewinnen! Dafür kämpfen wir alle gemeinsam – vom Ortsvereinsmitglied bis zum Landesvorstand.

• Zum Schluss noch ein paar kurze Anmerkungen zu anderen Themen: In Sachen Diäten-Reform im Bundestag sind alle schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten gegen die exorbitanten Erhöhungen, die CDU Kollegen sind dafür!

• Wer einen klugen und differenzierten Beitrag zur Tibet-Frage und zum Dalai Lama lesen will, schaue sich den letzten ZEIT-Beitrag von Helmut Schmidt auf der Titelseite an. Ich habe bei meinem Gespräch mit unserem früheren Kanzler und Ehrenbürger Schleswig-Holsteins am letzten Donnerstag auch darüber mit ihm gesprochen. Menschenrechte befördert man nicht durch PR-Aktionen á la Roland Koch, sondern durch kluge und umsichtige Politik wie die von unserem Außenminister Frank Walter Steinmeier.

• In Sachen Steuern verspricht die CSU vor den Landtagswahlen in Bayern den Bürgerinnen und Bürgern „im Himmel ist Jahrmarkt“. Die Unionspolitiker streiten wie die Kesselflicker. Wir wissen, dass der Staat sich keine Einnahmeausfälle leisten kann, weil wir in Bildung, Kinderbetreuung und sozialen Zusammenhalt investieren müssen. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die für sich und ihre Familien hart arbeiten, die hohe Benzin- und Heizkosten haben, die nachts und am Wochenende für das Gemeinwesen arbeiten, die kaum etwas übrig haben, die müssen entlastet werden und: Das muss per Umverteilung von denen kommen, die mit ihrem Geld gar nicht wissen wohin.

Große Vermögen und Erbschaften, von der Steuer absetzbare Manager-Abfindungen in Rekordhöhe, große Kapitaleinkünfte und Steuerschlupflöcher von Großverdienern – das alles sind Ressourcenquellen für eine gerechtere Steuerpolitik wie sie die SPD in Schleswig-Holstein vertritt.

Die Grundsätze sind doch klar:

- Wer Arbeit schafft oder erhält, muss belohnt werden. Wer Arbeitsplätze vernichtet, sollte belastet wer hart arbeitet, muss bei Steuern- und Sozialversicherungsbeiträgen fair behandelt werden.

- Wer die Umwelt schädigt, sollte dafür stärker belastet werden. Wer etwas

für Klima und Umwelt tut, sollte entlastet werden.

- Jedes Kind sollte dem Staat gleich viel wert sein, Kinder und Familien besser gestellt werden.

- Wer höhere Einkommen hat muss stärker belastet werden. Die mit den höchsten Einkommen (z. B. 250.000 Euro für Verheiratete) können mehr „Reichensteuer“ bezahlen.

- Kinderarmut und Armutslöhne und -renten auf der einen Seite und im internationalen Vergleich extrem niedrige Belastungen bei der Weitergabe höchster Vermögen passen nicht zusammen.

• In Sachen Bundespräsident gibt es keinen Grund zur Eile. Die Wahl ist erst im Mai 2009. Die SPD ist die älteste deutsche Volkspartei, die bisher nur zweimal für eine Periode mit Gustav Heinemann und Johannes Rau den Bundespräsidenten gestellt hat. Es gibt keinen Grund voreilig dem Drängen von CDU/CSU und FDP nachzugeben und deren Votum zu unterstützen. Erst soll Bundespräsident Horst Köhler erklären, ob er wieder antritt, dann wird der Parteivorstand beraten und entscheiden, ob wir einen eigenen Kandidaten oder eine eigene Kandidatin aufstellen. Ich fände es wirklich schön, wenn es die SPD wäre, die das erste weibliche Staatsoberhaupt, z. B. Gesine Schwan, vorschlägt. Wir hatten mit Heide Simonis die erste Ministerpräsidentin des Landes. Es geht mitnichten um eine weibliche Zählkandidatin. Also: Abwarten – wie unsere Gremien das beschlossen haben dann selbstbewusst und alleine entscheiden als SPD.

• Die Haltung des neuen Arbeitsdirektors der Deutschen Bahn AG, Norbert Hansen, ist für einen ehemaligen Chef der Gewerkschaft Transnet eine Schande. Statt Arbeitsplätze bei der Bahn zu sichern, propagiert ausgerechnet er nun den Arbeitsplatzabbau in großem Stil. Wir haben den schwierigen Kompromiss bei der Bahnreform mit großem Bauchgrimmen zugestimmt – auch und gerade weil wir an der Seite der Gewerkschaften die Zerschlagung der Bahn und weitergehende Privatisierungspläne verhindern wollten. Diese Zustimmung bleibt an die vereinbarten Bedingungen geknüpft – sonst kann es keine Bahnreform mit Stimmen der SPD geben!

All das schreibe ich euch zu eurer Information. Jetzt wollen wir noch 6 Tage kämpfen

• für die Menschen in unseren Dörfern und Städten,
• für unsere Positionen,
• für unsere guten Kandidatinnen und Kandidaten,
• auch für Jutta Hartwieg und Frank Martens, die als Landratskandidaten in Segeberg und Rendsburg-Eckernförde antreten,
• für unsere Bürgermeisterkandidaten in vielen Orten unseres Landes,

und für ein gutes Ergebnis am 25. Mai, damit wir alle am Sonntag etwas zu feiern haben!

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 19.05.2008, 14:56 Uhr - 5377 Clicks - Nr. 542*

Neue Leitstellen, einheitliche Technik -

Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst unter einem Dach – Innenminister Lothar Hay: „Wir setzen bundesweit Maßstäbe“

Erscheinungsdatum:
19.05.2008

In Schleswig-Holstein können Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ihre Einsätze künftig unter einem Dach und mit einer einheitlichen Technologie steuern. Innenminister Lothar Hay unterzeichnete am Montag (19. Mai)
in Harrislee (Kreis Schleswig-Flensburg) den Vertrag mit der Firma Eurofunk Kappacher zur Lieferung und Installation der entsprechenden Systemtechnik. „Wir setzen damit bundesweit Maßstäbe“, sagte der Minister. In keinem anderen Land sei man bei der Zusammenlegung von Einsatzleitstellen schon so weit wie in Schleswig-Holstein.

Das Land ist nach den Worten von Hay Schrittmacher der Reform. Die Polizei wird bis Ende 2009 ihre Einsatzbefehle aus vier Regionalleitstellen erhalten. Zurzeit unterhält die Polizei noch 15 Einsatzleitstellen in den vier kreisfreien Städten und den elf Kreisen. Standorte der neuen Regionalleitstellen sind Harrislee, Kiel, Lübeck und Elmshorn. Die Leitstellen in Harrislee und Elmshorn betreibt das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen. In diesen so genannten Kooperativen Regionalleitstellen nutzen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst gemeinsam eine einheitliche Technik, ihre Aufgaben erfüllen sie insbesondere aus datenschutzrechtlichen Gründen weiterhin getrennt voneinander.

Die Zusammenlegung von Leitstellen und der gemeinsame Betrieb durch Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ist nach Ansicht des Ministers spätestens mit Einführung des Digitalfunks ein unaufhaltsamer Zug der Zeit. Für den Aufbau und den Betrieb des Digitalfunks und der Regionalleitstellen stehen nach Angaben des Ministers bis 2009 insgesamt 58,4 Millionen Euro zur Verfügung. „Bei diesem Kostenvolumen kann sich niemand mehr länger eine kleinteilige Organisationsstruktur leisten“, sagte Hay. Allein für die Leitstellen-Systemtechnik müssen Land und Kommunen rund 17,8 Millionen Euro aufwenden.

Kooperative Leitstellen sind nach Überzeugung des Ministers das Modell der Zukunft. „Für die Bürger bedeutet das mehr Sicherheit“, sagte Hay. Einsätze der Polizei, der Rettungsdienste und Feuerwehren könnten besser koordiniert werden. Daneben seien Kooperative Regionalleitstellen für Polizei und Kommunen wirtschaftlicher. Hay bedauerte, dass es für die Mitte und den Süden des Landes zu keinen Vereinbarungen mit den Kommunen über die Einrichtung Kooperativer Regionalleitstellen gekommen sei. Der Minister gab sich jedoch hoffungsvoll: „Wir stehen erst am Beginn eines Strukturwandels, der unaufhaltsam vorangeht und ohne Alternative ist“.

Zu dem Vorwurf, eine geringere Zahl von Leitstellen würde zu einem Verlust an Bürgernähe führen, sagte Hay: „Wer die Notrufe 110 oder 112 wählt, wird auch künftig direkt mit hervorragend qualifizierten Frauen und Männern von Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdienst verbunden.“ Die Beamten in der Leitstelle leiteten den Auftrag sofort an die örtlich zuständigen Kollegen weiter. Diese führen daraufhin zum Einsatzort und regelten alles Weitere. „An diesem bewährten Verfahren wird sich nichts ändern“, sagte Hay.

Und so sieht die Leitstellen-Landkarte in Schleswig-Holstein künftig aus:
Regionalleitstellen (pdf 159-KB)

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 19.05.2008, 23:28 Uhr - 8241 Clicks - Nr. 543*

Dr. Frank Martens: Spende für Förderverein der GH-Schule Hohenwestedt

Die Vorsitzende des Fördervereins der Grund- und Hauptschule Hohenwestedt, Frau Catrin Rohwer, freute sich am Freitag über eine Spende von Landratskandidat Dr. Frank Martens. Er überreichte ihr einen Scheck über insgesamt 540 Euro für das Schulprojekt "Frühradfahren", das dort von der Landesverkehrswacht umgesetzt wird.
Ebenfalls freute sich Herr Kukat als Vorsitzender der Kreisverkehrswacht Rendsburg-Eckernförde und Vorstandmitglied bei der Landesverkehrswacht. Frank Martens hatte sich vorgenommen, nach seiner Kreisumradelung pro gefahrenen Kilometer 2 Euro für das Projekt zu spenden.

"Ich halte es für sehr wichtig, dass Schulkinder frühzeitig mit den Verkehrsregeln vertraut gemacht werden, um sich dann sicher im Verkehr bewegen zu können und das Fahrrad oft als Transportmittel in die Schule und in der Freizeit benutzen zu können," sagt der passionierte Radfahrer Martens. Er selber ist als Schüler und Student oft und gern geradelt.

In dem Projekt "Frühradfahren" werden Kinder im ersten und zweiten Schuljahr im Alter zwischen 6 und 8 Jahren von einer speziell weitergebildeten Lehrkraft auf besonders geeigneten Fahrrädern unterrichtet. Dies soll die Sicherheit im Umgang mit den Fahrrädern und im Verkehr fördern und erhöhen. Von Seiten der Schule nimmt eine Lehrkraft an einer Weiterbildung für dieses Projekt bei der Landesverkehrswacht teil.

Die Schule benötigt insgesamt 15 Fahrräder. Ein Fahrrad kostet ca. 180 Euro. Die Spende von Landratskadidat Dr. Frank Martens unterstützt dieses Projekt also mit 3 Fahrrädern.

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - *veröffentlicht am 20.05.2008, 08:36 Uhr - 3780 Clicks - Nr. 544*

Kommunalpolitische Fahrradtour mit Spaß und Information

Am vergangenen Samstag, 17. Mai 2008 tauschten rund 30 SPD-Wahlkämpfer ihr Wahlkampfmaterial gegen den Drahtesel ein und informierten sich in den Stadtteilen über die anstehenden Probleme und Sorgen der Bürger vor Ort!
Erste Fotos der Radtour finden Sie hier!
Fotos kommunalpolitische Radtour am 17. Mai 2008

Keine Kommentare

SPD-Witzwort - *veröffentlicht am 20.05.2008, 09:12 Uhr - 2302 Clicks - Nr. 545*

Nordfriesischer Kreistag setzt auf Options-Modell

Alle Fraktionen stimmten dafür, dass das Options-Modell (Kreis übernimmt die Vermittlung von

Langzeitarbeitslosen und HARTZ IV-Emfängern) bis 2013 und darüber hinaus verlängert wird, die ARGEN auch zur Option wechseln können. Begründet wird dies durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach Mischverwaltungen, wie die ARGEn, verfassungswidrig sind.

Sind Options-Kommunen nicht genauso verfassungswidrig wie die ARGEn, nur unter anderen Vorzeichen? Sie vermitteln Arbeit und genehmigen Sozialgeld.
Dass Options-Kommunen "es besser können", wie gern behauptet, ist noch gar nicht bewiesen. Die Studien sind noch nicht zum Abschluss gekommen.
Nicht hinnehmbar ist, dass z.B. ein Widerspruch gegen ein Zuwendungsbescheid 5 Monate braucht, bis er an die Widerspruchstelle im Kreis weitergereicht wird. Außerdem sind diese Zuwendungsbescheide nicht zu verstehen oder nachvollziehbar. Bedürftige werden nicht beraten (z.B. GEZ-Befreiung). Sozialgesetze werden kaum zugunsten des Betroffenen ausgelegt: So sind z.B. die "tatsächlich anfallenden Heizungskosten" zu übernehmen. Grundsätzlich übernimmt der Kreis aber nur 80 Prozent davon.
Besonders schwierig ist die Situation für junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen: Nur weil sie in einer "Bedarfsgemeinschaft" leben, steht ihnen nicht der Ausbildungsplatz-Pool der Arbeitsämter offen ("Wir sind nicht zuständig.").
Wie für viele Betroffenen die Entscheidungen der Sozialzentren nicht nachvollziehbar ist, ist der Sozialhaushalt des Kreises und der Gemeindeteil für die Kommunen nicht nachvollziehbar, niemand ist in der Lage, genau zu beziffern, wie hoch die konkreten Leistungen einer Gemeinde sind. Die Frage nach der Zahl von Bedürftigen in unserer Gemeinde hat sage und schreibe 3 Wochen gedauert: erst ist der nicht zuständig, dann ist das EDV-System kaputt, dann hat der andere nichts gewusst....

Es bleibt also noch viel zu tun, damit das Options-Modell die bessere Alternative zu den ARGEn ist. Vor allem für die Betroffenen! Wünschenswert wäre eine z.B. unabhängige Beratungstelle einerseits und transparente Zahlen andererseits für die Kommunen.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 20.05.2008, 09:52 Uhr - 2614 Clicks - Nr. 546*

Der Fluglärm hat keine Lobby

Fast scheint es, dass alle nur über den Fluglärm reden, aber niemand wirklich etwas tut, um eine gerechte Bahnverteilung zu erreichen. Wir müssen selber für uns kämpfen.

DER FLUGLÄRM HAT KEINE LOBBY
Wir müssen selber für uns kämpfen / Lärm gegen Fluglärm

45,6 % aller Flugbewegungen gingen 2007 über unsere Flugschneise Nord, rund 78.000 An- und Abflüge. Die Alsterdorfer Bahn wird geschont, nur 2.990 Flüge oder 1,7 %. Den Rest teilen sich Langenhorn und Niendorf. Der innerstädtische Flughafen Fuhlsbüttel hat seine Kapazität noch nicht erreicht. Sie liegt bei 225.000 Flug¬bewegungen, rund 31 % mehr als heute. Bliebe es bei der Verteilungsquote, müssten wir in wenigen Jahren 102.000 Flüge verkraften, jeden Tag 280 oder alle 4 Minuten eine Maschine.

Seit Jahren fordern wir eine faire Bahnverteilung. Das heißt, weniger Flüge über unsere Bahn und Öffnung von Alsterdorf. Politiker und Verwaltungen (auch Hamburger) stimmen mit uns überein, dass es heute ungerecht zugeht, konnten oder wollten aber keine Veränderung herbeiführen, wenn

sie sich überhaupt für uns engagierten. Für eine faire Verteilung müsste die Bahnbenutzungsordnung geändert werden. Die schreibt vor, dass alle Starts über unsere Bahn erfolgen und zwischen 22.00 und 7.00 Uhr auch alle Landungen, soweit es aus Sicherheitsgründen möglich ist.

Die Bahnbenutzungsordnung kann aber nur mit Zustimmung Hamburgs geändert werden. Freiwillig tun sie es nicht. Die Regierungen in Kiel und Hamburg rühmen sich der vielen Kooperationen. Seit Jahren fordern wir, dass die Kooperationen mit Hamburg mit einer fairen Bahnverteilung verknüpft werden. Aber keine Regierung in Kiel ist bzw. war dazu bereit. Die Gründe blieben im Verborgenen. Mit unseren Problemen bleiben wir allein. Im Gegenteil, Vertreter der jetzigen Regierung in Kiel nehmen sich der Argumente Hamburgs an (da wohnen mehr Menschen oder was ist, wenn in Hamburg ein Flugzeug abstürzt?). Ein Absturz über Quickborn ist anscheinend leichter zu verkraften. Vertreten sie uns oder Hamburg?

Der politische Druck ist aus unserem Raum anscheinend nicht groß genug. Wir müssen Lärm gegen den Fluglärm machen. Schreiben Sie an unsere Kieler Regierung, fordern Sie von ihren Abgeordneten (Stadt, Kreis, Land, Bund) ein stärkeres Engagement, beschweren Sie sich beim Fluglärmschutzbeauftragten der Hansestadt und dem Quickborner Mitglied in der Fluglärmschutzkommission Thomas Köppl, schreiben Sie Leserbriefe, unterstützen Sie die Interessengemeinschaft Flugschneise Nord e.V., um einige Möglichkeiten zu nennen. Warum sollten die Verantwortlichen tätig werden, wenn wir, die Betroffenen, die Situation still schweigend hinnehmen?

Unser Bürgermeister Thomas Köppl, Quickborns Vertreter in der Fluglärmschutzkommission, will sogar erst aus einer Hausbefragung erfahren haben, dass „der Fluglärm ein so großes Thema für Quickborn ist“. So jedenfalls ein Pressebericht.

Auch Positives ist zu berichten, muss aber mit der richtigen Brille betrachtet werden. Die bisherigen Aktivitäten führen zumindest dazu, dass die Situation nicht eskaliert. Dass die nächtliche Postmaschine eingestellt worden ist, ist jedoch kein Verdienst von Flughafen oder Politik, sondern ein begrüßenswertes Ergebnis der geänderten Logistik bei der Post. Dass der Flughafen Lüfter einbauen ließ, war keine Freundlichkeit des Flughafens, sondern Zwang aus dem Planfeststellungsbeschluss über die Erweiterung des Flughafens. Mittlerweile ist die Antragspflicht abgelaufen. Der Flughafen könnte das Programm freiwillig fortsetzen. Dafür ist anderes freiwilliges Programm angeschoben worden, allerdings gedeckelt mit 900.000 Euro für Lüfter- und Fenstereinbau bis 2010. Wenig Geld für große Maßnahmen. Angeblich soll das Budget reichen, aber von 800 Anträgen sind erst 200 bearbeitet worden. Die Hälfte der Kosten zahlen allerdings die Kommunen und das Land, also der Steuerzahler und teils der Eigentümer. Übrigens, der Flughafen hat seinen Gewinn in 2007 um 26% auf 48 Millionen Euro gesteigert. Der Flughafen könnte die 900.000 Euro, ohnehin verteilt auf 4 Jahre, aus der Portokasse zahlen. Außerdem hat der Flughafen Reserven aus dem abgelaufenen Pflichtprogramm, weil es nur spärlich in Anspruch genommen wurde.

Und das Fördergebiet ist zu klein. Die Berechnungen stammen aus den 90er Jahren. Mittlerweile wurden die Flugwege ausgedehnt, ganz Quickborn wurde zum Flugerwartungsgebiet, gefördert wird aber nur ein Teil von Quickborn.

Anzuerkennen sind die Aktivitäten des Flughafens im Umweltschutz und in der technischen Innovation, mit Zürich führend unter den europäischen Flughäfen. Und sein Wissen gibt der Flughafen auch an internationale Airports weiter. Auch das Bemühen, die „planmäßigen“ Verspätungsflüge zwischen 23.00 und 24.00 Uhr zu reduzieren, bringt für uns Erleichterung. Und der Flughafen strebt ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis an. Diese „kleinen“ Verbesserungen

sind gut, lenken aber vom eigentlichen Problem ab: der ungerechten starken Belastung unserer Flugschneise.

Dies ist kein Plädoyer gegen den Flughafen oder gegen das Fliegen. Das Flugzeug ist ein selbstverständliches und zum großen Teil notwendiges Verkehrsmittel geworden, die Wirtschaft kommt ohne Fliegen nicht aus. Der Flughafen ist ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor für Hamburg und für Schleswig-Holstein, der Ausbau des Flughafens folgerichtig. Nur eins stört uns: das Verteilungsverhältnis der Flüge. Eine faire Verteilung kostet keinen Cent mehr, vernichtet keinen Arbeitsplatz, spart aber zig-Tonnen Kerosin, weil keine Umwege mehr geflogen werden müssen. Unterstützt also auch die Klimaziele der Bundesrepublik. Dafür zu Kämpfen lohnt. Machen Sie mit.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 20.05.2008, 11:44 Uhr - 2709 Clicks - Nr. 547*

SPD-Fraktion: Hallennutzungsgebühr überprüfen

Die SPD-Ratsfraktion Flensburg wird für die nächste Sportausschusssitzung eine Beschlussvorlage zu Thema Hallennutzungsgebühren in Flensburg einbringen. Hintergrund ist die laufende Diskussion über die Belastungen der Sportvereine durch die Einführung der Hallennutzungsgebühr im Jahre 2005.
Die SPD-Fraktion hält es zum derzeitigen Zeitpunkt für notwendig, Erträge und Aufwand zur Verwaltung dieser Hallennutzungsgebühr zu ermitteln und politisch zu bewerten.
Um den ehrenamtlichen Sportbetrieb in Flensburg nicht unnötig zu belasten, soll auf Basis dieser Informationen eine sachliche Entscheidung über die Zukunft der Hallennutzungsgebühr ermöglicht werden, sagte der Vorsitzende des Sportausschusses und sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kai List

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 20.05.2008, 13:23 Uhr - 51081 Clicks - Nr. 548*

Ralf Stegner zum Stopp der Diätenerhöhung

Ralf Stegner:
Stopp der umstrittenen Diätenerhöhung ein Erfolg der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten

Zum Stopp der Diätenerhöhungen erklärt SPD-Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner:

„Der Stopp der geplanten Diätenerhöhung im Bundestag ist ein Erfolg der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten. Diese Entscheidung ist richtig und ich

begrüße sie. Die SPD-Landesgruppe hat sehr frühzeitig Kritik an den Diäten-Plänen geübt und sich klar, eindeutig und einstimmig gegen die Erhöhung ausgesprochen und damit die Entscheidung maßgeblich herbeigeführt.“

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 20.05.2008, 14:28 Uhr - 5014 Clicks - Nr. 549*

Sicherheit ja, Bürokratie nein:

Land streicht Badesicherheitsverordnung; Kommunen regeln Badeaufsicht in eigener Verantwortung

Erscheinungsdatum:
20.05.2008

Wieder eine Verordnung weniger. Die Landesregierung hob am Dienstag (20. Mai) in Kiel die Badesicherheitsverordnung auf.
Die Kommunen bleiben für die Sicherheit an den Badestellen auch weiterhin zuständig, entscheiden künftig aber selbst, wie etwa die Badeaufsicht wahrgenommen wird oder welche Sicherungs- und Rettungsmittel vorgehalten werden.

Innenminister Lothar Hay sagte, er habe keinen Zweifel, dass der hohe Sicherheitsstandard an den Seen und Stränden auch ohne Landesverordnung gewährleistet bleibe. „Die Badeorte werden schon im eigenen Interesse dafür sorgen, dass ihr guter Ruf nicht durch mangelnde Badesicherheit gefährdet wird“, sagte der Minister. Schleswig-Holstein ist nach Aussage von Hay das einzige Bundesland, das die Badesicherheit in einer Landesverordnung regelt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 20.05.2008, 14:50 Uhr - 4265 Clicks - Nr. 550*

Aus für das Feuerwehrhaus Neumünster-Wittorf?

Will der Erste Stadtrat, Hans-Heinrich Arend (CDU), das Projekt "kaputtplanen"?
Pressemitteilung

Aus für Feuerwehrhaus Wittorf?

Der neue Anbau für das Feuerwehrhaus der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf ist plötzlich wieder fraglich geworden.
Schuld daran sind nach Aussage des Vorsitzenden des Ausschusses für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Ratsherr Bernd Delfs, die nun bekannt gewordenen Kosten für den

Neubau.
Auf Antrag der SPD sind durch die Ratsversammlung im städtischen Haushalt 2008 dafür 125.000 Euro bereitgestellt worden.
Nachdem die Vorplanungen beendet waren, hatte der für den Hochbau zuständige 1. Stadtrat Arend (CDU) in der Sitzung des Brandschutzausschusses am 22.02.2008 die ermittelten Baukosten mit 90.000 Euro angegeben.
Delfs liegt nun ein internes Schreiben des Fachbereiches IV an den Fachbereich II vom 05.05.2008 vor. Darin werden die Kosten für den Vorentwurf –ohne Berücksichtigung von Änderungswünschen der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf- nicht mehr mit 90.000 Euro, sondern mit 150.000 Euro angegeben.
Hinzu kommen anscheinend noch Kosten für erbrachte Planungsleistungen. Immerhin wurde zwischenzeitlich, nachdem noch im Januar 2008 erklärt wurde, dass die Planung von der städtischen Bauverwaltung gemacht würde, ein zweiter Architekt beauftragt.
„Es ist für mich ganz offensichtlich, dass der 1. Stadtrat Arend dieses Projekt kaputtplanen will. Jetzt wo er für die Feuerwehr nicht mehr direkt zuständig ist, versucht er das von ihm ungeliebte Vorhaben über seine Bauabteilung zu verhindern“, schimpft Delfs.
Erstaunlich ist aber auch die Haltung der CDU. Einerseits bekennt sie sich zum Bau und andererseits lässt sie widerspruchslos ihren Stadtrat ständig gegen die Belange der Feuerwehr arbeiten.
Die SPD Neumünster bekräftigt die Notwendigkeit eines Anbaus für die Feuerwehr Wittorf. Er ist notwendig um der Freiwilligen Feuerwehr vernünftige Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu geben. Nur dadurch ist die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet.
„Die SPD wird sich sehr schnell nach der Wahl mit dem Thema befassen und mit dem Oberbürgermeister zusammen versuchen Lösungswege zu finden.“ So der SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Hering.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 20.05.2008, 14:54 Uhr - 7276 Clicks - Nr. 551*

Kreishausneubau: Rechnungsprüfer setzen neue kritische Überprüfungsmaßstäbe

SPD-Fraktionsvorsitzender Hannes Birke: Kein Geld für teure Investorenlösungen
Der Neubau eines Kreishauses ist noch lange nicht „in trockenen Tüchern“. Nach dem Beschluss des Kreistages, der Fa. Impala – Rahimi den Zuschlag für den knapp 55,0 Millionen Euro teuren Neubau zu erteilen, den Kreis für 25 Jahre mieten will, prüft zur Zeit das Rechnungsprüfungsamt (RPA) des Kreises die Wirtschaftlichkeit der Entscheidung. Erst wenn das RPA die Wirtschaftlichkeit bescheinigt, ist mit der Zustimmung der Kieler Kommunalaufsicht für den Neubau zu rechnen.

Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion zeichnet sich eine bislang sträflich vernachlässigte und vom Landrat Dr. Grimme stets abgelehnte Prüfvariante ab. Als Maßstab seiner Überprüfung will dass RPA den Neubau in Bauträgerschaft und als Eigentum des Kreises zu Grunde legen. „Dieser Maßstab“, so Birke, „ist ein erster Schritt in die richtige Richtung“. Das von CDU und FDP im bisherigen Ausschreibungsverfahren unkritisch und einseitig verfolgte Anmietungsprojekt wird damit für Birke einem ersten realistischen Kostenvergleich unterzogen.

Dieser erste Schritt reicht der SPD nicht. Sie will erreichen, dass auch eine Teilsanierung am bestehenden Standort vom RPA auf seine Wirtschaftlichkeit überprüft wird. Dieser Vorschlag war bislang mehrfach an der Mehrheit von CDU und FDP gescheitert. Da die Entscheidung über die wirtschaftlichste Variante endgültig erst nach der Kommunalwahl fallen wird und außer CDU und

FDP alle anderen Parteien die Anmietungsvariante ablehnen, sieht die SPD gute Chancen mit veränderten Mehrheiten das RPA mit ihrer Prüfvariante zu beauftragen.

„Wir werden auch die Kieler Kommunalaufsicht bitten“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, „bei ihre Entscheidung eine Teilsanierung am bestehenden Standort mit zu berücksichtigen und wenn notwendig einen entsprechenden Kostenvergleich einzufordern.“ Für Birke ist es unverantwortlich, wenn die privatwirtschaftlichen Lösungsanschauungen von CDU und FDP zu Lasten des Steuerzahlers und zum Vorteil von Investoren verwirklicht werden sollten.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 20.05.2008, 15:53 Uhr - 7414 Clicks - Nr. 552*

SPD: Entscheidung zur Sparkassenfusion erst in der neuen Ratsversammlung

Die SPD- Fraktion und der SPD-Kreisverband wollen die Entscheidung über eine mögliche Fusion der Flensburger Sparkasse (FSK) mit der Nordostseesparkasse (NOSPA) nicht mehr von der nur noch wenige Tage im Amt befindlichen alten Ratsversammlung treffen lassen. Für eine ausreichende Beratung fehle die Zeit und für den Beschluss damit eine ausreichende Legitimation, so Rolf Helgert und Helmut Trost in einer gemeinsamen Presseerklärung.
Mit einem einstimmigen Votum fordert die SPD den Stadtpräsidenten als Vorsitzenden der Ratsversammlung sowie den Oberbürgermeister auf, die Entscheidung über eine Sparkassenfusion nicht mehr von der alten Ratsversammlung treffen zu lassen. Denn diese befindet sich nur noch bis zum 31. Mai im Amt

„Die mehrheitlich vom Verwaltungsrat der FSK getroffene Empfehlung zur Annahme der Fusionsvereinbarung zwischen Flensburger Sparkasse und NOSPA kann nicht darüber hinweg helfen, dass jedes Ratsmitglied sich intensiv und mit allen Konsequenzen der Fusion beschäftigen muss. Dass dazu die Zeit fehlt, ist im Hinblick auf die Kommunalwahl am nächsten Sonntag sofort erkennbar“, so der Kreisvorsitzende Helmut Trost und der Vorsitzende der Ratsfraktion, Rolf Helgert.

Die SPD weist darauf hin, wie wichtig die zu treffenden Entscheidung für die Privat- und Geschäftskunden der Flensburger Sparkasse ist – vor allem für die mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe, die mit der Flensburger Sparkasse immer eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben. Rund 1400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Institute sind betroffen.

Der alte Rat besitzt, so die die Sozialdemokraten, nach den Kommunalwahlen keine politische Legitimation mehr für eine so weit reichende Entscheidung. Ihr Fraktionsvorsitzender Rolf Helgert spricht in diesem Zusammenhang von einer Jahrhundertentscheidung für das Sparkassenwesen und macht deutlich: „Diese Entscheidung ist nicht im Galopp zu realisieren. Die neuen Ratsmitglieder müssen die Möglichkeit haben, die Unterlagen rechtzeitig sichten, gründlich zu prüfen und sich beraten zu lassen.“

Die SPD spricht sich dafür aus, dass der neue Rat so schnell wie möglich zusammentritt. Sie schlägt deshalb vor, die konstituierende Ratsversammlung vorzuziehen, um schon kurz nach der Kommunalwahl einen neuen handlungsfähigen Rat zu bekommen. Ihrer Meinung nach sollte man diese erste Sitzung bereits am 12.06.08 durchführen. Eine Entscheidung zur Zukunft der Sparkasse könnte dann in einer darauf folgenden Sondersitzung getroffen werden. Rolf Helgert: „Die Rahmenbedingungen der Fusion müssen öffentlich gemacht und für die Ratsmitglieder muss größtmögliche Transparenz geschaffen werden.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 20.05.2008, 16:05 Uhr - 6634 Clicks - Nr. 553*

Lauterbach und Wodarg in Schleswig

Einladung zur Veranstaltung "Der Zweiklassenstaat" am Mittwoch, dem 21.05.2008 um 16:30 Uhr, beim OV Schleswig mit Prof. Dr. Karl Lauterbach und Dr. Wolfgang Wodarg, MdB zum Thema: Chancengleichheit bei Bildung und Gesundheit - Eine Herausforderung für die Kommunalpolitik. Ort: Hotel Hohenzollern.

Bildung muss für alle zugänglich sein und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig!
Wer krank ist und Hilfe braucht, der darf in einem Sozialstaat nicht alleine gelassen werden!
Krankheit und Armut sind leider auch in Deutschland bereits enge Verwandte.
Privatisierung von Bildungs- und Versorgungseinrichtungen, Wettbewerb um Gesunde und um Privatpatienten, Zusatzversicherungen und Geschäfte mit Krankheit einerseits, mangelnde Hilfe für chronisch Kranke, Pflegenotstand und Abbau von öffentlichen Gesundheitsdiensten andererseits.
Das sind deutliche Alarmsignale für die Politik.
Was muss geschehen, damit Gesundheit und Bildung für alle erschwinglich bleiben? Was muss durch den Gesetzgeber und was kann vor Ort durch die Kommunalpolitik am besten gesichert werden?

Wir freuen uns auf die Diskussion!

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 20.05.2008, 19:39 Uhr - 2733 Clicks - Nr. 554*

Zeit, dass Kropp sich dreht

Kommunalwahl-Endspurt 2008
auf dem alten
Viehmarkt in Kropp am Freitag, 23.05.2008 mit
MdL Holger Astrup, SPD

Am Freitag, 23.05.08 ab ca. 10:00 Uhr wird MdL Holger Astrup am Wahlkampfstand der SPD

Kropp auf dem Alten Viehmarkt im Ortszentrum die Direktkandidaten in ihrer Diskussion mit den Bürgern unterstützen.

Schon bei seinem Vortrag über die Vorteile einer Gemeinschaftsschule für Kropp am 06.05.2008 im Wikingerhof, nahm Astrup den Ball auf, den ihm das Wahlkampfteam der Kropper SPD in seinem Programm zugespielt hatte:

„Kropp kann nur zum echten Bildungsstandort werden, wenn es die Gemeinschaftsschule einrichtet, und zwar so schnell wie möglich“.

„Ihr werdet es sehen, dass Kropp als Magnet die Schüler(innen) förmlich aus der Umgebung anziehen wird!“ Das Angebot muss erst mal da sein!

"Die spätere gymnasiale Oberstufe als Ziel ist nicht verkehrt, vorausgesetzt, die Zahlen geben es her".

Trotz aller Unkenrufe der CDU, werden ab dem Tag, wo die Gemeinschaftsschule beginnt, gymnasiale Lehrkräfte in Kropp eingesetzt und das Bildungsangebot vervollständigen!

„Es gibt genügend ausgebildete Gymnasiallehrer, die noch eine Anstellung suchen“, so Holger Astrup MdL.

Lernen Sie am Freitag einen Vollblutpolitiker aus dem Landtag kennen, der sich bestens in der Schulpolitik auskennt, stellen Sie ihm ihre aktuellen Fragen.

Gehen Sie am Sonntag zur Wahl, sorgen Sie mit ihren Stimmen für die SPD dafür, dass der Bildungsstandort Kropp Wirklichkeit wird!

Joachim Tschesch

Ab 16 Jahre zur Wahl gehen
Am 25.Mai - alle Ihre Stimmen den Kandidat(inn)en der SPD!

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 20.05.2008, 22:37 Uhr - 4711 Clicks - Nr. 555*

Fischer und Kietzer: „Volquartz: Von der OB zur OB-Kandidatin!“

Zur Ankündigung von Frau Volquartz 2009 wieder für das Amt der/s OB kandidieren zu wollen, erklärten SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer und Cathy Kietzer, Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion:
„Einen solchen Termin wählt man als Amtsinhaber kurz vor der Kommunalwahl nur, wenn die Lage für die eigene Partei schlecht ist. Die Ankündigung erscheint deshalb wie das Pfeifen im Wald, mit dem sich mancher Mut macht.

Gleichwohl entscheiden die Kieler am Sonntag nicht über den Oberbürgermeister sondern über die Ratsversammlung. Volquartz Aussage „auch andere Mehrheiten in Kauf“ zu nehmen, beweist auch,

dass sie von einer Fortsetzung der Schwarz-Grünen-Kooperation nicht mehr überzeugt ist.

Da sie nicht von ihrer Partei „gerufen“ wurde, sondern sich selbst benannt hat, warten wir jetzt auf die offizielle Nominierung durch die Kreis-CDU, die es ja noch geben muss. Auf jeden Fall freuen wir uns schon auf den OB-Wahlkampf mit der Kandidatin Volquartz. Im übrigen gilt: Wer OB wird, entscheiden im nächsten Jahr die Bürger.“

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 21.05.2008, 10:23 Uhr - 2318 Clicks - Nr. 556*

SPD-Fotowettbewerb beendet: über 60 Bilder wurden eingereicht

Der erste Fotowettbewerbs des Bad Oldesloer Kulturforums ist ein voller Erfolg – über 60 Bilder wurden bei den drei beteiligten Fotogeschäften abgegeben!
Vom 28. April bis 17. Mai waren alle Oldesloer Bürgerinnen und Bürger, der Fotoclub Bad Oldesloe, die VHS Fotokurse sowie Schülerinnen und Schüler der Foto-AGs aller Oldesloer Schulen aufgerufen, mit der Kamera durch die Kreisstadt zu ziehen um "Mein schönstes Bild von Bad Oldesloe" zu fotografieren.

Bis spätestens 17. Mai konnte der Wettbewerbsbeitrag als
20x30er Fotoabzug in den drei Oldesloer Fotofachgeschäften Jessen, Ketelhohn sowie dem Fotogeschäft an der Hude abgegeben werden.

Nun wird Ende Mai die Jury - bestehend aus den Inhabern der drei Geschäfte, Frau Schwitzke vom Fotoclub Bad Oldesloe, Oldesloes Kulturreferentin Frau Dr. Zander, Stormarns Kreiskulturreferent Dr. Spallek sowie SPD Direktkandidat Christian P. Schlichte vom Bad Oldesloer Kulturforum - zehn PreisträgerInnen ermitteln, die attraktive Preise gewinnen können – gesponsort wurden:

- 1 Portraitserie im Wert von € 100,- (Foto Ketelhohn)
- 1 Portraitserie im Wert von € 80,- (Foto Ketelhohn)
- 3 x "Fotografieren wie ein Profi" in einem modernen Fotostudio mit Studioblitzanlage und digitaler Spiegelreflexkamera à 2 Stunden (Foto-Schnell-Service)
- 3 Rundflüge über unserer schönen Kreisstadt (Foto Jessen)
- 1 Buchgutschein der Buchhandlung Willfang

Angesichts der Vielzahl der Einreichungen wird nun nach adäquaten Möglichkeit gesucht, alle Arbeiten in einer zweiwöchigen Ausstellung präsentieren zu können. Diese wird durch Bürgermeister Tassilo von Bary im Juni oder August eröffnet werden.

SPD Direktkandidat Christian P. Schlichte vom Kulturforum (Wahlkreis 11) sowie die beteiligten Sponsoren und Jurymitglieder bedanken sich für die vielen interessanten und schönen Bilder von Bad Oldesloe.

Der Wettbewerb hat damit über alle Parteigrenzen hinweg die Kultur in unserer Kreisstadt gefördert und belebt, da nicht nur SPD-Mitglieder Bilder eingereicht haben.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 21.05.2008, 11:18 Uhr - 1711 Clicks - Nr. 557*

Stück zum Lichtkonzept: Träumereien statt Handfestes

Die baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Gesine Stück erklärt zur Vorstellung eines Lichtkonzepts für die Kieler Innenstadt:
"Die Atmosphäre der Kieler Innenstadt durch kreativen Umgang mittels Lichtinstallationen und -objekten zu erhöhen - das hat Charme und ist wünschenswert. Die blaue Beleuchtung der Kopfseiten an den Ebenen am Bootshafen gibt einen kleinen Eindruck, was mit Licht möglich wird.

Die Vorstellung eines Lichtkonzeptes für die Kieler Innenstadt ist sicher verführerisch und wegen der möglichen Reduzierung des Energieverbrauchs sogar erwägenswert. Aber gibt die Verwaltung mit diesem Thema die entscheidenden Impulse?
Tatsächlich kämpft die Kieler Innenstadt um ihr Überleben als lebendiges Zentrum der Landeshauptstadt. Ihre Sorge ist sicher kein fehlendes Lichtkonzept, sondern die Erreichbarkeit für den Verkehr, die Auswirkungen des Rathaus-Galerie-Projektes und die Mega-Mall auf der Grünen Wiese.
Baudezernent Todeskino (Grüne) setzt die falschen Prioritäten. Stattdessen gibt er dem Bauausschuss keine Angaben zu offensichtlichen Fragestellungen: Können die Stadt und innerstädtische Anlieger Investitionen und Betriebskosten für ein Lichtkonzept wirtschaftlich darstellen? Wird es auch hell genug, um die dunklen Ecken auszuleuchten? Wird der Rathausturm unverändert erstrahlen?
Daher legt die SPD-Ratsfraktion dieses Projekt in der Akte "Todeskinos Träumereien" ab und befasst sich weiter mit der elementaren Frage: Wie kann die Ratsversammlung den innerstädtischen Einzelhandel vor weiterem Ausbluten bewahren? "

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 21.05.2008, 13:57 Uhr - 3358 Clicks - Nr. 558*

UKSH-Vorstandsposition sofort ausschreiben!

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, die im Hochschulgesetz vorgesehene Struktur des Vorstandes des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein beizubehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Position eines Vorstandes für Krankenpflege und Patientenservice umgehend neu ausgeschrieben wird, damit das Unternehmen so schnell wie möglich die notwendigen Schritte zur wirtschaftlichen Stabilisierung mit seiner im Gesetz vorgesehenen Unternehmensleitung in Angriff nehmen kann.

Die SPD-Landtagsfraktion sieht sich in dieser Position durch ihre Expertenanhörung vom 24.04.2008 bestätigt, bei der sich die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Beibehaltung eines Pflegevorstandes ausgesprochen hat. Auch die Erfahrungen in anderen Bundesländern bestätigen diese Position.

Schneller Handlungsbedarf besteht, weil die ehrgeizigen Sanierungsziele des UK S-H nur mit einem vollständigen, kompetenten und handlungsfähigen Vorstand umzusetzen sind.

Die Vorstandsposition für Krankenpflege und Patientenservice muss dringend besetzt werden, weil

die Bedeutung der Pflege in der Tätigkeit der Krankenhäuser hoch ist und weiter wächst und weil Pflege und Patientenservice für die Prozessoptimierung im Krankenhaus und damit für das Erreichen von Effizienzgewinnen wichtig ist. Eine wissenschaftsbasierte Pflege kann nur aus der Verankerung im Vorstand betrieben werden.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 21.05.2008, 16:31 Uhr - 6392 Clicks - Nr. 559*

Bürgersprechstunde in Flensburg

Wenn Sie glauben, dass ich Ihnen helfen könnte, wenn Sie Unterstützung bei einer interessanten Idee brauchen oder wenn Sie einfach mal mit mir über Politik diskutieren wollen, dann besuchen Sie mich in meiner Bürgersprechstunde am Donnerstag, dem 22.05.2008, von 15:00 bis 17:00 Uhr im SPD-Kreisbüro. Anmeldung erforderlich!

Ort: SPD-Kreisbüro in Flensburg: Große Straße 69
Anmeldung unter Telefon 0461/9 78 88 20 in den Bürozeiten von 09:30-13 Uhr und außerhalb der Bürozeiten unter: 0172/7891869

Die nächsten Termine entnehmen Sie bitte meiner Homepage im Internet, aus der Tagespresse oder fragen Sie einfach in meinem Wahlkreisbüro nach.

Keine Kommentare

SPD-Hattstedt - *veröffentlicht am 21.05.2008, 17:15 Uhr - 3202 Clicks - Nr. 560*

Preisrätsel SPD-Familienfest in Hattstedt

Beim SPD-Familienfest in Hattstedt am 18. Mai 2008 winkte als erster Preis eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages.
Es galt, die tatsächliche Zahl der "Erbsen im Goldfischglas" so genau wie möglich zu schätzen...
Insgesamt waren 5252 Erbsen im Glas.

Hier nun die Gewinner, die Ihren Preis aus den Händen des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden **Ralf Hessmann** bereits entgegen nehmen konnten :

1. Platz: Rene Fabisch geschätzt: 5421
Reise nach Berlin mit Besuch des Bundestages

2. Platz: Frau Knechties geschätzt: 5038
Gutschein über 25 € von Christiansens Gasthof

3. Platz: Pastor Jörn Jebsen geschätzt: 5024
Eine Flasche Rotwein
Der SPD-Ortsverein gratuliert den glücklichen Gewinnern!

Keine Kommentare

SPD-Schenefeld - *veröffentlicht am 21.05.2008, 17:54 Uhr - 3689 Clicks - Nr. 561*

Neuer Ortsvereinsvorstand in Schenefeld gewählt

Am 20.05.2008 haben die Mitglieder des Ortsvereins Schenefeld - Mittelholstein ihren neuen Vorstand gewählt.

So neu ist dieser allerdings auch nicht, denn die Versammlung bestätigte den alten Vorstand, der seit November vergangenen Jahres die Führung des Ortsvereins übernommen hatte, in seinem Amt. Eine Ergänzungswahl war seinerzeit erforderlich gewesen, weil Vorstandsmitglieder ausgeschieden waren.
Bevor allerdings der Ortsvorsitzende Gerhard Boll seinen Rechenschaftsbericht abgeben konnte, war ein Jubilar zu würdigen: Heinz Peter Austen blickt in diesem Jahr auf eine 40-jährige Mitgliedschaft zurück. Aus diesem Anlass erhielt er aus der Hand des Ortsvorsitzenden eine Ehrenurkunde und die Ehrennadel der SPD (Foto). Damit aber nicht genug: Über den zusätzlich überreichten, prachtvollen Blumenstrauß freute sich der Jubilar besonders. Heinz Peter ist eher ein passives Mitglied der SPD, wie er in seiner Dankrede, in der er auch wichtige Ereignisse seiner langjährigen Mitgliedschaft Revue passieren ließ, erwähnte. Dennoch hat er sich immer für die Ziele seiner Partei eingesetzt.
Die Jahreshauptversammlung beschäftigte sich dann mit der Wahl des neuen Vorstandes und der Delegierten für die verschiedenen Gremien der Partei.

Als neuer (alter) Vorstand wurden gewählt:

Vorsitzender: Gerhard Boll
Stv. Vorsitzender: Jürgen Nabert
Kassenwartin: Dunja Pucks
Schriftführer: Manfred Meyn
Beisitzer: Klaus Hass

Die Jahreshauptversammlung stand aber auch unter dem Zeichen der bevorstehenden Kommunalwahl am kommenden Sonntag. Die Kandidaten der drei Wahlkreise in Schenefeld wollen sich den Bürgen des Ortes nochmals mittels eines Flugblattes vorstellen, das in den nächsten Tagen verteilt werden soll.
Für die SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung endet am kommenden Sonntag die Amtszeit. Gerhard Boll nahm deshalb die Gelegenheit wahr, der bisherigen SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung für ihre Arbeit zum Wohle der Bürger in Schenefeld zu danken. Ein besonderer Dank galt dem Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Bürgermeister Jens Polster, dem es gelungen war, die Vorstellungen der SPD-Fraktion bei zahlreichen Projekten in der CDU dominierten Gemeindevertretung einzubringen.
Mit der Hoffnung auf ein für den Ortsverein gutes Wahlergebnis am Sonntag konnte die zahlreich besuchte Jahreshauptversammlung gegn 22:00 Uhr beendet werden.

Klaus Hass

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 21.05.2008, 19:31 Uhr - 3667 Clicks - Nr. 562*

Geisterflug der CDU

Schleswig-Holsteins Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) hat einen neuen Vorstoß zum Bau des Großflughafens in Kaltenkirchen angekündigt. In den Gemeinden unter den Einflugschneisen der CDU-Verkehrspolitik formiert sich der Widerstand. Die SPD werde sich parlamentarisch und vor Ort den CDU-Flughafenplänen widersetzen, erklärten der Barmstedter Ortsvorsitzende Hans-Christian Hansen und Wulf Brinkmann von der SPD in Bokholt-Hanredder.
Die Erklärung im Wortlaut:
„Herr Wiegard verhält sich wie ein politischer Geisterfahrer: Für ihn befinden sich alle anderen auf der falschen Spur. Längst hat sich doch herumgesprochen, dass der Flughafen Kaltenkirchen ökonomischer und ökologischer Unsinn wäre. Das Leben zehntausender Menschen zwischen Kaltenkirchen und Elmshorn würde sich gravierend verändern. Außerdem ist Hamburg-Fuhlsbüttel gerade erst mit enormem Aufwand modernisiert worden. Anstatt im südlichen Schleswig-Holstein Massenpanik vor einem neuen Megaflughafen zu schüren, sollte die CDU sich ökologisch verträglichen Verkehrskonzepten öffnen und an einer Verbesserung des Schienenverkehrs arbeiten. Die Umlandbewohner tragen ohnehin wachsende Lasten des Hamburger Wirtschaftsverkehrs – sie brauchen keinen neuen Lärm und Dreck, keine weiteren Gefahren und keine Entwertung ihrer Umgebung durch einen Riesenairport. Und hat Herr Wiegard schon einmal bei der schwarz-grünen Regierungskoalition in Hamburg nachgefragt, was sie von seinen Ideen hält? Die CDU sollte diesen verkehrs- und umweltpolitischen Geisterflug schnell beenden. Die Umlandgemeinden verfügen über große Erfahrung und viel Know-how, wie sie ihre Interessen und ihre Lebensqualität verteidigen können.“

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 21.05.2008, 22:38 Uhr - 8019 Clicks - Nr. 563*

MdB Sönke Rix begrüßt Entscheidung gegen Diätenerhöhung

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix begrüßt die Entscheidung der Fraktionsspitzen von SPD und CDU, die geplante Erhöhung der Diäten zu stoppen.

Rix hatte – wie alle schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten – angekündigt, einer Erhöhung im deutschen Bundestag nicht zuzustimmen.

„Der Widerstand hat sich gelohnt“, betonte Rix und bekräftigte noch einmal, dass es ohne eine grundlegende Reform der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten keine weitere Erhöhung geben dürfe.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 22.05.2008, 10:41 Uhr - 9765 Clicks - Nr. 564*

Jutta Hartwieg: Die ersten 100 Tage nach der Wahl

Auf einer Pressekonferenz in Norderstedt stellte Landratskandidatin Jutta Hartwieg ihr Zehn-Punkte-Programm für die ersten 100 Tage nach der Wahl vor.

Schwerpunkte möchte Jutta Hartwieg als Landrätin in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Arbeit setzen. "Ich möchte nach Kräften dazu beitragen, dass im Kreis Segeberg mehr Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden", erklärt die selbsständige Unternehmensberaterin. Mit Unternehmern des Kreises und Vertretern von Unternehmerverbänden werde sie sich an einen Tisch setzen.

Ein weitere Themenkreis ist die Bildung - vom Kindergarten über die Schulen bis zut beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Die Entwicklung einer bürgernahen Verwaltung ist für die Kandidatin ein Schlüssel für die Umsetzung ihrer Ziele. "Ich weiß aus eigener beruflicher Erfahrung, dass es bei den Mitarbeitern der Verwaltung genügend Potenzial dafür gibt", so Jutta Hartwieg.

Der vollständige Text des Zehn-Punkte-Programms steht als pdf-Datei zur Verfügung:
Download: Zehn-Punkte-Programm

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 22.05.2008, 15:03 Uhr - 2868 Clicks - Nr. 565*

Besser Bildungschancen mit der SPD

Rund um den Roland erschienen
Bad Bramstedt. Die neueste Ausgabe der SPD Bürgerzeitung "Rund um den Roland" ist am 18.5. erschienen. Mit aktuellen Themen zur Kommunalwahl informiert die Bad Bramstedter SPD die Bürgerinnen und Bürger über Ihre Kandidaten und Ihre Pläne.

Lesen Sie selbst !

Rund um den Roland

Bürgerzeitung der SPD Bad Bramstedt

Wählen Sie die besseren Bildungschancen

Spätestens seit die Ergebnisse der PISA-Untersuchungen diskutiert werden, weiß (fast) jeder, dass die Länder beim Vergleich ihrer Bildungssysteme gut abgeschnitten haben, in denen die Kinder in Ganztagsschulen und in integrierenden Systemen unterrichtet werden. Das ist unbestritten. Die frühen Auslesepromesse - wie im dreigliedrigen Schulsystem - gibt es in den erfolgreichen Bildungsnationen nicht.

Bad Bramstedts SPD hat dies früh erkannt und daraus Schlüsse gezogen. CDU und F.D.P. hingegen tun sich bis heute schwer damit, wie die Entscheidung zur Gemeinschaftsschule vor wenigen Wochen überdeutlich gezeigt hat.

Die Schröder-Bundesregierung hat unter Führung der Sozialdemokraten - obwohl verfassungsmäßig für die Schulpolitik nicht zuständig - ein milliardenschweres Förderprogramm zur Einrichtung von Ganztagsschulen aufgelegt, das glücklicherweise auch bei uns das Angebot einer (freiwilligen) offenen Ganztagsbildung im Schulzentrum auf dem Schäferberg ermöglichte. Rainer Simon (seinerzeit SPD- und Schulausschussvorsitzender) ist dies maßgeblich zu verdanken.

Bodo Clausen

Bereits vor den letzten Kommunalwahlen waren es die Bramstedter Sozialdemokraten, die im Rahmen der Beratungen des Schulentwicklungsplanes mindestens als Ergänzung der bestehenden Schullandschaft die Einrichtung einer Gesamtschule in unserer Stadt vorgeschlagen haben. Diese von einer breiten Unterstützung der Bramstedter Eltern getragene Idee wurde seinerzeit von CDU und F.D.P. Fraktion abgelehnt. Rolf Koschorrek (heute ein nicht wahrnehmbarer MdB) damals kurz und knapp: "Wir wollen das nicht!". Willfährige Unterstützung fanden die konservativen Fortschrittsverhinderer durch die allzeit bereiten Mehrheitsbeschaffer in der F.D.P.

Erst zum Ende des vergangenen Jahres war es unserer hartnäckigen Überzeugungsarbeit und den fortschrittlichen Kräften aus den Umlandgemeinden im Schulverband zu verdanken, dass die notwendigen Beschlüsse zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule auf dem Schäferberg ab dem Schuljahr 2009/2010 gefasst wurden. Andere Kommunen nutzten die guten Möglichkeiten der modernen schleswig-holsteinischen Schulgesetzgebung bereits seit dem laufenden oder wenigstens ab dem kommenden Schuljahr. Dass viele Schüler unserer Bildungsregion Richtung Neumünster, Kellinghusen, Boostedt und andere Gemeinden verlassen, oder Eltern eine Privatschule initiieren und sich aus dem staatlichen Schulsystem verabschieden, ist einer ablehnenden und abwartenden CDU- und F.D.P. Kommunalpolitik geschuldet.

Derzeit entdecken die Mitglieder der CDU-Fraktion ihr Herz für die Jürgen-

Forts. Seite 3

Umgehungsstraße bietet Chancen für die Innenstadt

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck will die Umgehungsstraße als Chance begriffen sehen.

Seite 2

Jedes Kind hat ein Recht auf Erfolg, unabhängig von seiner Herkunft.

... sagt Dr. Manfred Spies, Vorsitzender des Sozialausschusses der Stadt Bad Bramstedt

Seite 3

Millionendefizite müssen verschwinden.

Arnold Heinicke ("Urgestein der Bad Bramstedter Kommunalpolitik") sorgt sich um die immer weiter anstaigenden Schulden der Stadt.

Seite 4

Impressum:
Herausgeber: SPD Bad Bramstedt,
V.i.S.d.P.: Jan-Uwe Schadendorf,
Am Kapellenhof 3 a, 24576 Bad Bramstedt,
Auflage: ca. 6.000 Exemplare
32. Jahrgang Druck: Team-Online

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 22.05.2008, 18:49 Uhr - 6331 Clicks - Nr. 566*

SPD-Ortsverein Ellerbek hat Vorstand gewählt

Bei seiner Mitgliedervollversammlung hat der SPD-Ortsverein Ellerbek einen neuen Vorstand gewählt. Im Amt als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Ellerbek wurde der 36 jährige Diplom-Sozialpädagoge Peter A. Kokocinski einstimmig bestätigt.

Kommunalpolitisch ist Kokocinski erstmals 1994 in Erscheinung getreten, als eines der jüngsten Ortsbeiratsmitglieder in Kiel. Seit 1999 ist er in „seinem“ Ortsbeirat Ellerbek/Wellingdorf der Vorsitzende und „vertritt dort die Interessen der Bürgerinnen und Bürger für mehr Lebensqualität“ in diesen traditionsreichen Ostuferstadtteilen.

Hauptberuflich arbeitet der Vater eines 11 jährigen Jungen im Kreis Plön als Bildungsreferent beim Kreisjugendring.

Ebenso mit einstimmigem Ergebnis wurden in den Vorstand gewählt Michael Jacobsen (Stellvertr. Vorsitzender), Rolf Rabusch (Kassierer), Julia Marzinzik, Günther Mischke, Inge Lindner und Arno Henkel (Beisitzer).

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 22.05.2008, 19:01 Uhr - 55813 Clicks - Nr. 567*

Mit sozialer Gerechtigkeit die richtigen Zukunftsthemen gesetzt

Zum Auftakt der 72-Stunden-Aktion hat der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner eine Zwischenbilanz des bisherigen Wahlkampfes gezogen: „Ich muss den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern meiner Partei ein großes Lob aussprechen: Ihr habt super gekämpft! Ihr habt Charakter gezeigt!

Denn es war nicht leicht, die eigenen Themen durchzusetzen, dabei auf Resonanz zu stoßen und die Mitglieder zum Mitmachen zu motivieren. Aber genau das ist unseren Ortsvereinen und Kreisverbänden gut gelungen. Kompliment!

Unsere erste Botschaft an die Wählerinnen und Wähler jetzt kurz vor der Wahl heißt: Gehen Sie wählen! Denn eine niedrige Wahlbeteiligung kann dazu führen, dass die Nazis nach dem Wegfall der 5%-Klausel schon mit relativ wenigen Stimmen in die Kommunalvertretungen einziehen. Das will kein Demokrat, das wollen wir verhindern. Das wäre schlecht für das Ansehen Schleswig-Holsteins.

Deshalb starten wir heute unsere 72-Stunden-Aktion und wenden uns landesweit noch einmal offensiv an die Wählerinnen und Wähler, die sich noch nicht entschieden haben, ob sie an der Wahl teilnehmen oder welche Partei sie wählen werden.

Eine hohe Wahlbeteiligung wäre darüber hinaus auch eine wichtige Anerkennung und

Wertschätzung ehrenamtlicher Kommunalpolitik und eine Werbung für das kommunale Ehrenamt.

Wir haben am Freitag beim Start der „Denkfabrik in Schleswig-Holstein“ besprochen, dass wir in Zeiten wachsender Politik- und Parteiverdrossenheit einen anderen Blick auf die Politik werfen wollen – und zwar konsequent aus der Blickrichtung der Bürgerinnen und Bürger. Unsere simple, aber dennoch anspruchsvolle Leitfrage lautet: „Welche Politik führt zu höherer Zufriedenheit der Menschen“. Das ist keinesfalls nur eine Frage des Geldverteilens, sondern reicht von gesellschaftlicher Integration durch Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden über die soziale Gerechtigkeit und des gemeinsamen Engagements für grundlegende Zukunftsfragen wie gute Arbeit, bessere Bildung, gute Betreuung für die Kinder und bis zu Fragen konkreter Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik.

Die Umfrage von infratest-dimap zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Es hat sich gelohnt, den Wahlkampf konsequent mit solchen Themen zu führen, die die Menschen wirklich berühren:

Wir setzen auf „Aufstieg durch Bildung“. Wir haben die richtige Konsequenz aus den PISA-Studien gezogen und die Gemeinschaftsschule gegen den Widerstand großer Teile der CDU durchgesetzt, für die diese Schulform 2005 noch Teufelszeug aus der DDR war. Als erstes Bundesland haben wir in Schleswig-Holstein die Gemeinschaftsschule im Schulgesetz verankert. Gemeinschaftsschulen sind ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Das gleiche gilt für unsere Ablehnung von Studiengebühren und der Kurskorrektur bei den Schülerbeförderungskosten.
In der Umfrage liegen wir bei der Parteienkompetenz in Sachen Schul- und Bildungspolitik deutlich vor der CDU.

Wir setzen auf gerechte Politik für Kinder und Familien. Wir arbeiten an der weiteren Verbesserung der Betreuung unter 3jähriger und sind fest entschlossen, unseren Stufenplan zur vollständigen Gebührenfreiheit von Kindergärten durchzusetzen. Dazu gehört, dass kein Kind ohne warme Mahlzeit bleibt, dazu gehört der Kampf gegen Kinderarmut. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben ist ein gesellschaftliches Leitthema.
In der Umfrage liegen wir bei der Parteienkompetenz in Sachen Familienpolitik und Kinderbetreuung ganz weit vor der CDU.

Die Meinung der Menschen zum Thema Mindestlohn wurde nicht abgefragt. Vielleicht, weil aus anderen Umfragen allen klar ist, dass die große Mehrheit Mindestlöhne unterstützt. Gefragt wurde aber, welche Partei besser für soziale Gerechtigkeit sorgen kann. Hier hat die SPD ebenfalls einen großen Vorsprung vor der CDU.

Ein klares Meinungsbild gibt es auch in der Energie- und Klimaschutzpolitik: 85% der Menschen in Schleswig-Holstein wollen, dass erneuerbare Energien künftig stärker genutzt werden, nur noch 18% sind für den weiteren Ausbau der Atomenergien. Deutlicher können Menschen ihren Auftrag an die Politik gar nicht ausdrücken.

Dass wir uns richtig positioniert haben, zeigt auch die Mitgliederentwicklung der schleswig-holsteinischen SPD. Seit Januar haben wir 400 neue Mitglieder gewonnen. 300 Mitglieder sind ausgetreten insbesondere in den Monaten Februar und März, nach den Wahlen in Hessen und Hamburg. Aber dass in den ersten vier Monaten die Zahl der Eintritte beträchtlich höher liegt als die Austritte, hat es seit vielen Jahren nicht mehr gegeben. Mit den neuen Mitgliedern kommen neue Impulse, neues Engagement und sicher auch künftige Bewerber für Mandate in der Kommunalpolitik, z.B. dort, wo wir es in ländlichen Gemeinden diesmal nicht geschafft haben, Listen aufzustellen.

Ich weiß, dass die Medien den Wahlausgang am Sonntag auch als einen Stimmungstest für die

Vorsitzenden von SPD und CDU betrachten. Für uns ist es eine Kommunalwahl. Der CDU-Vorsitzende hat sich landesweit plakatieren lassen, obwohl er am Sonntag gar nicht zur Wahl steht und so die Kommunalwahl zu einem Carstensen-Test gemacht. Wir werden sehen, ob er den Vorsprung von 21,5% halten kann und einen Absturz wie er z.B. für Lübeck prognostiziert wurde, aufhalten kann.

Unser Wahlziel ist es, am Sonntag den flächendeckenden absoluten Mehrheiten der CDU in den Kommunen ein Ende zu machen und in möglichst vielen Kreisen, Städten und Gemeinden sozialdemokratische Gestaltungsmehrheiten zu erringen.

72-Stunden-Aktion

Es starten heute, am 22.05.08, um 18 Uhr in Kiel auf dem Exerzierplatz drei SPD-Wohnmobile. Sie sind mit SPD-Autoflaggen und Folien weithin deutlich als SPD-Wohnmobile erkennbar. Sie fahren bis Sonntag durch Schleswig-Holstein, besuchen 35 Städte und verstärken die Wahlkampfaktivitäten unserer Ortsvereine. Der Landesvorsitzende besucht mit einem Wohnmobil 13 Orte in 6 Kreisverbänden von Tönning bis Henstedt-Ulzburg.

Zwei weitere SPD-Wohnmobile fahren 22 Orte in 10 Kreisverbänden an von Nordfriesland bis Lauenburg von Treia bis Wentorf. Dabei sein werden Bundestags- und Landtagsabgeordnete, die jeweils vor Ort gemeinsam mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten ihren Beitrag für einen intensiven Endspurt leisten werden.

35 Veranstaltungen werden mit den SPD-Wohnmobilen angefahren, für 16 weitere Veranstaltungen wurde die Unterstützung gewünscht, konnten aber wegen Zeitüberschneidungen nicht berücksichtigt werden. Insgesamt finden gerade am letzten Samstag vor der Wahl überall Wahlkampfaktivitäten in den Städten und Gemeinden statt: Infostände, verschiedene Verteilaktionen, z.B. Rosen verteilen, Konzerte, Feste, „griechische Abende“, „Samba im Koog“, Hausbesuche und Brötchenverteilungen am Sonntagmorgen.

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 22.05.2008, 23:32 Uhr - 8856 Clicks - Nr. 568*

MdB Sönke Rix: Kluft zwischen Arm und Reich ist zu groß

Am Montag hat Bundesarbeitsminister Olaf Scholz den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht vorgestellt. 13 Prozent der Deutschen gelten als arm, haben also unter 780 Euro im Monat zum Leben, weitere 13 Prozent kommen nur mit staatlicher Unterstützung wie Hartz IV, Wohngeld oder Kindergeld knapp aus der Armut heraus.
Der Vergleich zum letzten Bericht zeigt: Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich nicht verkleinert. Besonders schwierig ist die Lage für Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende.

Der Bericht zeigt auch, dass die Bruttolöhne zwischen 2002 und 2005 um 4,7 Prozent gesunken sind: von durchschnittlich 24.873 auf 23.684 Euro im Jahr. Dabei ist der Anteil von Niedriglohnarbeitern von einem Viertel in 1990 auf ein Drittel angestiegen. Das bedeutet: es gibt immer mehr Menschen, die arbeiten und trotzdem arm sind oder von Armut bedroht.

Die Rezepte, die die Parteien anbieten, könnten unterschiedlicher nicht sein. Die FDP schielt auf Steuersenkungen, verschweigt aber, dass die, die wenig verdienen, auch nur wenig Steuern zahlen, und somit von dieser vermeintlichen Wohltat nur die profitieren, die auch viel zu versteuern haben. Die CDU will das Kindergeld erhöhen. In welcher Höhe und vor allem mit welchem Geld wird

ebenso verschwiegen wie die Antwort auf die Frage, wie wohl kinderlosen armen Menschen geholfen werden soll.

Für mich gibt es drei klare Konsequenzen, die auf diesen Bericht folgen müssen.
Erstens: Wer arbeitet, muss so viel verdienen, dass ein vernünftiges Leben möglich ist. Dies geht nur mit einem vernünftigen Lohn. Wenn dieser auf dem Arbeitsmarkt nicht frei vereinbar ist, dann brauchen wir einen Mindestlohn.

Zweitens: Wer alleinerziehend ist, der braucht weitere Hilfen, um arbeiten zu können. Das geht nur mit einem Ausbau der Betreuungsmöglichkeit für Kinder. Wir haben zwar festgelegt, dass bis 2013 noch 750.000 Betreuungsplätze hinzukommen sollen. Doch wer kann schon das Jahr 2013 abwarten, wenn jetzt eine Betreuung für das Kind gebraucht wird? Um zusätzliches Geld zum Ausbau der Kinderbetreuung aufzubringen, brauchen wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Leider scheiterte diese bislang an der CDU/CSU in Bund und Ländern.

Drittens: Auch Bildung schützt vor Armut. Nicht zuletzt sind es die Menschen ohne Schulabschluss, die entweder keine Arbeit haben oder so geringe Löhne bekommen, dass es zum Leben nicht reicht. Qualifizierungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit und die Möglichkeit auch dort den Hauptschulabschluss nachzuholen, sind sicher eine gute Möglichkeit für Langzeitarbeitslose, wieder qualifizierte Arbeit zu finden. Wichtiger noch ist es, alle Kinder früh zu fördern und ihnen eine gute Bildung zu ermöglichen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 22.05.2008, 23:36 Uhr - 6637 Clicks - Nr. 569*

Ein Notarzt für Angeln?

Diese Frage stand am Anfang eines politischen Diskussionsabends des SPD-Ortsvereins Hasselberg, der im Gasthof Gundelsby stattfand. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg und der Vorsitzende des Sozialausschusses des Kreises Schleswig-Flensburg, Wilfried Meusel, waren gekommen, um mit den zahlreichen Gästen die Herausforderungen, die ärztliche Versorgung und Pflege auf dem Lande gerade an die Kommunalpolitik stellen, zu diskutieren.

Zunächst berichtete Wilfried Meusel über die aktuelle Situation hinsichtlich der unzureichenden Notarztversorgung der Region und stellte die Aktivitäten des Landkreises zur Verbesserung dar. Dr. Wolfgang Wodarg ergänzte diesen Bericht um die Ergebnisse gerade geführter Gespräche mit den Verantwortlichen für die Margarethen-Klinik in Kappeln. Er forderte von den Krankenkassen eine gemeinsame vertragliche Einbindung aller in der Region Ostangeln möglichen ärztlichen Kapazitäten und eine Aufstockung der Mittel für die notärztliche Versorgung. Auch der Kreis habe konsequenter und zügiger dafür zu sorgen, dass in der Region an der Ostsee die Rettungsdienste notärztliche Unterstützung erhalten. Dr. Axel Krüsmann aus Gelting fragte, weshalb denn der Landtag die in Kappeln erkennbare Gesetzeslücke nicht ausbessere, auch damit würde für den Kreis ein klarerer Handlungsrahmen definiert werden können.

Den zweiten Teil des Abends nahm ein Vortrag von Dr. Wolfgang Wodarg ein. Er wies auf den wachsenden Pflegebedarf und die neu geschaffenen Möglichkeiten hin, die das gerade geänderte Pflegegesetz für die Versorgung der Pflegebedürftigen im ländlichen Raum bietet. Dass gerade für die Kommunalpoltik hieraus eine Herausforderung aber auch eine Chance entsteht, sich unmittelbar um die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger kümmern zu können, wurde den Anwesenden deutlich. Hieraus entwickelte sich eine angeregte Diskussion, die ergab, dass mit überlegter Pflegeorganisation und nachbarschaftlicher Solidarität auch in Zukunft eine Versorgung geschaffen werden kann, in der die Bedürfnisse und die menschliche Würde der zu Pflegenden im Vordergrund stehen.

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - *veröffentlicht am 23.05.2008, 11:54 Uhr - 4433 Clicks - Nr. 570*

Pädagogische Stelle in der Stadtteilbücherei erhalten!

Mit einer Flugblatt-Aktion vor Schulbeginn haben die 3 Falderaner Direktkandidaten der SPD gestern auf die Streichung der pädagogischen Stelle und die dadurch nötige Schließung der Stadtteilbücherei reagiert. Ärgerlich zeigten sich die drei Kandidaten wie auch die SPD Rathausfraktion über den schon fast "scheinheiligen" Pressebericht der Falderaner CDU Kandidaten. Die Stellungnahme der SPD und das Flugblatt finden Sie hier!

Die pädagogische Stelle in der Schul-/Stadtteilbücherei der Gesamtschule Faldera muss erhalten bleiben!

Die bestehende Personalstelle einer pädagogischen Hilfskraft in der Schul- und Stadtteilbücherei an der Gesamtschule Faldera ist sinnvoll und unverzichtbar. Deswegen wird die SPD-Fraktion in der neuen Ratsversammlung den Antrag stellen, diese Stelle zu erhalten bzw. wieder zu besetzen.

Ursache und Grund dafür, dass diese Personalstelle weggefallen ist, ist der Beschluss der Ratsversammlung, die Personalkosten über alles um 10 % zu reduzieren.

Dieser Beschluss ist mit der CDU-Mehrheit gefasst worden – gegen die Stimmen der SPD.

Wir haben diesen CDU-Beschluss als „Rasenmäher-Methode“ kritisiert. Denn damit werden sinnvolle Entscheidungen im Einzelfall unmöglich gemacht. Immer dann, wenn zufällig eine Stelle ausläuft, muss sie aufgrund des CDU-Beschlusses unbesetzt bleiben – egal ob die Aufgabe hinter dieser Stelle notwendig ist oder anderweitig mit erledigt werden kann.

Dieser CDU-Beschluss hat in den letzten Jahren auch in vielen anderen Fällen, bei denen Stellen ausgelaufen sind und nicht wieder besetzt werden konnten, zu Problemen geführt. Die CDU hat trotzdem ihren Beschluss aufrechterhalten.

Die Presseverlautbarung der CDU-Ratsherren aus Faldera, sich für die Bücherei-Stelle an der Gesamtschule Faldera einsetzen zu wollen, verwundert vor diesem Hintergrund. Dies erinnert an den Brandstifter, der nach der Feuerwehr ruft.

Mit einer hoffentlich anderen politischen Mehrheit in der Ratsversammlung der Stadt Neumünster

nach der Kommunalwahl am 25. Mai, wird sich die SPD Neumünster für den Erhalt der pädagogischen Stelle in der Bücherei der Gesamtschule Faldera einsetzen.

Leitsatz in der Bildungspolitik ist für die SPD Neumünster:
Wenn investiert wird, zuerst im Bildungsbereich!
Wenn gespart wird, zuletzt im Bildungsbereich!

Darum am 25. Mai 2008 SPD wählen!

Andreas Kluckhuhn (Wahlkreis 18)
Arno Jahner (Wahlkreis 19)
Oliver Sundermann (Wahlkreis 17)

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 23.05.2008, 17:08 Uhr - 2828 Clicks - Nr. 571*

Tibet und der Zynismus der Politik

Helmut Schmidt hat in der letzten Woche in „Der Zeit“ einen vielbeachteten Artikel zur Tibet-Frage veröffentlicht. Dort hat er sich u.a. mit einem kritischen Seitenhieb über moralisierende „Provinz-politiker“ ausgelassen.
Mir erscheint es angemessen, als Provinzpolitiker ein paar kommentierende Worte zum weltpolitischen Zynismus zu verlieren:
"Helmut Schmidt hat in eleganten, intelligenten Worten den weltumspannenden Zynismus auf den Punkt gebracht: Nationale Selbstbestimmung zu unterstützen,
wenn die nationalen Minderheiten klein, machtlos und ökonomisch uninteressant sind, lohnt sich politisch nicht und schadet den eigenen wirtschaftlichen Interessen. Zumindest wenn der regionale Hegemon unangreifbar und unerreichbar scheint.

Gewalt wird kritisiert – auf beiden Seiten -, Friedfertigkeit wird erhofft – von beiden Seiten und zurückhaltende Diplomatie wird erwartet - von allen, auch von uns.

Dass ökonomisches Wachstum, demographische Expansion, ideologische Bevormundung das „Problem“ tibetanischer Eigenständigkeit in Kultur, Wirtschaft, Religion etc. im Laufe der Zeit zwangsläufig und geräuschlos löst – durch Erledigung in der Sache – wird zur politisch-historischen Unausweichlichkeit.

Das stimmt soweit, denn Selbstbestimmungsrecht der Menschen und der Völker erfordert aktive Parteinahme. Und gerade von der rät Schmidt ja unbedingt ab.

Zynismus auf ganz hohem Niveau.

Pech für die Tibeter, nicht auf dem Balkan zu leben. Die Geopolitik hätte ihnen dort sicher mehr als einen Staat anzubieten.

Grüße von einem „Provinz-Politiker"

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 23.05.2008, 17:10 Uhr - 3292 Clicks - Nr. 572*

Die Kirchen haben eine besondere gemeinschaftliche Rolle

Zur Antwort auf die Große Anfrage zur Situation der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagfraktion, Rolf Fischer:

Kirchen und Religionsgemeinschaften haben in und für unsere Gesellschaft einen hohen gesellschaftspolitischen Stellenwert; das macht die Antwort auf die Große Anfrage deutlich.

Die Kirchen übernehmen eine besondere gemeinschaftliche Rolle, die sich in vielfältigen diakonischen Aufgaben niederschlägt: Etwa 44.000 Personen sind ehrenamtliche Helfer in der Diakonischen Arbeit der Kirche. Diese hohe Zahl beweist, dass das Ehrenamt in der Kirche für die Kirchen selbst, aber auch für die Gesellschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung ist. 70 kirchliche Einrichtungen leisten z. B. in Schleswig-Holstein die schwierige Hospizarbeit.

Für die evangelische Kirche wird der dramatische Rückgang beim Kirchensteueraufkommen sichtbar. Erhielt 1997 die evangelische Kirche in Schleswig-Holstein noch 207.320,5 Mio Euro, so sank dieser Betrag 2006 auf 166.658,8 Mio Euro. Die Zahl der Kirchenmitglieder der evangelischen Kirche sank von 2,3 Mio auf 2 Mio Mitglieder. Der nachweisbare Rückgang bei den Austritten macht aber klar, dass hier eine positive Wende geschafft wurde: Die Anfrage macht deutlich, dass die Zahl der Austritte aus der evangelischen Kirche sich fast halbiert hat. Betrug sie 1999 noch 16.109 Personen pro Jahr, so ist sie 2006 auf nur noch 9.500 gesunken. Dies ist eine gute Botschaft. Deutlich ist auch, dass religiöse Themen in den Focus so mancher Debatte rücken; man kann von der Renaissance des Glaubens sprechen. „Es wird neu nach Gott gefragt“, stellen wir immer häufiger fest.

Die Antwort auf die Anfrage zeigt auch, dass die Anzahl der jüdischen Zuwanderer sich sehr reduziert hat: Kamen 1999 noch ca. 16.100 Menschen jüdischen Glaubens nach Schleswig-Holstein, so waren es 2007 nur noch 21. Dies lässt den Schluss zu, dass die Größe der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein stagniert. Etwa 1.800 Personen gehörten 2007 den jüdischen Gemeinden in unserem Land an.

Wir haben diese Große Anfrage auch gestellt, um neu und vertieft über die Identifikation von Kirchen zu sprechen. Das bedeutet, sich über Wesen und Auftrag zu verständigen, zu fragen, ob und wie sich Kirchen von anderen „Verbänden“ unterscheiden. Sie verfügen über eine ganz eigene Begründung und Herleitung ihrer Motive. Auch wenn die Kirchen diese Fragen für sich beantwortet haben, ist das keineswegs unstrittig, gerade in Zeiten schwieriger öffentlicher Kassen und damit verbundener Konkurrenzen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 23.05.2008, 18:01 Uhr - 11655 Clicks - Nr. 573*

Auf dem Weg zu einer europäischen Armee

Auf einem Kongress der SPD-Bundestagsfraktion diskutierten zahlreiche Sicherheits- und Verteidigungsexperten aus ganz Europa die Perspektiven für eine gemeinsame europäische Armee. Dahinter steht die Initiative der Sozialdemokraten, allen voran der Abgeordneten Jörn Thießen und Hans-Peter Bartels, den Weg für eine gemeinsame europäische Verteidigung in Form europäischer

Streitkräfte zu ebnen.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier betonte zu Beginn der Veranstaltung die Notwendigkeit einer engeren verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in Europa. Es ginge darum, die gemeinsamen militärischen Fähigkeiten zu bündeln und auszubauen.
Die sich anschließenden Experten-Foren thematisierten den Status quo der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Chancen und Hindernisse für europäische Streitkräfte und die Perspektiven für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa. Zu den Diskutanten gehörten Hilmar Linnenkamp aus dem Auswärtigen Amt, Jean-Pierre Maulny vom Institut für internationale und strategische Beziehungen in Paris, Wolfgang Schneiderhahn, Generalinspekteur der Bundeswehr, sowie die Europa-Abgeordnete Ana M. Gomes.
Die Veranstaltung stieß auf breites Interesse und lockte rund 400 Teilnehmer in das Reichstagsgebäude.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 24.05.2008, 12:03 Uhr - 5984 Clicks - Nr. 574*

Als vor 75 Jahren in Flensburg Bücher verbrannt wurden…

Kampf dem Schmutz und Schund

Verbrennung undeutscher Bücher, Zeichen und Schriften durch den Flensburger Kampfbund für Deutsche Kultur

Phot.: E. Nielsen.

Kampfbundführer F. Schröder bei der Ansprache. Im Vordergrund Geschäftsführer E. Nickel.

Mitte: Marxistische Fahne auf dem Scheiterhaufen.

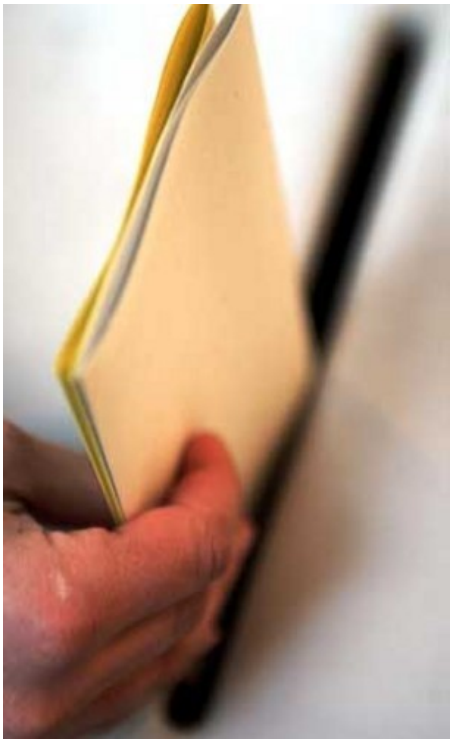
Unten: Der Stoß wird angezündet — Rauchschwaden ziehen in den Abendhimmel.

Am 30. Mai 1933 verbrannten die Nationalsozialisten auf der Exe ihnen unliebsame Bücher und Schriften. 75 Jahre danach erinnert die SPD an diesen unseligen Tag. Auf einer Veranstaltung des Kreisverbandes in der Theaterwerkstatt Pilkentafel gibt es Informationen und Texte zur Bücherverbrennung.
Der Journalist Bernd Philipsen führt in das Thema ein. Elisabeth Bohde und Torsten Schütte lesen dazu Texte. Die Veranstaltung in der Pilkentafel findet am Freitag, dem 30. Mai 2008, statt und beginnt um 20.00 Uhr.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 24.05.2008, 12:46 Uhr - 7561 Clicks - Nr. 575*

Wählen gehen - mitbestimmen!



Am 25. Mai 2008 sind Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Gewählt wird in 1 096 kreisangehörigen Gemeinden, 4 kreisfreien Städten und in 11 Kreisen. Die Kommunalwahl ist die größte Chance seine unmittelbare Umgebung mitzugestalten und zu verändern! Diese Möglichkeit sollte sich keiner entgehen lassen!

Bei meinen Besuchen an Wahlkampfständen, meinen Veranstaltungen mit Ortsvereinen und bei vielen Gesprächen in Betrieben, Vereinen und auf der Strasse mit Menschen aus unserem Wahlkreis habe ich den Eindruck, als wenn die gekauften Umfragen der letzten Tage, das von der CDU instrumentalisierte Bürgermeistertreffen bei Fielmann und die sehr schwarze Berichterstattung in unseren lokalen Medien nicht die Stimmung der Mehrheit unserer Bevölkerung wiedergeben. Wir werden unseren Einfluss in vielen Gemeinderäten und im Kreistag deutlich ausbauen.
Deshalb der Aufruf an alle Genossinnen und Genossen: Wir müssen unsere Sympathisanten aktivieren und am Sonntag zur Wahlurne bewegen! Das muss jetzt ganz im Vordergrund aller Bemühungen stehen!

Außerdem rufe ich alle Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises auf, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen am 25. Mai ihr Wahlrecht in Anspruch zu nehmen. Mein Apell richtet sich speziell an alle Jung- und Erstwähler, sich mit den verschiedenen Programmen und Kandidaten der Parteien auseinanderzusetzen. Demokratie ist ein großer Wettkampf der Ideen und Interessen. Nicht wählen gehen heißt, anderen den eigenen Einfluss überlassen. Das Recht zu wählen und dadurch bei der Besetzung von Ämtern mitzubestimmen ist, einer der Grundpfeiler unserer freiheitlichen Demokratie und gerade in Anbetracht der aufgehobenen 5%-Hürde von starker Bedeutung.

Dr. Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

SPD-Nortorf - *veröffentlicht am 24.05.2008, 13:50 Uhr - 3510 Clicks - Nr. 576*

Kindervergnügen im Neubaugebiet

(cs) Mit einem Kindervergnügen klang der Wahlkampf in der Gemeinde Nortorf bei Wilster am Sonnabend vor der Wahl aus.
Bei verschiedenen Kinderspielen - darunter auch Fahrrad-Ringreiten - suchten die Nortorfer Sozialdemokraten das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und verschafften zugleich den Kindern in Nortorf eine willkommene Abwechslung.
Es standen in lockerer Atmosphäre die zukünftigen Gemeindevertreter zu Gesprächen ebenso zur Verfügung wie die SPD-Kreistagskandidatin Karin Lewandowski, die bereits zuvor auch in Wacken am Infostand Rosen verteilt hatte.

"Wir hoffen, dass trotz des schönen Wetters möglichst viele zur Wahl gehen", sagte der Ortsvereinsvorsitzende Rudolf Tiedemann.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 24.05.2008, 14:58 Uhr - 3133 Clicks - Nr. 577*

Holger Astrup (MdL): "Ihr in Kropp habt es richtig gemacht!"

Am Freitagvormittag konnten sich die Kropper SPD-Wahlkämpfer über Unterstützung durch den Landtagsabgeordneten Holger Astrup (SPD) freuen, der im Wahlkampf-Endspurt auf dem Alten Viehmarkt noch einmal Akzente setzte.
„Bildungsstandort mit Gemeinschaftsschule für Kropp-das habt ihr richtig nach vorn gebracht. Etwas Besseres, als Zentralthema für den Ort, gibt es zur Zeit nicht“, so der Politprofi Holger Astrup.
Darüber freuten sich die Direktkandidaten, die wieder seit 07:00 Uhr mit Schwung und Optimismus ans Werk gingen und mit den Marktbeschickern um den attraktivsten Platz rangen(aber nur symbolisch). Man einigte sich schnell und innerhalb kürzester Zeit waren Stand, Schirm, Tisch und Stühle aufgebaut. Das Werbematerial war natürlich schnell an Frau, Kind und Mann gebracht, wobei jeder wusste, dass es am Sonntag um weit mehr geht.

Sehr erfreulich war auch die positive Resonanz auf das ansprechende Wahlprogramm der Kropper SPD, das seit Anfang der Woche bis in jeden Haus-Briefkasten im Ort verteilt war. Dafür Dank an das Verteiler-Team.

Das SPD-Team saß am Mittag noch zu einer Manöverkritik beim (neutralen!) Italiener zusammen. Kurt Steinhöfel und Dieter Mahrt dankten dem Team für seinen unermüdlichen Einsatz in den

letzten Wochen an unterschiedlichen „Baustellen“.

„Ich freue mich auf gute Zusammenarbeit in der (SPD - stärkeren) Gemeindevertretung“, so Dieter Mahrt, bevor die Mannschaft bis Sonntag auseinander ging.

Nun sind die Wähler gefragt, denn nur mit Hilfe von vielen zählbaren SPD-Stimmen kann das , was sich das SPD-Team für die nächsten 5 Jahre vorgenommen hat, verwirklicht werden.

Joachim Tschesch

Ab 16 Jahre zur Wahl gehen
Am 25.Mai - alle Ihre Stimmen den Kandidat(inn)en der SPD!

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 24.05.2008, 15:17 Uhr - 11625 Clicks - Nr. 578*

Wahlkampfabschluss der SPD: Landeschef Ralf Stegner empfiehlt Jutta Hartwieg

Henstedt-Ulzburg – „Wir haben mit Jutta Hartwieg eine außerordentlich kompetente Frau als Kandidatin für das Segeberger Landratsamt“, freute sich Ralf Stegner.
Auf der zentralen Wahlkampfabschlussveranstaltung der Segeberger Sozialdemokraten am vergangenen Freitag im Henstedt-Ulzburger Bürgerhaus empfahl der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jutta Hartwieg nachdrücklich für das Amt der Verwaltungschefin im Kreis Segeberg. „Es wäre doch hervorragend, wenn die Sozialdemokraten die erste Frau als Landrätin in Schleswig-Holstein stellen können“, sagte Stegner.

In seiner leidenschaftlichen Rede betonte der SPD-Landeschef, dass es vor allem wichtig sei, bei der Kommunalwahl am kommenden Sonntag die absoluten Mehrheiten der CDU zu brechen. „Der schwarze Spuk muss auch im Kreis Segeberg am Sonntag sein Ende finden“, so Stegner. Mit Blick auf Thomas Stritzl (CDU), Gegenkandidat von Jutta Hartwieg im Rennen um das Landratsamt und zugleich CDU-Kreisvorsitzender in Kiel, sagte Stegner: „Der Kreischef der Kieler CDU hat immerhin dafür gesorgt, dass Kiel Schlusslicht bei der Bildung ist.“

Der Landesvorsitzende konzentrierte sich in seiner Rede vor allem auch auf die Themen Bildung und Armutsbekämpfung. „Die Ungerechtigkeit muss aufhören, dass Kinder aus sozial schwachen Familien weniger Chancen im Leben haben als andere“, forderte Stegner. Zudem sei es ein Skandal in unserem Land, dass so vielen Jugendlichen gesagt werde, sie würden nicht gebraucht. „Die Bildungsbarrieren müssen weg! Die SPD ist die Partei für den gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung. Bildung kostet Geld aber es ist eine wichtige und notwendige Investition in die Zukunft“, sagte Stegner.

Auch die Forderung von Landratskandidatin Jutta Hartwieg nach einer warmen Mahlzeit für alle Kindergarten- und Schulkinder im Kreis Segeberg griff Landeschef Stegner auf: „Es kann doch in einem so reichen Land wie dem unseren nicht sein, dass sich manche Kinder und deren Eltern keine warmen Mahlzeiten leisten können.“ In ihrem kürzlich vorgestellten 10-Punkte-Programm für die

ersten 100 Tage nach der Wahl hat Jutta Hartwieg als erste Maßnahme die Vorbereitung der Gründung eines Vereins angekündigt, über den die Kita- und Schulspeisungen finanziert werden sollen.

Während des anschließenden Kultur-Jazz-Abends nutzten zahlreiche Bürger die Möglichkeit zum Gespräch mit Landratskandidatin Jutta Hartwieg, dem Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnes, Ralf Stegner, dem SPD-Kreisvorsitzenden Andreas Beran und den anwesenden Kreistagskandidaten der SPD.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 24.05.2008, 18:23 Uhr - 4735 Clicks - Nr. 579*

100 Jahre Flensburg 08 –

Ulrich Lorenz: „Der Verein lebt in der Tradition seiner deutsch-dänischen Gründungsgeschichte“

Erscheinungsdatum:
24.05.2008

Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz hat der Flensburger Sportvereinigung von 1908 zu ihrem 100-jährigen Vereinsjubiläum die Glückwünsche der Landesregierung überbracht.
„Der Verein lebt noch heute in der Tradition seiner deutsch-dänischen Gründungsgeschichte“, sagte Lorenz am Samstag (24. Mai) in Flensburg. Im Bewusstsein der geographischen Lage und im Zusammenwirken mit den Nachbarn beziehe der Verein die sportlichen und Völker verbindenden Möglichkeiten einer Grenzstadt in seine Arbeit ein. „Das ist gut für Flensburg 08 und für die gesamte Region“, sagte der Staatssekretär.

Flensburg 08 hat sich nach Aussage von Lorenz stets den Herausforderungen der Zeit gestellt. Neben dem Fußball biete der Verein auch anderen Sport an. Er sei damit gut aufgestellt, im Wettbewerb mit Anbietern von Freizeitaktivitäten Schritt zu halten. Als besonders erfreulich lobte Lorenz die erfolgreiche Jugendarbeit von Flensburg 08. Mehr als die Hälfte der über 500 Vereinsmitglieder seien Kinder und Jugendliche.

Der Staatssekretär überreichte Flensburg 08 in Anerkennung der Verdienste um den Sport die Ehrenurkunde des Ministerpräsidenten. Damit werden Sportvereine gewürdigt, die mehr als 100 Jahre ihren Mitgliedern eine sportliche Heimat geboten haben. „Die Ehrenurkunde des Ministerpräsidenten macht deutlich, dass der Sport und die Vereine eine hohe Bedeutung für das Land Schleswig-Holstein haben“, sagte Lorenz. Neben der Urkunde erhielt der Verein einen Gutschein über 250 Euro, mit dem die Jugendarbeit gefördert werden soll.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Russee - *veröffentlicht am 24.05.2008, 21:24 Uhr - 2947 Clicks - Nr. 580*

Unser RUSSEE: 20 Jahre Stadtteil-Informationen

Zum 80. Mal erschien in diesen Tagen die Stadtteilzeitung „Unser RUSSEE“. Damit informiert der SPD-Ortsverein Russee-Hammer seit 20 Jahren alle Bürgerinnen und Bürger in seinem Verteilungsgebiet. Sechs Redaktionsmitglieder und etwa 25 Freiwillige sorgen ehrenamtlich für die Erstellung und flächendeckende Verteilung an alle Haushalte.
Die „Macher“ der Zeitung tragen Informationen in ihrer Freizeit zusammen. Schwerpunkte bilden Berichte über wichtige kommunalpolitische Diskussionen, Entscheidungen und Hintergründe vor Ort. Der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels und der Landtagsabgeordnete Jürgen Weber informieren über bundes- und landespolitische Themen. SPD-Ratsherr Michael Wagner berichtet über kommunalpolitische Themen.

„Wir wollen lebendige Stadtteile, das Stadtteilbewusstsein stärken, zum Informationsaustausch und zur Meinungsbildung im und über die Stadtteile Russee und Hammer beitragen und selbstverständlich auch ein wenig Werbung für sozialdemokratische Politik machen“, so Ortsvereinsvorsitzender Winfried Jöhnk.

Olaf Busack, stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und verantwortlicher „Chef-Redakteur“ unterstrich: „Die Zeitung nimmt inzwischen einen festen Platz in den beiden Ortsteilen und seiner Umgebung ein und ist als Teil der Russeer und Hammeraner Sozialdemokratie auch künftig nicht wegzudenken“.

Busack und Wagner waren 1988 an der Gründung des Blattes „Unser RUSSEE“ maßgeblich beteiligt.

Keine Kommentare

SPD-Hasloh - *veröffentlicht am 25.05.2008, 23:12 Uhr - 4312 Clicks - Nr. 581*

SPD Hasloh erreicht absolute Mehrheit!

Die Hasloher SPD hat bei der Kommunalwahl am 25.05.2008 alle 9 Direktmandate und somit die absolute Mehrheit in der Hasloher Gemeindevertretung errungen.

Alter und neuer Bürgermeister bleibt somit Bernhard Brummund.
Das Ergebnis aus der letzten Legislaturperiode konnte somit um einen Sitz ausgebaut werden, die CDU verlor einen. Die FDP hat unverändert 2 Sitze.

Weitere Informationen finden Sie unter Kommunalwahl 2008/ Wahlergebnisse.

Wir bedanken uns bei allen Hasloher Wählerinnen und Wählern für Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen!
Kommentar von Anneliese Marxen vom 26.05.2008, 13:33 Uhr:
RE:SPD Hasloh erreicht absolute Mehrheit!
Lieber Bernd, liebe Genossinnen und Genossen, über euer tolles Ergebnis habe ich mich sehr gefreut und gratuliere euch ganz herzlich. Für die nächsten 5 Jahre wünsche ich euch viel Kraft

und Erfolg bei eurer Arbeit in und für die Gemeinde Hasloh. Schade, dass Klaus und Uwe diesen Erfolg nicht mehr miterleben dürfen! Bei uns in Steinfeld haben wir auch die absolute Mehrheit erreicht und sind froh, dass wir unseren "roten" Bürgermeister behalten dürfen! Auch ich hatte ein sehr gutes Abstimmungsergebnis, obwohl ich erst seit einem Jahr hier in meinem Geburtsort wieder lebe. Ich bin sicher, dass Uwe sehr stolz auf mich gewesen wäre. Ich werde die Politik in seinem Sinne hier in der gemeinde Steinfeld fortführen. Viele liebe und solidarische Grüße von Anne Marxen

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 26.05.2008, 00:47 Uhr - 3955 Clicks - Nr. 582*

Steinfeld bleibt ROT

Wir sind froh und stolz, dass wir in Steinfeld weiterhin einen roten Bürgermeister haben werden. Wir danken allen Wählerinnen und Wählern!

In Steinfeld haben wir einen sehr erfrolgreichen Wahlkampf geführt und danken allen Unterstützerinnen und Unterstützern.
Besonders bedanken wir uns aber bei Ralf Wrobel,der die Koordination der Ortsvereine im Amt Süderbrarup im Wahlkampf angestoßen hat!
Kommentar von Carsten Schröder vom 27.05.2008, 19:16 Uhr:
RE: Steinfeld bleibt ROT
Die Hauptadmins von SPD-NET-SH behalten sich vor, Kommentare mit ehrverletzenden, beleidigenden, sittenwidrigen oder kriminellen Inhalten zu löschen. Die Rechtslage in diesen Angelegenheiten ist eindeutig. Carsten Schröder für SPD-NET-SH

Kommentar von Dr. jur. von Campe vom 27.05.2008, 14:01 Uhr:
RE:Steinfeld bleibt ROT
Auch hier : Schon bemerkenswert die Löschaktivitäten auf diesen Seiten. Aber Kritik-wahrnehmungs-fähigkeit ist ja das, was der SPD mit Ralf Stegner und Dirk Peddinghaus fehlt.

Kommentar von Dr. Wolfgang Wodarg vom 27.05.2008, 00:41 Uhr:
RE:Steinfeld bleibt ROT
Herzlichen Glückwunsch und weiterhin Freude, Energie (erneuerbare :-), Zusammenhalt und viele gute Ideen wünscht Euer Wolfgang Wodarg!

Kommentar von Hermann Jobben vom 26.05.2008, 10:57 Uhr:
RE:Steinfeld bleibt ROT
Herzlichen Glückwunsch zu dem Wahlergebnis. Hermann Jobben (Stellvertr. OV-Vorsitzender in Glücksburg)

Kommentar von Gerd-Ludwig Kraack vom 26.05.2008, 10:31 Uhr:
RE:Steinfeld bleibt ROT
Toll, herzlichen Glückwunsch, weiterhin alles Gute wünscht Euch Gerd-Ludwig Kraack vom SPD-OV Hasselberg

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 26.05.2008, 09:47 Uhr - 60629 Clicks - Nr. 583*

Ralf Stegner zur Kommunalwahl 2008

Zum Ergebnis der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein erklärt der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner:

Dass die Wahlbeteiligung gegenüber 2003 noch einmal gesunken ist, ist eine große Enttäuschung. Insbesondere die CDU hat auf einen inhaltsleeren Wahlkampf und eine Personality-Show gesetzt. Das hat die Menschen nicht zur Teilnahme an der Wahl motiviert. Die Ergebnisse zeigen Licht und Schatten und sind in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich. So haben in vielen Städten und Gemeinden die Wählergemeinschaften überraschend hohe Ergebnisse erzielt.

Insgesamt sind wir landesweit mit den Ergebnissen der SPD natürlich nicht zufrieden. Dennoch: die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der SPD haben unter schwierigen Bedingungen einen hoch engagierten Wahlkampf gemacht. Es ist gelungen, die flächendeckenden absoluten Mehrheiten der CDU zu brechen und in vielen Kommunen neue Gestaltungsmehrheiten zu erreichen. Das war ein entscheidendes Wahlziel der SPD. Die Gewinne der Linkspartei sind ganz offenbar voll zu Lasten der SPD gegangen. Diese Vorschusslorbeeren wird die Linkspartei wieder verlieren, wenn sie konkrete Politik umsetzen muss. Die Linke hat richtige Fragen gestellt, allerdings keine praktikable Antworten gegeben.

Diese Wahl ist für uns Auftrag, noch stärker um Vertrauen zu werben und weiter auf die Themen zu setzen, die den Alltag der Menschen direkt berühren: Mindestlohn, Bildungspolitik, Gebührenfreiheit für Kindergärten, Klimaschutz. Ich glaube weiterhin, dass dies die richtigen Themen sind, um das Vertrauen der Menschen zurück zu gewinnen. Die heutige Wahl zeigt, dass dieser Weg ein sehr langer ist.
Kommentar von Klaus Albrecht vom 05.06.2008, 11:38 Uhr:
RE: Ein Wort an die Kommentatoren
Wenn es doch so einfach wäre! Wir tauschen einfach ein paar Köpfe aus - und schon strömen die Wählerinnen und Wähler an die Wahlurnen und machen ihr Kreuz bei der SPD! Leider ist die Welt komplizierter. Der um sich Egoismus ist m. E. eine Hauptursache für die Wahlverweigerungen bzw. den Zulauf bei Nein-Sager-Wählergemeinschaften. An dieser Baustelle müssen ALLE Parteien arbeiten! Es gibt übrigens auch Erfolge für die SPD - trotz nicht ausgetauschter Köpfe! Ich nenne nur aus dem Kreis Steinburg die Gemeinden Wewelsfleth, Lohbarbek und Heiligenstedtener Kamp.

Kommentar von Jürgen Klein vom 02.06.2008, 20:00 Uhr:
RE:Ralf Stegner zur Kommunalwahl 2008
Wie soll es weiter gehen? Schon wieder ein landesweit so schlechtes Ergebnis. Schon wieder Stunden verbracht mit dem Wunsch den Bürger unsere sozialdemokratische Grundüberzeugung zu vermitteln, schon wieder ohne Erfolg. Woran liegt es? Die anderen: CDU, Linke, die Grünen und die div. Wählervereinigungen haben die besseren Kommunalpolitiker, sind die besseren Gestalter vor Ort, haben die besseren Ideen? Ich denke nicht. Wir alle haben uns angestrengt, Freizeit geopfert, unsere Familien vernachlässigt. Politik bedeutet auch Ideen und Inhalte zu verkaufen. Ich denke, wir brauchen einen neuen „Vertriebsstrategen". Seien wir doch einmal ehrlich: Ralf ist ohne Frage eine Stütze der Sozialdemokratie, aber er ist leider nicht der, der die Mehrzahl der Bürger erreicht. Das dürfen wir auf Dauer nicht ignorieren.

Kommentar von Wulf Brinkmann vom 26.05.2008, 14:17 Uhr:
RE:Ralf Stegner zur Kommunalwahl 2008
Ach vielen Dank, Genosse Stegner - und leite diesen Gruß an den Genossen Beck weiter! Vielen Dank für die Unterstützung im Wahlkampf! Wir sind ein kleiner Ortsstützpunkt (Bokholt-Hanredder) im Ortsverein Barmstedt. !0 Jahre lang haben wir gute, ehrliche Kommunalpolitik für unsere Gemeinde gemacht. Dann kam es Schlag auf Schlag: Ypsilanti, Hartz IV, Kilometerpauschale, Diätendiskussion, Flirt mit den Linken und, kurz vor der Wahl, eine Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten! Ihr seid wohl von allen guten Geistern verlassen. Wir möchten nicht mit euch untergehen! Raus aus dem politischen Elfenbeinturm! Weniger

Arroganz und mehr Bürgernähe. Das wünscht euch (und uns) Wulf Brinkmann, Fraktionssprecher der SPD in dem kleinen holsteinischen Dorf Bokholt-Hanredder (ganz dicht bei Gallien).

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 26.05.2008, 10:19 Uhr - 63444 Clicks - Nr. 584*

Glückwunsch Jutta Hartwieg!

SPD plant große Parteikonferenz zur Kursbestimmung nach der Kommunalwahl
Zum Ausgang der Kommunalwahl erklärt der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner:

„Die Wahl zur neuen Landrätin des Kreises Segeberg ist ein Riesenerfolg für Jutta Hartwieg und für die SPD im Kreis Segeberg. Ich gratuliere ganz herzlich! Jutta Hartwieg hat sich gegen den Landtagsabgeordneten, Kieler CDU-Kreisvorsitzenden und haushohen Favoriten Thomas Stritzl knapp, aber in jeder Hinsicht überzeugend durchgesetzt. Sie ist damit die erste Landrätin Schleswig-Holsteins. Darauf sind wir stolz.

Bezogen auf das Gesamtergebnis der Kommunalwahl geht es jetzt darum, die Lage zu analysieren und daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung und die Stimmenverluste der SPD. Dies wollen wir gründlich tun und uns dafür Zeit nehmen. Ich werde heute Abend auf der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand, Kreisvorsitzenden und Landesparteirat in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Landesparteirates, Andreas Beran, vorschlagen, dass wir noch im Juni eine große Parteikonferenz machen, mit allen, die in der Partei Verantwortung tragen – u.a. Landesvorstand, Kreisvorsitzende, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Landesparteirates. Es geht darum den Kurs für die vor uns liegende Strecke mit den Europawahlen und den Bundestagswahlen in 2009 und die Landtagswahl in 2010 abzustecken. Ziel ist es, dass die SPD sich in diesen Wahlen wieder als die bestimmende politische Kraft in Schleswig-Holstein behauptet. Dies ist ein Marathonlauf, in dem es darum geht, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen. Dazu gehört, dass wir weiter auf die sozialen Themen setzen, die die Menschen im Alltag stark berühren: Mindestlohn, Kinderbetreuung und Kindergärten, Bildungsgerechtigkeit und Gemeinschaftsschulen, Klimaschutz ohne Atom. Ich glaube weiterhin, dass dies die richtigen Themen sind und die Themen auch die Politik der nächsten Jahre beherrschen und uns mit einem klaren Profil von der Union absetzen. Bei allem was wir aufzuarbeiten haben, die CDU hat im Hinblick auf ihre zweistelligen Verluste nun wirklich keinen Anlass zu Hochmut und Häme.

Kommentar von Reinhold Nawratil vom 30.05.2008, 17:45 Uhr:
RE:Analyse Wahl 2008
kommentar von horstdeyerling@versanet.de: Sehr geehrter Herr Deyerling, die von Ihnen aufgezählten Probleme haben ihre Ursache in den von uns aufgezeigten Felder. Die Problematik liegt darin, daß gefühlte Armut nicht immer gleich dem politischen bzw. wissenschaftlichen Begriff von Armut ist. Die mittleren Einkommen sind heutzutage genau so unsicher wie die Einkommen der Arbeiter. War es in den 60er noch möglich jemanden aus der unteren Mittelschicht in einer Führungsposition der Wirtschaft unterzubringen, so ist dieser Weg heutzutage verbaut. Deshalb ist es notwendig die nachwachsenden Generationen in die Lage zu versetzen ein mittleres Nettoeinkommen zu erzielen, daß sie in die Lage versetzt, sich einen einvernehmlichen Lebensabend zu gestalten. Deshalb gehen Kinder vor Alter (scheinbar). Der älteren Generation müssen Möglichkeiten eröffnet werden aktiv sich in den Lebensprozess einzubringen. Dieses heißt aber nicht, daß der Bürger von den anderen tatsächlichen Steuerzahlern alimentiert wird. Hier sind auch die gefordert, die sich bis dato vom Gemeinschaftsprozeß fernhalten, u.a. durch Steuerflucht oder Ausschluß aus den Sozialversicherungen. In so fern widmen sich das Wahlprogramm und

unser in Hamburg beschlossene Parteiprogramm schon den jetzt bestehenden Problemen. Der Reichtum unserer Welt sind unsere Kinder. Mit freundlichen Grüßen Reinhold Nawratil

Kommentar von Dr. jur. von Campe vom 27.05.2008, 06:37 Uhr:
RE:Glückwunsch Jutta Hartwieg!
Es geht gar nicht um die Frage, ob einzelne Personen aus der CDU sich auch über das schlechte Ergebnis der SPD freuen. Es geht erst mal und nur darum, daß das Ergebnis der SPD wohl nicht mehr schlechter / schlimmer kommen konnte, als es ist. Die Breite Masse der Bevölkerung braucht eine Starke Interessenvertretung. Das sind die Arbeiter-Innen und auch die kleinen Handwerksbetriebe, sowie die kleinen Kaufleute. Konzerne werden von der CDU vertreten. Diese sitzen in einem Boot. Und diese werden von der SPD nicht mehr vertreten. Weder im Bund, nicht im Land, auch nicht im Kreis werden diese Kreise von der SPD vertreten. Die Folge ist eben, daß einige Wähler auch zur CDU oder zur FDP abgewandert sind. Eine andere große Gruppe ist zu den LINKEN gegangen. Vormals die GRÜNEN waren eine Abspaltung der SPD und die LINKE ist auch wieder eine Abspaltung der SPD. Und der SPD ist es mit ihrer Führungsriege (Stegner, Peddinghaus) nicht gelungen, den Wähler zur Urne zu bewegen. Regelmäßiger Kommentar : die machen vor der Wahl Versprechungen und nachher, was sie wollen, njur nicht, was sie versprochen haben. Kilometerpauschalen sind für ArbeitnehmerInnen futsch. Zuzahlungen, Praxisgebühr, explodierende Energiekosten ohne Stop, Steuererhöhungen, € 8,- mehr Renten je Monat und gleichzeitig Diäten erhöhung um die € 1.000,- je Monat für Politiker. Die Skandale um die Hartz-4-Gesete sind nicht vergessen. SPD-MdL´s und Gewerkschafter wurden mit Geld und Sexparties überredet. Die Eingaben bei der Bürgerbeauftragen in Kiel nehmen überhand. Das Sozialgericht in Schleswig ist überlastet. Stegner und CDU-Harry führen einen persönlichen Kleinkrieg, auch vor laufenden Kameras. Klimaschutz, was soll das denn sein ? Das Landeshaus in Kiel hat beheizte Dachrinnen bekommen, damit Eis und Schnee abtauen können. Erdöl geht irgendwann zu Ende, es ist nur noch die Frage, wann. Egal ob 10 oder 50 Jahre. Dieses Ende kommt. Nur den Herrschaften der Politik ist es egal. Die haben ja auch, siehe Stegner, andere Dinge zu erledigen. Diäten und Pensionsansprüche sichern. Ein wenig "Bundespolitik" war auch bei dieser Kommunalwahl dabei. Denn bsplw. die unsägliche Hartz-Gesetzgebung wird bsplw. im Kreis SL-FL als Optionsmodell umgesetzt. Dabei wird lediglich Druck auf die Menschen ausgeübt. Nicht einen einzigen Arbeitsplatz hat die Politik ermöglicht. Und der gemeinsame Landrat des Kreises SL-FL, Bogislav-Tessen von Gerlach, von CDU und SPD, stellt sich vor die Medien und redet davon, er wolle die Rahmenbedigungen ändern, damit Arbeitsplätze entstehen. Dieser Mann war schon vorher als Leitender Verwaltungsbeamter für die Überschuldung des Kreises SL-FL verantwortlich, denn der Vorgänger, der Herr Kamischke, ließ ihn schalten und walten, wie er Lust hatte. Und der Bogislav-Tessen von Gerlach hat gar nicht die Befugnis / gar nicht die Möglichkeit, irgendeine Rahmenvorgabe zu ändern. Also purer Unsinn. NOTFALLPATIENT Kreis SL-FL, man muß sich das mal vorstellen. Da hinckt das Rettungs- und Notarztwesen im Kreis SL-FL. Und was der Kreispolitik mit der SPD einfällt ist herumzulammentieren, daß das eine komplizieerte Angelegenheit sei und man sich in Kiel (bei CDU-Harry) schlau machen müße. Bemerkenswert daran ist, daß es in anderen Kreisen funktioniert. Der Kreis Stormarn hatte da ein ähnliches Problem. Nun ist auch diese Sache im Kreis wieder zur Chef-Sache erklärt und Bogislav-Tessen von Gerlach kümmert sich darum. Und was daraus folgt ist schon jetzt klar : es wird jede Menge Papier beschrieben und nichts passiert ! Die Arroganz der Politiker nach dieser Wahl ist bei CDU und SPD nicht mehr zu überbieten. So wie die schlechten Wahlergebnisse fast nicht mehr zu unterbieten sind. Da frage ich mich, was diese "sozialen-demokratischen-christlichen" Parteien auf die LINKE schielen, anstatt die Probleme anzufassen. Was nützt der Unfug von Kindergelderhöhungen. Diejenigen, die Geld haben, benötigen das zugestande etwas mehr Kleingeld nicht. Diejenigen die es nötig haben, werden es für Alkohol, Tabak, Handyverträge oder ähnlichen Müll ausgeben nur bei den Kindern kommt nichts an. Daher ist doch die Frage, warum nicht die kostenlose Schülerbeförderung wieder eingeführt wird, warum den Kindern in den Kindergärten / SChulen nicht ein kostenlose Mahlzeit gereicht wird.

Kommentar von Horst Deyerling, Bredstedt vom 26.05.2008, 17:45 Uhr:
Analyse zur Wahl
Sicherlich sind Mindestlohn, Kinderbetreuung und Kindergärten, Bildungsgerechtigkeit und Gemeinschaftsschulen, Klimaschutz ohne Atom Themen, die es zu verfolgen sind. Doch die Menschen in unserem Land haben andere Probleme. Für viele geht es um ihre Existenz. Steigende Energie- und Lebensmittekosten, neben vielen anderen Kosten, bringen sie an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten. Wir hier vor Ort bekommen es tagtäglich mit. Sprecht mit den Menschen vor Ort und ihr wsst, wo das Problem liegt.

Kommentar von Gerd-Rainer Busch vom 26.05.2008, 11:13 Uhr:
RE:Glückwunsch Jutta Hartwieg!
Zwar haben wir nicht alle unsere Ziele durchsetzen können. Doch das wichtigste Vorhaben ist geschafft. Ich gratuliere Jutta von ganzem Herzen. Gerd-Rainer Busch, Leezen

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 26.05.2008, 14:06 Uhr - 12551 Clicks - Nr. 585*

Neuer INFODIENST abrufbar

In dem von Jörn Thießen herausgebenen **INFODIENST** gibt es ein neues Papier, das sich mit dem Thema **"Kosovo - Geschichte und aktuelle Situation"** befasst.
Der INFODIENST steht HIER zur Verfügung.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 26.05.2008, 17:12 Uhr - 6637 Clicks - Nr. 586*

Zu Gast beim Deutschen Bundestag

50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig waren der Einladung von Dr. Wolfgang Wodarg gefolgt, den politischen Alltag in Berlin vor Ort zu erleben. Höhepunkt dieser Informationsreise war der Besuch im Deutschen Bundestag. Nicht nur die umfangreichen Informationen über die Arbeit der Abgeordneten, auch das Reichstagsgebäude selbst hinterließen einen starken Eindruck bei den Besuchern.

In einem ausführlichen Gespräch erläuterte Dr. Wodarg seinen Gästen die Arbeit des Parlaments und informierte sie über die Politikfelder in denen er selbst seine Arbeitsschwerpunkte hat. Daraus und aus Nachfragen der Besucher entwickelte sich eine erkenntnisreiche Diskussion.

Zum Programm dieser dreitägigen Informationsreise gehörten auch ein Besuch beim Bundesrat, ein

Informationsgespräch im Bundesministerium für Gesundheit und eine Führung durch eine Ausstellung der Willy Brandt-Stiftung im Schöneberger Rathaus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten schließlich viele spannende Eindrücke und interessante Informationen mit nach Hause nehmen. "Ich danke Herrn Dr. Wodarg herzlich für die Gelegenheit, das politische Berlin einmal direkt erleben zu dürfen", kommentierte eine Teilnehmerin die Reise.

Keine Kommentare

SPD-Mürwik - *veröffentlicht am 26.05.2008, 20:58 Uhr - 3234 Clicks - Nr. 587*

Grillvergnügen am Wasserturm

Schöne Aussichten und Würstchen satt

Das Kandidatentreffen in der Kürbisklause des dort ansässigen Kleingärtnerverein am Wasserturm, zu dem die Kandidaten des SPD Ortsverein Mürwik eingeladen hatten, fand bei den Bewohnern vollen Zuspruch.
Sätze wie „Oh, ist das schön hier“, „ Als Kind war ich das letzte Mal hier, es hat sich hier wirklich sehr viel zum Positiven hin verändert“ oder „ Ich habe ganz vergessen, wie schön es hier ist und wie weit man vom Wasserturm in alle Richtungen schauen kann“ konnte man häufig hören. Solche Aussagen und noch viel mehr Zuspruch fand die Einladung der Kandidaten bei den BürgernInnen und den Kleingärtnern. Die erwähnte Besichtigung bzw. die Fahrt mit dem Fahrstuhl auf die Besichtigungsplattform des Wasserturms war für den Zeitraum der Einladung für die Besucher kostenlos, die Kosten dafür übernahm der SPD Ortsverein Mürwik. Ebenso kostenlos war das anschließende Grillvergnügen, bei dem sich alle Besucher mit Grillwürstchen und den angebotenen Getränke von den Kandidaten verwöhnen lassen konnten. Die Initiatoren des Grillvergnügen, die Kandidaten des OV Mürwiks, die sich für die Kommunalwahl am 25.5.08 für die Flensburger Ratsversammlung zur Wahl stellen und sich mit dieser Veranstaltung ihren Wählern und Wählerinnen persönlich vorstellen wollten, waren mehr als zufrieden mit dem zwar erhofften, aber nicht zu erwartenden Besucherandrang.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 27.05.2008, 18:09 Uhr - 7495 Clicks - Nr. 588*

Bilder vom Kommunalwahlkampf: Wir haben gekämpft!

Es war eine Freude, diejenigen zu erleben, die auf Märkten, vor Einkaufszentren, in Fussgängerzonen und bei kommunalpolitischen Foren und Veranstaltungen die Fahne des Ehrenamtes hochgehalten, ihre Scheu überwunden und sich öffentlich zur Demokratie, zur

Arbeit für die Mitmenschen bekannt haben! Bei meinen täglichen Wahlkampfeinsätzen in Dörfern und Städten hatte ich die Kamera meistens dabei. Hier einige Schnapschüsse mit Dank an die engagierten Wahlkämpfer/innen meiner SPD im Norden!

Eine Wahlbeteiligung von etwa 40% bei der Kommunalwahl ist alarmierend! Warum sind die Menschen an ihrer eigenen Zukunft nicht mehr interessiert? Weshalb findet es die Mehrheit der Wahlberechtigten unwesentlich, zur Wahl zu gehen? Welches Bild haben sie von den Ehrenamtlern, die für sie über Schulen , Kindergärten, Altenbetreuung , Stadt- bzw. Dorfgestaltung und Gebührensatzungen entscheiden? Was muss geschehen, damit ein kontinuierliches Gestaltungsinteresse für die eigene tägliche Lebenswelt erweckt wird? Was geht vor in unseren Dörfern und Städten? Weshalb sinkt das Interesse an der Mitgestaltung unseres täglichen Lebens?

Gegen Fremdherrschaft, für Demokratie! Dafür sind vor wenigen Jahren auch in Deutschland noch Menschen zu Hunderttausenden auf die Strasse gegangen. Dafür kämpfen Millionen von Menschen in vielen Ländern dieser Erde verzweifelt und unter Einsatz ihres Lebens. Sind wir denn so abgestumpft und gleichgültig, dass wir es zulassen, dass man mit uns macht, was man will? Brot und Spiele? Haus und Auto? Fernseher und Urlaub? Reicht das? Wem überlassen wir unsere Lebenschancen, wenn wir uns von der Politik, von der gesellschaftlichen Selbstverwaltung abwenden? Soll wirklich nur Geld die Welt regieren? Was passiert dann mit jenen, die zu wenig haben?

Es kann sich sehr schnell etwas ereignen, dass uns Haus und Auto nimmt! Sei es nur eine Spekulation mit dem Ölpreis, die diesen um das fünffache steigen lässt. Es kann auch eine echte Wirtschaftskrise unseren täglichen Supermarkt zum Abfallhaufen machen und unseren Arbeitplatz oder unsere Rente in Frage stellen. Wir können ohne öffentliche Ordnung und Sicherheit in ein modernes Mittelalter zurückfallen. Nichts ist sicher vor der Gier Einzelner nach Macht und Reichtum, wenn wir nicht demokratisch unser Sozialwesen, unsere Gemeinschaften schützen und uns für diese einsetzen. Denen, die schon engagiert sind, können heute keine Vorwürfe gemacht werden. Sie arbeiten trotz offenbar geringer Anerkennung mit großem Engagement und hoher Frustrationstoleranz für ihre Gemeinden und deren Einwohner weiter.

Ist es das Bild der Politik in den Medien? Sind es einige in der Politik, die andere in Wirklichkeit gar nicht dabeihaben wollen?
Weshalb hat zum Beispiel der Kreis Schleswig-Flensburg bei seiner Ehrenamtsmesse beschlossen, den Ehrenamtlern in Parteien und Wählergemeinschaften keine Möglichkeit zur Selbstdarstellung und Werbung für ihre Arbeit zu bieten und sie vom bunten Markt der Ehrenamtler auszuschliessen?

Politik ist unser aller direkte Angelegenheit! Politik in Gemeinden, Kreisen, Ländern und im Bund ist abhängig vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger! Es war eine Freude, diejenigen zu erleben, die auf Märkten, vor Einkaufszentren, in Fussgängerzonen und bei kommunalpolitischen Foren und Veranstaltungen die Fahne des Ehrenamtes hochgehalten, ihre Scheu überwunden und sich öffentlich zur Demokratie, zur Arbeit für die Menschen in ihren Gemeinden bekannt haben! Sie alle haben sich um unser Land verdient gemacht und wir sind ihnen zu Dank verpflichtet!

Als überzeugter Sozialdemokrat habe ich meinen Ortsvereinen und Kreisverbänden zur Seite gestanden und so gut und viel ich konnte geholfen.

Bei meinen täglichen Wahlkampfeinsätzen in Dörfern und Städten hatte ich die Kamera meistens dabei. HIER einige Schnapschüsse mit Dank an die tapferen und engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer meiner SPD im Norden.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 27.05.2008, 23:23 Uhr - 7087 Clicks - Nr. 589*

Vertrauen zurückgewinnen, Flensburg positiv gestalten und entwickeln

Die SPD hat eine schmerzhafte Wahlniederlage erlitten. Sie will in den nächsten Jahren jedoch unter Beweis stellen, dass sie mehr kann als die Wählerinitiative, die als Protestpartei die Wahl gewonnen hat. Das wird aus den Worten ihres Vorsitzenden Helmut Trost nach der Wahl deutlich. Er weist darauf hin, dass die SPD für ein zukunftsfähiges und soziales Flensburg steht, das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen und Transparenz schaffen will.
Allen Flensburgerinnen und Flensburgern, die uns ihre Stimme gegeben haben, danken wir für das Vertrauen, das sie der SPD ausgesprochen haben. Sie haben mit ihrer Stimmabgabe den Wunsch deutlich gemacht, dass soziale Gerechtigkeit das politische Handeln hier in unserer Stadt bestimmen soll. Leider ist es uns nicht gelungen, die Mehrheit der Flensburgerinnen und Flensburger davon zu überzeugen, dass wir Sozialdemokraten für ein zukunftsfähiges und soziales Flensburg stehen und die Stadt entsprechend gestalten können.

Es hilft nicht, darum herumzureden oder das Ergebnis schönzureden: Die SPD hat eine schmerzhafte Wahlniederlage erlitten. Dennoch: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten, die vielen Aktiven in den SPD-Ortsvereinen und viele weitere Unterstützerinnen und Unterstützer haben unter schwierigen Bedingungen einen hoch engagierten Wahlkampf geführt. Dafür möchten wir ihnen ausdrücklich danken.

Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen und Transparenz schaffen. Parteiintern, aber auch in der Öffentlichkeit. Das sind Arbeitsfelder, auf denen wir wieder überzeugen müssen. Wenn wir neues Vertrauen in der Bevölkerung erwerben wollen, müssen wir in den nächsten Monaten und Jahren hart arbeiten. Das Wahlergebnis betrachten wir deshalb als Auftrag, uns weiter nachdrücklich für gute Arbeit, bessere Bildung, bessere Betreuung für die Kinder und eine nachhaltige Energie-, Klima und Umweltpolitik einzusetzen. Gleichzeitig ist dies Ergebnis für uns eine deutliche Aufforderung, für mehr Transparenz und Bürgerorientierung im Rathaus zu sorgen. Denn die vielen Stimmen für die Wählerinitiative sind ein Signal dafür, dass hier in der Vergangenheit manches im Argen lag.

Die Wahlsieger haben von den Wählerinnen und Wählern die Gestaltungsverantwortung übertragen bekommen. Im Wettstreit mit ihnen werden wir in der nächsten Amtsperiode des Rates unter Beweis stellen, dass die SPD mehr leisten kann als eine Protestpartei – nämlich unsere Stadt positiv gestalten und entwickeln.

- Wir versprechen unseren Wählerinnen und Wählern – und auch denen, die wir bei dieser Wahl noch nicht überzeugen konnten - , dass wir uns auch weiterhin für ihre Belange einsetzen und für ein sozial gerechtes Flensburg eintreten werden.

- Wir setzen auch weiterhin auf Aufstieg durch Bildung und faire Chancen für alle Kinder! Gemeinschaftsschulen sind ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

- Wir setzen auf gerechte Politik für Kinder und Familien! Wir wollen die Betreuung der unter 3jährigen verbessern und unseren Stufenplan zur vollständigen Gebührenfreiheit von Kindergärten durchsetzen.

- Wir wollen, dass man von guter Arbeit auch leben kann! Es kann nicht angehen, dass die kommunalen Kassen Niedrigstlöhne und Magerrenten aufstocken müssen und das Geld vor Ort für Kinder, Familien, Bildung und Umwelt fehlt. Darum sind wir für die Einführung von Mindestlöhnen. Das ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und des Respekts vor der Leistung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

- Wir wollen die Potentiale unserer Stadt gestalten und weiterentwickeln – und dabei ihren historischen Charakter erhalten. Flensburg ist eine attraktive Stadt zum Leben, Wohnen und Arbeiten. Eine Stadtplanung mit Augenmaß, die den Charakter der Stadt bewahrt, ist unser Ziel. Stadterneuerung und Stadtumbau haben Vorrang vor Flächenerweiterung.

Auch wenn die SPD nur noch mit sieben Mitgliedern im Rat vertreten ist: Wir stehen für eine gradlinige und berechenbare Politik in der neuen Ratsversammlung der Stadt Flensburg! Und wir versprechen Ihnen, dass wir mit aller Kraft für ein zukunftsfähiges Flensburg arbeiten werden: Sozial. Gerecht. Für Flensburg. Nehmen Sie uns beim Wort!

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 28.05.2008, 07:25 Uhr - 6193 Clicks - Nr. 590*

SPD-Kreisverband Kiel legt Wahlkampfbilanz vor

Auf der ersten Sitzung des SPD-Kreisvorstandes zog das Gremium seine Wahlkampfbilanz.
Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:
In einer bunter gewordenen Landschaft sind wir die stärkste politische Kraft geworden. Damit konnten wir unsere Niederlage von 2003 wieder ausgleichen und nehmen den politischen Gestaltungsauftrag für Kiel an.
Das ist keineswegs selbstverständlich und entsprechend groß ist unsere Freude. Klares Profil, kontinuierliche und konstruktive Arbeit und die große Geschlossenheit sind Basis dieses soliden Ergebnisses.

Wir sehen uns in der Einschätzung bestätigt, den OB-Wahlkampf nicht vorzuziehen. Das Ergebnis der Kommunalwahl ist eine deutliche Entzauberung der OB, die mit einer Vielzahl von Presse-Terminen direkt vor der Wahl noch Stimmung für die CDU machen wollte und deshalb auch zu den Verlierer gehört.

Wir freuen uns, dass unsere Empfehlungen für die Funktion des SPD-Fraktionsvorsitzenden und für die Stadtpräsidentschaft einstimmig von der neuen Fraktion bestätigt wurden. Wir sind sicher, dass die konfliktfreie, konstruktive und enge Kooperation zwischen Partei und Fraktion, die sicher ein Pfeiler für diesen Wahlsieg war, auch in der neuen Konstellation fortgesetzt wird.

Unsere Ziele für die Zusammensetzung der neuen Fraktion sind ebenfalls erreicht: Von den 19 SPD-Ratsmitgliedern sind 9 neu, das sind fast 50%; acht Ratsmitglieder sind unter 40 Jahren, das sind mehr als 40%; mit Swenja Robinius (35) stellen wir das jüngste Mitglied im kommenden Rat. Damit ist uns nicht nur die versprochene personelle Erneuerung sondern auch eine Verjüngung

unseres Teams gelungen.

Der Kreisvorstand sieht seine langfristige Planung bestätigt; seit über einem Jahr sind wir mit Info-Ständen, Aktionen und Informationen in den Stadtteilen unterwegs gewesen.

Wir haben einen „Rot vor Ort“-Stadtteilwahlkampf geführt. Der Kreisvorstand hat beschlossen, diese Strategie fortzusetzen und wird deshalb der Arbeit in den Ortsbeiräten und den Stadtteilen besondere Aufmerksamkeit widmen. In den Wahlkreisen, wo wir keine direkt gewählten Ratsmitglieder haben, werden wir „Ratsbeauftragte“ als SPD-Ansprechpartner benennen.

Wir werden die Arbeit der bürgerlichen Ausschussmitglieder stärken. Jedem Ausschuss soll jeweils ein bürgerliches Mitglied für die SPD angehören.

Der Kreisvorstand wird nun federführend – zusammen mit der Fraktion – die Kooperationsgespräche mit den anderen Parteien führen.
Kommentar von Theo Müller vom 04.06.2008, 11:39 Uhr:
SPD blendet schon wieder...
Hallo Herr Riep, natürlich habe ich mir die Umstände angeschaut und dabei festgestellt, dass die SPD bisher nur ein bürgerlicher Mitglied in den Ausschüssen hatte (also ein Bürger pro Ausschuss) - und das dann auch nur in stellvertretender Position, also durfte der Bürger nur dabei sein, wenn SPD-Ratsleute keine Zeit hatten. Dagegen habe es sowohl bei der kleineren Fraktion (Grüne) als auch bei der größeren Fraktion (CDU) mehr Bürger dabei als bei der SPD und viele Bürger, die vollwertige Ausschussmitglieder sind. Und bitte erzählen Sie nicht den Blödsinn von den Kandidaten, allein die SPD hat ausschließlich nicht gewählte Kandidaten genommen - im Gegensatz zu den anderen. Es bleibt nur die Frage: Wissen Sie es nicht besser, hat man ihnen von oben falsches erzählt oder sagen Sie einfach nur die Unwahrheit, weil es besser klingt? MfG Müller

Kommentar von Rudolf Riep vom 02.06.2008, 18:52 Uhr:
RE:SPD-Kreisverband Kiel legt Wahlkampfbilanz vor
Zum Kommentar von Theo Müller: Auch die Ausschussmitglieder, die der Fraktion angehören sind Kieler Bürger, die sich schon immer in ihre Angelegenheiten einmischen. Der Hinweis, dass der Anteil von Bürgern im Ausschuss kleiner ist als bei anderen Parteien zielt also ins Leere. Zudem ist es bei kleinen Fraktionen immer schon üblich gewesen, solche Bürger mit in die Ausschüsse zu nehmen, die auf der Liste der Kandidaten stehen. Der Unterschied zwischen der SPD und den anderen Parteien reduziert sich also auf die Frage wieviele Ausschussmitgleider sowieso in die Vertretung gewählt wurden. Außerdem ist es für kleine Fraktionen günstiger, wenn die großen sich auf wenige "Bürgerliche Mitglieder" beschränken, weil deren Zahl in jedem Ausschuss begrenzt ist. Der für kleine Fraktionen ungünstigste Fall wäre ein Besetzen aller "Bürgerlichen Sitze" durch die großen Fraktionen, was nach den Besetzungsregeln gemäß d`Hondt möglich wäre. Also bei der Kritik bitte alle Umstände beachten. Mit freundlichen Grüßen Rudolf Riep

Kommentar von Theo Müller vom 02.06.2008, 09:39 Uhr:
Verlade Nr. 2
"Wir werden die Arbeit der bürgerlichen Ausschussmitglieder stärken. Jedem Ausschuss soll jeweils ein bürgerliches Mitglied für die SPD angehören. " Da hätte ich mal zuende lesen sollen und mich nicht gleich ärgern. Auch das hier ist großer Käse: Schon jetzt gehört in jedem Ausschuss ein bürgerliches Mitglied der SPD an. Von wegen "stärken". Und guckt mal bei den anderen Parteien: Die schicken überall mehr als ein bürgerliches Mitglied in die Ausschüsse. Sagt doch gleich, dass euch die Bürger (=Wähler) egal sind!

Kommentar von Theo Müller vom 02.06.2008, 09:36 Uhr:
RE:SPD-Kreisverband Kiel legt Wahlkampfbilanz vor

"Damit konnten wir unsere Niederlage von 2003 wieder ausgleichen und nehmen den politischen Gestaltungsauftrag für Kiel an. " Hallo, Erde an SPD: Auch ihr habt Stimmen verloren, auch in Kiel. Die Niederlage der CDU ist größer, aber nur wer weniger verliert, hat lange noch nicht gewonnen. Bitter für die SPD, bitter für Kiel.

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 28.05.2008, 20:55 Uhr - 4993 Clicks - Nr. 591*

SPD Neumünster: Wir haben verstanden

Presseerklärung des Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Hering zum Wahlausgang am vergangenen Sonntag in Neumünster

SPD: Wir haben verstanden!

Zu den Konsequenzen aus der Wahlniederlage bei der Kommunalwahl am vergangenen Sonntag erklärt SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering:

Ein „Weiter so!“ kann und darf es in der Neumünsteraner Kommunalpolitik nicht geben. Die SPD wird in den nächsten Wochen und Monaten über die Konsequenzen aus der schlechten Wahlbeteiligung von 41,8 % und den Stimmenverlusten bei der SPD sprechen. Wir müssen uns in Zukunft mehr um die Menschen bemühen, die am letzten Sonntag aus Frust und Enttäuschung zu Hause geblieben sind. Die beiden großen Volksparteien CDU und SPD sollten jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen, fordert Andreas Hering. Wir haben von der Mehrheit der Neumünsteranerinnen und Neumünsteranern die Rote Karte bekommen. Für beide Parteien gilt: Wenn wir jetzt nichts tun, um wieder mehr Vertrauen von der Bevölkerung zu bekommen, kämpfen wir bei der nächsten Wahl um ein zweistelliges Ergebnis. In Flensburg sind wir ja als SPD nicht mehr weit davon entfernt.

Die Neumünsteraner SPD will in Zukunft auf eine stärkere Bürgerbeteiligung setzen und Vertrauen zurückgewinnen. Dazu fordert die SPD auch eine neue Sachlichkeit aller Parteien in der Neumünsteraner Ratsversammlung.

Start der Diskussion innerhalb der Neumünsteraner SPD wird die Klausurtagung von Kreisvorstand und Rathausfraktion am 07. und 08. Juni in Tönning sein. Es soll auch geklärt werden, warum wir in einigen Stadtteilen Direktmandate mit einem zum Teil guten Vorsprung vor der CDU errungen haben und in anderen Stadtteilen abgestraft worden sind.

Wir müssen an die Ursachen heran. Alle Schuld auf Berlin und Kiel zu schieben, ist nicht der richtige Weg. Gerade die auch von Ralf Stegner angesprochenen Themen "Beitragsfreiheit bei Kindergärten" und "Mindestlohn" sind bei den Bürgern gut angekommen. Vor allem aber müssen Vertrauen und Glaubwürdigkeit vor Ort durch bürgernahe und sachorientierte Politik zurückgewonnen werden. Dazu braucht man Köpfe, die bei den Menschen in den Stadtteilen bekannt sind und die der jeweiligen Partei ein Gesicht geben, das für Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit steht.

Den im Kommunalwahlkampf eingeschlagenen Kurs, den Bürgern die Ziele der SPD nicht nur über die Zeitung mitzuteilen, sondern direkt auf die Menschen zuzugehen, um sie im persönlichen

Gespräch zu überzeugen, will die SPD in Zukunft konsequent fortsetzen. Auch wenn die SPD Stimmenverluste bei der Kommunalwahl hinnehmen musste, zeigen einzelne Wahlergebnisse, dass wir gute Erfahrungen mit Hausbesuchen gemacht haben. Dort, wo sich die Direktkandidaten persönlich vorgestellt haben, haben wir überwiegend gute Ergebnisse erzielt. Auch das können wir an den Wahlergebnissen ablesen.

Die SPD will sich zukünftig noch stärker für einen neuen Dialog mit den Bürgern einsetzen. Wie das konkret aussehen soll, wird in den nächsten Wochen nicht nur im SPD-Kreisverband Neumünster besprochen, sondern auch auf einer Parteikonferenz der SPD Schleswig-Holstein am 30. Juni, an der sich auch die Neumünsteraner Genossen beteiligen wollen.

Das Signal an die Bürger muss dabei lauten:

„**Wir haben verstanden!“**

Kommentar von Karl-Heinrich Stein vom 29.05.2008, 15:51 Uhr:
RE:
Hallo, Bürgerbeteiligung muss erlebbar sein. Wenn nicht, dann entsteht Frust. Am Beispiel des Busstreit in Neumünster Gadeland wurde das deutlich. Die Vorsitzende im Ortsverein hat exzellente Arbeit geleistet. Trotz 300 Unterschriften pro Buslinie 6 und 66 haben im Stadtteilbeirat Gadeland zwei Vertreter der SPD im Stadtteilbeirat gegen das Votum gesprochen. Es freuten sich die Vertreter der CDU. Soviel zur Bürgerbeteiligung. 300 Unterschriften wurden ignoriert! Folge in Gadeland, ein starker Wehlerzuspruch für die Parteien Die Linke und FDP. Ihr solltet noch näher am Bürger sein. Mit freundlichen Grüßen guzzi-kalli

Kommentar von H.-P. Kühn vom 29.05.2008, 08:16 Uhr:
RE:
Es wäre schön gewesen, wenn Sie wenigstens auf die Briefe der Anliegerinitiative Dorfstraße, die von immerhin fast 200 Bürgern in einer Unterschriftenaktion unterstützt wurde, geantwortet hätten!! Die Höflichkeit hätte es zumindest erfordert! In diesem Zusammenhang offenbart sich, was Ihnen die Anliegen der Bürger wirklich wert sind! Wie kann man nur so borniert sein und solche Sprüche ablassen? Sie merken nichts, und verstanden haben Sie erst recht nichts! Politiker wie Sie tragen dazu bei, dass sich die Bürger on der Politik abwenden!

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 28.05.2008, 22:45 Uhr - 9837 Clicks - Nr. 592*

SPD-Kreisvorsitzender Rix zum Kommunalwahlergebnis

Die Gremien der SPD Rendsburg-Eckernförde haben die Ergebnisse der Kommunal- und Landratswahl beraten. Dazu erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB:
Das Ergebnis der Wahl ist für die SPD Rendsburg-Eckernförde nicht zufriedenstellend. Wir sind zum zweiten Mal in einem bundespolitischen Trend unter die Räder gekommen. Dazu kam eine historisch niedrige Wahlbeteiligung.
Dies ist für die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den Gemeinden, Städten und im Kreis sehr bitter.
Dennoch gibt es Lichtblicke: Die Alleinherrschaft der CDU in den Kommunen und im Kreis ist gebrochen. In einigen Orten sind wir wieder stärkste Kraft und dies teilweise sogar mit absoluten Mehrheiten. So ergeben sich in vielen Orten neue
Gestaltungsspielräume, die die SPD auch nutzen wird. Im Kreistag werden wir weiterhin mit allen Fraktionen eine faire und kritisch-konstruktive Zusammenarbeit suchen. Dabei werden wir uns an dem orientieren, was wir den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf versprochen haben. Uns kommt es auf unsere Inhalte an.

Die Kreistagsfraktion wird zunächst über die Ausschussbesetzung mit den anderen Fraktionen sprechen. Die Verhandlungen führt der neue Fraktionsvorstand, der
gestern gewählt wurde:
Fraktionsvorsitzender: Kai Dolgner (WK Rendsburg)
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Gerhard Gehringer (WK Hohenwestedt und Umgebung), Hans-Jörg Lüth (Bordesholm). Weiterhin wurden Ulrich Kaminski (Hohn), Doris Riebeling (Nübbel) und Otto Griefnow (Hademarschen) für den Fraktionsvorstand nominiert, der in der nächsten Sitzung komplettiert wird.
Und wir haben noch einen guten Grund zur Freude: Unser Landratskandidat Dr. Frank Martens ist im 1. Wahlgang der Landratswahl als erster über die Ziellinie gekommen. Dies ist ein wichtiger Etappensieg. Die zweite Runde des Wahlkampfes läuft bereits. Dr. Frank Martens, die SPD und alle weiteren Unterstützer auch aus anderen Parteien
und Organisationen sind bereits seit Montag wieder unterwegs. Dr. Frank Martens ist ein Kandidat, der alle Wählerinnen und Wähler anspricht. Es war ein fairer Wettstreit unter den Kandidaten. Lediglich der Umgang der CDU mit ihrem Parteifreund fiel aus der Reihe. Die Frontalangriffe von CDU-Kreistagsabgeordneten auf Herrn von Ancken haben mit Sicherheit nicht gerade zum Abbau der Wahlmüdigkeit und zum Aufbau von Vertrauen in die Politik beigetragen. Die in diesen Tagen zu beobachtenden Versuche der CDU, sich dem Amtsinhaber wieder anzubiedern, sind der Gipfel der Heuchelei.
Dr. Frank Martens macht weiter tatkräftig Wahlkampf, um mit den Bürgern im Gespräch zu bleiben bzw. ins Gespräch zu kommen. Er will Landrat aller Rendsburg-
Eckernförder werden und bietet daher auch allen Parteien und anderen Organisationen Gespräche an.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 29.05.2008, 10:31 Uhr - 8483 Clicks - Nr. 593*

Neuer Fraktionsvorstand: SPD setzt auf Kompetenz und Kontinuität

Neuer Fraktionsvorstand: SPD setzt auf Kompetenz, Kontinuität und Geschlossenheit - Birke als Vorsitzender gewählt -
Die SPD- Kreistagsfraktion setzt bei der Fraktionsführung auf Kompetenz und Kontinuität. Der aus Elmshorn stammende Hannes Birke, seit 1998 Vorsitzender der Fraktion, wurde erneut in geheimer Wahl einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Ebenso wie Birke wurde auch Hans-Peter Stahl (Elmshorn) einstimmig zum 1. Stellvertreter gewählt. Als neuen Fraktionsgeschäftsführer wählte die Fraktion Thorsten Fischer (Kölln-Reisiek). Er übernimmt das Amt von Gisela Kiani, die nicht mehr für den Kreistag kandidierte.

Zu 4 gleichberechtigte Stellvertretenden wurden Nicolai Overbeck (Schenefeld), Helga Kell-Rossmann (Elmshorn) Sitrygg Beyersdorff (Quickborn) und Werner Harms (Brande-Hörnerkirchen) gewählt.

„Die Wahlen“ –so der wiedergewählte Fraktionsvorsitzende- „sind ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit auch der neuen Fraktion und ein Vertrauensbeweis in die Führung der Fraktion“. Er selbst sieht in seiner Wahl eine persönlichen Anerkennung seiner bisherigen Arbeit und die „Rückstärkung“ für seine neue Amtsperiode.

In einer Klausurtagung Anfang Juni wird die Fraktion inhaltlich ihre Linie für die zukünftige Arbeit

im Kreistag festlegen. „Die im Wahlkampf versprochenen Leitziele Familie, Bildung und Umwelt“ –so Birke- „werden die Grundlage für unserer Arbeit sein“ Nach dem Verlust der absoluten CDU-Mehrheit sieht Birke mehr politischen Spielraum SPD-Ziele mehrheitsfähig zu machen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 29.05.2008, 14:03 Uhr - 3444 Clicks - Nr. 594*

Lothar Hay: „Wir stärken die ländlichen Räume“

- Landesentwicklungsplan reagiert flexibel auf Veränderungen
Erscheinungsdatum:28.05.2008
Innenminister Lothar Hay hat Vorwürfe als falsch zurückgewiesen, der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes greife in die kommunale Planungshoheit zu stark ein und verhindere Entwicklungschancen im ländlichen Raum.
„Die Landesregierung zeigt den Dörfern und Städten in den ländlichen Regionen Perspektiven einer zukunftsfähigen Entwicklung auf“, sagte Hay am Mittwoch (28. Mai) im Landtag in Kiel. Der Landesentwicklungsplan bilde den Rahmen. Er soll Ende 2009 in Kraft treten. Derzeit haben die Kommunen und Verbände Gelegenheit, zu dem Regierungsentwurf Stellung zu nehmen.

„Wir machen im Landesentwicklungsplan Vorgaben, aber wir sind nicht blind für berechtigte Interessen einzelner Gemeinden“, sagte Hay. Die Landesplanung habe schon in der Vergangenheit immer wieder sehr flexibel reagiert und Abweichungen vom Plan zugelassen, wenn die ländlichen Räume davon profitieren konnten. „Das bleibt auch in Zukunft so“, betonte der Minister.

Die Entwicklung der ländlichen Räume muss nach Ansicht von Hay geordnet verlaufen und die Realitäten beachten. Dazu gehöre die Erkenntnis, dass die Nachfrage nach Wohnungen bis 2025 weiter stark zurückgehen werde. „Wir brauchen künftig deutlich weniger Neubaugebiete“, sagte Hay. Die Schwerpunkte des Wohnungsbaus seien eher die größeren Städte, die auch in ländlichen Räumen lägen. In Gemeinden, die keine so genannten Zentralen Orte sind, soll in den nächsten Jahren weniger gebaut werden. „Wir stellen uns auf Veränderungen ein“, sagte Hay. Das sei verantwortliche Politik und habe nichts mit Gängelung oder Bevormundung zu tun.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 29.05.2008, 14:07 Uhr - 4500 Clicks - Nr. 595*

„Vorbildliches Beispiel für Gemeinsinn“

Lothar Hay lobt kostenlosen Einsatz eines Rantrumer Malerbetriebs für Kriegsgräber
Erscheinungsdatum:29.05.2008
Als vorbildliches Beispiel bürgerschaftlichen Gemeinsinns hat Innenminister Lothar Hay die Bereitschaft des Malerbetriebes Rehm aus Rantrum (Kreis Nordfriesland) gewürdigt,
die Grabkreuze von 92 Kriegsgräbern auf dem Soldatenfriedhof in Husum kostenlos zu reinigen

und die Inschriften zu erneuern. „Dieses ehrenamtliche Engagement eines privaten Handwerkbetriebes ist keine Selbstverständlichkeit“, sagte Hay am Donnerstag (29. Mai) in Kiel. Er wünsche sich, dass dieser Geist aus historischer Verantwortung und uneigennützigem Handeln weite Verbreitung finde. Die Palette von Möglichkeiten des ehrenamtlichen Einsatzes für die Gemeinschaft sei breit. „Jeder sollte sich fragen, wo und in welcher Form er selbst dazu einen Beitrag leisten kann“, sagte der Minister.

Für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft besteht ein dauerndes Ruherecht, denn sie sind ein Stück Zeitgeschichte. Mit der Anlage und Erhaltung der Kriegsgräber wird das Gedenken an die Kriegstoten bewahrt. Die Lebenden sollen mit den Grabfeldern an die Vergangenheit erinnert und mit den Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft konfrontiert werden. Kriegsgräberstätten dienen als Mahnung für den Frieden. In Schleswig-Holstein gibt es rund 30.000 Kriegsgräber der Opfer aus den beiden Weltkriegen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 29.05.2008, 21:37 Uhr - 4784 Clicks - Nr. 596*

Wahlergebnis zweifelhaft – SPD kündigt rechtliche Prüfung an

Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote hat als Gemeindewahlleiter am Sonntag das vorläufige amtliche Endergebnis der Wahlen in Norderstedt bekannt gegeben.
Nach Auszählung aller Stimmen kam er zu einer Sitzverteilung von 19 CDU, 14 SPD, 6 Galin, 5 FDP und 4 Linke. Dieses Ergebnis entstand, weil die CDU 19 Direktmandate gewann, die ihr nicht genommen werden können.
Nach der Verhältniswahl, die Grundlage unseres Wahlsystems ist, würde die CDU 15, die SPD 12, Galin 5, FDP 4 und Linke 3 Sitze in der Stadtvertretung bekommen. Die Mehrmandate der CDU müssen nach dem Wahlgesetz ausgeglichen werden, damit im Verhältnis der Sitze in der Stadtvertretung sich das Wahlergebnis und damit der Wählerwille widerspiegelt.

„Dieses ist bei der vom Oberbürgermeister genannten Sitzverteilung nicht der Fall. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen setzte er das d`Hondtsche Zählverfahren zum Ausgleich der Sitze nicht konsequent um und versagte der SPD einen ihr zustehenden Sitz.
Wir haben daher am Montag den 26.5.08 um 9 Uhr telefonisch Widerspruch gegen das festgestellte Ergebnis in der Verwaltung eingereicht.
Sollte Herr Grote als Gemeindewahlleiter bei seiner Meinung bleiben und das Ergebnis am Freitag im Prüfungsausschuss von der dort herrschenden CDU Mehrheit bestätigt werden, werden wir alle möglichen Schritte, bis zur Klage beim Verwaltungsgericht, nutzen um zu unserem Recht zu kommen.“, kündigt Heiner Köncke, Vorsitzender der Norderstedter Sozialdemokraten an.

Die festgestellte Sitzverteilung verstößt nach Meinung der SPD gegen das Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein.

Die SPD sei im Besitz eines Urteils des Verwaltungsgericht Schleswig vom 15.12.05 (Az.

6A237/05), das die Rechtsmeinung der SPD zur Sitzverteilung stützt.

„Wir haben dieses Urteil der Stadtverwaltung zugänglich gemacht. Das Urteil widerspricht zudem der Rechtsauffassung des Landeswahlleiters, der ähnliche Ergebnisse in anderen Städten und Kommunen als rechtens erklärt hatte. Folgt man dem Urteil würde die SPD 15 Sitze bekommen und die Stadtvertretung besteht aus 49 Mitgliedern.“, so Köncke weiter.

Weiter kritisiert die SPD das vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Nicolai propagierte „Lagerdenken“ in CDU/FDP und SPD/Galin/Linke.

„Dieses Lagerdenken des Kollegen Nicolai verstößt gegen die Grundlagen der Kommunalen Selbstverwaltung und ist gegen die Interessen der Bürger gerichtet. Es gibt keine Regierung und keine Opposition. Alle sind aufgefordert zum Wohle der Stadt zusammen zu arbeiten. Die SPD wird, wie in der Vergangenheit auch, mit allen Stadtvertretern zusammenarbeiten, wenn sachbezogene Beschlüsse im Interesse der Bürger unserer Stadt gefasst werden. Leider ist die CDU in Fragen konstruktiver Zusammenarbeit „schwergängiger“ als alle anderen Fraktionen.“, so Heiner Köncke.

Kommentar von Jens Müller vom 03.06.2008, 22:20 Uhr:
RE:Wahlergebnis zweifelhaft – SPD kündigt rechtliche Prüfung
http://www.hl-live.de/aktuell/textstart.php?id=43810

Kommentar von Jens Müller vom 03.06.2008, 14:56 Uhr:
RE:Wahlergebnis zweifelhaft – SPD kündigt rechtliche Prüfung
Nicht, wenn "weitere Sitze" und "Mehrsitze" etwas verschiedenes sind. Warum stellt die SPD Norderstedt nicht einfach mal die verwaltungsgerichtliche Entscheidung online?

Kommentar von Hans-Martin Fritsch vom 03.06.2008, 07:45 Uhr:
RE:Wahlergebnis zweifelhaft – SPD kündigt rechtliche Prüfung
Hmmmm, nach Gemeindewahlgesetz heißt es: "Die Anzahl der weiteren Sitze darf dabei jedoch das Doppelte der Anzahl der Mehrsitze nicht übersteigen." Die CDU hat 4 Mehritze. Das Doppelte ist 8. Die Stadtvertretung hat "normal" 39 Sitze. D.h.: 39+8=47. Ist nicht eher jetzt schon mit 48 ein Sitz zu viel vergeben worden?

Kommentar von Jens Müller vom 02.06.2008, 10:47 Uhr:
RE:Wahlergebnis zweifelhaft – SPD kündigt rechtliche Prüfung
@G. Meier: Das Kommunalwahlgesetz hat eine etwas seltsam formulierte Ausgleichsmandateregelung. "(4) Ist die Anzahl der in den Wahlkreisen für eine politische Partei oder Wählergruppe gewählten Bewerberinnen und Bewerber größer als ihr verhältnismäßiger Sitzanteil, so verbleiben ihr die darüber hinausgehenden Sitze (Mehrsitze). In diesem Fall sind auf die nach Absatz 2 Satz 2 und 3 noch nicht berücksichtigten nächstfolgenden Höchstzahlen so lange weitere Sitze zu verteilen und nach Absatz 3 zu besetzen, bis der letzte Mehrsitz durch den verhältnismäßigen Sitzanteil gedeckt ist. Die Anzahl der weiteren Sitze darf dabei jedoch das Doppelte der Anzahl der Mehrsitze nicht übersteigen." Zum Artikel: Im "Besitz" eines Urteils, soso. Man könnte es auch einfach online stellen, in der Online-Entscheidungssammlung ist es nämlich leider nicht enthalten.

Kommentar von G. Meier vom 01.06.2008, 11:09 Uhr:
RE:Wahlergebnis zweifelhaft – SPD kündigt rechtliche Prüfung
"Aus nicht nachvollziehbaren Gründen setzte er das d`Hondtsche Zählverfahren zum Ausgleich der Sitze nicht konsequent um und versagte der SPD einen ihr zustehenden Sitz. " Was bedeutet nicht konsequent umgesetzt? Lt. Wahlgesetzt wird bei d`Hondt abgerundet, d.h. durch Abrundung hat die SPD keinen Anspruch auf einen weiteren Sitz. Bitte um Erklärung! Danke und Gruß G. Meier

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 30.05.2008, 14:54 Uhr - 2991 Clicks - Nr. 597*

Kommunalwahl 25.05.2008

Große Verluste der CDU, leichte Zugewinne für die SPD.
Vielen Dank für Ihre Stimme
Die SPD Quickborn freut sich über den Zugewinn von 3,1 % gegenüber der Kommunalwahl 2003. Das bedeutet ein Mehr von 3 Sitzen. Somit ist sie jetzt mit insgesamt 9 Ratsfrauen und Ratsherren vertreten.
Die CDU hat 13.1 % der Wählerstimmen verloren.
Mit 15 Sitzen ist sie zwar stärkste Fraktion. Die absolute Mehrheit ist aber gebrochen. Da auch die FDP und vor allem die Grünen an Sitzen gewonnen haben, verspricht dieses Wahlergebnis spannende Abstimmungen im Rat der Stadt und in den Ausschüssen.
Diese Ergebnis macht uns zwar nicht gerade glücklich. Aber es macht Mut, sich weiter in Quickborn für die Themen der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen.
Für den Kreistag in Pinneberg konnte Elke Schreiber über die Liste in den Kreistag einziehen.

An dieser Stelle bedanke ich mich recht herzlich für Ihre Stimme für die SPD Quickborn.
Elke Schreiber - Ortsvereinsvorsitzende

Auf der linken Seite können Sie unter Kommunalwahl 2008 (Kandidaten) die Liste der gewählten SPD-Ratsfrauen und Ratsherren (Platz 1 - 9)einsehen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 30.05.2008, 18:46 Uhr - 7613 Clicks - Nr. 598*

Wodarg: Nein zur Bahnprivatisierung

Die Bahn ist ein Schlüssel für die umwelt- und klimaverträgliche Bewältigung der wachsenden Verkehrsströme der Zukunft! Kurzfristige Kapitalinteressen haben in keinem Land der Welt eine erfolgreiche Bahnstruktur gewährleisten können. Mobilität für alle zu gewährleisten gehört zu den Kernaufgaben eines sozialen Staates. Die Teilprivatisierung unserer in staatlicher Hand befindlichen Bahn-AG ist der Fuß in der Tür zum Ausstieg aus dieser Verantwortung!

Hier die ausführliche Begründung für mein "NEIN" zur Bahnprivatisierung:

Die geplante Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn stellt für mich einen gravierenden Schritt von grundsätzlicher Bedeutung dar, den ich aus folgenden Gründen ablehne:

Die Deutsche Bahn stellt das größte und wichtigste noch verbliebene Unternehmen in öffentlicher Hand. Der Wiederbeschaffungswert liegt deutlich über 150 Mrd. EUR. Jeder Aus- und Neubau von

Strecken, der heute getätigt wird, vermittelt mit seinen immensen Kosten einen Eindruck für den tatsächlichen Wert des Unternehmens. Dieser Wert kann auf den Kapitalmärkten überhaupt nicht abgebildet werden, da dort nur nach Ertragswerten gehandelt wird.

Die Bahn ist ein wesentlicher Teil der "Daseinsvorsorge" in einer Gesellschaft, in der Mobilität volks- und betriebswirtschaftlich sowie für die individuellen Lebenschancen von zentraler Bedeutung ist.

Bahn ist auch ein Schlüssel für die umwelt- und klimaverträgliche Bewältigung der wachsenden Verkehrsströme der Zukunft. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die bisherigen Instrumente und finanziellen Mittel für die verkehrliche Entwicklung, vor allem für die Bahn, nicht ausreichend und nicht immer sachgerecht waren. Liberalisierung und Privatisierung geben jedoch für sich genommen keine Antwort auf die Probleme und Defizite, sondern können diese letztlich noch verschärfen. Dies gilt auch und gerade für den im Antrag formulierten Weg der Kapitalprivatisierung der DB AG.

In keinem Land der Welt gibt es positive Erfahrungen mit der Privatisierung der Bahnsysteme. Die Beispiele in Großbritannien und jüngst in Neuseeland zeigen in drastischer Weise, dass nach Privatisierungen heute die Staaten dort sowohl vor heruntergewirtschafteten Bahnen wie vor immensen Lasten für die öffentlichen Haushalte stehen.

Der vorgelegte Antrag beschönigt die Entwicklung und die Situation der Deutschen Bahn und formuliert Ziele und Ansprüche, die durch den aufgezeigten Weg nicht einlösbar sind.
Im Einzelnen geht es dabei um folgende Punkte:

1. Selbst die optimistisch erwarteten Einnahmen stehen mit 4 bis 8 Mrd. EUR in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert des Unternehmens und den enormen Risiken und Nachteilen der Privatisierung.

2. Diese Einnahmen reichen nicht ansatzweise dazu aus, den im Antrag proklamierten Investitionsbedarf zu decken, zumal ein Drittel dem Bundeshaushalt zum Schuldenabbau und ein Drittel dem Eigenkapital der DB AG zugeführt werden sollen. Letzteres wird größtenteils der Umsetzung der globalen Logistikstrategie des Unternehmensvorstands, also Zukäufen im Ausland, dienen. Der verbleibende Rest erreicht als Einmalbetrag etwa die Höhe von einem Zehntel der jährlichen Aufwendungen des Bundes für die Regionalisierungsmittel und Investitionszuschüsse des Bundes für die Infrastruktur, stellt also eine zu vernachlässigende Größe dar.

3. Der von den Antragsbefürwortern erweckte Eindruck, nur durch eine Privatisierung von Unternehmensanteilen könnte überhaupt "frisches Geld" für die Schiene erlöst werden, ist falsch. Die durchschnittlich erwirtschaftete Rendite eines börsennotierten Unternehmens aus Dividenden und Kurssteigerungen liegt derzeit mehr als doppelt so hoch wie die Kosten für traditionelle Finanzierungsformen (z. B. Anleihen). Ohne angemessene Rendite bzw. Renditeerwartung findet eine börsennotierte Aktiengesellschaft keine Käufer für ihre Aktien. Somit ist der Börsengang im Falle der Bahn aus der Sicht des Staates die teuerste Finanzierungsform für künftige Investitionen.

4. Die Hereinnahme privater Aktionäre, sei es auch nur mit Minderheitsbeteiligung und nur in Konzernteilen, verändert mit dem Zwang zur maximalen Renditeerwirtschaftung ein Unternehmen in seinem Kern und Wesen, auch dann, wenn der Staat die Anteilsmehrheit behält. Wenn gegen Renditeziele verstoßen wird, z. B. zur Wahrung gesellschaftlicher Erwartungen wie der Daseinsvorsorge oder Beschäftigungssicherung, entstehen Entschädigungsansprüche jedes einzelnen Aktionärs.

5. Zukünftig bestimmen die Interessen privater Anteilseigner über den Gesamtkonzern. Da kein Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag zwischen der Holding und der Verkehrs- und Logistikgesellschaft (VuL) bestehen soll, dominieren aufgrund des Aktien-gesetzes die Anlegerinteressen die VuL direkt und den Infrastrukturbereich vermittelt.

6. Der Antrag setzt - entgegen der Beschlusslage und den nicht verhandelbaren Zielen der SPD - keine Obergrenze von 24,9 % für die zu privatisierenden Anteile. Im Gegenteil: Er ermöglicht für die VuL einen Verkauf von 49,9 %, für deren Töchter oder Teilen davon sogar einen vollständigen Verkauf. Auch der Struktursicherungs-Tarifvertrag schließt dies nicht aus. Ohne präzise gesetzliche Regelung ist letztlich auch ein totaler Verkauf der VuL nicht ausgeschlossen, ebenso wenig wie der von Teilen der Infrastruktur, beispielsweise von weiteren Bahnhöfen, Immobilien oder Energieversorgungsbetrieben.

7. Es gibt keine belastbaren Beschäftigungsgarantien, weder im Antrag noch im Struktursicherungs-Tarifvertrag. Der Tarifvertrag zwischen TRANSNET/GDBA und DB AG enthält nur Zusagen zu Verhandlungen. Diese sollen bis spätestens September 2010 aufgenommen werden. Eine feste Zusage zur Verlängerung der Beschäftigungssicherung oder gar den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen enthält diese Regelung nicht. Damit bestätigt sich der Verdacht, dass die Beschäftigten der DB AG und ihre Gewerkschaften hinsichtlich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen dauerhaft erpressbar sind. Das Vertragswerk sieht auch keine Mechanismen vor, die den integrierten Arbeitsmarkt über die zersplitterten Gesellschaften hinweg wirksam sichern. Daran ändert auch die rechtliche Ermöglichung von Arbeitskampfmaßnahmen nichts, da im Gegenzug zu Beschäftigungsgarantien stets an anderer Stelle nachgegeben werden muss. Auch beziehen sich alle Beschäftigungszusagen lediglich auf privatisierungsbedingten Arbeitsplatzabbau. In der Praxis wird es jedoch kaum möglich sein, den Wegfall von Arbeitsplätzen im Einzelnen auf die Privatisierung zurückzuführen.

8. Steuerliche Lasten sollen auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Der Tarifvertrag sieht vor, dass die Beschäftigten herangezogen werden, um steuerliche Mehrbelastungen auszugleichen, die sich aus der neuen Konzernstruktur ergeben.

9. Der Bund übernimmt zusätzliche und neue Haushaltsrisiken großen Ausmaßes, auch weil die bestehenden Schulden der DB AG sowie "überzähliges" Personal weitestgehend bei der Holding geparkt werden, für die der Bund zu 100 % geradesteht. Der Bund muss im Gegenzug für mindestens zehn Jahre insgesamt rund 25 Mrd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen für die Absicherung der Infrastruktur im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) leisten. Hinzu kommen finanzielle Ri-siken für die Leistung von Nachteilsausgleichen bei öffentlichen Vorgaben für die Aufrechterhaltung von Schienenfernverkehren und die finanzielle Absicherung der Beschäftigungssicherung, da laut Tarifvertrag Nachteilsausgleichsansprüche gegenüber Konzerntochtergesellschaften - also der privatisierten VuL AG - ausgeschlossen werden (§ 1 letzter Satz). Insgesamt entsteht ein dauerhafter Lastentransfer auf den Bund zugunsten der privatisierten Konzernteile.

10. Das System Schiene entgleitet noch mehr als bisher der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit. Die aktuell geplanten Privatisierungsschritte werden keinem gesetzgeberischen Verfahren unterzogen. Damit ist dies auch für die künftigen Schritte vorgezeichnet.

Weder der Beteiligungsvertrag des Bundes mit der DB AG noch die Pläne über die internen Strukturen des Bahnkonzerns (z. B. hinsichtlich Beherrschungs-, Weisungs- und Gewinnabführungsverhältnissen und personeller Verflechtungen) noch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) liegen dem Deutschen Bundestag zum Zeitpunkt seiner

Grundentscheidung vor. Auch ist nicht geplant, das Parlament als Ganzes später damit zu befassen oder auch einzelnen Ausschüssen wirksame Mitwirkungsmöglichkeiten zu gewähren (Ausnahme: einmalige Zustimmung des Haushalts- und Verkehrsaus-schusses zu LuFV). Danach wird es nur noch Berichtspflichten der Bundesregierung geben. Daher können die Befürchtungen hinsichtlich einer Ausdünnung des Personenfernverkehrs (z. B. Streichung von IC- und ICE-Verbindungen), des Einzelwagenverkehrs im Güterbereich, weitere Einsparungen bei Bahnhöfen, des Outsourcings von Tochterunternehmen für den Wettbewerb im Nahverkehr, forcierten Abbaus von Beschäftigung und Arbeitsbedingungen und vieles mehr nicht ausgeräumt werden.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 31.05.2008, 10:50 Uhr - 1953 Clicks - Nr. 599*

In Überarbeitung

Das Internetangebot der Sozialdemokraten im Kieler Rathaus wird zur Zeit überarbeitet.
Das Internetangebot der Sozialdemokraten im Kieler Rathaus wird zur Zeit überarbeitet.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 31.05.2008, 15:07 Uhr - 6469 Clicks - Nr. 600*

„Erst brannten die Bücher – später die Menschen…“ - -Veranstaltung zum 75. Jahre

Bücherverbrennung 1933 – auch in Flensburg brannte ein Scheiterhaufen, wurden zahlreiche Werke jüdischer, pazifistischer, kommunistischer oder sozialistischer Schriftsteller ein Opfer der Flammen. 75 Jahre danach erinnerte die SPD an diesen Tag. In der überfüllten Theaterwerkstatt Pilkentafel gab es auf einer Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Informationen und Texte zu diesem unseligen Ereignis.
„1933 zündelten die Flammen über Büchern und Schriften, später brannten Menschen. 1939 erfassten sie Europa, danach umloderten sie den ganzen Erdball und setzten die Welt in Flammen“, beschrieb der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost die Geschehnisse vor einem Dreivierteljahrhundert. „Wir erinnern an die verbrannten Dichter, weil sie uns mahnen, dass den Anfängen zu wehren ist“, so Trost.

Der Journalist Bernd Philipsen führte in das Thema ein und beschrieb das damalige Geschehen. Er berichtete, wie sich in Flensburg eine Ortsgruppe des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ bildete.

Der Schauspieler Ferdinand Schröder wurde Vorsitzender und die Bücherverbrennung wurde vorbereitet. Empörung, Erstaunen und Verwunderung prägte der Reaktionen der Besucher, als Bernd Philipsen die erste Mitgliederliste des Kampfbundes verlas. Viele stadtbekannte Namen waren darunter. Philipsen berichtete weiter, dass sämtliche Flensburger Buchhandlungen und Büchereien von SA-Leuten besetzt wurden, die unliebsame Literatur sicherstellten. Auch die Bestände der städtischen Bücherei wurden anhand einer nationalsozialistischen „Schwarzen Liste“ durchforstet. Die Büchereikommission stimmte der Vernichtung zu. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, Bücher angeblich „minderwertigen Inhalts“ abzuliefern, die dann verbrannt werden sollten.

Torsten Schütte zitierte den Kampfbundvorsitzenden Schröder– mit theatralischen Gesten und pathetischen Worten hatte dieser die kulturpolitischen Ziele der Nazis beschrieben und die Bücherverbrennung begleitet. Eine beklemmende Atmosphäre entstand in der Pilkentafel. Vielen Besuchern lief ein Schauer über den Rücken, als sie die sogenannten „Feuersprüche“ der Nazis hörten. Elisabeth Bohde las die Kommentare der betroffenen Autoren wie Oskar Maria Graf, Bertolt Brecht und Erich Kästner. Kästner war in Berlin – unerkannt – Zeuge der Verbrennung seiner eigenen Bücher geworden. Dort wird durch eine ins Pflaster eingelassene Glasplatte an das Ereignis erinnert. In anderen Städten geschieht dies durch Gedenktafeln - so sollte es auch in Flensburg am Ort des Geschehens sein. Das war jedenfalls die eindeutige Forderung der Besucher in der Pilkentafel, die sich in einer angeregten Diskussion mit den Ereignissen im Jahr 1933 auseinandersetzten.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 02.06.2008, 14:35 Uhr - 4106 Clicks - Nr. 601*

Innenminister Lothar Hay sieht Küstenwache auf gutem Weg - „

Wir brauchen eine einheitliche Kommandostruktur für den Polizeialltag“

Erscheinungsdatum:
02.06.2008

Innenminister Lothar Hay sieht die Einrichtung einer einheitlichen Deutschen Küstenwache auf einem guten Weg. „Die Küstenländer und der Bund arbeiten sehr konstruktiv zusammen“, sagte Hay am Montag (2. Juni) nach einem Besuch des Wasserschutzpolizeireviers in Flensburg.
An die Stelle von streckenweise verhärteten Fronten sei ein vertrauensvoller Dialog über das gemeinsame Ziel von mehr Sicherheit auf Nord- und Ostsee getreten. Das tue der Sache insgesamt gut. „In ruhigem Fahrwasser lässt es sich besser navigieren und man verliert das Ziel nicht so leicht aus dem Auge“, meinte der Minister.

Hay hält jedoch noch weitere Verhandlungen für erforderlich, um zu effektiven Strukturen zu kommen, die den Namen „Küstenwache“ rechtfertigten. So sei eine zentrale Stelle erforderlich, die das Recht hat, Sofortentscheidungen für alle denkbaren polizeilichen Anlässe auf See zu treffen. „Die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Nord- und Ostsee erfordern eine einheitliche Kommandostruktur bereits für den polizeilichen Alltag“, sagte Hay.

Das schleswig-holsteinische Modell einer Deutschen Küstenwache bedeutet nicht, dass Polizeibeamte, Boote und Zuständigkeiten an eine neue Mammutbehörde des Bundes abgegeben werden. „Wir stellen die Kompetenzordnung unserer Verfassung nicht in Frage“, sagte der Minister. Es gehe darum, den vorhandenen rechtlichen Rahmen optimal zu nutzen. Die Arbeit der Bundes- und Landesbehörden, die für die Sicherheit auf See zuständig sind, müsse besser miteinander vernetzt werden „Das schafft deutlich mehr Sicherheit auf See, weil Entscheidungen an zentraler

Stelle sachgerecht und schnell getroffen werden können“, sagte Hay.

Das Maritime Sicherheitszentrum in Cuxhaven ist nach Ansicht des Ministers nur ein erster Schritt zu einer einheitlichen Deutschen Küstenwache. Kern des Maritimen Sicherheitszentrums ist ein Gemeinsames Maritimes Lagezentrum, das rund um die Uhr besetzt ist und die Behörden des Bundes und der Länder mit allen sicherheitsrelevanten maritimen Informationen und Daten versorgt. „Das Maritime Sicherheitszentrum muss von einer Informationsbörse zu einem Einsatzzentrum für Sofortentscheidungen ausgebaut werden“, sagte Hay.

Das Havariekommando, das bei Unfällen auf See in Aktion tritt und vor fünf Jahren eingerichtet wurde, hat sich nach Überzeugung von Hay bewährt: „Die Mitarbeiter haben bewiesen, schwierige Lagen wie Havarien oder Unfälle mit Schadstoffen kompetent und schnell zu bewältigen.“ Wer zum Maritimen Sicherheitszentrum und zum Havariekommando ja sage, das schleswig-holsteinische Modell einer einheitlichen Deutschen Küstenwache aber ablehne, argumentiere unlogisch und handle inkonsequent.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 03.06.2008, 11:57 Uhr - 7965 Clicks - Nr. 602*

Neue Energie für Schafflund

Wodarg: Nach der gelungenen Veranstaltung des SPD- Ortsvereins Schafflund im "Utspann", die durch eine Fahrradexkursion zu einem der zahlreich um Schafflund gelegenen Biogasreaktoren eingeleitet worden war, wollten Kommunalpolitiker, Landwirte und andere BürgerInnen am liebsten sofort an die Arbeit gehen. Man war sich einig: Es wird in Schafflund einen Arbeitskreis geben, der aus den Biogasanlagen versuchen soll durch Kraft-Wärme-Kopplung noch mehr Energie für alle herauszuholen.

Folgender Artikel ist im shz-Verlag erschienen.

WODARG FORDERT RADIKALES HANDELN:
Erneuerbare und heimische Energieträger sollen schnell etabliert werden!

Auf Einladung des SPD Ortsvereins Schafflund trafen sich viele Radler, darunter der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg, um die Biogas- und Solar-Anlage auf dem Westerhof von Nis-Peter Lorenzen zu besichtigen.

Interessiert nahmen die Besucher zur Kenntnis, dass in der Anlage auch Rindergülle verarbeitet wird und das neben Strom und Wärme das Abfallprodukt als Dünger - ohne Geruchsbelästigung - auf die Felder ausgebracht wird. Aber auch der Schwachpunkt der Anlage wurde deutlich: Aus dicken Rohre entweicht viel Wärme ungenutzt, mit der das Schafflunder Schulzentrum und das angrenzende Schwimmbad Waldeck problemlos beheizt werden könnten.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion im Hotel "Utspann" traf Wodarg manchen Nerv, als er die wirtschaftliche Situation am Energiemarkt erläuterte: "Wenn erst die Energiepreise für fossile Energieträger reine Spekulationspreise werden, wird uns die Freude am Autofahren bald vergehen", sagte er. Deshalb es notwendig, erneuerbare und heimische Energieträger "radikal und schnell" zu etablieren.

Hans-Ulrich Martensen, Sprecher der Regionalgruppe Biogas SH, meinte, dass für Schafflund wohl am ehesten eine Gas- statt einer Wärmeleitung in Frage in Frage käme, da alle Biogasanlagen zu weit von der Wohnbebauung entfernt lägen. Ein in Ortslage geplantes Holzhackschnitzelwerk könnte integriert werden.

Martin Glasenap stellte die Planungen für eine genossenschaftliche Wärmeverteilung in Osterby vor. In Linnau und Kleinwiehe hätten die Biogasbauern in eigener Regie Wärmeleitungen zu den Häusern gelegt und verkauften nun die Wärme für einen Bruchteil des Ölpreises.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 03.06.2008, 17:27 Uhr - 5223 Clicks - Nr. 603*

Blockadeaktionen von Milchbauern friedlich beendet

Lothar Hay lobt professionellen Einsatz der Landespolizei

Erscheinungsdatum:
03.06.2008

Innenminister Lothar Hay hat der Landespolizei für ihren Einsatz während der Blockadeaktionen schleswig-holsteinischer Milchbauern gedankt. In einem Brief an Landespolizeidirektor Burkhard Hamm würdigt der Minister die Umsicht,
den persönlichen Einsatz und das ausgeprägte Verhandlungsgeschick der Polizeibeamtinnen und -beamten im Umgang mit den protestierenden Landwirten.

„Die Strategie der Deeskalation hat sich wieder einmal in teilweise sehr schwierigen Situationen bewährt“, sagte Hay am Dienstag (3. Juni) in Kiel. Dadurch konnten im Laufe des Vormittags alle Blockaden friedlich und freiwillig beseitigt werden. Dies sei keine Selbstverständlichkeit, sagte Hay mit Blick auf Vorgänge in anderen Bundesländern. Die Vorgehensweise der schleswig-holsteinischen Polizei habe einmal mehr ihre große Professionalität bestätigt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:

Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 05.06.2008, 08:16 Uhr - 7613 Clicks - Nr. 604*

Lauterbach und Wodarg in Schleswig

Der "Zweiklassenstaat", der sich in unterschiedlichen Bildungschancen und im Wartezimmer von Arztpraxen manifestiert, war das Thema einer spannenden Diskussion mit Prof. Dr. Karl Lauterbach, der auf Bitte seines Fraktionskollegen Dr. Wolfgang Wodarg vor seinem Fernsehauftritt bei "hart aber fair" noch nach Schleswig gekommen war, um im Kommunalwahlkampf zu helfen.

Wer studieren kann und wer nicht, das hängt in Deutschland immer noch sehr davon ab, ob die Eltern Akademiker sind oder eben nicht. Nur 5% der Arbeiterkinder, aber 80% der Akademikerkinder finden sich bei uns auf der Uni wieder, ganz anders als in Skandinavien oder selbst in den als unsolidarisch geltenden Vereinigten Staaten von Amerika. Professor Lauterbach machte als Arzt und als einer der wenigen Bildungspolitiker im Bundestag klar, dass Deutschland dringend eine auf Bundesebene koordinierte Bildungspolitik braucht, welche klotzt statt zu kleckern und welche die kultusbürokratischen Zwangsjacken für mehr Chancengleichheit öffnet.

Besonders eindrucksvoll war für die etwa einhundert Gäste der SPD-Veranstaltung im Hohenzollernhof in Schleswig, dass die ersten drei Jahre eines Kindes über seine lebenslange geistige Leistungsfähigkeit weitgehend entscheiden. Das Gehirn der Kinder wächst in dieser Zeit wie kein anderer Körperteil, es verbraucht sehr viel Energie und bildet -wenn es ausreichend gefordert wird- Millionen von Schaltmöglichkeiten und Verknüpfungen zwischen den wachsenden

Hirnzellen aus. Der "Prozessor zwischen den Ohren" bestimmt dann lebenslang die geistige Leistungsfähigkeit dieses Menschen. Es kann zwar auch später viel gespeichert werden, aber ob und wie vielfältig das Gespeicherte nutzbar wird, das hängt von der Förderung in den ersten drei Lebensjahren ab.

In der Diskussion wies Lauterbachs Kollege Dr. Wolfgang Wodarg unter anderem darauf hin, dass diese Frage durch die Tatsache, dass vielfach beide Elternteile gezwungen sind zu arbeiten, besonders prekär wird. "Wir brauchen keine Kinderaufbewahrungsstätten, sondern möglichst viel stimulierende und professionell geschulte Begleitung für unseren Nachwuchs. Gut ausgebildetes Hort- und Kindergartenpersonal sind deshalb genauso wichtig wie Elternschulen und Zeit der Eltern," bekräftigte er. Alle anwesenden SPD-PolitikerInnen standen hinter der programmatischen Forderung nach kostenloser Kinderbetreuung von Anfang an.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 05.06.2008, 12:48 Uhr - 5744 Clicks - Nr. 605*

Sportpreis für Studenten geht nach Mönkeberg und Felde;

Lothar Hay: Hochschulen müssen für Teilnahme am Wettbewerb werben
Erscheinungsdatum:05.06.2008
Innenminister Lothar Hay hat am Donnerstag (5. Juni) in Kiel den Sportpreis für Studentinnen und Studenten verliehen. Er geht in diesem Jahr an Lena Kohlmorgen vom Sportverein Mönkeberg und Stephan Grunwald vom TuS Felde.
Die Preisträger haben sich neben ihrem Studium ehrenamtlich in erheblichem Maße um den Sport in Vereinen und Verbänden verdient gemacht. Der Sportpreis ist mit jeweils 1.000 Euro dotiert. Die Preisträger wurden unter fünf Bewerbern von einer Fachjury ausgewählt. Hay appellierte an die Hochschulen, die Werbetrommel für eine Teilnahme am Studentensportpreis noch stärker zu rühren. „Ich bin sicher, dass es viele Studierende gibt, die von dem Preis noch nichts gehört haben“, sagte der Minister. Das sei schade, denn es gebe viele junge Leute, die seit langem ehrenamtlich für die Gesellschaft arbeiteten und es verdient hätten, dafür öffentlich gewürdigt zu werden.

Lena Kohlmorgen vom Sportverein Mönkeberg studiert Industrial Engineering an der Fachhochschule Kiel. 1995 bereits engagierte sie sich als Übungsleiterassistentin beim Kleinkinderturnen und beim Leistungsturnen sowie als Übungsleiterin für das Kinderturnen im Sportverein Probsteierhagen. 1997 übernahm sie eigenverantwortliche Aufgaben bei Kinderfreizeiten und bei der Kinder- und Jugendturniaden, deren Organisation und Durchführung sie in den folgenden Jahren übernimmt. Seit 1999 ist Lena Kohlmorgen im Fachausschuss Lehrarbeit der Turnerjugend Schleswig-Holstein landesweit tätig.

Von 2002 bis 2006 war sie Landeskinderturnwartin. 2002 ist sie beim Deutschen Turnfest Mitglied im Organisationsteam zur Präsentation des Schleswig-Holsteinischen Turnverbandes. In den folgenden Jahren ist sie immer wieder an vorderster Front bei der Organisation und Durchführung der verschiedensten Sportveranstaltungen wie dem Landeskinder- und Jugendturnfest mit rund 1.500 Teilnehmern und dem Aktiv-Treff der Sportjugend Schleswig-Holstein. Im vergangenen Jahr war sie an der Durchführung des Kongresses Sport und Kinder - SPUK in Apenrade beteiligt und

übernahm die Organisation vor Ort.

2005 wurde sie Übungsleiterin für Kinderturnen in ihrem neuen Sportverein Mönkeberg und auch hier übernimmt sie weitere organisatorische Aufgaben. 2006 wird sie Mitglied im Organisationsteam des Landesturnfests des schleswig-holsteinischen Turnverbandes und sie wird die Vorsitzende der Turnerjugend Schleswig-Holstein.

Stephan Grunwald vom TuS Felde studiert Betriebswirtschaft an der FH Kiel. Er leitete von 2002 bis 2004 die Jugendfußballsparte als Jugendfußballobmann und war damit für rund 120 Fußballerinnen und Fußballer im Alter von vier bis 18 Jahren zuständig. Nach dem Oberligazwangsabstieg seines Vereins TuS Felde übernahm er 2002 den Posten des stellvertretenden Fußballobmanns des Vereins und wurde dadurch mit seinen 18 Jahren einer der jüngsten Obmänner im Fußballverband.

Stephan Grunwald engagierte sich sehr intensiv und erfolgreich in der Nachwuchsarbeit. Besonderen Einsatz zeigte er bei der Rekrutierung und Integration neuer Trainer und Betreuer. Außerdem beteiligte er sich an der Organisation der MIX-Turniere, bei denen insbesondere Betriebssportgruppen gegen Vereinsmannschaften antreten.

Von 2002 bis 2005 organisierte Stephan Grunwald im Rahmen der DFB Kampagne „Klub 2006“ Fußballferiencamps. Er hat dabei den Gedanken der Weltmeisterschaft „Die Welt zu Gast bei Freunden“ in seine Arbeit eingebracht. Mit dem Ziel, neben der Teambildung auch die Identifikation und Integration verschiedener Nationalitäten zu fördern, wurden die Kinder auf verschiedene „Inter-National-Mannschaften“ aufgeteilt. Für diese Strategie wurde der TuS Felde mit mehreren interessanten Gästen wie Theo Zwanziger und Uwe Seeler belohnt und bekam als norddeutscher Meister der „Klub 2006“ Kampag-ne den HSV für ein Spiel zugelost.

2007 war Stephan Grunwald maßgeblich an der Organisation dieses Spiels und der Veranstaltungen im Umfeld beteiligt. Die Einnahmen daraus werden heute zur Finanzierung eines DFB-Stützpunkttrainers als Jugendkoordinator verwendet. Dieser unterstützt die Trainer und Betreuer des Vereins bei ihrer Arbeit. Stephan Grundwald begleitet und unterstützt diese Entwicklung. Darüber hinaus engagiert er sich hauptsächlich im Schleswig-Holsteinischen Fußballverband.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 05.06.2008, 13:36 Uhr - 2579 Clicks - Nr. 606*

Na so eine Überraschung!

Die interessierte Öffentlichkeit konnte am 28.5.08 im FL- Tageblatt zur Kenntnis nehmen, dass nun doch noch in der „alten“ Wahlperiode ein Vorschlag für ein Hotelprojekt auf die politische Tagesordnung rückte (Kaiserhof). Natürlich nach der Wahl, damit die SPD –Fraktion und ich vorher noch als unglaubwürdig dargestellt werden konnten (vergl. Aussagen des CDU-Kandidaten Döhring

in der SHZ- Podiumsdiskussion am 20.Mai 08).
Spannend wird das Ganze, wenn man jetzt erfährt, dass das von mir seit langem angemahnte Gutachten zu den sog. Micro-Standorten für mögliche Hotels in Flensburg seit Anfang April vorliegt (vertraulich natürlich, sollte ja der SPD nicht als Wahlkampfargumentation dienen). Mit über 20 qualifizierten Standortvorschlägen, die natürlich noch fachlich und politisch zu bewerten sind, wird nachhaltig dokumentiert, dass Flensburg genügend Potential für Hotels der verschiedenen Standards hat. Diejenigen, die bisher behauptet haben, dass es für Flensburger Hotelprojekte weder geeignete Standorte noch weitere Investoren außer den Herren Höft und Theilen gegeben hat, und deshalb „mit dem Finger auf der Landkarte“ nur den Standort Ballastkai ausfindig machen konnten, sind damit der Unkenntnis und vielleicht sogar der bewussten Falschaussage überführt.
Schade, dass diese Fakten erst nach der Wahl bekannt werden.

Rolf Helgert
SPD- Ratsmitglied

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 05.06.2008, 22:13 Uhr - 8761 Clicks - Nr. 607*

MdL Neugebauer: Dänische Regierung sieht Fehmarn-Belt-Vertrag unterschriftsreif

Neuigkeiten aus erster Hand erfuhr der Finanzausschuss des Landtages bei seinem dreitägigen Informationsbesuch in Kopenhagen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Günter Neugebauer (SPD) teilte heute zum Abschluss der Informationsfahrt mit: "Aus Sicht der dänischen Regierung ist der Vertrag zwischen Dänemark und Deutschland zum Bau der festen Fehmarn-Belt-Querung unterschriftsreif".
Dies habe die dänische Verkehrsministerin Carina Christensen im Gespräch mit den Mitgliedern des Finanzausschusses erklärt. Ministerin Christensen hofft, dass der Vertrag noch vor der Sommerpause unterzeichnet werde. Mit dem bewährten Staatsgarantiemodell und der Mautfinanzierung sei das Projekt durch Dänemark finanzierbar. Deutschland müsse lediglich die Hinterlandanbindung bezahlen. Ausschussvorsitzender Günter Neugebauer sicherte der Ministerin dafür die Unterstützung der großen Mehrheit des Landtages zu. Wichtig sei, dass der Vertrag bis Ende September unterzeichnet und die parlamentarischen Beratungen bis zum Frühjahr 2009 abgeschlossen seien.
Der Finanzausschuss des Landtages schloss mit dem Gespräch seinen dreitägigen Informationsbesuch in Kopenhagen ab. Neben der Fehmarn-Belt-Querung ging es in den Gesprächen um die grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik, die finanzielle Unterstützung der Minderheiten, die Haushaltskontrolle, das Steuer- und Abgabensystem und um die erfolgreich durchgeführte Verwaltungsstrukturreform in Dänemark.

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 05.06.2008, 22:40 Uhr - 8906 Clicks - Nr. 608*

MdB Sönke Rix: Förderung, Bildung, Ausbildung

In der letzten Woche haben wir den Entwurf des Kinderförderungsgesetzes in 1. Lesung beraten. In dieser Woche beschließen wir über den Ausbildungsbonus. Beide Maßnahmen sind Bausteine eines Konzeptes der SPD-Bundestagsfraktion zur besseren Förderung, Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen.

Mit dem Kinderförderungsgesetz wird der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ab 2013 festgeschrieben. Denn nur ein einklagbarer Anspruch kann Eltern einen Kitaplatz garantieren. Mit dem Kinderförderungsgesetz können sich Väter und Mütter darauf verlassen, dass sie nach dem Auslaufen der Elterngeldzahlungen einen Betreuungsplatz für ihren Nachwuchs finden und wieder ihre Arbeit aufnehmen können. Das hilft vor allem alleinerziehenden Elternteilen.

Außerdem kann der frühe Besuch einer Kita die Entwicklung aller Kinder fördern. Sie lernen den Umgang mit Gleichaltrigen, bekommen neue Anregungen und erkunden gemeinsam ihre Welt. Und manchen Kindern tut es sicher auch gut, wenn sie früh gefördert werden. So können z. B. sprachliche Schwierigkeiten früh ausgeglichen werden. Klar ist für mich dabei immer: Die Eltern müssen selbst entscheiden, ob sie ihr Kind in eine Kindertagesstätte oder zu einer Pflegemutter geben oder ob sie selbst zu Hause ihr Kind betreuen. Aber klar ist für mich auch: Es muss ein ausreichendes Angebot geben. Ab 2013 ist die Zeit der Wartelisten vorbei.

Der zweite Baustein, der diese Woche im Bundestag verabschiedet wird, verbirgt sich hinter dem sperrigen Titel "Fünftes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch": Der Ausbildungsbonus. Hier geht es darum, Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu verschaffen und ihre berufliche Zukunft zu sichern.

Mit dem Ausbildungsbonus fördern wir Ausbildungsplätze für Bewerber, die innerhalb eines Jahres keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und im zweiten oder dritten Jahr auf Suche sind. Unternehmen, die solche Bewerber einstellen, erhalten einen Zuschuss zum Lehrlingsgehalt. Wir hoffen, so rund 100.000 Jugendlichen eine Lehrstelle zu verschaffen. Uns ist wichtig, dass nur die gefördert werden, die Förderung nötig haben: Unternehmen können also keinen staatlichen Bonus abgreifen, nur weil sie einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schaffen. Wer die Stelle bekommt, ist entscheidend.

Denn oft sind Altbewerber schon deshalb im Nachteil, weil sie eben Altbewerber sind. Auch für Lehrstellenbewerber mit einem schlechten Haupt- oder Realschulabschluss oder einer Lernbehinderung wird es den Ausbildungsbonus geben. Diese Gesetze sind zwei wichtige Schritte auf unserem Weg für mehr Chancengleichheit und eine bessere Förderung aller Kinder und Jugendlichen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 06.06.2008, 10:08 Uhr - 2597 Clicks - Nr. 609*

SPD-Engelsby: Vielen Dank für Ihr Vertrauen

Es war wie ein Erdrutsch, was sich an diesem Wahltag für alle im Flensburger Rat vertretenen Parteien abspielte. Die CDU verlor in Flensburg insgesamt 16,5%, die SPD 9%, die Grünen 3,4% und sogar der SSW 2,2%. Keiner hatte damit gerechnet, dass sich die Flensburger Bevölkerung so aufwiegeln lassen konnte, dass der Zorn über die vermeintlichen Verfehlungen der Ratsparteien, so hart umgesetzt würde.

Dabei muss man auch resignierend feststellen, dass die Wahlbeteiligung mit 40,02% ein historisches Tief erreichte.
Dass ich „gegen den Trend“ im Wahlkreis 17 (Schule Engelsby 2 und Flensburger Sparkasse) direkt gewählt wurde, hat mich sehr gefreut.
Es ist für mich aber auch für den Ortsverein Engelsby ein Ansporn, weiter für Sie zu da zu sein und

soziale, gerechte und bürgernahe Arbeit speziell hier in Engelsby zu leisten. Denn so schlecht, wie das Wahlergebnis für Flensburg es darstellte kann unsere Arbeit gar nicht sein. Die SPD ist die einzige Partei, die mit dem - unabhängig von Wahlterminen - regelmäßig verteiltem Pussloch, dem monatlich in Engelsby unter der Leitung von Herbert Ohms tagendem Ortsverein oder in den vielen Begegnungen und Versammlungen - hier vor Ort ist!
Die kleinen lokalen Parteien WIF und SSW sowie die Linke und FDP waren unabhängig von ihrer Leistung vor Ort die Gewinner.
Dass ich daraus meine Konsequenz gezogen habe und nicht wieder für den Vorsitz der Ratsfraktion angetreten bin können Sie hoffentlich nachvollziehen. Denn ein Fraktionsvorsitz bedeutet unheimlich viel Arbeit und Beschimpfungen wie „Parteibonze“ oder „korrupter Politiker“ gehen auch an mir nicht spurlos vorüber.
Ich selbst fühle mich übrigens durch das gewonnene Direktmandat verpflichtet, weiter der Ratsversammlung anzugehören um so unmittelbar in den Gremien der Stadt für Engelsby wirken zu können – aber nur als „normales Ratsmitglied“.
Die SPD- Engelsby, meine Kandidatenkolleginnen Sylvia Meyerding, Karin Schnittke, Andree Nitsch und ich selbst wollen weiter für die SPD und für die Menschen in unser Stadt arbeiten, ehrenamtlich und mit viel Idealismus.

Denn wie heißt es auch hier: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 06.06.2008, 11:43 Uhr - 3298 Clicks - Nr. 610*

SPD-Engelsby: Spielmobil wieder in Engelsby unterwegs

In der Woche vom 9. bis 12. Juni besucht das Spielmobil den Spielplatz am Trögelsbyer Weg in Engelsby.

Das Spielmobilteam ist von Montag bis Donnerstag immer von 14 bis 17.30 Uhr vor Ort und freut sich auf viele kleine und große Mitspieler.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 06.06.2008, 13:21 Uhr - 7965 Clicks - Nr. 611*

Kritik ernst nehmen!

Zum Bericht des Landesrechnungshofs sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

„Der Landesrechnungshof hat in vielen Bereichen berechtigte Kritik geäußert. Die SPD-

Landtagsfraktion hat sich bereits in der Vergangenheit klar dazu geäußert, dass wir den Konsolidierungskurs fortsetzen wollen. Wir wollen einen verfassungskonformen Haushalt verabschieden und mittelfristig sogar einen ausgeglichenen Haushalt, der ohne neue Schulden auskommt.

Der Hinweis, die Politik würde die Belastungen für zukünftige Generationen nicht im Blick haben, ignoriert sämtliche Debattenbeiträge insbesondere der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren.

Gerade wegen der knappen Mittel ist es wichtig, dass die Förderungen, die wir uns noch leisten, richtig verwendet werden. Das Sozialministerium hat die Kritik an seinem Finanzcontrolling akzeptiert und bereits mit der Aufarbeitung begonnen.

Zur der Kritik des Landesrechnungshofs am Personaleinsparkonzept ist anzumerken, dass es der Landesrechnungshof selbst war, der in der Vergangenheit eine Stärkung der Unterrichtsversorgung durch mehr Stellen für Lehrkräfte gefordert hatte.

Wir werden den Bericht auch dieses Jahr sorgfältig prüfen und in den Ausschüssen erörtern. Es liegt in der Natur der Dinge, dass wir unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit einige Vorschläge des LRH politisch anders bewerten. Das ist eine Verantwortung, der sich der LRH nicht stellen muss, wir aber schon.“

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 06.06.2008, 15:36 Uhr - 4037 Clicks - Nr. 612*

Landesverbandstag von Haus und Grund

– Lothar Hay: Sozialer Stadtumbau statt neue Wohngebiete im Umland
Erscheinungsdatum:06.06.2008
Innenminister Lothar Hay hat Kommunen, Eigentümer und Vermieter aufgerufen, innerstädtische Wohnquartiere mit Mehrfamilienhäusern in einer gemeinsamen Anstrengung zu erneuern. „Ein sozialer Stadtumbau ist die Alternative für neue Wohngebiete im Umland“, sagte Hay am Freitag (6. Juni) auf dem Landesverbandstag von Haus & Grund in Itzehoe. Das Innenministerium unterstütze Investitionen in Maßnahmen zur Stärkung der Innenstädte. Nach Angaben von Hay stehen in diesem Jahr rund 27,5 Millionen Euro an Städtebauförderungsmitteln zur Verfügung, rund 16 Millionen Euro mehr als vor zehn Jahren.

Wie Hay weiter sagte, stellt das Innenministerium Zuschüsse für den Kauf und den Umbau von gebrauchten Ein- und Zweifamilienhäusern zur Verfügung. „Wir leisten damit einen Beitrag, dass städtische Quartiere auch in Zukunft für alle Altersgruppen attraktiv bleiben“, sagte der Minister. Familien werden mit 36.000 bis zu 70.000 Euro gefördert, wenn sie ein Haus kaufen und energietechnisch auf den neuesten Stand bringen. Das erhöht nach Überzeugung von Hay die Marktchancen für alte Einfamilienhäuser. „Werterhalt und Wertzuwachs erfordern teilweise erhebliche Investitionen“, sagte der Minister.

Der Schwerpunkt der Stadtentwicklungspolitik liegt auf dem Klimaschutz und der Energieeinsparung. Hay kündigte für Ende des Jahres einen Klimapakt für Schleswig-Holstein an. Mit allen wohnungswirtschaftlichen Verbänden des Landes sollen Maßnahmen aushandelt werden, die im Wohnungsbau zur Einsparung von Energie und Kohlendioxid führen. „Wohnungswirtschaft und Hauseigentümer sind wichtige und unverzichtbare Partner im Klimaschutzprogramm des Landes“, sagte Hay. Der Klimapakt solle gute Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen, er

beruhe auf Freiwilligkeit und Zusammenarbeit. „Vernunft lässt sich nicht von oben verordnen, und Erfolg in Wirtschaft und Gesellschaft entsteht nur gemeinsam“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 07.06.2008, 11:21 Uhr - 7711 Clicks - Nr. 613*

Klimaschutz durch Urwaldschutz

Zum Anlass der Plenardebatte zur biologischen Vielfalt und im Hinblick auf die Vertragsstaaten-Konferenz der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt in Bonn fand ein parlamentarischer Abend zum Thema Urwaldschutz im Bundestag statt.
Eingeladen haben MdB Wolfgang Wodarg und Greenpeace. Die Bundesregierung soll bis Ende 2010 die Präsidentschaft der Bonner Konferenz übernehmen. Das ist eine besondere Verantwortung für Deutschland.

Zur rechten Zeit, wenige Stunden vor der Plenardebatte, habe ich zusammen mit Greenpeace beim Bundestag eine Abendveranstaltung organisiert, bei der Abgeordnete aller Fraktionen darüber informiert wurden, wie eng Urwaldschutz und Klimaschutz zusammenhängen und welche kruden Methoden von skrupellosen Investoren und korrupten Behörden angewendet werden, um wertvollen Urwald in Weideland und Weideland in Sojafelder zu verwandeln.

Der Artenreichtum, die biologische Vielfalt dieser alten Wälder ist einer der grössten Schätze unserer gemeinsamen Lebenswelt. Leben in seiner von uns erst ansatzweise verstandenen Variationsbreite und Schönheit ist dort versteckt und auch für eine mögliche Nutzung durch uns Menschen aufbewahrt. Es ist das biologische Gedächtnis unserer Erde mit seinen vielfältigen Lösungen und Variationen, welches dort im Urwald verborgen ist. Wenn wir diese Schätze in unserer Energiegier zerstören, ist es als würden wir die Festplatte unseres Lebenscomputers für immer löschen!

Greenpeace zeigte beeindruckende Bilder aus Amazonien und Indonesien, wo riesige Waldgebiete gerodet und verbrannt werden, um den Anbau von Energiepflanzen für Flüssigtreibstoffe auszubauen. Da die landwirtschaftlichen Flächen, die in den Industrieländern zur Verfügung stehen, für den Anbau von Biosprit nicht ausreichen, werden nach und nach aus immer mehr Tropenwäldern Öl- oder Sojafelder gemacht, wie beispielsweise im argentinischen Regenwald.

Die argentinische Landwirtschaft ist sehr auf Soja konzentriert. Um der starken Nachfrage der Industrieländer nachzukommen, wurden 2007 in Argentinien über 16 Millionen Hektar Land für den Sojaanbau verwendet. Auch für den in Deutschland beigemischten Pflanzen-Diesel wird Sojaöl benutzt, das in großen Mengen aus argentinischen Regenwaldgebieten stammt und auch aus steuerlichen Gründen über das Handelsdreieck Argentinien-USA-EU zu uns gelangt.

Auch das Kongobecken ist durch illegalen Holzeinschlag bedroht. Aber nirgendwo auf der Welt stirbt der Tropenwald so schnell wie in Indonesien, wo die wertvolle artenreiche Heimat des Orang Utan gerodet und in monotone Palmölplantagen verwandelt wird.

Biosprit kann ein wichtiges Element zur Erreichung der Klimaschutzziele sein. Leider stellt das dadurch bedingte Sterben der Tropenwälder die klimafreundliche Rechnung infrage: die Wälder halten nämlich gewaltige Mengen von CO2 gebunden, welche aber durch deren Abholzung freigesetzt werden und so den Treibhauseffekt und die Klimabelastung erheblich vergrössern.

Mit jedem Stück Wald, welches die Landspekulanten erwerben, kaufen sie auch die Lebensgrundlage der dort ansässigen indigenen Völker. David Sarapura, Waldbewohner aus Nord-Argentinien und Sprecher einer der dortigen Protestbewegungen gegen die Verdrängung von indigenen Völkern, berichtete uns von der Gewalt, die er am eigenen Leib erlebt hat.

Greenpeace fordert auch von Deutschland einen Beitrag von 2 Mrd. € pro Jahr, um die Urwälder zu schützen. Greenpeace fordert von den Vertragsstaaten der UN-Konvention weitere konkrete und verbindliche Abkommen. Eine ihrer Forderungen ist ein Moratorium der Soja-Produktion, welches auch alle Flächen erfasst, die bis jetzt gerodet wurden.

Ich danke Greenpeace für diesen eindrucksvollen Beitrag und hoffe, dass die Bundesregierung mit unserem Umweltminister Gabriel die Präsidentschaft der Bonner Konferenz nutzt, um eine der wichtigsten Aufgaben der Menschheit einer dauerhaften Lösung näher zu bringen.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 07.06.2008, 11:45 Uhr - 5036 Clicks - Nr. 614*

Lothar Hay: Flächendeckendes Feuerwehrwesen ohne Alternative

Erscheinungsdatum:07.06.2008

Innenminister Lothar Hay hat sich für die Beibehaltung eines flächendeckenden Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein ausgesprochen. „Einige wenige hoch gerüstete Stützpunktwehren sind keine Alternative“,
sagte Hay am Samstag (7. Juni) auf der 100-Jahr-Feier der Freiwilligen Feuerwehren Kopperby, Mehlby und Stutebüll in Kappeln (Kreis Schleswig-Flensburg). Wenn schnelle Hilfe erforderlich

sei, könne man auf die gemeindeeigene Feuerwehr mit ihren kurzen Hilfsfristen nicht verzichten. Hay appellierte an die Bevölkerung, die freiwilligen Feuerwehren nach Kräften zu unterstützen. Insbesondere hätten die Bürgermeister und Gemeindevertreter die Pflicht, den Feuerwehren bei der Mitgliederwerbung aktiv zu helfen.

Der Minister bezeichnete die freiwilligen Feuerwehren als eine tragende Säule der Gesellschaft. Keine Hilfeleistungseinrichtung sei so leistungsstark und überall im Land so präsent wie die Feuerwehren mit ihren ehrenamtlichen Frauen und Männern. Der hohe Organisationsgrad der drei Kappelner Jubiläumswehren sei vorbildlich, sagte Hay. Rund drei Prozent der Einwohner von Kopperby, Mehlby und Stutebüll seien in ihren Ortsfeuerwehren aktiv. Damit liege man über dem Landesmittelwert in Höhe von zwei Prozent. Als besonders erfreulich nannte der Minister den hohen Anteil von Frauen und das Engagement der jungen Leute in den drei Ortswehren.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 09.06.2008, 10:41 Uhr - 3328 Clicks - Nr. 615*

SPD-Engelsby: Am 13. zum 10. Mal: Engelsby-Fest

Am Freitag, 13. Juni um 14.30 Uhr ist es wieder so weit. Im Freizeitpark hinter der Grundschule Engelsby findet zum 10. Mal das traditionelle Engelsby-Fest statt. Eingeladen sind alle Bewohner des Stadtteils.
Unter Federführung des Bürgerforums Engelsby gibt es auch diesmal wieder viele Aktivitäten für Kinder und Jugendliche.

Der Landessportverband Kiel stellt einen Kletterturm zur Verfügung, die Sportpiraten die Street Soccer Anlage und die Deutsche Annington die Go-Cart Bahn zur Verfügung.
Der SBV unterstützt das Events der Kindergärten mit einem Wikingermarkt.

Ebenfalls mit dabei sind alle Institutionen und Einrichtungen des Stadtteils.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 09.06.2008, 10:52 Uhr - 1939 Clicks - Nr. 616*

Fraktionsvorstand gewählt: Der richtige Mix für die nächste Legislatur

Die SPD-Kreistagsfraktion konstituierte sich am 3.Juni 2008. Langjährige Erfahrung und frische Ideen paaren sich in der neuen SPD-Kreistagsfraktion.
Die Fraktion wird ihren Grundsätzen auch in neuer Zusammensetzung in den nächsten fünf Jahren treu sein und sich konstruktiv in alle anstehenden Diskussionen einbringen.

Auf ihrer ersten Sitzung im sozialen Haus in der Gorch-Fock-Straße, Bad Segeberg wurde Arnold Wilken einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden wiedergewählt. Ihm zur Seite stehen werden als stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jutta Altenhöhner, Gerd-Rainer Busch und Marc-André Ehlers. Sie wurden ebenfalls von der Fraktion mit breiter Mehrheit bestätigt.
Rita Marcussen wird die Geschäftführung fortsetzen.
Neu in den Vorstand tritt der 21jährige Alexander Wagner ein. Zusammen mit Dr. Dietrich Wiebe ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 09.06.2008, 15:50 Uhr - 2537 Clicks - Nr. 617*

Kollunder Wald: SPD hält am absoluten Bebauungsverbot fest

Ratsfraktion einstimmig gegen die beantragte erste Baumaßnahme

Es sind kaum sind zwei Jahre vergangen, seit das früher der Stadt Flensburg gehörende Waldstück des Kollunder Waldes an einen dänischen Unternehmer verkauft wurde. Doch schon soll vom vereinbarten Bebauungsverbot abgerückt werden, wie es in einer Beschlussvorlage der Verwaltung heißt.
Die Stadt Flensburg hatte im Februar 2006 den Kollunder Wald unter der Bedingung verkauft, die dauerhafte Naherholung und freie Zugänglichkeit des Waldes zu sichern sowie mit der Vereinbarung eines Bebauungsverbotes.

Nunmehr liegt der Stadt Flensburg die Anfrage vor, in der um Zustimmung für eine so genannte „schlichte Übernachtungsmöglichkeit im Wald in der Nähe des Strandes“ gebeten wird.

„Dass sich die Befürchtungen einer etwaigen Bebauung des Kollunder Waldes so schnell bestätigen würden, hätten wir nicht gedacht“, so Jochen Haut, Sprecher der SPD im TBZ-Ausschuss. „Der Wald soll in seiner Natürlichkeit und Unberührtheit erhalten bleiben. Er soll der Naherholung dienen, aber nicht für campingähnliche, nächtliche Aufenthalte genutzt werden“, meint die SPD. Eine Ausnahme vom Bebauungsverbot dürfe es nicht geben, denn damit würde weiteren Begehrlichkeiten die Tür geöffnet.

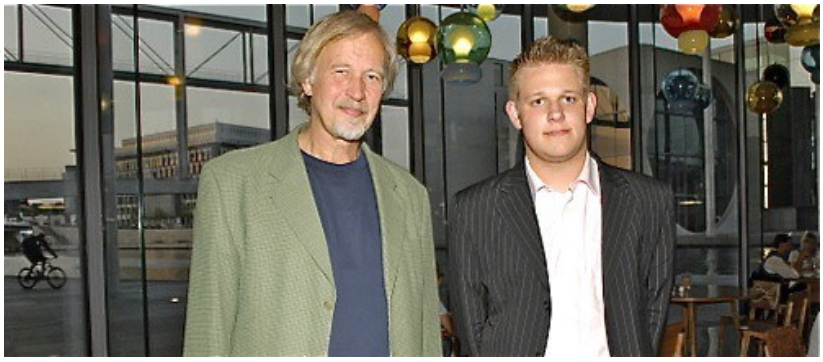
Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 10.06.2008, 11:57 Uhr - 8044 Clicks - Nr. 618*

Jugend und Parlament

Unter dem Motto "Jugend und Parlament" veranstaltete der Deutsche Bundestag vom 31. Mai bis zum 03. Juni 2008 ein großes Planspiel, in dem 308 Jugendliche aus ganz Deutschland den Weg der Gesetzgebung simulierten. All dies fand in den Originalräumen des Deutschen Bundestages in Berlin statt. Dr. Wolfgang Wodarg hat dem Schüler Marc Werner aus Flensburg die Reise nach Berlin ermöglicht.

Vier Tage erprobten sich über 300 Jugendliche aus ganz Deutschland als Abgeordnete eines fiktiven Parlaments an Originalschauplätzen. Dabei schlüpften sie in die Rolle fiktiver Abgeordneter und behaupteten sich in Fraktions- sowie Arbeitsgruppensitzungen. Im Plenum debattierten sie schließlich über vier Gesetzentwürfe, die ein europäisches Thema zum Inhalt hatten.



Reale Bundestagsabgeordnete haben sie aus ihren Wahlkreisen eingeladen, an dem großangelegten Planspiel "Jugend und Parlament" teilzunehmen. Für Flensburg schlüpfte der 18jähriger Schüler Marc Werner in die ungewohnte Rolle. Der junge Mann bekam die einmalige Chance, Fraktions- und Ausschusssitzungen nachzuspielen, mit den anderen ‚Abgeordneten' breit zu diskutieren und im besten Fall Mehrheiten zu organisieren.

Die Mitspielerinnen und Mitspieler übernahmen selbst die Rolle von Abgeordneten. Um ihnen das Hineinversetzen in diese Rollen zu erleichtern, erhalten sie im Losverfahren Rollenprofile, welche die zu spielenden Personen charakterisierten und deren politische Prioritäten verdeutlichten.

Die gesamte Gruppe konstituiert sich als ein kleiner "Bundestag". Sie bildet "Fraktionen", setzt "Ausschüsse" ein und wählt die nötigen Repräsentanten. Als voll handlungsfähiges Parlament wird dann ein kompletter Gesetzgebungsprozess simuliert.

Anstatt den realen Fraktionen des Bundestages treten die Jugendlichen in den vier Tagen Parteien bei, die an die real existierenden angelehnt sind: Konservative Volkspartei (KVP), Arbeiterpartei Deutschlands (APD), Liberale Reformpartei (LRP), Partei der sozialen Gerechtigkeit (PSG) und Ökologisch-sozialen Partei (ÖSP). Zunächst gilt es, die einzelnen Gremien - Fraktionen, Landesgruppen, Ausschüsse - zusammenzusetzen und die jeweiligen Vorsitzenden zu wählen. Anschließend debattieren die neuen "Abgeordneten" die fiktiven Gesetzesvorlagen und arbeiten an einer gemeinsamen Linie, die sie dann gegenüber den anderen Fraktionen vertreten müssen.

Marc wurde von seinen Kollegen der APD (Arbeiterpartei Deutschlands) zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Dr. Wolfgang Wodarg, selbst stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Europarat, beglückwünschte ihn zu dieser Wahl.

Marc Werner zog nach der Veranstaltung ein kurzes Resümee: "Es war eine einmalige Gelegenheit für mich. Wer möchte nicht einmal für 4 Tage mit den Abgeordneten die Plätze tauschen, Deutschland regieren und in den originalen Gegebenheiten des Deutschen Bundestages Politik machen!? Man übernimmt eine große Verantwortung als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Sitzungen müssen geleitet, Verhandlungen mit anderen Parteien geführt und die Meinung der Fraktion repräsentiert werden. Ein Abgeordneter hat immer einen vollen Terminkalender und die Arbeit, die er leistet ist nicht zu unterschätzen. Es steckt vielmehr dahinter als man erwartet. Es war eine sehr aufschlussreiche Veranstaltung mit vielen neuen Erfahrungen und Eindrücken."

Wer es Marc Werner gleich machen möchte und auch mal hinter die Kulissen der Bundespolitik schauen möchte, ist herzlich eingeladen, sich für das nächste Jahr zu bewerben. Auskunft gibt das Berliner Abgeordnetenbüro: 030-227-73371.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 10.06.2008, 14:30 Uhr - 2428 Clicks - Nr. 619*

SPD-Engelsby: Berufsfeuerwehr verschenkt Rauchmelder!

Für alle Flensburger Kinder, die an einem Freitag, dem 13., zwischen 2000 und 2008 geboren sind, ist dieser Freitag ein Glückstag. Die Flensburger Berufsfeuerwehr lädt alle Kinder mit diesem Geburtstag gemeinsam mit Ihren Eltern ein, am kommenden Freitag, dem 13. Juni, um 14.30 Uhr, in der Feuerwache, Munketoft 16, kostenlos einen Rauchmelder abzuholen.
Rund 600 Menschen sterben jährlich in Deutschland an Bränden, die Mehrheit davon in Privathaushalten. Ursache für die etwa 200.000 Brände im Jahr ist häufig nicht nur Fahrlässigkeit: Sehr oft lösen technische Defekte Brände aus, die ohne vorsorgende Maßnahmen wie Rauchmelder zur Katastrophe führen. Brände werden in Privathaushalten vor allem nachts zur tödlichen Gefahr, wenn alle schlafen, denn im Schlaf riecht der Mensch nichts. Tödlich ist bei einem Brand in der Regel nicht das Feuer, sondern der Rauch. Bereits drei Atemzüge hochgiftigen Brandrauchs können tödlich sein. Qualitätsrauchmelder können Leben retten, da sie Rauch im Frühstadium erkennen und mit einem lauten Signalton warnen, bevor der giftige Brandrauch lebensbedrohlich wird.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 10.06.2008, 17:46 Uhr - 8132 Clicks - Nr. 620*

Haushaltskonsolidierung mit politischen Schwerpunkten

Zu den heute (10.06.2008) vorgelegten Eckwerten für den Doppelhaushalt 2009/2010 erklären der Vorsitzende und die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner und Birgit Herdejürgen:

Mit den heute vom Kabinett beschlossenen Eckwerten zum kommenden Doppelhaushalt stellt sich die große Koalition ihrer Verantwortung für die Zukunft Schleswig-Holsteins und dokumentiert ihre Handlungsfähigkeit.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte in der letzten Woche einen Zukunftspakt für Familien, Bildung und Wissenschaft als erste Priorität in der Landespolitik beschlossen. Konkret steht die komplette Beitragsfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum Studium und die Absicherung, dass in Schleswig-Holstein kein Kind ohne warme Mahlzeit bleibt, auf unserer politischen Agenda.

Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich nun auch das Kabinett auf zwei zentrale Positionen verständigt: Wir werden einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen. Dies sind wir kommenden Generationen schuldig. Mit der Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen für unsere Schulen setzen wir einen deutlichen Schwerpunkt in der Bildungspolitik. Beides wird ohne erhebliche Anstrengungen und Kürzungen in anderen Bereichen nicht möglich sein.

Die SPD-Landtagsfraktion wird diese Herausforderungen bewältigen. Nur so können wir soziale Gerechtigkeit für unsere Kinder und Jugendlichen und für die kommenden Generationen gewährleisten.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 10.06.2008, 21:18 Uhr - 5405 Clicks - Nr. 621*

Fischer/Müller-Beck: FDP-Absage an die Ampel ist kaum nachvollziehbar!

Zur heutigen Entscheidung der FDP, an einer Ampel-Konstellation nicht teilzunehmen, erklärten SPD-Kreischef Rolf Fischer und SPD-Fraktionsvorsitzender Ralf-Müller-Beck: „Diese Entscheidung ist nach unserem sehr sachlichen und Ergebnis orientierten Sondierungsgespräch überraschend und enttäuschend. Gerade im Bereich Haushaltskonsolidierung haben wir eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht, die seitens der FDP akzeptabel schienen und in einer Kooperationsvereinbarung geregelt würden.
Anzumerken ist, dass im FDP-Programm ein Vielzahl teure Vorschläge enthalten sind: von „A“ wie A-Orchester bis „Z“ wie Zugänge zum Wasser. Eine Absage zu erteilen, ohne das Kompromisse in Kooperationsgesprächen ausgelotet werden, ist kaum nachvollziehbar. Sie hätte die Chance gehabt, ihre Anträge mit einer Mehrheit im Rat umzusetzen. Jetzt werden es Oppositionsanträge. Ob der Verzicht auf Gestaltung im Sinne der Wähler ist, wagen wir zu bezweifeln.“

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 11.06.2008, 15:57 Uhr - 10916 Clicks - Nr. 622*

INFODIENST - Scientology

Seit Eröffnung der neuen Scientology-Hauptstadtzentrale ist die Organisation immer wieder Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der vorliegende Text befasst sich hierbei mit den Ideen, Zielen und Methoden von Scientology.

Der INFODIENST steht HIER zur Verfügung.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 11.06.2008, 16:49 Uhr - 13576 Clicks - Nr. 623*

Selbstbestimmung in den Alten- und Pflegeheimen

Die SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus in Dithmarschen hatte kürzlich zu einer Diskussionsveranstaltung zum neuen Pflegegesetzbuch der Landesregierung in Kiel und zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Schleswig-Holstein eingeladen. Das Treffen mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen fand in der Altenwohnanlage „Haus Sonnenschein“ in Burg statt.

Mit einem Gesamtwerk aus drei Einzelgesetzen will die Landesregierung Artikel 5a der Landesverfassung zum Schutz der Rechte und Interessen pflegebedürftiger Menschen und zur Förderung der Versorgung für ein menschenwürdiges Leben umsetzen. In einem ersten Schritt wird das Selbstbestimmungsrecht durch die Novellierung des „Heimrechts“ gestärkt. Diesem neuen „Selbstbestimmungsstärkungsgesetz“ folgt das „Pflegeinfrastrukturgesetz“ als Nachregelung zum

bisherigen Landespflegegesetz. Als Drittes soll durch das „Ausbildungsgesetz“ die Ausbildung in der Pflege nach Bundesaltenpflegegesetz geregelt werden. Das neue Selbstbestimmungsstärkungsgesetz tritt 1. Januar 2009 in Kraft.

Grund genug für die versammelten Senioren und ihre Gäste über die Formen der Selbstbestimmung in den Alten- und Pflegeheimen nachzudenken. Für den Kreisvorsitzenden der AG 60plus in Dithmarschen Klaus Steinschulte geht das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz nicht weit genug. Ihm fehlt u. a. die zwingende Forderung nach Heimbeiräten. Denn über Mitwirkung allein könne Mitbestimmung nicht gestärkt werden.

Zur Regelprüfung bzw. Heimaufsicht vertrat der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen die Ansicht: „Nicht der Staat regelt, sondern er begründet, warum er regelt.“ Unsere Familienstrukturen hätten sich verändert, so dass viele Pflegebedürftige allein dastünden. Wenn die Familie nicht für den Schutz der Bedürftigen sorgen könne, dann müsse dies der Staat übernehmen. Es müsse Standards geben, auf die sich die Betroffenen verlassen können und auf die der Staat achtet. „Zu einer guten Einrichtung gehört die möglichst tiefe Einbeziehung derer, die darin leben.“ So der Abgeordnete. Wenn sich ein Haus auf dem Markt halten wolle, müsse es sich für Kontrollen öffnen.

Die Diskussion um Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein endete mit der einhelligen Meinung, dass die bisher bewährten acht Beratungsstellen im Land nicht zwingend durch neue Stützpunkte ersetzt werden müssten. Die AG 60plus will an die Landtagsfraktion einen Antrag stellen, die Beratungsstelle in Dithmarschen zu erhalten und ggf. zu einem Pflegestützpunkt auszubauen.

Keine Kommentare

SPD Bad Bramstedt - *veröffentlicht am 12.06.2008, 00:36 Uhr - 3291 Clicks - Nr. 624*

Bodo Clausen führt weiter die SPD-Fraktion in Bad Bramstedt

Bodo Clausen, schon bislang Fraktionsvorsitzender, bekam das einstimmige Votum seiner Parteifreunde.
Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung haben sich nunmehr nach der Kommunalwahl formiert und ihre Fraktionsspitze neu gewählt.
Bodo Clausen, schon bislang Fraktionsvorsitzender, bekam das einstimmige Votum seiner Parteifreunde. Zu seinen Stellvertretern wurden Birgit Albrecht und Jan-Uwe Schadendorf gewählt.

Für die konstituierende Sitzung der Stadtverordneten am 30.6. wird die SPD Arnold Helmcke erneut als Kandidaten für die Position des zweiten stellvertretenden Bürgermeisters vorschlagen. Als stellvertretender Bürgervorsteher wird Jan-Uwe Schadendorf vorgeschlagen werden.

Die Besetzung der Ausschüsse und deren Leitung wollen die Sozialdemokraten in den nächsten Wochen mit den anderen Fraktionen besprechen, um möglichst zu einem gemeinsamen Vorschlag zu kommen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 12.06.2008, 12:27 Uhr - 4514 Clicks - Nr. 625*

Mehr Geld für Investitionen in kommunale Projekte -

Lothar Hay zieht positive Bilanz der Verwaltungsstrukturreform bei Ämtern und Gemeinden
Erscheinungsdatum:
12.06.2008
Innenminister Lothar Hay hat eine positive Bilanz der Verwaltungsstrukturreform bei Ämtern und Gemeinden gezogen.
Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte am Donnerstag (12. Juni) in Kaltenkirchen (Kreis Segeberg) lobte Hay das Engagement von Kommunalpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern. „Es verdient Respekt und Anerkennung, wie rasch teilweise sehr unterschiedliche Verwaltungen zusammengefunden haben“, sagte der Minister.

Seit 2000 sind 76 hauptamtliche Verwaltungen durch freiwillige Zusammenschlüsse weggefallen. Damals gab es 222 kreisangehörige Verwaltungen, heute sind es 146. Da die neuen Verwaltungen zum Teil erheblich größer sind, können sie nach Auffassung des Ministers ihr Personal besser fachlich spezialisieren und auch flexibler einsetzen.

Die neuen Verwaltungsstrukturen seien auch in wirtschaftlicher Hinsicht vorteilhaft, sagte Hay. Eine erste Überprüfung von Zusammenschlüssen kreisangehöriger Kommunalverwaltungen durch ein Beratungsunternehmen im vergangenen Jahr habe die Prognose des Landesrechnungshofes von 2003 bestätigt. Danach können bei einem Verwaltungszusammenschluss in der Regel mittelfristig mindestens 200.000 Euro im Jahr eingespart werden.

Hay ist sicher, dass die Reform weiter geht. Die Erfolge seien in Euro und Cent zu messen. Wer in den vergangen Jahren die Zeichen der Zeit erkannt und größere Verwaltungen gebildet habe, spüre schon jetzt die zahlreichen Vorteile. „Statt Geld für Bürokratie auszugeben, stehen Mittel für Investitionen zur Verfügung“, sagte der Minister. Die Gewinne aus der Reform seien in kommunalen Projekten und Organisationen wie Kindergärten, Schulen, Sportvereinen oder der Feuerwehr gut angelegt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Wedel - *veröffentlicht am 12.06.2008, 13:02 Uhr - 2656 Clicks - Nr. 626*

SPD-Wedel zum Ausgang der Kommunalwahl

Presseerklärung der SPD Wedel zum Ausgang der Kommunalwahl
Die SPD-Fraktion hat am 26.05.08 in ihrer 1. Sitzung nach der Kommunalwahl das Wedeler

Wahlergebnis ausführlich beraten. Dabei kommt die Fraktion zu folgenden Einschätzungen:

Die SPD-Fraktion ist bestürzt über die äußerst geringe Wahlbeteiligung. Wenn auf ganz Wedel bezogen lediglich knapp 40 % aller Wähler ihre Stimme abgeben und in einzelnen Wahlkreisen die Beteiligung sogar unter 30 % liegt, dann muss dieser Punkt alle Parteien mit großer Sorge erfüllen. Das bei Kommunalwahlen die Wahlbeteiligung so gering ausfällt, ist besonders bedauerlich, da gerade auf örtlicher Ebene die Demokratie am unmittelbarsten erlebt werden kann und Entscheidungen durch aktive Teilhabe an den örtlichen Wahlen beeinflusst werden können.

Das eigene Wahlziel, nämlich in Wedel wieder stärkste politische Kraft zu werden,

hat die SPD verfehlt. Insofern können wir mit dem Ergebnis der Wahl nicht zufrieden sein. Ganz offenkundig hat die Partei DIE LINKE der SPD einiges an Stimmen gekostet. Damit unterscheidet sich das Wedeler Ergebnis von den Ergebnissen in den anderen Städten im Kreis, wo die örtlichen SPD-Gliederungen ohne die Konkurrenz durch die Linkspopulisten antreten konnten. Ohne die Linke in Wedel wäre die SPD sicherlich stärkste Kraft in der neuen Ratsversammlung geworden.

Insofern ist auch die Wedeler SPD von bundes-und landespolitischen Einflüssen nicht verschont geblieben.

In einzelnen Wahlbezirken haben aber auch deutlich kommunalpolitische Fragen eine entscheidende Rolle gespielt. So zeigt das Ergebnis im Wahlbezirk 2, dass die Frage der Nordumfahrung keineswegs in der Bevölkerung so eindeutig entschieden ist, wie es einige andere Wedeler Parteien gerne hätten.

Für die SPD in Wedel bedeutet das Gesamtergebnis, dass wir versuchen werden, unsere Positionen in Zukunft noch stärker deutlich zu machen. Gerade die Frage der sozialen Gerechtigkeit, die auch in unserem Wahlprogramm einen eindeutigen Schwerpunkt darstellt, wird dabei für uns eine entscheidende Rolle spielen.

Neben der Diskussion über das Wahlergebnis stand auf der 1. Sitzung der Fraktion auch die Wahl einer neuen Führungsspitze auf der Tagesordnung. Bei dieser Wahl wurde Andreas Schnieber einstimmig erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 12.06.2008, 14:26 Uhr - 7660 Clicks - Nr. 627*

Ausbildungsbonus für Altbewerber

Der Ausbildungsbonus für Altbewerber wurde im Bundestag verabschiedet. Es geht um junge Menschen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben und länger als ein Jahr keinen finden. Schon mit dem nächsten Ausbildungsjahr ab 2008/2009 soll die Bonusregelung dies ändern. Die Agentur für Arbeit vergibt den Ausbildungsbonus für Altbewerber und unterstützt die Betriebe, wenn notwendig auch mit sozialpädagogischer Begleitung.

"Wir müssen eigentlich bereits in Kindertagesstätte und Schule mehr für Chancengleichheit tun, aber hier haben wir spezielle Hilfen beschlossen, damit weniger Leid bei jenen entsteht, die es

schwer haben, eine Lehrstelle zu finden ", erklärt Dr. Wolfgang Wodarg. Die noch ausstehende Zustimmung des Bundesrates gilt als gewiss.

"Wir brauchen dringend Fachkräfte und müssen Judendlichen helfen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Auch bei uns im Wahlkreis Schleswig-Flensburg gibt es zu viele Jugendliche, die immer wieder Absagen erhalten oder in Warteschleifen verharren. Für diese Altbewerber werden ab Herbst 2008 Ausbildungsplätze mit einem Bonus zwischen 4.000 und 6.000 Euro gefördert und die betriebliche Ausbildung wird sozialpädagogisch begleitet. Diese Begleitung findet in Form ausbildungsbegleitender Hilfen statt, die die Agentur für Arbeit dort anbietet, wo dies notwendig ist. Damit ist der Weg frei für neue und zusätzliche Ausbildungsplätze im Betrieb und die Ausrede, man könne sich nicht um die Probleme der AZUBIS kümmern, wird relativiert", so der SPD-Bundestagsabgeordnete weiter.

Mit dem Ausbildungsbonus für Altbewerben wird ein Kernversprechen sozialdemokratischer Politik umgesetzt: Aufstieg durch Bildung und Ausbildung. Bis 2010 sollen bundesweit 100.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gefördert werden.

Meist sind es Jugendliche mit Haupt-, Sonder- oder keinem Schulabschluss, die bisher vergeblich einen Ausbildungsplatz suchten. Deshalb erhalten sie zukünftig auch einen Rechtsanspruch auf den Bonus für Ausbildung, sofern es sich um einen zusätzlichen Ausbildungsplatz handelt. Altbewerber mit einem höheren Schulabschluss können den Bonus ebenfalls ab dem nächsten Ausbildungsjahr erhalten.

Der Bonus ist Teil eines SPD-Gesamtkonzeptes für bessere Chancen junger Menschen. Auch bei der anstehenden Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist darauf zu achten, dass Deutschland die Kultur der zweiten Chance auch gesetzlich verankert: Jeder soll das Recht haben, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Nur so gilt: Aufstieg durch Bildung!

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 12.06.2008, 17:28 Uhr - 5565 Clicks - Nr. 628*

Herzlichen Glückwunsch zur 2. Stadtpräsidentschaft!

Zur Wahl von Cathy Kietzer zur Kieler Stadtpräsidentin erklärt der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:
„Herzlichsten Glückwunsch Cathy!
Es ist bisher ohne Beispiel, dass nach 5-jähriger Oppositionszeit eine ehemalige Stadtpräsidentin wieder in dieses Amt gewählt wird. Mit Charme, Chic und Verstand wird sie die Geschicke der Ratsversammlung begleiten und leiten.
Herzliche Glückwünsche für eine gute Amtsführung gehen von uns auch an Rainer Tschorn und Dagmar Hirdes!“

Kommentar von Horst Mottl vom 13.06.2008, 09:59 Uhr:
RE:Herzlichen Glückwunsch zur 2. Stadtpräsidentschaft!

Liebe Cathy, wir freuen uns,dass die Wahl auf Dich gefallen ist. Somit ist wieder eine kompetente und umfassend informierte Stadtpräsidenten im Einsatz. Wir wünschen gutes Gelingen Deiner Dir bestens vertrauten Aufgaben in der Stdt Kiel. Horst & Gudrun

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 13.06.2008, 08:43 Uhr - 2509 Clicks - Nr. 629*

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Heute erscheint die neueste Ausgabe unserer Stadtteilzeitung für Engelsby. Der eMail-Versand an unsere Abonnenten ist bereits erfolgt.
Die Briefkastenverteilung beginnt an diesem Wochenende.

Aus dem Inhalt:

- Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen
- Für Fußgänger nach wie vor unbefriedigend
- Viele Wünsche zur Umgestaltung des Spielplatzes
- Herzlichen Glückwunsch: 10 Jahre Polizeistation
- Pflanzaktion im Bürgerpark Twedt

und vieles Interessantes mehr aus Ihrem Stadtteil.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer kleinen Stadtteilzeitung für Engelsby.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 14.06.2008, 16:05 Uhr - 6193 Clicks - Nr. 630*

POLITIK ANSCHAULICH

Der Film "Zusammen ist man weniger allein" und die anschließende Diskussion mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg über die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft und neue Formen der Pflege und Sorge füreinander fängt heute im Flensburger Kinoplex SCHON UM 18:00 UHR an, sodass niemand das Fußballspiel verpassen muss!

Der erfolgreiche französische Filmemacher Claude Berri zaubert Anna Gavaldas populären Roman als moderne Beziehungskomödie auf die Leinwand. Sein Zusammen ist man weniger allein ist ein hemmungslos romantisches Märchen. Dafür greift er ohne

Scheu auf Mechanismen erfolgreicher US-Komödien zurück und kombiniert sie mit dem Charme des französischen Kinos.

Der Film vermittelt eine neue Vision des Zusammenlebens mehrerer Generationen und gibt einen interessanten Lösungsvorschlag für die Herausforderungen des demographischen Wandels, besonders in anonymen Großstädten.

NÄCHSTER POLITISCHER FILMABEND im Flensburger Kinoplex findet am Montag, dem 21.07.2008 um 19:30 Uhr statt. Der Dokumentarfilm "We feed the World" (dt.: "Essen global") wird gezeigt. Anschließend wird die im Film angesprochene Problematik - der Irrsinn globaler Landwirtschaft: Futtermittel, Agrarsubventionen, Gentechnologie, Überfischung und "Biosprit statt Brot" - mit dem Bundestagsabgeordneten diskutiert.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 14.06.2008, 17:26 Uhr - 2686 Clicks - Nr. 631*

SPD-Engelsby: Stadtführungen 2008 in Flensburg

Wissen Sie warum Flensburg als „Rumstadt“ mit „Schrangen“ und „Petuh-Tanten“ gilt? Diese und viele weitere Fragen beantworten die Gästeführer/innen der Flensburg Fjord Tourismus GmbH im Laufe des Sommers. Von Juni bis September werden 50 Stadtführungen mit verschiedenen Themen durchgeführt.

Neu in diesem Jahr ist die Stadtführung mit dem Schiff! Mit der Barkasse Flora II können alle Teilnehmer die Stadt von der Wasserseite aus erkunden. An Bord erzählt ein echter Flensburger Seebär unterhaltsame Geschichten von Land & Lüüd, dem regen Leben am Wasser und viel vom Mee(h)r.

Für alle, die Flensburg von einer neuen Seite kennenlernen möchten, findet jeden zweiten Dienstag die Führung „Flensburg hinten Rum“ statt. Fern des Trubels der Fußgängerzone führt die Tour von der Roten Straße über die Justizhöhen in die Marienstraße.

Der Dämmerungsbummel findet jeden zweiten Donnerstag statt. Die 1,5-stündige Führung zeigt die nördliche Altstadt und den Hafen in der besonderen Stimmung zwischen Tag und Nacht. Im Anschluss wird ein kleiner Imbiss gereicht – „eine tolle Gelegenheit um noch offene Fragen von dem Gästeführer beantwortet zu bekommen“ so Finn Jensen von der Flensburg Fjord Tourismus GmbH.

Mittwochs kann die Stadt per Bus besichtigt werden. Im wöchentlichen Wechsel wird die östliche und die westliche Stadt erkundet. Ein Gästeführer begleitet die Fahrt und zeigt den Fahrgästen die schönsten und interessantesten Ecken der Stadt. „Das ist eine gute Gelegenheit Flensburg kennen zu lernen, wenn man nicht mehr so gut zu Fuß ist oder einfach mal eine spannende Busfahrt unternehmen möchte“
so Hanna Johansson von der FFT.

Auf Flensburgs touristischer Internetseite Flensburg Tourismus stehen alle Informationen zum

Download bereit.
Fragen beantworten die Mitarbeiter der Touristinformation Flensburg gern persönlich - Telefonnummer 0461 – 9090920.

Bei allen Führungen wird um Anmeldung gebeten.

Keine Kommentare

SPD Wiedingharde-Emmelsbüll - *veröffentlicht am 16.06.2008, 20:42 Uhr - 2866 Clicks - Nr. 632*

Kommunalwahlen in der Wiedingharde

SPD-Wiedingharde hat auf Gemeindeebene zugelegt.
SPD-Wiedingharde hat Plus gemacht.
Bei den Gemeindewahlen konnten wir in Emmelsbüll-Horsbüll um 2,8% und in Neukirchen um 9,8% zulegen.
Spricht das für uns?

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 17.06.2008, 10:55 Uhr - 10769 Clicks - Nr. 633*

Rechtsgrundlage für ordnungsgemäße Wahlprüfung schaffen

Kreis-SPD zur Auszählung der Landratswahl: Gesetzliche Regelungen müssen eingehalten werden. Die drei SPD-Mitglieder im Kreiswahlausschuss haben heute den Kreiswahlleiter schriftlich aufgefordert, das am 29. Mai in der Kreiswahlausschusssitzung festgestellte Ergebnis der Landratswahl zügig zu veröffentlichen. „Dies ist der gesetzlich vorgeschriebene und richtige Weg, um die Wahl rechtlich einwandfrei abzuschließen“, erläutert SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran

Der § 81 der Gemeinde- und Kreiswahlordnung schreibt vor, dass der Wahlleiter das vom Wahlausschuss festgestellte Wahlergebnis bekannt gibt. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, wann die Einspruchsfrist beginnt. „Die amtliche Bekanntmachung ist nicht erfolgt, obwohl das Wahlergebnis bereits am 29. Mai festgestellt worden ist“, moniert der Kreisvorsitzende. Mit der Bekanntmachung erhielten die Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, Einsprüche an die zuständige Kommunalaufsicht zu melden. Die Kommunalaufsichtsbehörde habe dann unverzüglich über die Gültigkeit der Wahl sowie über Einsprüche zu entscheiden. Das sei der Rechtsrahmen, der allen Bürgerinnen und Bürgern verlässliche Bedingungen biete.

„Der SPD-Kreisverband hat ein hohes Interesse daran, klare Verhältnisse für den endgültigen Ausgang der Landratswahl zu bekommen“, stellt Beran klar. Durch ein sauberes Verfahren ließen sich auch die durch anonyme Anzeigen über angebliche Unregelmäßigkeiten entstandenen Gerüchte und Spekulationen beenden, da Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl nur unter Nennung von „Ross und Reiter“ und nachprüfbaren Tatsachenbehauptungen möglich sind.

Die Kommunalaufsicht werde allen berechtigten Einsprüchen mit den geeigneten Mitteln nachgehen. Man dürfe aber nicht allen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern unterstellen, dass sie falsch gezählt hätten.

Beran: „Jetzt kommt es darauf an, den durch das Gesetz vorgegeben Rechtsrahmen einzuhalten und nicht nach Feststellung des Wahlergebnisses durch den Kreiswahlausschuss einen rechtsfreien

Raum mit unbewiesenen Verdächtigungen, zweifelhaften Handlungen und nicht existierender Rechtsgrundlage für Einsprüche der Wähler entstehen zu lassen. Wir wollen keine Legendenbildung zulassen.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 17.06.2008, 11:01 Uhr - 7804 Clicks - Nr. 634*

ASG Bundesausschuss der SPD zur Pflege

Anlässlich seiner halbjährlichen Sitzung im Willy-Brandt-Haus in Berlin beriet jetzt der Bundesausschuss der ASG (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen) die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung in den Bundesländern und forderte "Kurshalten" von der Gesundheitsministerin. Teilgenommen haben Delegationen mit Gesundheitspolitikerinnen und -politikern aus allen Bundesländern.

Die ASG begrüßt das Pflegeversicherungsweiterentwicklungsgesetz ausdrücklich. Es ist ein großer Schritt nach vorne. In den Verhandlungen in der Koalition ist es den Vertreterinnen und Vertretern der SPD unter Führung unserer Gesundheitsministerin Ulla Schmidt gelungen, zahlreiche Forderungen der SPD durchzusetzen. Die zum 1. Juli 2008 in Kraft tretende Reform der Pflegeversicherung ist eine sozialdemokratische Reform. Unsoziale Vorschläge und Vorstellungen von Seiten der Union, wie ein Einstieg in ein Prämienmodell, ein Abschmelzen von Leistungen und ähnliches konnten allesamt verhindert werden. Die deutlichen Leistungsverbesserungen zum Wohle von Pflegebedürftigen, Angehörigen, ehrenamtlich sowie professionell Pflegenden, die Verbesserung der Strukturen, allen voran die ortsnahen Pflegestützpunkte, und die gerechte, paritätische Beitragsanhebung zur Finanzierung sind klares Verdienst der SPD. Damit die Pflegestützpunkte nun auch schnell flächendeckend entstehen, müssen die Länder aktiv werden.

"Ich fordere die unionsgeführten Länder auf, ihre ideologischen Scheuklappen jetzt endlich abzulegen und so schnell wie möglich den Startschuss für die Einrichtung der Pflegestützpunkte zu geben. Es ist beschämend, wenn aus abstrusen, parteipolitischen Motiven heraus Menschen in größter Notlage auf die wohnortnahe Hilfe verzichten müssen", so der ASG Bundesausschussvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg.

In der Perspektive gilt es, die nächsten Schritte anzugehen:

Gerechte Finanzierung - Pflegebürgerversicherung

Für die SPD bleibt das Ziel die Pflege-Bürgerversicherung. Die heutige Finanzierung ist ungerecht. Die eklatante Ungleichheit hinsichtlich des Pflegerisikos zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung ist für die SPD inakzeptabel. Gerade auch, weil die Leistungen vollkommen identisch sind, ist ein Nebeneinander von privat und gesetzlich in der Pflegeversicherung absurd. Würden auch die privat Pflegeversicherten wie die Gesetzlichen 1,95% ihres Einkommens als Beitrag bezahlen, wäre die Finanzierung der Pflegeversicherung bis über das Jahr 2030 hinaus zu

einem konstanten Beitragssatz gesichert.

Pflegekräfte - Arbeit von Menschen an Menschen

Insgesamt müssen die Bedingungen für die Arbeit von Menschen an Menschen besser werden. Gerade in der Pflege hat eine enorme Arbeitsverdichtung stattgefunden. Dem muss entgegengewirkt werden. Pflege als Beruf muss attraktiver werden. Nur wenn ordentliche Arbeitsbedingungen und eine ordentliche Bezahlung gewährleistet sind, können in Zukunft junge Menschen für die Pflegeberufe gewonnen werden.

Mindestlöhne

Es ist skandalös, wenn Pflegerinnen und Pfleger für ihre schwere Arbeit Hungerlöhne bekommen. Schwarzarbeit muss in ordentliche, sozialversicherte Beschäftigung umgewandelt werden. "Illegale" Pflege muss aus der Illegalität herausgeholt werden. Wir brauchen auch in der Pflege einen Mindestlohn. Mindestlöhne helfen den Menschen direkt und stabilisieren nebenbei auch die Einnahmen der Sozialversicherungen.

Neuer Pflegebegriff

Wir begrüßen, dass unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit gegenwärtig ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff erarbeitet und erprobt wird. Ziele müssen sein: Weg von der Minutenpflege, hin zu einem Pflegebegriff, der auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Auch in der Pflege muss der Paradigmenwechsel wie in der Behindertenpolitik vollzogen werden: Weg von der Versorgung, hin zur Teilhabe. Bedarfsermittlung und Leistungen müssen sich am Ziel eines würdigen, selbst bestimmten und auch möglichst selbständigen Lebens orientieren.

Lohnfortzahlung bei plötzlicher Pflegenotwendigkeit

Für die SPD heißt Familie, dass sich Eltern um ihr Kinder, aber auch Kinder, Enkel oder Geschwister um ihre Eltern, Großeltern oder Geschwister kümmern bzw. kümmern können. Deswegen ist die SPD in den Reformverhandlungen für die Freistellung vom Beruf, bei plötzlich auftretender Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen eingetreten. Die Union hat jedoch eine bezahlte Freistellung für 10 Tage verhindert. Die SPD kämpft weiterhin dafür, dass, was bei der Erkrankung eines Kindes selbstverständlich ist, auch für die Hilfe bei plötzlicher Pflegebedürftigkeit von Eltern gilt. Keiner soll von der Pflegeorganisation für seine Eltern, Großeltern oder Geschwister abgehalten werden, weil er es sich nicht leisten kann. Die Auszeit muss, wie die bei Erkrankung von Kindern, bezahlt werden.

Regionale Strukturen der Pflege zusammenführen und das Ehrenamt einbinden

Die SPD will Doppelstrukturen und administrativen Aufwand vermeiden. Die Pflegestützpunkte holen die Kostenträger der Region an einen Tisch und sollten über die individuelle Beratung hinaus auf ein örtliches Netzwerk hinwirken, welches dem Wunsch der Einwohner nach guter Pflege in gewohnter Umgebung möglichst entspricht. Pflege und Sorge sind Kernbereiche kommunaler Daseinsvorsorge. Kommunen können die Angebote des Marktes nutzen, müssen aber für Strukturen, Zugang und Qualität in Zukunft gemeinsam mit den Kassen vor Ort geradestehen. "Da die über 250 Pflegekassen sich auf eine Repräsentanz vor Ort einigen müssen, wird dieser Abstimmungsprozess in vielen Regionen Deutschlands durch die neue gesetzliche Regelung erheblich erleichtert", meinte der Bundesausschussvorsitzende Dr. Wolfgang Wodarg.

Keine Kommentare

AG60plus - Dithmarschen - *veröffentlicht am 17.06.2008, 14:20 Uhr - 4902 Clicks - Nr. 635*

Veranstaltung der AG 60plus-Dithmarschen zum neuen Pflegegesetz

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus in Dithmarschen hatte am 10.06.08 zu einer Veranstaltung zum neuen Pflegegesetzbuch der Landesregierung Schleswig-Holstein und zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Schleswig-Holstein in das DRK-Altenhilfezentrum „Haus Sonnenschein“ in Burg eingeladen.
Der Leiter des Altenhilfezentrums, Herr Witt, begrüßte die Anwesenden. Neben vielen interessierten Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft nahmen der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen, Angelika Hansen-Siebel
Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus in Dithmarschen hatte am 10.06.08 zu einer Veranstaltung zum neuen Pflegegesetzbuch der Landesregierung Schleswig-Holstein und zur Einrichtung von Pflegestützpunkten in Schleswig-Holstein in das DRK-Altenhilfezentrum „Haus Sonnenschein“ in Burg eingeladen.
Der Leiter des Altenhilfezentrums, Herr Witt, begrüßte die Anwesenden. Neben vielen interessierten Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft nahmen der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen, Angelika Hansen-Siebels, Vorsitzende des Sozialausschusses des Kreises, Vertreter des Kreises und von Pflegeeinrichtungen, Mitglieder von Heimbeiräten und Seniorenbeiräten an der Veranstaltung teil.
Jörn Thießen führte aus, wie es zu diesem Gesetzentwurf gekommen ist. Durch die Föderalismusreform sind die in dem Gesetz beschriebenen Aufgaben auf die Länder übertragen worden. Länder wollten die Hoheit. Bund gibt gesetzliche Orientierung und auch Geld. Der Bund hat sich damit von Dingen verabschiedet, für die z. B. das Bundes-Ministerium für Arbeit zuständig war. Für die Menschen ist diese Tatsache allerdings unwesentlich. Sie interessieren sich dafür, was kommt bei uns an. Sie wollen dauerhafte Strukturen und Verlässlichkeit. Wie wird mit Menschen ohne Pflegestufe umgegangen? Pflegestützpunkte müssen unabhängige Beratung bieten. Die Menschen wollen Informationen aus einer Hand, denen sie vertrauen können. Standards müssen eingehalten und auch kontrolliert werden. Nicht alle Menschen wollen gleich in ein Pflegeheim. Viele möchten Wohngemeinschaften oder betreutes Wohnen. Die Gesetze müssen auch einer kritischen Beleuchtung unterzogen werden, es muss Veränderungen geben können.
Die Landesregierung will mit dem Pflegegesetzbuch mit seinen drei Einzelbüchern den Artikel 5 a der Landesverfassung zum Schutz der Rechte und Interessen pflegebedürftiger Menschen umsetzen. In einem ersten Buch, dem „Selbstbestimmungsstärkungsgesetz“ (das ist der Arbeitstitel) soll die Durchsetzung der Interessen der Heiminsassen gestärkt werden. Danach sollen ein „Pflegeinfrastrukturgesetz“ und in einem dritten Schritte ein „Ausbildungsgesetz“ für Beschäftigte im Bereich „Pflege“ folgen.
In der Diskussion gab es viele kritische Anmerkungen. Unter anderem wurde gefragt, wie an Demenz erkrankte Menschen in den Heimbeiräten vertreten sein sollen. Hier sollte im Gesetz zwingend die Möglichkeit vorgeschrieben werden, Externe in die Heimbeiräte zu wählen bzw. zu entsenden. Dazu wäre es eventuell erforderlich mehr Externe als Interne in die Heimbeiräte zu wählen. Das muss im Gesetz geregelt werden.
Der Gesetzentwurf wurde allgemein begrüßt. Es muss aber sichergestellt sein, dass zum Beispiel Mitwirkung in einigen Bereichen durch Mitbestimmung durch Mitbestimmung ersetzt wird.
Für den Kreisvorsitzenden der AG 60plus in Dithmarschen, Klaus Steinschulte, geht das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz in vielen Bereichen nicht weit genug. Ihm fehlt u. a. die zwingende Forderung nach Heimbeiräten. Denn über Mitwirkung allein könne Mitbestimmung nicht gestärkt werden.

Zur Regelprüfung bzw. Heimaufsicht vertrat der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen die Ansicht: „Nicht der Staat regelt, sondern er begründet, warum er regelt.“ Unsere Familienstrukturen hätten sich verändert, sodass viele Pflegebedürftige allein dastünden. Wenn die Familie nicht für

den Schutz der Bedürftigen sorgen könne, dann müsse dies der Staat übernehmen. Es müsse Standards geben, auf die sich die Betroffenen verlassen können und auf die der Staat achtet. „Zu einer guten Einrichtung gehört die möglichst tiefe Einbeziehung derer, die darin leben.“ So der Abgeordnete. Wenn sich ein Haus auf dem Markt halten wolle, müsse es sich für Kontrollen öffnen.

Die Einrichtung von Pflegestützpunkten wurde ebenfalls eifrig diskutiert, die Anwesenden waren der Meinung, dass die bisher bewährten acht Beratungsstellen im Land nicht zwingend durch neue Stützpunkte ersetzt werden sollten. In Dithmarschen gibt es mit der unabhängigen Beratungsstelle eine Top-Einrichtung. Die AG 60plus will an die Landtagsfraktion einen Antrag stellen, die Beratungsstelle in Dithmarschen zu erhalten und ggf. zu einem Pflegestützpunkt auszubauen.
Nach zwei Stunden endete eine interessante und informative Veranstaltung

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 17.06.2008, 15:26 Uhr - 4063 Clicks - Nr. 636*

Irlands „Nein“ ist eine große Enttäuschung

Zum Scheitern des EU-Referendums in Irland erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Das Scheitern des Referendums in Irland ist eine große Enttäuschung! Zum zweitenmal wurde ein EU-Vertrag abgelehnt. Dieses Ergebnis bedeutet einen enormen Rückschlag im Reformprozess, der hoffentlich nicht in eine Existenzkrise der EU mündet!
Damit ist der weitere Prozess der Herausbildung der Union, der die soziale Dimension einschließt, in Frage gestellt. Nun ist Pragmatismus der Nationalstaaten und der Regionen gefordert.

Wir hoffen, dass die Bedeutung Europas vielen Menschen inzwischen so bewusst ist, dass sie auch ohne ein vertragliches Reformwerk Europa und die europäische Idee leben.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 17.06.2008, 19:54 Uhr - 4893 Clicks - Nr. 637*

Mit „Sport gegen Gewalt“ weiterhin erfolgreich in der Kriminalprävention;

Lothar Hay: „Wir erreichen junge Leute dauerhaft“

Erscheinungsdatum:
17.06.2008

Innenminister Lothar Hay hat die Sportvereine als unverzichtbare Partner des Staates bei der Kriminalprävention gewürdigt. „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit ist eines der erfolgreichsten Präventionsprojekte in Schleswig-Holstein“, sagte Hay am Dienstag (17. Juni) in Kiel.
Zu diesem Konzept gebe es keine Alternative. Das Projekt sei überall im Lande bekannt und anerkannt. „Sport gegen Gewalt ist der Beweis, dass man junge Leute dauerhaft erreicht“, sagte Hay. Das gelte besonders für Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen. Das Projekt helfe jungen Leuten, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Auf Initiative der Landesregierung hat der Landessportverband bereits vor 14 Jahren das Konzept für „Sport gegen Gewalt“ entwickelt. Heute betreuen über 30 ehrenamtliche Helfer in 80 Gruppen Woche für Woche über 2.000 Jungen und Mädchen. Viele Kurse werden in sozialen Brennpunkten angeboten. Dadurch erreicht „Sport gegen Gewalt“ auch verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche. Der Anteil junger Leute aus Migrantenfamilien liegt bei rund 40 Prozent. Neben den Sportvereinen beteiligen sich auch Schulen, Jugendzentren, Kriminalpräventive Räte, Kirchengemeinden und die Polizei an den einzelnen Programmen, Maßnahmen und Projekten, die jährlich mit 230.000 Euro aus Glücksspielmitteln gefördert werden.

Beliebteste Sportarten sind Fußball und Basketball, die asiatischen Verteidigungssportarten wie Judo, Taekwon-Do, Jiu Jitsu und verschiedene sportartübergreifende Angebote, in denen die Kinder und Jugendlichen selbst die Inhalte bestimmen. Bei „Sport gegen Gewalt“, lernen die Jugendlichen Fairness und Teamfähigkeit. Sie müssen akzeptieren, dass es Partner, Gegner und Mitspieler gibt und dass auf Siege auch Niederlagen folgen. Die jungen Leute lernen ferner, dass Entscheidungen und Regeln respektiert und eingehalten werden müssen und Konflikte sich durch Gespräche und Kompromisse lösen lassen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 18.06.2008, 09:52 Uhr - 2528 Clicks - Nr. 638*

Bürgermeisterwahl in Steinfeld

Am 20. Juni 2008 um 18.30 Uhr findet die konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung im Landgasthof "Jäger´s Ruh" statt.
Auf der Sitzung wird der Bürgermeister, seine Stellvertreter und die Ausschussmitglieder gewählt.
Bei der Kommunalwahl hat die SPD am 25. Mai 6 von 11 Sitzen erhalten und bildet in der Gemeindevertretung die Mehrheit.
Auf der Sitzung wird weiterhin ein Beschluss zur betreuten Grundschule in Steinfeld gefasst. Es ist geplant, dass die Kinder auch eine warme Mahlzeit erhalten können.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 18.06.2008, 11:54 Uhr - 8393 Clicks - Nr. 639*

Wir setzen Prioritäten

In der aktuellen Stunde des Landtages zu den Ergebnissen des Eckpunktepapiers der Landesregierung für den Haushalt 2009/10 sagte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, ***Birgit Herdejürgen****:*

Das Kabinett hat mit den Eckwerten zum Haushalt zwei zentrale Zielgrößen definiert:

Über die Vereinbarung im Koalitionsvertrag hinaus wird ein verfassungskonformer Haushalt aufgestellt und es gibt einen klaren inhaltlichen Schwerpunkt in den Bereichen Bildung, Familie, Forschung. Schleswig-Holstein leistet sich an einigen Stellen mehr als andere Länder – es leistet sich an anderen Stellen jedoch auch weniger als andere Länder.

Alle Diskussionen im Rahmen der Föderalismuskommission dienen ja gerade dazu, die Freiheit zu erhalten, eben solche Haushaltsschwerpunkte zu setzen. Der Wissensstandort Schleswig-Holstein soll erhalten werden, um auch in Zukunft Arbeitsplätze zu sichern. Und das beitragsfreie Kindergartenjahr ist dazu da, mehr Kindern einen guten Einstieg in ihre Ausbildung zu ermöglichen.

Die Formulierung von Prioritäten bedeutet, dass andere Inhalte, andere politische Ziele nachrangig zu behandeln sind. Aus beidem – Prioritäten sowie Nachrangigkeiten – ergibt sich ein klarer Auftrag an die Fachministerien. Ein Orientierungsrahmen wurde festgelegt und es gibt Aufträge, was personelle Einsparmöglichkeiten angeht. Die Ergebnisse werden sich im Haushaltsentwurf der Regierung wiederfinden und das Parlament wird sich nach dem Sommer mit diesem Entwurf befassen.

Die Vorschläge der Opposition zum Haushalt werden sich daran messen lassen müssen, wie sie zur Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins beitragen.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 18.06.2008, 20:53 Uhr - 3186 Clicks - Nr. 640*

Grundstücksverkauf am Ballastkai: Beschwerde gegen den Verkauf zurückgewiesen!

Aus gut unterrichteten Kreisen wird berichtet, dass die von der Flensburger Partei „Wir in Flensburg“ (WiF) gegen die Stadt Flensburg angestrengte Beschwerde von der EU abgewiesen wurde.
Zur Erinnerung: Die Stadtwerke (und nicht wie von der WiF stets behauptet die Stadt Flensburg) hat das Grundstück an einen regionalen Investor verkauft. Dieser beabsichtigte hier ein Hotel zu bauen. Begleitend von massiven Bürgerprotesten wurde das hierfür notwendige Planungsverfahren, insbesondere auf Druck der SPD-Ratsfraktion, im Mai 2007 eingestellt. Danach nahm der Grundstückseigentümer seine Rechte nach dem Baugesetzbuch in Anspruch und will nunmehr ein Wohn- und Geschäftshaus realisieren.

Die WiF die mit der Forderung nach mehr Transparenz und Bürgernähe die Kommunalwahl gewonnen hat legte gegen den ihrer Meinung nach rechtswidrigen Grundstücksverkauf bei der Europäischen Kommission Beschwerde ein.
In der Begründung heißt es unter anderen:

„ der Verkauf zu einem unangemessenen Preis ist eine unzulässige staatliche Beihilfe (...), es sind Nutzungsvorgaben für das Grundstück gemacht worden, dies ist eine Verletzung der zwingenden Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge“.

Begleitend zu den Entscheidungen zum Büro- und Geschäftshaus im Januar 2008, erhielten die Ratsmitglieder wiederum Post von der WiF, die massiv die Ablehnung des Projekts forderten. Ihre Forderungen nach Ablehnung begründete die WiF mit der Aussage:
„ Nicht nur die fehlende Ausschreibung und der Kaufpreis, sondern auch die fehlende Rückauflassungsklausel sind unseres Erachtens ein klarer Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht.“ (07.01.2008)

Im nächsten Brief (18.01.2008) wurde diese Haltung noch massiver untermauert:

„ Genehmigen sie jedoch das Vorhaben und im weiteren Verlauf verhängt die EU, die Kommunalaufsicht oder ein Gericht Bußgelder gegen die Investoren, oder wird der Kaufvertrag für nichtig erklärt, dann können diese die Stadt Flensburg verklagen. Da sie über die rechtlichen Bedenken bereits vor der Beschlussfassung informiert worden sind, wäre ihr Verhalten dann als vorsätzlich anzusehen und weitere juristische Schritte zu prüfen. Wir weisen nochmals darauf hin, dass der Verkauf des Grundstücks und das aktuelle Vorhaben nicht ohne öffentliche Ausschreibung hätte stattfinden dürfen.“

Im Laufe des Wahlkampfes hatten die Politiker der WiF immer wieder auf rechtswidrige Entscheidungen der Stadtvertreter hingewiesen.

Nun hat aber die EU deutlich nicht im Sinne der WiF entschieden, sondern die Beschwerde abgewiesen.
Bleibt festzuhalten: Die Entscheidungen zum Grundstücksverkauf waren nicht rechtswidrig. Die entgegenstehenden Aussagen von Politikern der WiF waren falsch.
Bleibt abzuwarten, ob die WiF die Courage hat, sich für die polemischen Angriffe gegen Mitglieder der Ratsversammlung zu entschuldigen.
Stephan Menschel, Ratsherr

Nachtrag vom 23.09.2008
Mittlerweile hat die WiF auch öffentlich zugegeben, dass die Beschwerde abgewiesen wurde.
Auch hat Herr Teichmann von der WiF erstmals zugegeben, dass er zusammen mit seinem Parteifreund Wolfgang Schmiehl das Grundstück im Auftrag von Investoren (die er nicht nennen möchte) das Grundstück an Ballastkai kaufen möchte.
Eine klare Vermischung von eigenen wirtschaftlichen Interessen und Ratstätigkeit!
Eine Entschuldigung für den Vorwurf des Rechtsbruch blieb hingegen aus.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 19.06.2008, 09:00 Uhr - 7439 Clicks - Nr. 641*

"Kompetenznetz Patientenschulung"

Kürzlich trafen sich über 580 Therapeuten/Innen verschiedener Fachdisziplinen, außerdem Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit, der Kostenträger, der Fachverbände und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die sich für eine qualifizierte Patientenschulung für Kinder und Jugendliche mit chronischen Krankheiten und deren Familien einsetzen, zu einer Tagung in Osnabrück. Im Rahmen dieser Jahrestagung wurde das "Kompetenznetz Patientenschulung" gegründet.

Ich begrüße dies sehr und unterstütze diesen präventiven und nachhaltigen Ansatz auch für

meinen Wahlkreis.

Mit der Diagnose der Krankheit bei ihrem Kind stehen Eltern häufig völlig unvorbereitet vor einer schweren Lebensaufgabe. Eltern brauchen bei dieser anspruchsvollen Aufgabe Unterstützung und Anzuleitung. Daher wurden für einige Krankheiten, z. B. Asthma, Neurodermitis, Diabetes, Rheuma oder Epilepsie, strukturierte Schulungskonzepte für Eltern und Kinder entwickelt und wissenschaftlich evaluiert.

Schulungen, die sich an die betroffenen Kinder und ihre Eltern richten, sind ein wichtiger und für die Rehabilitation wesentlicher Bestandteil einer sinnvollen und präventiv wirkenden Krankenbehandlung. Nur wer weiß, worauf es in Umgang mit der jeweiligen chronischen Erkrankung aus medizinischer Sicht ankommt, kann selbst dazu beitragen deren Auswirkungen möglichst gering zu halten. Dies gilt umso mehr für Kinder, da diese auf Hilfe bei der Vermeindung verhaltensbedingte Fehlentwicklungen angewiesen sind.

Für Erwachsene gibt es mittlerweile diverse Initiativen, die sich in der Präventions- und Schulungsarbeit engagieren.

In meinem Wahlkreis Flensburg-Schleswig zum Beispiel sind unter anderen die Initiative AHA (www.ab-heute-anders.de), ein Modellprojekt zur Prävention des Diabetes mellitus Typ 2 in der Region Schleswig-Flensburg und die Unterstützungsgruppe M.O.B.I.L.I.S., die Teil eines bundesweiten interdisziplinären Schulungsprogramm zur Therapie der Adipositas und assoziierter Risikofaktoren ist, aktiv. Die Rheumaliga organisiert Schulungen und Kurse für Arthrose und Fibromyalgieerkrankte.

Bisher wird dieses Engagement überwiegend eherenamtlich getragen. Bei chronischen Erkrankungen regelmäßig notwendige Patientenschulungen durch Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte werden bisher nicht grundsätzlich von den Krankenkassen übernommen. Die gesetzlichen Bestimmungen sind nicht verpflichtend für die Krankenkassen formuliert, sondern als sogenannte "kann-Vorschriften" ausgestaltet.

Insoweit besteht aus meiner Sicht gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Schulungsmaßnahmen von den Krankenkassen bezahlt werden und evaluierte Schulungskonzepte in größerer Zahl erstellt werden.

Dem neu gegründeten "Kompetenznetz Patientenschulung" wünsche ich Erfolg in seiner politischen Arbeit und viele Nachahmer.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.06.2008, 11:27 Uhr - 1702 Clicks - Nr. 642*

SPD-Ratsfraktion zur Forderung des Kleingartenverbandes

"Kiel braucht eine starke Vertretung des Kleingartenwesens in Selbstverwaltung und Verwaltung. Deshalb unterstützen wir den Wunsch des Kleingartenverbandes, seine Anliegen weiterhin über in

der Sache angemessene Gremien einbringen zu können", sagen SPD-Fraktionsvorsitzender Ralph Müller-Beck und der kleingartenpolitische Sprecher Michael Wagner.
"Die Kieler Kleingärtner leisten viel für die Erhöhung der Lebensqualität, vor allem durchschnittlich verdienender junger Familien. Ihre Anlagen sind ökologisch besonders wertvoll, z.B. für den Erhalt der Artenvielfalt von Tier- und Pflanzenarten. Zudem leistet ihre Vereinsarbeit einen erheblichen Beitrag zur sozialen Integration in der Stadt." Die beiden Ratsherren erinnern in diesem Zusammenhang an das Ziel der SPD, einen Kleingartenentwicklungsplan aufzustellen.
"Die Bedeutung der Kleingärten wird aus unserer Sicht vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten zukünftig weiter wachsen. Damit sich dieses in der politischen Diskussion widerspiegelt und der Wandel aktiv gestaltet werden kann, ist das Anliegen der Kieler Kleingärtner nur allzu berechtigt", betonen Müller-Beck und Wagner abschließend.

Keine Kommentare

AG60plus - Dithmarschen - *veröffentlicht am 20.06.2008, 13:15 Uhr - 4808 Clicks - Nr. 643*

Vorstand AG 60plus Dithmarschen auf Seminar in Malente

Der Vorstand der AG 60 plus der SPD Kreisverband Dithmarschen nahm am 12. und 13. Juni 2008 an einer Seminarveranstaltung des Landesvorstandes der AG 60 plus in Malente teil. In der Heinemann-Bildungsstelle befassten sich die Teilnehmer mit dem im Entwurf vor-liegenden Schleswig-Holstein und mit der Einrichtung von Pflegestützpunkten im Lande.
Der Vorstand der AG 60 plus der SPD Kreisverband Dithmarschen nahm am 12. und 13. Juni 2008 an einer Seminarveranstaltung des Landesvorstandes der AG 60 plus in Malente teil. In der Heinemann-Bildungsstelle befassten sich die Teilnehmer mit dem im Entwurf vor-liegenden Schleswig-Holstein und mit der Einrichtung von Pflegestützpunkten im Lande.

Grundsätzlich wurde das Sozialgesetzbuch begrüßt. In drei Punkten jedoch verlangten die Teilnehmer noch Nachbesserungen. So muss zum einen der Bereich der Mitbestimmung des Heimbeirates im Gesetz Niederschlag finden und zum anderen ist die Einrichtung des Heim-beirates als zwingende Vorschrift zu formulieren. In einer Verordnung zum Gesetz ist zu regeln, was geschieht, wenn kein Heimbeirat aus Bewohnern gebildet werden kann.

Von den Teilnehmern der Seniorenveranstaltung wurde weiter gefordert, dass die Multi-plikatoren (Berater der Heimbeiräte) im Gesetz erwähnt und ihre Arbeit beschrieben wird. Die Unkostenerstattung für die Multiplikatoren ist im Gesetz anzusprechen und über Verordnung zu regeln.

Zu den Pflegestützpunkten bildete sich schnell eine einheitliche Meinung. Diese sind einzu-richten und ihre Finanzierung ist zu sichern. Die AG 60 plus befürchtet, dass das Land sagt, ich habe mit der Finanzierung nichts mehr zu tun, das müssen nun die Krankenkassen, die Pflegekassen und die Träger der Sozialhilfe übernehmen. Die Träger der Sozialhilfe aber sagen, dass sie dies nicht finanzieren können. Bei diesen Standpunkten kann es dann schnell geschehen, dass die Pflegestützpunkte in das Loch der Nichtfinanzierbarkeit fallen. Dagegen wehrt sich die AG 60 plus.

Die Ansichten der AG 60 plus sollen dem Sozialausschuss des Landtages vorgestellt werden, um eine Änderung und Ergänzung zu erreichen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 20.06.2008, 13:18 Uhr - 4099 Clicks - Nr. 644*

SPD-Engelsby: Viele Wünsche zur Umgestaltung des Spielplatzes

Anfang Mai war das Spielmobil wieder ein Mal in Engelsby zu Gast. Frau Garnet Kothe mit Ihrem Team vom Kinder-und Jugendbüro, hatten Kinder und deren Eltern zu einem Treffen auf dem Spielplatz am Trögelbsbyer Weg eingeladen.

Neben Spaß und Spiel für die Kinder und Jugendlichen, nahmen auch einige Erwachsene, die ihre Wünsche und Anregungen äußerten, an dem Planungsprozess für die Umgestaltung des Spielplatzes am Trögelsbyer Weg teil. Auf Grund des parallel laufenden Spielmobilbetrieb nahmen nicht alle Kinder am gesamten Prozess teil. Die Mitarbeiter aus dem Kinder-und Jugendbüro sammelten die Vorschläge auf Karten, die dann für alle sichtbar, auf einer Pinnwand angebracht wurden.

Die geäußerten Wünsche waren sehr vielseitig. Kletterturm, Kletternest, Reifenschaukeln, Seile zum Schwingen (Tarzan lässt grüßen), eine lange Rutsche, eine Wackelbrücke, einen Unterstand und eine Babyschaukel.

Direkt im Anschluss an die Abstimmung und Priorisierung wurde deutlich, dass die Installation einer Wasserrutsche mit den vorhandenen Mitteln und dem zur Verfügung stehendem Raum nicht möglich ist. Zugesagt wurde aber, dass die beiden Elemente Rutsche und Wasser in die Planungen aufzunehmen. Am häufigsten wurden die Elemente Rutschen, Klettern und Verstecken „gepunktet“.

Die Teilnehmer wünschen sich einen schnellen Baustart und verzichten auf eine Planvorstellung vor Baubeginn. - „Ihr macht das schon!“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 20.06.2008, 15:13 Uhr - 6775 Clicks - Nr. 645*

Rede zur Palliativmedizin im Deutschen Bundestag

Im folgenden finden Sie die Rede, die MdB Dr. Wolfgang Wodarg am 19.06.2008 im Plenum des Deutschen Bundestages zum Thema Palliativmedizin gehalten hat.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zunächst etwas zu der Reihenfolge sagen, in der wir die Themen, die mit Tod und Sterben zu tun haben, in diesem Hause behandeln. Wir sprechen heute über Palliativmedizin, das heißt über das, was getan werden muss, damit die Menschen in der letzten Phase ihres Lebens Hilfe bekommen. In einer zweiten Sitzung werden wir

dann über die Patientenverfügung sprechen. Auch die Enquete-Kommission hat festgestellt, dass diese Reihenfolge richtig ist. Wir müssen erst die Hilfe organisieren und dafür sorgen, dass Menschen nicht verzweifelt sind. Denn wenn sie verzweifelt sind, dann bekommen sie Angst. Aus dieser Angst heraus schreiben sie Patientenverfügungen. Davon profitieren Notare und Rechtsanwälte. Dieser Ansatz ist vom Ende her gedacht und daher falsch. Wir wollen eine gute Palliativmedizin.

Der Gesetzgeber hat vieles möglich gemacht; das haben wir gehört. Wir haben Geld für die Hospizbewegung zur Verfügung gestellt. Wir haben ein Recht auf Palliative Care im Gesetz festgeschrieben. Hubert Hüppe hat eben mehrfach darum gebeten, dass doch etwas geschehe. Dies zeigt, dass noch nicht genug umgesetzt wurde; das muss uns nachdenklich machen. Wir hoffen aber, dass bald konkrete Hilfe zur Verfügung steht. Wenn das nicht der Fall wäre, dann hätten wir die ganze Arbeit umsonst und Politik an den Problemen vorbei gemacht. Dieser Gefahr müssen wir uns stellen. Es muss Anreize für diejenigen geben, die Verantwortung tragen, das Richtige zu tun. Es muss sich für diejenigen, die sich um Sterbenskranke kümmern, lohnen, dass sie Palliative-Care-Strukturen schaffen. Wer ist dafür verantwortlich, wer muss hier noch aktiv werden? Die Zivilgesellschaft tut eine Menge. In den Gemeinden melden sich viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Es werden Hospizvereine gegründet, die wir fördern. Auch Krankenhäuser und Ärzte versuchen, entsprechende Hilfe anzubieten und spezielle Angebote weiterzuentwickeln. Es entstehen Palliativstationen und Hospize. Aber es fehlt immer noch an einer flächendeckenden Versorgung in diesem Bereich. Die Strukturverantwortung haben diejenigen, die über das Geld verfügen, um die Versorgung zu gestalten. Bei uns sind in erster Linie die Krankenkassen und die Pflegekassen dafür verantwortlich. Wir haben ein großes Problem, dass hier zwei Versicherungen sozusagen nebeneinander arbeiten: die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung. Häufig kommt es vor, dass Menschen beide Versicherungen brauchen und beide in Anspruch nehmen. Die Pflegeversicherung ist eine Teilkaskoversicherung; die Krankenversicherung bezahlt das Notwendige und fragt nicht nach einzelnen definierten Leistungen.

Die Pflegeversicherung ist aber die kostengünstigere Lösung. Daher gibt es Verschiebebahnhöfe. Das sehen wir besonders im stationären Bereich in den Pflegeheimen. Wir müssen uns die Situation dort genauer anschauen. Ich denke, es kommt in vielen Pflegeheimen zu Fehl- und Unterversorgungen, wenn es um Palliative Care geht. Diesen Bereich kann man nicht mit wenig Personal abdecken; das geht nicht. Palliative Care ist nicht nur in Krankenhäusern und Hospizen notwendig. Gehen Sie einmal in die vielen stationären Pflegeeinrichtungen, in denen Menschen die letzten Monate ihres Lebens verbringen müssen. Die Pflegeversicherung bezahlt eine Pauschale, und das war es dann. Wo bleibt da Kraft für Palliative Care? Wie soll die Finanzierung aussehen? Wenn wir es ehrlich mit diesem Thema meinen, müssen wir uns diesen Fragen stellen.
Jeder weiß, dass die letzten sechs Monate im Leben eines Menschen die teuersten sind. Das ist nichts Neues. Wir wollen, dass die Krankenkassen sich anstrengen und auch dann etwas für ihre Versicherten tun. Stellen Sie sich aber vor, eine Krankenkasse würde Verträge schließen, um eine flächendeckende und vorzügliche Palliativversorgung zu ermöglichen. Wenn sich das bei den Krebskranken herumsprechen würde, dann würden alle in diese Krankenkasse wechseln. Das würde aber bedeuten, dass die Kasse für ihr Engagement finanziell bestraft und möglicherweise pleitegehen würde, wenn andere Kassen nicht auch nachziehen würden. Sie müsste möglicherweise die Beiträge erhöhen, nur weil sie das tut, was eigentlich notwendig ist. Hier wirkt sich der Kassenwettbewerb, der immer noch besteht, negativ aus, weil notwendige Leistungen dann nicht erbracht werden, wenn sie teuer sind. Dieser Wettbewerb ist fehlleitend. Er ist einer der Hauptursachen dafür, warum wir in Deutschland noch keine flächendeckende Palliativversorgung haben. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Krankenkassen dieser Verpflichtung nachkommen. Das können wir dadurch tun, dass wir die Morbidität ausgleichen. Das soll durch den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich geschehen, den wir beschlossen haben. Er dient dazu, die Kasse zu belohnen, die solche Themen in Angriff nimmt. Jetzt höre ich es aber munkeln,

dass man einen Rückzieher machen und den Morbi-RSA abschwächen will, der ja an den Gesundheitsfonds geknüpft ist. Er kommt vielleicht gar nicht. Wenn wir diesen morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich nicht verwirklichen, dann wird es sich weiterhin nicht lohnen, sich um teure Kranke zu kümmern. Das müssen wir wissen; ansonsten ist all das, was wir hier machen, Schall und Rauch. Ich weiß, dass diese Aussage wehtut. Ich weiß, dass da viele andere Argumente eine Rolle spielen; aber diese wichtigen Zusammenhänge kann man nicht unerwähnt lassen.

Wir haben den Bereich der Pflegeversicherung neu gestaltet und haben vieles möglich gemacht. Wir wollen, dass sich die Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge dort, wo die Menschen leben - "Daheim statt Heim", sagen wir in unserem Zusammenschluss, den wir gegründet haben und den wir fördern; viele von uns nehmen daran teil -, darum kümmern, dass man zu Hause in vertrauter Umgebung alt werden darf, behindert sein kann und trotzdem Hilfe erhält und sterben darf, so wie man möchte. Dazu bedarf es professioneller Unterstützung, und die kostet Geld. Es ist für eine Gemeinde sehr schwierig, die Player aus der Pflegekasse und der gesetzlichen Krankenkassen, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen und Verantwortung tragen, vor Ort zusammenzubekommen.
Die von uns geplanten Pflegestützpunkte, die wir in Deutschland flächendeckend einführen wollen, sollen diese koordinierende Funktion übernehmen. Sie sollen die Stelle sein, bei der man Defizite in der Versorgung benennt, wo die Kostenträger vor Ort zusammenkommen und sich Gedanken darüber machen, wie die Versorgung verbessert werden kann, wo die Ansprüche der Bevölkerung angemeldet werden können und über vernünftige ortsangemessene Lösungen diskutiert werden kann.

Das alles haben wir als Gesetzgeber möglich gemacht. Das ist ein großes Verdienst der Pflegeversicherung, die wir neu gestaltet haben. Dies muss jetzt vor Ort umgesetzt werden. Dabei sind die Länder besonders gefragt; denn es liegt in der Hand der Länder, die koordinierende Funktion der Pflegestützpunkte gesetzlich festzulegen oder dies zu verweigern. Ich appelliere also an die Länder, ihre Verantwortung für die Daseinsvorsorge auch hier wahrzunehmen. Wie Sie sehen, ist dies ein Thema, bei dem es vor allem auch ums Geld geht. Ich denke, dass das Modell, über das wir diskutieren - ganz anders, als viele meinen -, sehr viele wirtschaftliche Vorteile bringen kann. Wenn wir Menschen zu Hause lassen, wenn wir eine Krankenhauseinweisung vermeiden, dann sparen wir bei jedem Fall 20 000 bis 30 000 Euro. Davon, also von einem vermiedenen Krankenhausaufenthalt, kann eine Pflegekraft ein ganzes Jahr lang finanziert werden. Dies muss die Krankenkassen und die Pflegekassen doch hellhörig machen.

Wie viel Vernünftiges kann man durch Prävention und gute Begleitung tun: Man kann gleichzeitig Leid und Kosten vermeiden. Das ist eine Win-Win-Möglichkeit, die wir viel zu wenig ergreifen. Ich glaube, dass wir noch viel zu tun haben und in der Praxis noch viel von dem umzusetzen haben, was wir theoretisch in der Enquete-Kommission erarbeitet und in das Gesetz geschrieben haben. Es reicht nicht, wenn die Dinge im Gesetz stehen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie auch geschehen. Das wollen wir gemeinsam in Angriff nehmen!

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 20.06.2008, 16:11 Uhr - 3756 Clicks - Nr. 646*

SPD-Engelsby: Jugendliche erstellten Stadtteilkarte

Das 10-jährige Bestehen der Polizeistation Flensburg Engelsby nahmen 5 Besucher des Jugendzentrums Engelsby (Juze) (Stefan, Khaled, Jenka, Thorsten, Marcel) zum Anlass, für die Beamten eine Stadtteilkarte zu erstellen.
Ca. 16 Stunden benötigten sie für die 1,20 x 0,80 m große Karte, in dessen Mittelpunkt sie die Polizeistation setzten.
Die Schulen und Jugendhütten wurden besonders hervorgehoben. Überrascht zeigten sich dann auch die "Jubilare", die zur Übergabe ins Juze eingeladen waren.

Stationsleiter Dirk Krause und sein Kollege Herr Rainer Aust stellten den Beteiligten eine Überraschung für ihre Mühen in Aussicht.
Mit dem Geschenk wollten die Jugendlichen der Polizeistation für viele Jahre Partnerschaft danken.

Auf dem Foto von links nach rechts:
stehend Stationsleiter Herr Krause, Kollege Herr Aust.

Sitzend auf dem Foto:
Stefan (14), Marcel (13), Khaled (15), Mitarbeiter Wolfgang Hopp Es fehlen: Jenka (15), und Thorsten (13)

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 21.06.2008, 10:42 Uhr - 2971 Clicks - Nr. 647*

Heinrich Buch zum Bürgermeister gewählt

Auf der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung in Steinfeld am 20. Juni 2008 wurde der bisherige Bürgermeister Heinrich Buch (SPD) von den 11 Gemeindevertretern einstimmig wiedergewählt. Die SPD-Fraktion ist mit 6 Mitgliedern die stärkste Fraktion. Die CDU-Fraktion besteht aus 3 Mitgliedern und die KWS aus 2 Mitgliedern.
Jürgen Schacht (SPD) wurde als erster stellvertretender Bürgermeister mit einem sehr guten Wahlergebnis gewählt. Wir als SPD-Ortsverein Steinfeld/Ulsnis wünschen der "Doppelspitze" und der Gemeindevertretung für die nächsten 5 Jahre weiterhin viel Erfolg und sind sicher, dass sie die Politik im Sinne der Steinfelder und Steinfelderinnen mit viel Einsatz und Erfolg weiterführen.
Auf der konstituierenden Sitzung wurden weiterhin die Ausschüsse besetzt und die Ausschussmitglieder wurden einstimmig gewählt.
Auf der konstituierenden Sitzung wurde außerdem ein einstimmiger Beschluss zur betreuten Grundschule gefasst. Für die Betreuung nach dem Schulunterricht liegen bereits 12 Anmeldungen vor. Es wird weiterhin im Rahmen der nachschulischen Kinderbetreuung die Möglichkeit zur Einnahme einer warmen Mahlzeit angeboten.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 22.06.2008, 11:40 Uhr - 2227 Clicks - Nr. 648*

SPD-Engelsby: Vollsperrung für Radler und Fußgänger

Bereits im letzten Jahr wurde die von Radfahrern und Fußgängern viel genutzte Wegeverbindung über die alte Holzbrücke über das Lautrupsbachtal wegen Einsturzgefahr gesperrt.

Seit kurzem wurde jetzt auch die Verbindung zwischen der Glücksburger Straße und der Nordstraße für Fußgänger und Radfahrer gänzlich gesperrt.

Die in die Jahre gekommene marode Holzbrücke wird in Kürze abgerissen. Die bereits im November letzten Jahres in Auftrag gegebene Brücke aus Stahl wird dann unmittelbar nach dem erfolgtem Abriss montiert.
Nach der Fertigstellung werden dann die Verbindungen zwischen den Stadtteilen Fruerlund und Engelsby und zwischen der Glücksburger Straße und der Nordstraße wieder für Fußgänger und Radfahrer zur Verfügung stehen.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 23.06.2008, 00:01 Uhr - 2325 Clicks - Nr. 649*

Freitags: Kostenfreier Eintritt in Flensburger Museen

Die SPD will zusätzliche Anreize schaffen, damit noch mehr Menschen die Flensburger Museen besuchen. „Der Museumsberg, das naturwissenschaftliche Museum und das Schifffahrtsmuseum sind die schönsten Visitenkarten, die unsere Stadt vorzeigen kann“, meinte der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost in der Ratsversammlung. „Und darum müssen wir sie offensiv bewerben und mehr Besuchern die Chance geben, diese Häuser kennen zu lernen. Finanzielle Hemmschwellen soll es nicht geben“, warb er für einen T
Ein Jahr lang sollen die Auswirkungen geprüft werden, gleichzeitig soll ein Konzept zur Attraktivitätsverbesserung und zur Steigerung der Besucherzahlen entwickelt werden. Auf den Freitag als eintrittsfreien Tag hatten sich die Kulturexperten aller Fraktionen in den Fachausschussberatungen verständigt und ihn einstimmig vorgeschlagen.

„Auch wenn uns der ursprüngliche Antrag, Museumsbesuche an Sonntagen statt an Freitagen eintrittsfrei zu machen lieber gewesen wäre, sind wir sehr froh, diese Einigung erzielt zu haben. Einen Museumsbesuch können sich sozial Schwächere aus Kostengründen oft nicht leisten. Wir wollen diesen Familien durch einen freien Eintritt ebenfalls die Teilhabe an Kultur und Bildung ermöglichen. Keiner darf aus Kostengründen davon fern gehalten werden. Auch wir sind der Ansicht, dass der eintrittsfreie Tag nur ein Baustein im Gesamtkonzept sein kann. Aber es kommt ja bekanntlich auf den Anfang an und der wurde mit der heutigen Entscheidung eindeutig gemacht“, so Helmut Trost.

Gegen den eintrittsfreien Tag stimmten bei einigen Enthaltungen die Vertreter der WiF, die eine erneute Beratung im Ausschuss forderten. Dafür war die SPD nicht zu gewinnen, denn das hätte bedeutet, dass zu den Sommerferien nichts mehr passiert: „Wir wollen Taten statt Worte, wollen nicht vertagen, sondern handeln“, so die Sozialdemokraten, die ihren Antrag schon im April eingebracht hatten.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 23.06.2008, 11:23 Uhr - 6914 Clicks - Nr. 650*

Ausländische Studenten der Uni Flensburg besuchen Berlin

Auf ihrer Berlin-Exkursion im Rahmen des Landeskunde-Kurses der Universität Flensburg empfing Dr. Wolfgang Wodarg zwölf ausländische Studenten im Deutschen Bundestag in Berlin. Mehr erfährt man im folgenden Exkursionsbericht der Gruppe.

Im Rahmen der Vorlesung Landeskunde, die in diesem Semester erstmalig an der Universität Flensburg im Rahmen des Pilotprojektes "Integrationsmodul" für ausländische Studierende angeboten wird, soll den Teilnehmern Deutschland etwas näher gebracht werden. Es werden Themen wie die Geographie Deutschlands und Norddeutschlands, die deutsche und Regionalgeschichte, das politische System Deutschlands und aktuelle Fragen deutscher Politik, sowie Einführungen in die Kunst und Philosophie Deutschlands behandelt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung führte eine Exkursion die ausländischen Studenten zusammen mit dem Dozenten für Geographie und städtebauliche Geographie, Herrn Prof. Dr. Holger Jahnke, nach Berlin, wo neben der Besichtigung historischer und städtebaulicher Schauplätze auch eine Besichtigung des Bundestages nicht fehlen durfte.

Die durch den Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg gestaltete Führung gab uns einen exklusiven Einblick hinter die Mauern des Bundestages und in den beruflichen Alltag eines Abgeordneten. Auch das politische System Deutschlands brachte Dr. Wolfgang Wodarg den ausländischen Studenten nah und stand Frage und Antwort. Wir möchten uns erneut bei Ihm für die interessante Führung bedanken.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 23.06.2008, 12:52 Uhr - 3349 Clicks - Nr. 651*

SPD-Engelsby: Ferienpass-Aktion beginnt

Kartenvorverkauf im Kinder- und Jugendbüro

Am Sonnabend, den 28. Juni, beginnt ab 13 Uhr der Kartenverkauf für die Veranstaltungen der diesjährigen Ferienpass-Aktion.

Das Kinder- und Jugendbüro der Stadt Flensburg in der Flensburg Galerie wird an diesem Tag extra geöffnet, um die Teilnahmewünsche der Kinder und Jugendlichen zu erfüllen.

Erfahrungsgemäß ist der Andrang an diesem ersten Verkaufstag sehr groß. Daher wird im Vortragssaal der Volkshochschule einen Wartezone eingerichtet, in der Kinder spielen, malen und basteln können, während die Eltern mit einer Tasse Kaffee die Wartezeit überbrücken.

Das Kinder- und Jugendbüro bittet um Verständnis für diese Wartezeiten, die sich jedoch an diesem Tag sicherlich nicht ganz vermeiden lassen.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 23.06.2008, 17:56 Uhr - 12714 Clicks - Nr. 652*

„Starke Leistung für jedes Alter“

Erstes Mehrgenerationenhaus im Kreis Dithmarschen

„Wir haben keine Großfamilie mehr. Deshalb brauchen wir andere Orte, an denen die Generationen in Kontakt kommen und bleiben. Ein solcher Ort ist ein Mehrgenerationenhaus mit seinen Angeboten für Jung und Alt.“ So der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen bei der zur Einführung des Mehrgenerationenhauses in Brunsbüttel.

Unter dem Motto „Starke Leistung für jedes Alter“ werden in ganz Deutschland 500 Häuser mit Geldern der EU und des Bundes gefördert. Das Haus der Jugend in Brunsbüttel hatte sich mit Unterstützung der Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen und Dr. Rolf Koschorrek, CDU, und Kommunalpolitikern der Stadt und des Kreises beworben und die Förderkriterien erfüllt. Für Jörn Thießen der Beweis, dass sich Politiker parteiübergreifend für die Belange vor Ort einsetzen können und es sich durchaus lohnt, sich an sie zu wenden. Das Projekt werde sicher auch weiterhin von allen unterstützt und vorangebracht.

Mehrgenerationenhäuser sind mehr als bloße Tagestreffpunkte. Sie fördern das selbstverständliche Miteinander von Jung und Alt. Die unterschiedlichen Generationen können z. B. im gemeinsamen Internetcafé vom Erfahrungswissen der anderen Generation lernen.

Brunsbüttel wird nicht der einzige Ort mit einem Mehrgenerationenhaus bleiben. Auch in Itzehoe wird demnächst das zweite Haus eingeführt.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 24.06.2008, 17:39 Uhr - 7025 Clicks - Nr. 653*

Bildung: eine Chance für Entwicklungsländer

Bildung als Chance für ein besseres Leben! Schulen für eine nachhaltige Entwicklungshilfe! Mit dem Antrag "Förderung von Bildung und Ausbildung - Entwicklungspolitischen Schlüsselsektor konsequent ausbauen" fordere ich gemeinsam mit meinen Kollegen der Großen Koalition ein verstärktes Engagement der deutschen Entwicklungspolitik für Bildung weltweit.

Heute sind es noch weltweit 780 Mio. Menschen, die nicht lesen und schreiben können. Fast 80 Millionen Kinder besuchen keine Schule. Die Weltgemeinschaft ist bereits mit der Initiative der Weltbank "Education For All - Fast Track Initiative" engagiert. Trotz guter Fortschritte in den vergangenen Jahren gilt es, diese Anstrengungen zu verstärken. Zugang zu Bildung ist - und das gilt auch in unserem Land - eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Chancengleichheit, und sie ist besonders in armen Ländern eine Grundvoraussetzung für deren Entwicklung.

HIV/AIDS bedroht besonders die jungen Mädchen in vielen afrikanischen Regionen. Schon in der Schule sollten sie lernen können,wie sie sich vor einer Infektion schützen. Das Selbstbewusstsein der Mädchen und Frauen wird dort gestärkt und es gibt ihnen die Chance sich für ihre gesundheitlichen, privaten und beruflichen Interessen stark zu machen. Dies setzt aber viel voraus: Lehrkräfte müssen gefunden, geschult und ausgebildet werden. Auch aktuelles Lehrmaterial muss den Schülern zur Verfügung gestellt werden. Die Verantwortlichen in Behörden und Regierungen müssen auch sensibilisiert und weitergebildet werden, damit sie nachhaltige Capacity-Building-Programme für Lehrer konzipieren und umsetzen können.

Schließlich brauchen auch die Kinder und ihre Familien Anreize, um den Schulbesuch attraktiv zu machen. Arme Familien können es sich oft nicht leisten, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil diese dann nicht auf den Feldern oder im Haushalt mithelfen können. Deshalb müssen zun Beispiel die Unterrichtszeiten dem landwirtschaftlichen Kalender angepasst werden und durch Schulspeisungen auch Kinder aus sehr armen Familien zum Schulbesuch motiviert werden.

Aber nicht nur die Grundbildung ist wichtig. Auch Sekundarschulbildung, Studium, berufliche Aus- und Fortbildung und die Erwachsenenbildung sind Gegenstand unserer Entwicklungshilfe.

Wegen der ungleichen Verteilung der Grundbildungsangebote zwischen Land und Stadt haben oft Kinder auf dem Land überhaupt keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen. In diesen Fällen stellt der Einsatz von Multiplikatoren eine erfolgreiche Alternative dar. Dabei werden gezielt Bezugspersonen geschult, sog. "peer educators", die dann das erworbene Wissen an ihre unmittelbare Umgebung, insbesondere an Gleichaltrige weiter vermitteln.

In Dörfern, wo die Einschulungsrate sehr niedrig ist, können auf diese Weise sogenannte Life Skills (Fähigkeiten für das Alltagsleben) besonders an Jugendliche vermittelnt werden. Das ist von großer Bedeutung, wo die familiären Bindungen durch Krieg oder HIV/Aids zerstört wurden.

In Einrichtungen wie "Baan Gerda", im nördlichen Thailand werden HIV-infizierte Waisen

eingeschult und behandelt. Sie finden dort Halt, absolvieren eine normale Schulausbildung und lernen, mit der Infektion zu überleben.

In anderen von der HIV-Infektion stark betroffenen Ländern, wie Südafrika oder Namibia, spielt die psycho-soziale Unterstützung eine wesentliche Rolle: dort haben viele Kinder ein oder sogar beide Elternteile sterben sehen und mussten dann selber die Führung des Haushalts übernehmen. Sie erleben, zusätzlich zu dem Trauma des Todes der Eltern, die Diskriminierung und Stigmatisierung durch ihr Umfeld. Durch spezielle Programme können diese Kinder ihr Trauma überwinden und überleben lernen.

Diese Art von Bildung spielt auch eine große Rolle bei ehemaligen Kindersoldaten, für welche die Wiedereingliederung in die Gesellschaft alles andere als einfach ist.

Auch in Äthiopien, wo ich die verheerenden Konsequenzen von Genitalverstümmelungen und Frühehen sehen konnte, zielen Programme der Vereinten Nationen und lokaler NGOs darauf ab, Mädchen und junge Mütter zu stärken und gegenüber ihrer Familie selbstbewusster zu machen.

In dem von uns in den Bundestag eingebrachten Antrag fordern wir unter Anderem:

- Bildung zu einem Schlüsselsektor der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auszubauen;

- die Förderung der Bildung als Querschnittsthema in weiteren Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren;

- die Bildung von Mädchen und Frauen weiterhin explizit zu fördern;

- sich verstärkt für die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen im Bereich der Kinderarbeit einzusetzen, um allen Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen;

- den Ansatz zur verstärkten Förderung der Grundbildung in Entwicklungsländern fortzuführen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 24.06.2008, 20:39 Uhr - 4971 Clicks - Nr. 654*

Lothar Hay befürchtet neue Radikalisierung im Islamismus:

"Salafiten missionieren in Deutschland lautstark und aggressiv“

Erscheinungsdatum:
24.06.2008

Innenminister Lothar Hay hat vor der Gefahr einer neuen Radikalisierung im Islamismus gewarnt. „Salafiten bilden in Deutschland inzwischen eine lautstarke Minderheit, die aggressiv missionarisch den aus ihrer Sicht wahren Islam predigt“, sagte Hay am Dienstag (24. Juni) in Hamburg auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung über Demokratie und Terror. Die Attraktivität salafitischen Gedankenguts strahle auch nach Schleswig-Holstein aus. Feste Organisationsstrukturen ließen sich nicht feststellen, doch verdichteten sich Anzeichen, dass es in Schleswig-Holstein eine aktive Anhängerschaft für die Salafiten gebe.

„Die salafitische Ideologie ist häufig der geistige Unterbau für ein radikales Weltbild“, sagte Hay.

Jugendliche der zweiten und dritten Einwanderungsgeneration seien dafür besonders empfänglich. „Die jungen Leute haben oft das Gefühl, gesellschaftlich und kulturell nicht fest verankert zu sein“, sagte der Minister. Das einfache und klar strukturierte Weltbild der Salafiten habe daher für solche Menschen eine große Anziehungskraft.

Nach der Salafiya besteht ein unvereinbarer Widerspruch zwischen „dem“ Westen und „dem“ Islam. Die Befürworter dieser islamistischen Erweckungsbewegung schüren antiwestliche, antisemitische und antichristliche Vorbehalte, um die Überlegenheit und den absoluten Geltungsanspruch des Islam zu begründen. Die Salafiten möchten das Ideal eines utopischen islamischen Urstandes wie zu den Lebzeiten des Propheten Mohammed verwirklichen.

Hay sieht Sicherheitsbehörden und gesellschaftliche Organisationen in einer gemeinsamen Verantwortung gegen Versuche islamistischer Beeinflussung und Unterwanderung. „Ich setze auf Dialog und Offenheit“, sagte der Minister. Man dürfe nichts beschwichtigen. Wichtig seien Aufmerksamkeit, Aufklärung, Zivilcourage und fundierte politische Bildung. „Wir müssen vorrangig Jugendlichen eine Perspektive geben, um sie gegen extremistisches Gedankengut zu immunisieren“, sagte Hay. Dazu müssten auch Moscheevereine und jeder einzelne Muslim in Deutschland beitragen.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 25.06.2008, 14:35 Uhr - 55353 Clicks - Nr. 655*

Atomkraft? Nein danke!

Zum Jahrestag der Abschaltung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel (28. Juni 2007) erklären der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner und der umwelt- und energiepolitische Sprecher des SPD-Landesverbandes Stefan Bolln:

„Seit an Seit mit den Energiekonzernen und der Atomlobby nimmt die CDU mittlerweile alles zum Anlass, den verabredeten Energiekonsens aufzukündigen und den Wiedereinstieg in die Atomenergie zu fordern. Egal ob Klimaschutz, steigende Energiepreise oder vermeintliche Energieengpässe – immer wird die Atomkraft als Lösung des Problems propagiert. Dies ist rein ideologisch begründet und dient in erster Linie dazu, die enormen Gewinnmargen der Energiekonzerne zu sichern. Die CDU macht somit klar: Sie ist die Atompartei unter den zwei Volksparteien. Sie setzt auf eine unverantwortliche Monstertechnologie, auf längere Laufzeiten von alten Atomkraftwerken und wie in Steinburg sogar auf den Bau neuer Atomkraftwerke.

Die SPD nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der steigenden Energiepreise

sehr ernst. Wir werden konkrete Vorschläge zur Entlastung bei den Energiekosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit kleinen und mittleren Einkommen machen. Wir wollen die in vielen Haushalten drohende Energie-Armut verhindern. Wir streuen den Bürgerinnen und Bürgern aber keinen Sand in die Augen: Wir müssen jetzt konsequent wirtschafts- und gesellschaftspolitisch zum Sprung ins Solarzeitalter ansetzen.

Gerade deshalb halten wir am Atomausstieg fest und setzen auf eine nachhaltige Klima-, Energie- und Umweltschutzpolitik, auf regenerative Energien und Energiesparen. Das heißt auch: Die Kohlekraft wird nur als Übergangstechnologie bestand haben können. Endliche Energie auf Basis fossiler Brennstoffe - auch Uran - wird absehbar teurer, für viele unbezahlbar werden. Ein Gegensteuern mit Hilfe von finanzpolitischen Tricks oder veränderten Fördermengen wird nur kurzfristig zu Entlastungen führen. Die Nutzung unendlicher Energiequellen ist hingegen kostenlos. Diese Potentiale zu nutzen – schneller und umfangreicher als bisher praktiziert – ist nicht nur klimapolitisch, sondern auch wirtschafts- und sozialpolitisch von großer Bedeutung.

Bei der Atomkraft werden Risiken vergesellschaftet und die Gewinne fließen nur wenigen zu. Atomkraft ist nicht nur hochgefährlich und deshalb unverantwortlich - sie sie ist in einer ehrlichen Kostenkalkulation auch die teuerste Form der Energiegewinnung. Der Steuerzahler subventioniert seit Jahrzehnten den Betrieb von Atomkraftwerken. Rechnet man die Kosten für die Forschung, die Entsorgung und Endlagerung des atomaren Mülls für Jahrtausende und den hohen öffentlichen Sicherheitsaufwand hinzu, so ergibt sich ein ganz anderer Preis für jede Kilowattstunde aus dieser Monstertechnologie.

Mit der SPD wird es daher keinen Ausstieg aus dem breit verhandelten Atomkonsens geben, keine Übertragung der Restlaufzeiten auf alte Atomkraftwerke und keinen Neubau von Atomkraftwerken. Die Frage der Endlagerung ist nicht geklärt und die Vorgänge um Asse II zeigen, dass auch eine sichere Lagerung von Atommüll nicht garantiert werden kann.

Wir freuen uns, dass die Union ihre Atompolitik zum Wahlkampfthema machen will, das macht die Unterschiede klar: Die SPD ist die Partei der Nachhaltigkeit und wirtschaftlichen Innovation. Wir setzen weiterhin auf den Ausbau regenerativer Energien, auf dezentrale Energieversorgung, auf Energiesparen und die Erhöhung der Energieeffizienz.“

Kommentar von Klaus Hass vom 27.06.2008, 19:39 Uhr:
RE:Atomkraft? Nein danke!
Ralf Stegner und Stefan Bolln sprechen mir aus der Seele! Auch den Kommentar von Carsten Schröder kann ich voll unterschreiben. Ich hatte vor einiger Zeit eine Nachricht in der Norddeutschen Rundschau zum Anlaß genommen, auf eine Äußerung des Wirtschaftsministers Austermann zu einem von ihm unterstützten möglichen Bau eines Thoriumhochtemperaturreaktors (THTR) bei Brunsbüttel mit einem Leserbrief zu antworten. Ich hatte damals geschrieben: "Es ist unglaublich! Da wird 1989 der bisher einzige gebaute Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR 300) in Hamm-Uentrop (Schmehausen) nach nur 4 –jähriger Betriebszeit wegen erheblicher Probleme im Betrieb und wegen Unwirtschaftlichkeit stillgelegt und jetzt nach fast 18 Jahren kommt ein CDU – Wirtschaftsminister daher und macht sich stark, ein solches Fossil wieder erstehen zu lassen. Und die Kreis CDU schließt sich in ihrem Wahlprogramm dieser abstrusen Idee auch noch an! Zur Erinnerung: Lange Zeit galt der THTR-300 als wesentlich sicherer als andere Reaktortypen. Statt mit Brennstäben arbeitete er zunächst mit Thoriumbrennelementen, die in Tennisball großen Graphitkugeln eingebettet waren. Später, weil auch Thorium wohl nicht das richtige Brennmaterial war, mit Uran. Diese Kugeln waren nicht sicher. Es gab erheblich mehr Kugeldefekte als vorausberechnet. Meines Wissens gab es etwa 20 Störfälle, bei denen mindestens am 04.Mai 1986 auch ein Austritt von Radioaktivität zu verzeichnen war. Diesen hat der Betreiber stets verleugnet. Nur wenige Tage zuvor am 26.04.1989 hatte sich die Katastrophe von Tschernobyl ereignet. Der seinerzeit messbare Anstieg der Radioaktivität wurde einfach auf dieses Ereignis

zurückgeführt. Aber: Wenn ich mich recht erinnere, lag Hamm-Uentrop nicht in der Hauptwindrichtung ausTschernobyl. Meine Frau und ich waren am 04. Mai 1986, einem heißen, trockenen und staubigen Frühlingstag, mit Gartenarbeit beschäftigt, denn wir wohnten zu der Zeit in Hamm-Uentrop, nur etwa 2 Kilometer in Sichtweite des riesigen Kühlturms entfernt. Ob wir damals Radioaktivität aufgenommen haben, wissen wir nicht, wir haben das leider nicht prüfen lassen. Wir- heute wohnhaft in Schenefeld- im Norden des Kreises Steinburg- möchten, dass wir und auch die Bevölkerung des Kreises Steinburg solche Störfälle nicht mehr erleben müssen. Weder von den leider noch bestehenden Atomkraftwerken in Brokdorf und Brunsbüttel noch einem neuen Meiler. Die Entscheidung aus der Atomstromgewinnung auszusteigen, ist richtig! Die Risiken und die über Jahrtausende(!!!) fortbestehenden Probleme mit einer Lagerung des Atommülls sind unkalkulierbar! Herr Austermann stellt sich übrigens gegen den von seiner Partei mit der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag. Wo bleibt denn da ein Machtwort unseres Ministerpräsidenten?" Ich glaube, dem ist heute nichts hinzuzufügen, allerdings bin ich auch skeptisch bei einer vorübergehenden weiteren Nutzung der Steinkohle. Das CO^2-Problem ist nicht gelöst. Hier muss durch intensive Forschung nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, denn unserer Kohlevorkommen reichen noch einige Jahrhunderte, obwohl der Abbbau in Deutschland immer schwieriger wird.

Kommentar von Carsten Schröder vom 25.06.2008, 14:43 Uhr:
RE: Atomkraft? Nein danke!
Es freut mich, dass der Landesvorsitzende so klare Worte gefunden hat, um die Ablehnung der Atomkraft in dieser Deutlichkeit zu dokumentieren, zumal in der Wilstermarsch seit Monaten befürchtet wird, dass der Schrottreaktor Brunsbüttel doch noch wieder ans Netz geht. Weiter so!

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 25.06.2008, 19:41 Uhr - 7955 Clicks - Nr. 656*

SPD-Kreisvorstand begrüßt Ratsentscheidung: „Sparkassenfusion ist wichtiger Schr

Auch ohne die aktuell schwierige wirtschaftliche Situation der Flensburger Sparkasse ist eine Fusion mit der NOSPA ein richtiger und wichtiger Schritt zu einer starken regionalen Sparkasse des Nordens. Mit dieser Einschätzung reagierte der SPD-Kreisvorstand auf den Ratsbeschluss am Dienstag.
Direkt im Anschluss an die Ratssitzung beschäftigte man sich mit den Folgen des Zusammenschlusses der beiden Sparkassen. „Weg vom Kirchturmdenken, hin zum regionalen Handeln, auch dieser Gedanke leitete die SPD-Ratsfraktion bei der Fusionsentscheidung“, berichtete ihr Vorsitzender Helmut Trost dem Kreisvorstand.

In einer Pressemitteilung bekennt sich die SPD ausdrücklich zum öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesen und lehnt jedwede Privatisierungsdiskussion mit Entschiedenheit ab:

„Die historische Entwicklung des Sparkassenwesens im Landesteil Schleswig, mit aktuell zwei öffentlich-rechtlichen Sparkassen, zu der noch die privatrechtliche Spar- und Leihkasse Bredstedt AG kommt, war überholt. Es war an der Zeit zu handeln.
Weder den 430 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Kunden noch der Stadt Flensburg als Gewährsträger hätte eine Vertagung der Entscheidung über die Fusion geholfen. Im Gegenteil: Dies hätte nur eine unnötige Verunsicherung aller Beteiligten ausgelöst, an deren Ende auch ein hohes finanzielles Risiko für die Stadt hätte stehen können.

Die Vorteile der Fusion liegen auf der Hand:
• Es wird keine fusionsbedingten Entlassungen geben.
• Das Handeln einer Sparkasse für die Flensburgerinnen und Flensburger und den örtlichen Mittelstand unterliegt auch weiterhin nicht regionsfremden Einflüssen.

• Für eventuelle neue Risiken gibt es eine „Abschirmung“ durch den Sparkassen- und Giroverband.
• Die Sparkassenstiftung Flensburg wird auch weiterhin gemeinnützige Initiativen und Vereine in Flensburg unterstützen.
• Die stille Einlage der Stadt Flensburg wird zurückgezahlt und kann beispielsweise zur Behebung des Investitionsstaus an den Flensburger Schulen eingesetzt werden.
• Der Einfluss der Stadt Flensburg in den Gremien der NOSPA ist gesichert.
• Auf dem Weg zu mehr regionaler Zusammenarbeit im Landesteil Schleswig in vielen Bereichen, bis hin zu einer Kreisgebietsreform, hat die Fusion einen ausstrahlenden Vorbildcharakter.

Nein zur den Privatisierungsplänen von FDP und WiF.
Das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen muss auch in Flensburg erhalten bleiben. Eine Beteiligung der privatrechtlichen Hamburger Sparkasse wäre ein Schritt in die Privatisierung der Flensburger Sparkasse gewesen.

Eine Aufklärung von Fehlverhalten der Verantwortlichen bleibt auch weiterhin oberstes Gebot.
Mit dem Beschluss zur Fusion ist die Frage der Verantwortlichkeiten für die finanzielle Schieflage nicht zu den Akten gelegt.
Die sozialdemokratischen Vertreter in den Sparkassengremien können dem Vorstand z. Z. keine Entlastung erteilen. Eine Aufklärung in der Sache bleibt auch weiterhin erforderlich.

Vorverurteilungen sind fehl am Platze.
Auch wenn der bisherige Sparkassenvorstand, wie auch die Aufsichtsgremien nicht frei von Verantwortung sind, sind Vorverurteilungen nicht geboten. Sie sind weder dem Fusionsprozess noch einer konstruktiven Zusammenarbeit in der Ratsversammlung und mit dem Oberbürgermeister dienlich.
Wer eine neue, transparente und vertrauensvolle, Arbeit der Ratsversammlung will, sollte sich an den Fakten orientieren - und von Effekt haschenden Strafanzeigen im Vorfeld, für die es keinen substanziellen Grund gibt, absehen.

Die Flensburger Sozialdemokraten bekennen sich auch in turbulenten Zeiten zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Flensburger Sparkasse und zum öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesen. Nur die Fusion sichert Arbeitsplätze und Entscheidungskompetenz in der Region.“

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 26.06.2008, 11:23 Uhr - 2418 Clicks - Nr. 657*

SPD-Engelsby: Jetzt ist sie weg

Mit einigen Tagen Verspätung wurde heute Vormittag die seit langem für Radfahrer und Fußgänger gesperrte Holzbrücke über das Lautrupsbachtal abgerissen. Lediglich 1 Bagger und 2 Mann waren erforderlich, um das Relikt aus alten Tagen binnen einer Stunde komplett abzureißen. Die marode Holzbrücke passte mit allen ihren Einzelteilen komplett in den dafür bereitgestellten Container der Abrissfirma.

Somit kann jetzt mit dem Errichten der seit langem angekündigten neuen Brücke begonnen werden.

Die neue, das Tal überspannende Brückenkonstruktion, ist aus Stahl und damit weniger unterhaltungsintensiv als eine Brücke aus Holz.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 26.06.2008, 13:57 Uhr - 2327 Clicks - Nr. 658*

„Heute das Sparkassenwesen stärken und Perspektiven für morgen aufbauen!“

In der Sondersitzung der Flensburger Ratsversammlung am 25.06.08 hat die SPD-Ratsfraktion zur notwendigen Fusion der Sparkassen im Norden eindeutig Position bezogen – gegen Privatisierung und für eine Stärkung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens. In der Ratsdebatte erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost unter anderem:
22. Mai 1819 – der Tag der Gründungsversammlung des Flensburger Sparkassenvereins: „41 der vornehmsten Bürger traten dem Sparkassenverein bei und zeichnen sogleich insgesamt 127 Anteilsscheine… Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Reputation der so gewonnenen Mitglieder sollte … das notwendige Vertrauen in die Verlässlichkeit der Sparkasse geben“, heißt es in einem 1994 von der Flensburger Gesellschaft für Stadtgeschichte herausgegebenen Band. Der hier angesprochene Punkt der Vertrauensbildung ist einer, den wir heute bei all dem, was wir beraten und entscheiden, in den Vordergrund stellen sollten.

189 Jahre und 34 Tage später soll heute die Geschichte der Flensburger Sparkasse enden. Dieser Tag ist ein bitterer Tag, so unvermeidlich unsere Entscheidung auch ist.

Drei Punkte sollten wir uns in dieser Debatte klar machen:

Punkt 1: Vertrauen ist das wichtigste Kapital!

Ich möchte einen Appell an Sie richten: Nämlich dass wir die Diskussion hier im Rat so führen, dass dies Vertrauen nicht weiter gestört oder gar zerstört wird. Manche öffentliche Handlung, mancher Leserbrief oder mancher öffentlich geäußerte Satz war da nicht hilfreich.

Es bleibt dabei: Vertrauen ist das wichtigste Kapital. Wir müssen es aufbauen und (leider) oder neu schaffen. Aber bitte lasst es uns nicht zerstören - das Vertrauen der Kunden, der Privatkunden und der Geschäftskunden, die für viele Arbeitsplätze in unserer Stadt stehen,

Punkt 2: Das Thema ist zu wichtig, um der politischen Profilierung zu dienen!

Mein Kollege Rolf Helgert hat formuliert: Die Entscheidung von heute ist eine Jahrhundertentscheidung für finanzpolitische Landschaft. Trotz dieser herausragenden Bedeutung muss aber eines gelten: Nicht diejenigen, die die größten Schlagzeilen provozieren, nicht diejenigen, die die schärfsten Attacken reiten, handeln am verantwortungsvollsten.

Damit wir uns nicht missverstehen:
Es soll hier nichts verkleistert werden. Keine blinde Gefolgschaft oder gar Solidarität mit denen, die dafür Verantwortung tragen, dass wir hier heute vor der Entscheidung stehen – und dafür, wo wir heute mit unserem Institut wirtschaftlich stehen..

Aber: Heute muss Zukunft unter ganz, ganz schwierigen Bedingungen gestaltet werden. Dazu ist Filigranarbeit erforderlich. Gestaltungsarbeit. Abwägungsarbeit. Dem müssen wir uns stellen.

Punkt 3: Expertenwissen kann und muss uns helfen!

Auch die Arbeitnehmer der Flensburger Sparkasse sind solche Experten.
Arbeitnehmer der FSK sind in unzweifelhaft der Lage, klar und eindeutig zu beschreiben, was der richtige Weg ist – aus ihrer Sicht und mit ihren (internen) Kenntnissen des Unternehmens. Das haben sie klar und eindeutig getan: Ich erinnere an den Offenen Brief, abgedruckt im Flensburger Tageblatt von gestern und heute.

Einen Satz daraus habe ich mir gemerkt: „Sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren!“ Die Dienstvereinbarung ist unterzeichnet, die Arbeitnehmer haben sie als : „sozialverträglich“ bewertet. Und dann kommen Externe aus dem Rat und behaupten das prompte Gegenteil, schreiben in einem Flugblatt wörtlich, es werde „Tür und Tor für willkürliche Personalpolitik“ geöffnet. Wir Sozialdemokraten meinen: Wir brauchen aus dem Rat heraus den Arbeitnehmern nicht erklären, was gut für sie ist – das wissen sie selbst am besten!“ (…)

Wie steht nun die SPD-Fraktion zur Fusion? Ich will es wie folgt formulieren:
„Wir wollen, weil wir wollen müssen!“ Diese Formulierung macht deutlich: Es gibt keine sinnvolle Alternative, außer der, den Zusammenschluss hier und jetzt zu beschließen.

Die vorgebliche Haspa-Alternative ist fachlich und sachlich keine – losgelöst von der rechtlichen Schwierigkeit – ja Unmöglichkeit. Und außerdem soll dies Modell ganz offensichtlich den Einstieg in die Privatisierung darstellen. Und das ist mit Sozialdemokraten überhaupt nicht zu machen.

Wir treffen diese Entscheidung nüchtern, ohne Emotion, nach sorgfältiger Abwägung,
viele, vielen Gesprächen. Wir fühlen uns in der Phase der Vorbereitung fair behandelt. Jede Information, jede Auskunft, konnte man erhalten oder aber sich erarbeiten. (…)

Von unserer Zustimmung – im Laufe der Debatte werden wir Ihnen unsere Argumente noch ausführlicher erläutern – ist eines allerdings unabhängig zu sehen.
Wir wollen eine schonungslose Ursachenaufklärung! Das Verhalten aller Akteure muss aufgeklärt werden. Und zwar sowohl der Entscheidungsträger in der Flensburger Sparkasse und in den Kontrollorganen (Die Möglichkeit einer Entlastung der Akteure sehen wir z. Z. nicht!), aber auch das Verhalten großer Kreditnehmer (die in Stadt bekannt sind, aber hier nicht genannt werden dürfen). (…)

Wir wollen nicht drum herumreden: Die Entscheidung von heute bedeutet auch einen Verlust für Flensburg. (…) Wir wissen wie wichtig die zu treffende Entscheidung für die Privat- und Geschäftskunden der Flensburger Sparkasse ist – vor allem für die mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe, die mit der Flensburger Sparkasse immer eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.

Die FSK hat Verdienste um die und für wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt – viele Projekte (z. B. die bekannten Konversionsprojekte, auch konkrete Maßnahmen zur Arbeitsplatzrettung hat es gegeben) hätte es ohne sie in dieser Form nicht gegeben. Die Sorge treibt uns um, dass dies in Zukunft in dieser Form nicht mehr so sein könnte. Diese Sorge verwandelt sich jetzt aber in Hoffnung und Zuversicht, denn die getroffenen personellen Entscheidungen und die personelle Konstanz stellen es sicher.

(Fast) alle wissen: Auf Sicht wäre es ohnehin unabdingbar gewesen, das Sparkassenwesen im Norden durch Bündelung zu stärken. Dazu hat es in der Vergangenheit verschiedene Anläufe gegeben. Es gibt überhaupt keinen Zweifel: Unter anderen Rahmenbedingungen wäre die Fusion noch wünschenswerter und für Flensburg attraktiver gewesen. Das ist eine bittere Erkenntnis, aber wir können die Rahmenbedingungen heute nicht mehr ändern, die Fehler von gestern sind

geschehen.

Unser Fazit: Wir sagen ja zur Fusion. Lasst uns das Gute für Flensburg bewahren, Risiken vermeiden, das Sparkassenwesen stärken und Perspektiven für morgen aufbauen!

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 26.06.2008, 14:22 Uhr - 4338 Clicks - Nr. 659*

Lothar Hay zur Verabschiedung von Kreispräsident Johannes Petersen:

"Der richtige Mann zur rechten Zeit in dem zu ihm passenden Amt“

Erscheinungsdatum:26.06.2008

Die kommunale Familie sowie Vertreter von Kirchen, Vereinen und Verbänden haben am Donnerstag (26. Juni) den Kreispräsidenten des Kreises Schleswig-Flensburg, Johannes Petersen, aus seinem Amt verabschiedet. Innenminister Lothar Hay nannte Petersen einen verlässlichen Partner der Landesregierung.
Er dankte ihm für seinen persönlichen Einsatz und seine Kooperations- und Gesprächsbereitschaft. „Johannes Petersen hat sein Amt ausgleichend und umsichtig geführt“, sagte der Minister. Er sei der richtige Mann zur rechten Zeit in dem zu ihm passenden Amt gewesen.

Der Kreistag des Kreises Schleswig-Flensburg wählte Johannes Petersen am 25. April 1990 zum ersten Mal einstimmig zu seinem Präsidenten. Dieses einstimmige Votum wiederholte sich bei den Wahlen 1994, 1998 und 2003. Johannes Petersen war insgesamt 34 Jahre Mitglied des Kreises Schleswig-Flensburg, davon 18 Jahre Kreispräsident. In dieser Zeit habe sich Petersen bei allen Fraktionen hohe Anerkennung erworben, sagte Hay.

Johannes Petersen habe gezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement eine unverzichtbare Voraussetzung sei, damit kommunale Selbstverwaltung funktioniere und eine Gesellschaft trotz widerstreitender Interessen in ihrem Kern zusammenhalte. Hay würdigte Petersens Rolle als einer der Initiatoren und Förderer der erfolgreichen Zusammenarbeit in der Region Sonderjylland/Schleswig. Johannes Petersens sei für seine kommunalpolitische Arbeit mehrfach ausgezeichnet worden. Hay erwähnte das Bundesverdienstkreuz, die Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille sowie das Ritterkreuz des Danebrog-Ordens, das Petersen vor vier Jahren für sein Engagement um ein gutes Miteinander von Dänen und Deutschen in der Grenzregion erhielt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 26.06.2008, 14:25 Uhr - 3413 Clicks - Nr. 660*

Noch Restplätze frei

Der SPD-Ortsverein Süd plant vom 22.09.2008 bis 29.09.2008 (8 Tage) eine Gruppenreise nach **Ungarn / Balatonfüred**.

Leistungen::

Reise im Royal-Comfort-Class-Bus ab/bis Neumünster inkl. sämtlicher Ausflüge

2 x Zwischenübernachtung mit Halbpension in Süddeutschland

5 Übernachtungen im Grand Hotel Anna in Balatonfüred

5 x Frühstücksbüfett im Hotel

¨3 x Abendessen im Hotel (kalt-warmes Büffet)

Alle Zimmer mit Bad oder Dusche/WC, TV und Minibar

Kostenlose Benutzung des hoteleigenen Wellnessbereichs

Begrüßungsdrink

Tagesfahrt nach Budapest mit Reiseleitung ab Hotel

Reiseleitung für einen Tagesausflug um den Plattensee

Einstündige Schifffahrt auf dem Plattensee inkl. 1 Glas Sekt

1 x Abendessen in einem guten Restaurant

1 x Tanz und Folklore

1 x Weinprobe mit 6 Sorten und Fladenbrot

Reiseleitung ab Hotel für den Tagesausflug in die Puszta

1 x Pusztaprogramm mit Kutschfahrt, Reiterspielen und Zigeunermusik

1 x Mittagessen mit Wein in der Puszta

1 x Präsent (eine Flasche Wein)

Kurtaxe

¨Insolvenzschutz

Reiserücktrittskostenversicherung für Gruppen

Kleines Frühstücksbrot und dazu Kaffe satt im Bus am ersten Tag

Reisepreis pro Person bei mindestens 40 zahlenden Personen:

598,00€

Einzelzimmerzuschlag: 118,00 €

Organisation / Vorbereitung
Wolfgang Radzko
Tel. privat: 04321 – 82391

Tel. dienstl.: 04321 – 942/2938

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 26.06.2008, 16:51 Uhr - 8502 Clicks - Nr. 661*

Kurzbroschüre zur Pflegereform 2008

Mit unserer Reform der Pflegeversicherung haben wir viel für Pflegebedürftige und ihre Angehörige erreicht. Ich darf Sie auf eine Broschüre zum Thema Weiterentwicklung der Pflege in Deutschland meiner Fraktion aufmerksam machen, die Sie auf der verlinkten Seite herunterladen können.

HIER finden Sie die Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion zum Download.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 27.06.2008, 16:50 Uhr - 15545 Clicks - Nr. 662*

Verbesserungen für Häuslebauer

Dem berechtigten Wunsch vieler Menschen nach der Schaffung von Wohneigentum tragen zwei Gesetze Rechnung, zum einen das Eigenheimrentengesetz (Stichwort: "Riesterwohnen") zum anderen das Risikobegrenzungsgesetz (Stichwort: Kreditverkäufe an Finanzinvestoren).
Jörn Thießen sieht in diesen Gesetzen die Möglichkeit zur Schaffung von Wohneigentum zur Alterssicherung verbessert und die Gefahr, dass der Hausbau zum Alptraum wird eingeschränkt.
Dr. Hans-Ulrich Krüger, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hat zur beiden Gesetzen Erläuterungen verfasst.

Eigenheimrentengesetz
Risikobegrenzungsgesetz

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 27.06.2008, 17:56 Uhr - 2755 Clicks - Nr. 663*

SPD-Engelsby: Konkurrenz für den schwarzen Mann auf dem Dach

Die knapp 20.000 deutschen Schornsteinfeger müssen sich auf mehr Konkurrenz einstellen. Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit beschloss der Bundestag in Berlin, das seit 1935 geltende Schornsteinfeger-Privileg zu lockern.

Bislang war nur ein Schornsteinfegermeister bis zum Ruhestand für seinen Kehrbezirk zuständig. Künftig sollen nun alle Schornsteinfegerarbeiten, die keine Kontrollen beinhalten, im Wettbewerb angeboten werden. Die hoheitlichen Aufgaben der Schornsteinfeger zum Brandschutz bleiben jetzt auf das Führen eines Kehrbuchs und eine regelmäßige Feuerstättenschau begrenzt. Alle anderen Arbeiten können künftig auch von anderen Handwerkern, zum Beispiel Heizungs- und Klimatechnikern erledigt werden, sofern sie die Schornsteinfegerausbildung haben.
Haus- und Wohnungseigentümer können sich damit zukünftig größtenteils ihren Schornsteinfeger selbst aussuchen und auf sinkende Preise hoffen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 28.06.2008, 16:25 Uhr - 7729 Clicks - Nr. 664*

Wege aus Hunger und Armut

Süsswasserressourcen werden weltweit knapp. Der Kampf ums Wasser bringt neue Konflikte. Menschen in Entwicklungsländern sind von Klimawandel und Dürren schon längst am härtesten betroffen. Deshalb **hier ein Praktikumsbericht vom Entwicklungspolitiker Wolfgang Wodarg, der sich in einem kleinen indischen Dorf bereits frühzeitig über Hilfsmöglichkeiten informiert hat.**

Die Wasserknappheit: ein Problem, das zurzeit zwar weniger im Scheinwerferlicht steht, aber das seit Jahren ein Dauerthema in der Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Am dramatischsten ist es in Afrika, wo es inzwischen mehr Flüchtlinge wegen Wasserknappheit, Dürre und Veränderung des Klimas als durch Krieg und Bürgerkrieg gibt.

Ein üblicher Ansatz in der Entwicklungshilfe ist das "Empowerment", die Stärkung als Hilfe zur Selbsthilfe. Ich habe mit dieser Art der Armutsbekämpfung Erfahrung sammeln können, als ich in einem Dorf in Indien die Umsetzung eines solchen partizipativen Projektes miterleben durfte. Dort ging es um die Regenerierung von Wassereinzugsgebieten. In manchen dieser Gebiete, fallen nur während der Regenzeit große Mengen Niederschlags vom Himmel, reißen von den Hügeln den fruchtbaren Boden mit sich und gefährden die Bewohner der Niederungen durch Schlammlawinen und Überflutungen. Deswegen hat die Entwicklung von Systemen, welche das Niederschlagswasser am raschen Abfließen hindern eine große Bedeutung für die Armutsbekämpfung. Durch die aktive Mitwirkung der Menschen vor Ort werden natürlichen Wasserressourcen gehalten und zur

ganzjährigen Nutzung gesichert.

HIER VIELE SCHÖNE BILDER AUS DEM PRAKTIKUM!

Das Projekt "Watershed"

Derartige Verfahren wendet zum Beispiel die Organisation Watershed Development Trust (WOTR) in Indien an. In dem Projektgebiet Maharashtra (einem der 28 indischen Bundesstaaten) stellt WOTR der Bevölkerung Informationen und Unterstützung zur Verfügung, damit das Problem der Wasserknappheit von den Betroffenen selbst nachhaltig gelöst und ihr Lebensstandard verbessert werde. Dieses von Deutschland unterstützte Programm umfasste gleichzeitig Maßnahmen zur Förderung der Bildung, der Gesundheitsvorsorge und der Stärkung besonders von Frauen und sozial Schwachen.

Was ich bei meinem Praktikum in Indien erleben und lernen konnte, hilft inzwischen Millionen Menschen und wird nicht nur in Indien zunehmend nachgeahmt. Während des Praktikums lernte ich einen Diakon aus Tansania kennen, der in seiner ländlichen Region für die Wasserversorgung verantwortlich ist. Wir waren gemeinsam im Dorf Purushwadi bei einer Gastfamilie untergebracht. Dort führten wir zahlreiche Gespräche, die das Ziel hatten, die Lebensgeschichten der Menschen zu erfahren, und genauer zu verstehen, welche Veränderungen sich aufgrund der Watershed-Programme ergeben hatten.

Deutlich wurde, dass sich das Leben zahlreicher Familien grundlegend gewandelt hat. Wie war das möglich gewesen? Durch das Ausheben tiefer ringförmiger Gräben um die Hügel und an den abschüssigen Hängen war das Wasser der Monsun-Regenfälle nach und nach immer wirksamer aufgehalten worden und versickerte im Boden, statt in Sturzbächen abzufließen und den wertvollen Boden mitzureißen. Der Grundwasserspiegel in den im Tal gelegenen Dörfern stieg dadurch, so dass jetzt Wasser fast ganzjährig gefördert werden und auch zur Bewässerung der Felder eingesetzt werden konnte.

Statt einer Reisernte nach der Regenzeit waren so zwei bis drei Ernten im Jahr und eine sinnvolle Fruchtfolge auf den Äckern um das Dorf möglich. Dadurch konnte das gesamte soziale Leben der Dorfgemeinschaft nachhaltig stabilisiert werden. Mussten vor allem die Männer vor Beginn des Programms ca. sechs Monate im Jahr als Wanderarbeiter den Lebensunterhalt für ihre Familien in fernen Städten oder Camps verdienen, so können sie jetzt während des ganzen Jahres ihre Felder bestellen und durch den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte auch zu einem bescheidenen Familieneinkommen beitragen.

Auch ein Lehrer konnte jetzt beschäftigt und ein Schulgebäude im Dorf gebaut werden. In allen Familien, mit denen wir Gespräche geführt haben, liegt der Bildungsstand der Kinder inzwischen deutlich höher als der der Eltern. Dies gilt besonders für die Mädchen. Allerdings ist es den meisten jungen Menschen in den Dörfern immer noch nicht möglich, einen Bildungsabschluss zu erreichen, der ihnen Ausbildung, Studium oder qualifizierte Arbeitsplätze außerhalb der dörflichen Gemeinschaft sichern würde. In zahlreichen Gesprächen sowohl mit dem örtlichen VMC (Village Watershed Commitee), dem "Gemeinderat", der Frauenversammlung und der Dorfversammlung wurde ausdrücklich die Bedeutung des Watershedprojekts für den Zusammenhalt des Dorfes betont und große Hoffnungen für die eigene Zukunft zum Ausdruck gebracht.

Das Leben meiner Gastfamilie

Meine Gastfamilie bestand aus sechs Personen: den beiden Elternteilen und vier Kindern. Der älteste Sohn lebte nicht zu Hause, da er ein Internat ganztägig besuchte. Der Vater und seine zwei

Brüder besaßen gemeinsam sieben kleine Felder. Von der Arbeit auf diesen Parzellen lebten 18 Personen. Die meisten Erwachsenen der 18-köpfigen Gemeinschaft verdienten sich ihr Geld zusätzlich auch noch als Landarbeiter auf anderen Grundstücken. Meine Gastfamilie besaß zudem zwei Bullen. Ihre Hühner hatten sie kurz zuvor aufgrund einer Epidemie, die das ganze Geflügel des Dorfes und der Umgebung tötete verloren.

Das tägliche Leben der Familie beginnt um 6 Uhr morgens. Die Mutter zündet das Reisigfeuer in der Küche an und kümmert sich um die weitere Hausarbeit (putzen und waschen). Die Männer gehen auf das Feld um den Acker zu bearbeiten. Zwischen 9 und 10 Uhr frühstücken dann alle gemeinsam. Anschließend geht die Mutter mit den Männern zurück zum Feld während die Kinder die Dorfschule besuchen (bis zum siebten Schuljahr). Der Weg zur nächsten weiterführenden Schule dauert zu Fuß eine Stunde. Der Großvater der Familie war mit 65 Jahren gestorben, die Großmutter schon früher, angeblich da sie sich"einem Heiler" anvertraut hatte, statt rechtzeitig einen Arzt aufzusuchen. Die nächste Gesundheitsstation liegt fünf Kilometer entfernt. In der Gegend praktizieren auch private Ärzte, die mehr Geld verlangen, die aber Patienten schneller behandeln sollen. Kinder werden im Dorf geboren. Zwei "erfahrene Frauen" stehen dafür zur Verfügung.

Montag ist der Markttag im benachbarten Flecken Rajur. Einer der Söhne fährt dann dorthin, um die landwirtschaftlichen Produkte der Familie dort zu verkaufen und notwendige Einkäufe zu tätigen. Das Jeep-Taxi nach Rajur kostet zehn Rupien.

Die Dorfgemeinschaft Purushwadi

Am Abend trafen wir uns mit den Mitgliedern des Watershed-Rates im Dorf, die über das Projekt berichteten. Das gesamte Sanierungsprogramm für die 500-Seelen-Gemeinde hatte nur etwa 40 000 D-Mark gekostet, die eine deutsche Firma als private Spende zur Verfügung gestellt hatte. Alles war durch Eigenarbeit unter fachlicher Anleitung gestaltet worden. Für die schweren Erdarbeiten hatten Männer und Frauen den gleichen Lohn von lediglich etwa 2 DM pro Tag erhalten.

In der Diskussion wurde aber auch deutlich, dass die meisten Menschen trotz der geschilderten positiven Entwicklung nur einen Schritt von einem erneuten Absturz in die Armutsverhältnisse vor Beginn des Projekts entfernt sind. Lebensrisiken wie Krankheit oder Alter haben sie keine eigenen finanziellen Ressourcen entgegenzusetzen, staatliche Schutzsysteme existieren nicht und so ist aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen (Förderung der Sterilisation der Frauen nach der Geburt von zwei Kindern), der Migrationsbewegung hin zu den großen Städten und des fehlenden sozialen Netzes abzusehen, dass die künftige ältere Generation auf dem Lande auf sich allein gestellt sein wird. Dem gilt es durch den Aufbau geeigneter sozialer Sicherungssysteme entgegenzuwirken, wobei der dörfliche Zusammenhalt eine wichtige Rolle spielt und bei der zukünftigen Strukturförderung gestärkt werden sollte.

Besonders beeindruckend waren Sitzungen der Frauen-Selbsthilfeverbände, die eine Dorfkasse verwalteten, aus der Mikrokredite für bedürftige Dorfbewohner gewährt wurden: Neuanschaffungen von landwirtschaftlichen Geräten und Tieren aber auch Schulbesuche und Krankenhausschulungen wurden so finanziert. Die Verstetigung des Dorflebens durch eine ganzjährige Wasserversorgung und zwei bis drei Ernten entlastet die Dorfbewohner in vielen Beziehungen. Die Frauen werden besonders entlastet, weil ihre Männer nicht mehr als Wanderarbeiter unterwegs sind und jetzt für die Familie zur Verfügung stehen. Frauen nehmen aktiv die Gestaltung des Dorfes in die Hand. Sie haben ja auch die notwendigen Erdarbeiten im Rahmen des Watershed Programms mitgetragen und sichern jetzt den sozialen Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft.

Das Dorf Purushwadi verfügt weder über Elektrizität noch über Fernsehgeräte. Abends und nachts

behalfen wir uns mit Taschenlampen oder Petroleumleuchten. Als eines Nachts zwei Lämmer abhandengekommen waren und die in der Gegend noch lebenden Tiger hierfür verantwortlich gemacht wurden, hielt sich meine Lust zu Abendspaziergängen allerdings in Grenzen.

Der Vorteil des auch für Politiker angebotenen Exposure- und Dialogprogramms ist die unmittelbare Vermittlung des alltäglichen Lebens von den Menschen, deren Leben auch von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beeinflusst wird. Mit solchen Erlebnissen bekommt Entwicklungsarbeit ein Gesicht, was für unsere Arbeit in Berlin eine unentbehrliche Voraussetzung ist.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 29.06.2008, 15:12 Uhr - 5985 Clicks - Nr. 665*

AsF Flensburg lobt Literatur-Wettbewerb aus Thema: 50 Jahre Gleichberechtigungsg

Aus Anlaß des Inkrafttretens des Gleichberechtigungsgesetzes vor 50 Jahren und des Inkrafttretens des Eherechtsreformgesetzes vor 30 Jahren lobt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Flensburg einen Literatur-Wettbewerb aus.
Die Sprecherin der Flensburger AsF, Barbara Philipsen: „Wir sind überzeugt, dass viele Frauen auch aus eigener Erfahrung zu diesem Themenkomplex Beiträge leisten können, und freuen uns auf zahlreiche Texte, zum Beispiel Kurzgeschichten oder Gedichte, erlebt oder satirisch-frech erfunden, heiter oder besinnlich.“

Einsendungen werden erbeten bis zum 15. September 2008 an die AsF, Kreisbüro der SPD, Große Straße 69, 24937 Flensburg, oder per E-Mail bphilipsen@t-online.de. Eine Jury wird die Beiträge bewerten, die Gewinnerin erhält einen Überraschungs-Preis. Die besten Beiträ-ge sollen anschließend in einem Heft veröffentlicht werden.

Zur Erinnerung:
Am 3. Mai 1957 wurde das Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet, am 17. Juli 1957 ver-kündet und am 1. Juli 1958 in Kraft gesetzt.

Als am 23. Mai 1949 das Grundgesetz in Kraft trat, sah eine der Mütter des Grundgesetzes, Dr. jur. Elisabeth Selbert (SPD), in der Gleichberechtigung der Geschlechter auf allen Gebie-ten ein Naturrecht. Durch öffentliche Proteste erzwang sie die Einführung des Art. 3 Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

Bis zum 31. März 1953 sollten patriarchalische Privilegien, die gegen diesen Satz („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“,) verstießen, noch weiter gelten. Für die Überarbeitung des Gesetzentwurfes zuständig war der damalige Justizminister, Thomas Dehler (FDP). 1951 in einem Interview dazu befragt, bekannte er, dieses Thema sei „der Alptraum meiner schlaflosen Nächte“.

Es sollte bis 1957 dauern, bis der alte § 1354 BGB geändert wurde, in dem es hieß: „Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftlich eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu. Er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung“. Bis dato stand dem Mann auch das Recht der „Verwaltung und Nutznießung des Frauenvermögens“ zu, selbst wenn die Frau es mit in die Ehe gebracht hatte. Ab 1958 durfte die Frau ohne Erlaubnis ihres Mannes eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, allerdings nur, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar war. Ein Verstoß dagegen konnte Grund für eine Ehescheidung sein.

Somit wurde das Leitbild der Hausfrauenehe für weitere 20 Jahre fortgeschrieben, stand der Familienfrieden über dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung. Bis zum Eherechtsreform-Gesetz, in Kraft seit dem 1. Juli 1978, ging die Frau damit das Risiko ein, im Falle einer Scheidung nach dem damals noch bestehenden Schuldprinzip sämtliche Unterhaltsansprü-che und das Sorgerecht für die Kinder zu verlieren.

Das Gleichberechtigungsgesetz hielt noch längere Zeit am überkommenen Rollenverständnis fest, es gab zahlreiche Kampagnen, um die Frauen an den heimischen Herd zurückzubringen, es wurden Frauen und besonders Mütter wegen der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit diskriminiert.

Der Zug, in den alle am 1. Juli 1958 einstiegen, ließ sich jedoch nicht mehr aufhalten. Gleichberechtigung ist als wichtiges Thema aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr weg-zudenken und wird auch so lange Thema bleiben, bis die Gleichberechtigung wirklich durch-gesetzt ist.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 29.06.2008, 20:40 Uhr - 7956 Clicks - Nr. 666*

Europarat: Fußballfieber und mehr

Zu den Highlights der Sommersitzung der PV des Europarats gehörten eine Dringlichkeitsdebatte zur Arbeit demokratischer Institutionen in der Türkei, eine Debatte zur Menschenrechtslage in China und die Kerndebatte zur Lage der Demokratie in Europa, bei der Wolfgang Wodarg für die Sozialdemokratische Fraktion Stellung genommen hat. Seine Resolution zum Thema "Indikatoren für Medien in der Demokratie" wurde auch beschlossen. Abends zog es dann alle vor die Fernsehschirme!

(Im Bild v.r.n.l.: der Flensburger Bundestagsabgeordneter und stellv. Leiter der deutschen Delegation Wolfgang Wodarg mit Birgen Keles (Tr), Doris Barnett (D) und Haluk Koc (Tr).)

Weitere Themen auf der Tagesordnung betrafen die Arbeit demokratischer Institutionen in Aserbaidschan, die Bekämpfung der Umweltverschmutzung im Schwarzen Meer, die Stärkung der Rechte der Frau in einer modernen, multikulturellen Gesellschaft sowie Kindesaussetzungen nach der Geburt.

Besonders die deutschen und die türkischen Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zog es am Mittwochabend in Straßburg vor die Fernsehschirme beim Spiel: Deutschland -Türkei.

Mittwoch ging es noch um die bessere Fußballmannschaft und am Donnerstag stand die demokratische Zukunft der Türkei auf der Agenda der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Die deutschen und die türkischen Abgeordneten wussten aber sehr wohl Spiel und Ernst zu unterscheiden.

HIER FINDEN SIE WEITERE ARTIKEL VON WOLFGANG WODARG - EINE AUSWAHL:

Bahnprivatisierung

Bilder vom Kommunalwahlkampf

Tibets Klöster abgeriegelt - Abgeordnete besuchen Krisenregion

Wodarg: Der wachsende Markt privater Militärfirmen braucht Kriege!

ASG Bundesausschuss der SPD zur Pflege

Keine doppelte Erhöhung der Diäten!

Lauterbach und Wodarg in Schleswig

Wege aus Hunger und Armut - ein Praktikumsbericht aus Indien von Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 30.06.2008, 15:41 Uhr - 3112 Clicks - Nr. 667*

Anliegerbeiträge Bahnhofsstraße

Der Ausbau der Bahnhofstraße hat zu Diskussionen über die daraus resultierenden Anliegerbeiträge geführt. Um hier restlose Klarheit zu erzielen, hat die SPD eine Sondersitzung des neuen Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt beantragt, in der alle strittigen Fragen geklärt werden sollen.
Pressemitteilung: Anliegerbeiträge Bahnhofstraße

Der Ausbau der Bahnhofstraße und die Auswirkungen auf die Anliegerbeiträge war schon des Öfteren Gegenstand von Diskussionen in verschiedenen Fachausschüssen. Im Rahmen unseres SPD-Bürgerforums, dem Gesprächskreis mit
Quickbornern und unseren Nachbarn, stellten wir fest, dass immer noch viele Unklarheiten und unbeantwortete Fragen bestehen, die für Unruhe unter den Eigentümern in der Bahnhofstraße sorgen. Unruhe und Unsicherheiten sind das Letzte, was wir in der Innenstadt gebrauchen können.

Damit die Unklarheiten aufgelöst werden können, haben wir im Interesse aller eine Sondersitzung des neuen Ausschusses Stadtentwicklung und Umwelt
beantragt.

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 30.06.2008, 16:13 Uhr - 9701 Clicks - Nr. 668*

Vorsicht an der Bahnsteigkante!

Zum 30-Millionen-Beteiligungsfonds, der am 1. Juli neu aufgelegt wird, sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Der zum 1. Juli aufgelegte Fonds für Beteiligungskapital kann sicher an der einen oder anderen Stelle dazu beitragen, dass Zukunfts-Investitionen getätigt werden, von denen einige ansonsten vielleicht kleiner ausfallen würden.

Auch wenn das Land Schleswig-Holstein nur mit einer Risiko-Bürgschaft beteiligt ist: Wenn das Land einspringen muss, fehlt das Geld an anderer Stelle.

Statt auf einzelbetriebliche Förderung setzen wir eher auf strukturelle Anreize für Wirtschaftsunternehmen. Dazu gehören wichtige Investitionen in die Zukunft wie eine gute Bildungsstruktur mit lebenslangem Lernen, wie Verkehrs- und Technologie-Infrastruktur, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 01.07.2008, 02:22 Uhr - 3306 Clicks - Nr. 669*

Ab heute sind Freitags die Museen der Stadt Flensburg kostenfrei !

Seit dem 01. Juli 2008 ist Freitags der Eintritt im Sauermannhaus und im Christiansenhaus auf dem Museumsberg, sowie im Schifffahrtsmuseum kostenfrei!
Dies hat die Flensburger Ratsversammlung am 19. Juni 2008 fast einstimmig beschlossen. Nur die WiF-Partei lehnte den Vorschlag ab.
Der Interfraktionelle Antrag zum kostenfreien Museumstag geht auf eine Initiative der SPD-Ratsfraktion zurück.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 01.07.2008, 17:07 Uhr - 4591 Clicks - Nr. 670*

Verfassungsschutz mit zusätzlichen Rechten im Anti-Terror-Kampf;

Lothar Hay: Staat schärft sein Auge, wird aber nicht zum Überwachungsstaat

Erscheinungsdatum:
01.07.2008

Die Landesregierung hat am Dienstag (1. Juli) den Entwurf eines neuen Verfassungsschutzgesetzes auf den parlamentarischen Weg gebracht. Danach erhält Schleswig-Holsteins Nachrichtendienst zusätzliche Möglichkeiten zur Aufklärung und frühzeitigen Erkennung von Gefahren. Gleichzeitig würden die parlamentarische Kontrolle und der Grundrechtsschutz gestärkt.

Innenminister Lothar Hay sprach von einer behutsamen, aber notwendigen Anpassung des Landesgesetzes an bundesweit geltende Standards. Schleswig-Holstein setze die Terrorismusbekämpfungsgesetze des Bundes um und folge damit allen anderen Ländern. „Der Staat schärft sein wachsames Auge, aber er wird nicht zum Überwachungsstaat“, sagte Hay.

Die Sicherheitsbehörden stünden vor neuen Herausforderungen. Terrornetzwerke seien nicht im Vereinsregister eingetragen, meinte der Minister. Für die Verfolgung eines gewaltbereiten Islamisten auf der Datenautobahn des Internets gebe es noch kein satellitengestütztes Navigationssystem. Der islamistisch motivierte Terrorismus verändere laufend sein Gesicht. Es gebe nur diffuse Anhaltspunkte für potentielle Täterprofile. Terrornetzwerke von Leuten, die in Deutschland unscheinbar aufwuchsen und erst dort zu ihrer terroristischen Überzeugung gelangten, und die

Offenheit von Konvertiten für eine islamistische Radikalisierung machten es zunehmend schwieriger, gefährliche Personen zu identifizieren.

Der Gesetzentwurf steht nach den Worten von Hay unter der Prämisse: „Mit den Instrumenten des Rechtsstaates gegen seine Feinde effizient vorgehen“. Dazu wird der Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes auf den internationalen Terrorismus erweitert. Daneben werden Privatunternehmen verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde Auskunft über Passagier-, Konto-, Post- und Telekommunikationsdaten zu geben. Außerdem darf der Verfassungsschutz technische Mittel einsetzen, um Mobiltelefone ausfindig zu machen.

Als Gegengewicht zu den erweiterten Befugnissen des Nachrichtendienstes wird die parlamentarische Kontrolle über die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über die Durchführung von Maßnahmen zur Post- und Fernmeldeüberwachung organisatorisch in einem Parlamentarischen Kontrollgremium zusammengefasst. Auf Anregung des Datenschutzbeauftragten wurden Vorschriften über die rechtliche Ausgestaltung für die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel präzisiert. Das betrifft die Eingriffsvoraussetzungen, den Adressatenkreis und die Art und Weise, wie die Spezialbefugnisse eingesetzt werden dürfen. Außerdem wurden der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und der Berufsgeheimnisträger ausdrücklich gesetzlich verankert.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 01.07.2008, 17:11 Uhr - 4478 Clicks - Nr. 671*

Schleswig-Holstein bekommt eigenes Wohnraumförderungsgesetz;

Lothar Hay: „Wir modernisieren und bleiben sozial“

Erscheinungsdatum:
01.07.2008

Schleswig-Holstein bekommt ein eigenes Wohnraumförderungsgesetz. Das Kabinett beschloss am Dienstag (1. Juli) den entsprechenden Entwurf. Er wird im Juli erstmals im Landtag beraten und soll nach Vorstellung der Landesregierung am 1. Januar 2009 Gesetz werden. „Wir schaffen die landesspezifischen Voraussetzungen für eine moderne Wohnungspolitik“, sagte Innenminister Lothar Hay.
Dabei bleibe man den Prinzipien einer sozialen Wohnraumförderung verpflichtet. Der Mieterschutz werde nicht eingeschränkt. Investoren erhielten neue Anreize, wieder mehr Geld in die Modernisierung von Altbauten zu stecken oder für den Neubau von Wohnungen auszugeben.

Im Mittelpunkt der staatlichen Förderung stehen auch künftig Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sollen vorzugsweise in die öffentlich geförderten Miet- und Genossenschaftswohnungen einziehen. Das Landesgesetz über die Wohnraumförderung schafft

nach Aussage von Hay zugleich den Rahmen zur Schaffung sozial stabiler Stadtquartiere sowie für den Klimaschutz und die Energieeinsparung. Zugleich gibt es den Kommunen neue Rechte und Möglichkeiten, die Entwicklung ihrer Wohnquartiere und die Versorgung der Menschen mit Sozialwohnungen zu steuern.

Die wesentlichen Regelungen des Gesetzentwurfs:

Mehr Fördermöglichkeiten

Geld vom Land gibt es künftig nicht mehr nur für den Bau und die Modernisierung von Wohnungen und Eigenheimen, auch Investitionen zur Verbesserung des Wohnquartiers und für entsprechende Entwicklungskonzepte können gefördert werden. „Wir verbreitern den Förderungsrahmen, um den Kommunen beim sozialen Stadtumbau noch gezielter und umfassender zu helfen“, sagte Hay. So ist es mit dem neuen Gesetz möglich, dass Mittel der Wohnraumförderung auch für die Arbeit eines Streetworkers oder die Herrichtung eines Jugendtreffs eingesetzt werden.

Qualitätsoffensive in den Altbeständen

Das Wohnraumförderungsgesetz schafft das Kostenmietrecht ab. „Wir machen dadurch den Weg frei für eine Qualitätsoffensive in den Altbeständen“, sagte der Minister. Diese Wohnungen seien schon lange nicht mehr für die echten Versorgungsfälle geeignet. Das Kostenmietrecht ist nach Ansicht von Hay starr und kompliziert. Es bremse auch häufig private Investoren, die man aber brauche, um allen Bevölkerungsgruppen Wohnungsangebote machen zu können. Die ortsübliche Vergleichsmiete ist künftig die höchst zulässige Grenze, bis zu der die Miete angehoben werden darf. Hay rechnet deshalb aber nicht mit nennenswerten Mietpreissteigerungen, denn über alle Baualtersklassen und Wohnungsgrößen hinweg liegt die Netto-Kaltmiete im frei finanzierten Wohnungsbestand landesweit nur um 42 Cent je Quadratmeter Wohnfläche über der Miete öffentlich geförderter Wohnungen.

Dynamische Wohnungsmärkte machen kürzere Belegungsbindungen notwendig

Das Wohnraumförderungsgesetz begrenzt soziale Bindungen auf 35 Jahre. Das gilt heute schon für rund 20.000 öffentlich geförderte Wohnungen, die nach 1995 gebaut wurden und wird zukünftig auch für die 40.000 Altbestände aus den Jahren 1956 bis einschließlich 1995 gelten. Bislang sind Belegungsbindungen sogar von 80 Jahren möglich. „Solche langen Zeiträume passen nicht mehr zu den dynamischen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt“, sagte Hay. Es wäre falsch, wollte man Wohnungsunternehmen über ein halbes Jahrhundert und länger vorschreiben, welches Mieterklientel in den Wohnungen leben solle. Lange Belegungsbindungen verhinderten häufig notwendige Modernisierungen.

Mieter bleiben weiterhin geschützt

Überleitungsvorschriften sorgen dafür, dass sich die Kommunen auf die Änderungen einstellen können und keine drastischen Mieterhöhungen auf die Bewohner in den Altbeständen zukommen. So sieht der Gesetzentwurf vor, dass bis zum 31. Dezember 2013 alle Sozialbindungen bestehen bleiben und in dieser Zeit auch keine Mietanhebungen erlaubt sind, auch wenn die Miete unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen sollte. Danach gilt bis 2018: Mieterhöhungen sind nur in einem Umfang von neun Prozent verteilt auf drei Jahre möglich. Dabei bildet die ortsübliche Vergleichsmiete in jedem Fall die Höchstgrenze.

Unwissenheit oder Taktik: Mieterbund verbreitet falsche Behauptungen

Hay wies jüngste Behauptungen des Mieterbundes als falsch zurück, 2009 würden „schlagartig 9.907 Wohnungen ihre Sozialbindung verlieren“ und Vermieter könnten „sofort eine Mieterhöhung geltend machen“. „Genau das werden die Überleitungsvorschriften verhindern“, sagte der Minister. Es wäre klug gewesen, der Mieterbund hätte sich vor der Veröffentlichung seiner Pressemitteilung am 17. Juni über den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens informiert. Er hätte dann erfahren, dass der Gesetzentwurf im Interesse eines verbesserten Mieterschutzes verändert wurde. Eine zweite Kabinettsbefassung sei schließlich dazu da, um gute Anregungen aufzunehmen. „Ob Unwissenheit oder taktisches Kalkül, mit Panikmache auf der Grundlage objektiv falscher Behauptungen erhöht man seine Überzeugungskraft als Interessenverband weder bei der Regierung noch beim Parlament“, sagte Hay.

Modernisierte Wohnungen - weniger Energie – mehr Geld im Portemonnaie

Kürzere Belegungsbindungen und der Wegfall der Kostenmiete führen nach Hays Überzeugung zu einem Modernisierungsschub bei den Altbeständen. „Der Altbestand an Wohnungen ist ein richtiger Energiefresser“, sagte der Minister. Immerhin seien drei Viertel der Bestände vor 1995, dem Jahr der ersten Energieeinsparverordnung gebaut worden. Heizung und Warmwasser verursachten fast den gesamten Energieverbrauch eines privaten Haushalts. Durch Wärmedämmung und andere energieeffiziente Modernisierungen könnten bis zu 60 Prozent des Energieendverbrauches eingespart werden. Investitionen in energieeffiziente Gebäude machten sich positiv im eigenen Geldbeutel bemerkbar. „Mieter müssen für Heizkosten weniger Geld ausgeben“, sagte Hay.

Mehr Mitbestimmung der Kommunen bei Wohnraumförderung

Gemeinden, Kreise und Ämter können künftig durch Satzung Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf bestimmen. Die Folge ist, dass in der Regel das Sozial- oder Wohnungsamt bestimmen kann, welcher Mieter mit entsprechender Wohnberechtigung in eine frei werdende oder bezugsfertige sozial gebundene Wohnung einziehen darf. Die Kommune ist verpflichtet, mindestens drei Mietparteien vorzuschlagen, aus der sich der Vermieter eine Partei aussuchen kann.

Kommunen können auch mit eigenen Mitteln Wohnraum fördern oder sich an der Förderung des Landes beteiligen. Grundlage der Förderung sollten Wohnungsmarkt- und Quartiersentwicklungskonzepte sein, deren Instrumente und Ziele die Kommunen bestimmen. Das Gesetz verpflichtet das Land, die Kommunen bei der Förderung stets einzubinden.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 01.07.2008, 17:38 Uhr - 3701 Clicks - Nr. 672*

Spendenbereitschaft erhalten

Zu den Berichten über Korruptionsfälle bei Hilfswerken der evangelischen Kirche einschließlich des Nordelbischen Missionswerkes erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Die Entwicklungshilfe-Projekte der verschiedenen Hilfsorganisationen leisten einen kaum zu überschätzenden Beitrag für die Bürgerinnen und Bürger in Tansania und anderen Staaten. Korruption bei Projekten der Entwicklungshilfe ist dabei leider ein allgegenwärtiges ernstes Problem.
Offensichtlich gibt es unterschiedliche Auffassungen, wie Korruption am besten bekämpft werden kann. Wir erwarten von der Kirche ein Höchstmaß an Transparenz und eine Verständigung mit anderen Partnern über einen gemeinsamen und abgestimmten Weg, damit die Spendengelder in einem hohen Maße denen zu gute kommen, die sie am nötigsten brauchen. Die Mission ist bei ihren Versuchen zu unterstützen das Problem so weit wie möglich einzudämmen. Gerade in Schleswig-Holstein gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die Regionen in Tansania seit langer Zeit unterstützen. Diese Initiativen kontrollieren häufig durch Besuche die geförderten Projekte. Hier werden weitere Spenden dringend gebraucht."

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - *veröffentlicht am 02.07.2008, 08:27 Uhr - 4016 Clicks - Nr. 673*

Die betreute Schulbücherei an der Gesamtschule Faldera muss erhalten bleiben.

Presseerklärung der SPD Rathausfraktion zur betreuten Schulbücherei an der Gesamtschule Faldera

Die Schulbücherei der Gesamtschule wurde bisher von einer pädagogischen Hilfskraft mit einer Stelle mit 30 Stunden/Woche betreut. Die betreute Schulbücherei war an der Schule einerseits als Lernort und andererseits als Treff- und Aufenthaltspunkt für die Schüler unentbehrlich geworden.
Die Personalstelle wurde von der Schule in der Vergangenheit u.a. mit Fördermitteln des Landes finanziert. Das Land hat die Förderung zunächst reduziert und nunmehr gänzlich eingestellt. Nach der Reduzierung der Förderung hatte die Schule die Personalstelle für eine Übergangszeit u.a. mit finanziellen Mitteln der Eltern und des Fördervereins durchgetragen. Nach der Einstellung der Förderung durch das Land ist nunmehr die Personalstelle und damit auch das Betreuungsangebot weggefallen.
Versuche der Verwaltung, der Schule mit vorhandenen Personalstellen aus dem Bereich der großen Schwesterschule IGS Brachenfeld zu helfen, sind ohne Ergebnis geblieben.

Bei dieser Sachlage wird die SPD-Rathausfraktion in der Ratsversammlung am 15.07.2008 den Antrag stellen, dass schnellstmöglich die Stelle einer pädagogischen Hilfskraft in der Schulbücherei der Gesamtschule Faldera – zumindest im Umfange einer halben Stelle – eingerichtet und besetzt wird. Ratsherr Andreas Kluckhuhn erklärte dazu: „Das Betreuungs-angebot und damit die Wiederbesetzung der Stelle einer pädagogischen Hilfskraft im Bereich der Schulbücherei ist - zumindest im Umfange einer halben Stelle - notwendig und unverzichtbar".

Haushaltstechnisch geht es dabei um die Neueinrichtung einer Personalstelle. Denn mit Rücksicht darauf, dass die bisherige Stelle von der Schule u.a. mit Fördermitteln des Landes finanziert worden ist, gibt es keine Personalstelle im Haushalt der Stadt. In dem SPD-Antrag heißt es dazu, dass trotz schwieriger Haushaltslage die finanziellen Mittel im laufenden Haushalt bereitgestellt werden müssen bzw. dass die Stelle im Haushalt 2009/2010 zu veranschlagen ist.
Vor der Wahl hatte die Gesamtschule Faldera die politischen Parteien auf den Wegfall der Stelle und die Konsequenzen – Wegfall des unentbehrlich gewordenen Betreuungsangebots - angesprochen. Zumindest die beiden großen Parteien hatten öffentlich zugesagt, sich für den Erhalt des Betreuungsangebots an der Schule einsetzen zu wollen. Ratsherr Andreas Kluckhuhn bemerkte dazu: „Ich gehe davon aus, dass unser Antrag in der Ratsversammlung im Interesse der Sache eine

breite Zustimmung erhalten wird. Denn es kann nicht sein, dass nach der Wahl etwas Anderes gelten soll als vor der Wahl“.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 02.07.2008, 17:15 Uhr - 4732 Clicks - Nr. 674*

Lothar Hay: „Die Stadt für Familien und Kinder neu erfinden“

Sieger im Wettbewerb „Wohnen mit Kindern in der Stadt“ gekürt

Erscheinungsdatum:
02.07.2008

Innenminister Lothar Hay hat Kommunen und Wohnungswirtschaft aufgerufen, die Stadt für Familien und Kinder neu zu erfinden. „Die Stadt bietet kurze Wege und verbindet Wohnen und Arbeiten“, sagte Hay am Mittwoch (2. Juli) in Lübeck. Die Stadt sichere für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen die Teilhabe an Bildung, Kultur und sozialen Einrichtungen.
„Die Stadt bietet Möglichkeiten, die stärker genutzt und ausgebaut werden müssen“, sagte der Minister. Land, Kommunen und die Wohnungswirtschaft trügen gemeinsam Verantwortung dafür, dass die städtischen Quartiere sozial stabil und attraktiv blieben. Modernes urbanes Wohnen dürfe nicht nur am Computer geplant werden, sondern müsse in Form konkreter Projekte in den Städten verwirklicht werden.

Nach Ansicht des Ministers gibt es zu einer integrierten sozialen Stadtentwicklungspolitik keine Alternative. „Ich sehe mich in der Verpflichtung, gerade für Familien mit Kindern und Jugendlichen bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen zu sichern“, sagte Hay. Er sei zuversichtlich, dass von Lübeck neue Impulse städtebaulicher Innovation ausgehen werden.

Hay sprach aus Anlass der Bekanntgabe der Preisträger in dem Wettbewerb „Wohnen mit Kindern in der Stadt“. Bei diesem vom Innenministerium angeregten und mit 345.000 Euro finanzierten Modellprojekt wurden Konzepte gesucht, die ein soziales Miteinander unterschiedlicher Bevölkerungs- und Altersgruppen fördern. Im Mittelpunkt standen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen beim Bau von Wohnungen und der Gestaltung des Wohnumfeldes.

Hinweis für die Redaktionen:

In der Anlage sind die Namen der Preisträgerbüros und die Begründungen aufgeführt.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Anlage
zur Medieninformation des Innenministeriums Schleswig-Holstein vom
02.07.2008 „Stadt neu erfinden“
Namen der Preisträger und Kurzfassung der Begründungen zum Wettbewerb

„Wohnen mit Kindern in der Stadt“

Das Wettbewerbsverfahren „Wohnen mit Kindern in der Stadt/Lübeck“ konnte mit der am 26. und 27. Juni 2008 stattgefundenen Jurierung erfolgreich beendet werden.

Auf fünf Grundstücken wurden von 24 Teams Lösungsvorschläge für kindergerechtes Bauen erarbeitet. Die Teams waren interdisziplinär zusammengesetzt (Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung).

Die international besetzte Jury hat insgesamt 10 Preise vergeben: drei 1. Preise, zwei 2. Preise, vier 3. Preise und einen Ankauf.

In der Jury waren die Hansestadt Lübeck, das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und die Lübecker Wohnungswirtschaft als Eigentümerin der Grundstücke vertreten.

Auf dem Grundstück 1 (Tannenbergstraße 9 - 19, Tilsitstraße 10-36, 38-42, und Westpreußenring 53 c, Stadtteil Kücknitz, Roter Hahn) wurde folgender Preis vergeben:

3. Preis:

Zastrow+Zastrow, Architekten + Stadtplaner/Kiel mit Landschaftsplaner ‚Land+’ Hanne Bat, Michael Finke/DK-Söndersö.

Die Autoren haben eine dynamische Bebauung vorgeschlagen (Schwarm). Die Qualität der Freiflächen wird von der Jury als spannungsvoller Kontrast zwischen befestigten Gebäudezwischenräumen und dem großzügigen quartiersübergreifenden Grünzug gesehen. Der detaillierte Grünplan zwischen den Siedlungskernen bietet Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Altersgruppen paradiesische Freiraumqualitäten an. Die Grundrisse lassen ein Wohnungsangebot für unterschiedliche Haushaltstypen mit Kindern erkennen.

Auf dem Grundstück 2 (Märkische Straße 4-14, Stadtteil St. Lorenz-Süd) wurden folgende Preise vergeben:

2. Preis:

Wahrer-Barkowsky Architekten/Köln; Stadtplaner R. Stottrop Büro f Stadtplanung/Köln

Landschaftsplaner Club L 94 Landschaftsarchitekten/Köln

An diesem Projekt überzeugte die Jury die konzeptionell klare und prägnante Strategie, Satteldachstrukturen zum Ausgangspunkt einer Zeilenbebauung zu machen. Die Anordnung einer „harten“ Spielzone als „Spielgasse“ zur Straßenseite als Ergänzung zu einer „weichen“ Spielzone wurde hervorgehoben.

Die Offenheit und Variabilität der Grundrisse bietet einen hohen Grad an Gestaltungsfreiheit, von kindergerechten Zonen über Home Offices bis zum Mehrgenerationenwohnen. Die gemeinschaftliche Grünfläche bietet Aneignungsqualitäten für unterschiedliche Kinder- und Jugendbedürfnisse.

3.Preis:

Scheuring + Partner/Köln; Stadtplaner A. Laleik/Kiel;

Landschaftsplaner Weidinger Landschaftsarchitekten/Berlin

Die Autoren haben sich vom Lübecker Ganghaus inspirieren lassen. Die gestalterische Durcharbeitung wurde durch die Jury gewürdigt.

Positiv bewertet wurde die Gliederung des Grundstücks. Es entstehen private Gärten und jenseits des Gemeinschaftsweges richtig angeordnete und nutzbare Freiflächen als gemeinschaftliche Spiel- und Aufenthaltsräume und das trotz der räumlichen Begrenztheit.

Auf dem Grundstück 3 (Marliring 50-54/Nettelbeckstraße 7-11, Stadtteil St. Gertrud) wurden folgende Preise vergeben:

1. Preis:

SWW Architekten Sawadda, Welp/Braunschweig;

Stadtplaner H-J Meissner/Braunschweig;

Landschaftsplaner H. Baumann/Lübeck
Die vorgeschlagene Gebäudestellung definiert im Blockinneren einen zusammenhängenden, in drei Teilbereiche verschränkten gemeinschaftlichen Freiraum. Die Außenräume sind sehr gut proportioniert und vermitteln über die Perspektiven eine Stimmigkeit und gute Gestaltungs- und Nutzungsdifferenzierung, die allen Altersgruppen angemessen scheint. Insbesondere die Spielflächen im Umfeld des Gemeinschaftsraumes bieten aus Sicht der Jury gute Nutzungsmöglichkeiten für kleinere Kinder. Die 3 und 4-geschossigen zu einer Blockstruktur zusammengefassten Reihenhäuser sollen mehr als nur Wohnen ermöglichen. Auch die Geschosswohnungen sind klar strukturiert und proportioniert. Zusammenfassend: ein rundum gelungenes Konzept. Ein Stück Stadt!
Ankauf:
N2M Architektur + Stadtplanung/Hannover;
Landschaftsplaner Grüne Tagträume/Garten+Freir.Planung/Hannover
Das Preisgericht sah den Entwurf in seiner Neuinterpretation einer Blockbebauung als einen interessanten Beitrag zur Aufgabenstellung an. Der allen Bewohnern zur Verfügung stehende Blockinnenraum wurde in seiner Begegnungs- und Spielfunktion positiv herausgestellt. Die gegenüberliegende Anordnung von jeweils zwei Häusern eignet sich sehr gut für verwandte oder befreundete Bau- oder Mietergemeinschaften. Wichtig sind dabei die sich ergebenden geschützten Bereiche für Kleinkinder.
Auf dem Grundstück 4 (Hochschulstadtteil, Grace-Hopper-Straße, Karoline-Henschel-Straße, Carl-Gauß-Straße, Stadtteil St. Jürgen) wurden folgende Preise vergeben:
1. Preis:
Uta Graff in Kooperation mit Glass, Kramer, Löbbert Architekten/Berlin;
Stadtplaner bdfw+ Urbane Konzepte/Weimar;
Landschaftsarchitekten L. Monsigny/Berlin
Dieses Projekt reagiert in differenzierter Form auf die stadträumlichen Gegebenheiten und schlägt innerhalb der 3-4 geschossigen Maisonette und Geschoßwohnbebauung einen geborgenen Hof vor, der auf vielfältige und überzeugende Art und Weise Dialoge zwischen Innen und Außen, zwischen privaten, öffentlichen und halböffentlichen Zonen entwickelt. Im Mittelbereich entlang der Gebäudekonturlinien sind attraktive Spiel- und Sitzbereiche eingestreut. Innerhalb einer klaren und hochqualitativen architektonischen Gestaltung können unterschiedlichste Wohnungsformen produziert werden.
Als hochgradig eigenständige Typologie wird vom Preisgericht die Entwicklung des Prinzips des Dielen-Hauses hervorgehoben. Die Kinderfreundlichkeit wird bei dieser Arbeit insbesondere durch die Idee der großen zentralen Diele als Spiel- und Gemeinschaftsfläche ausgedrückt Die Grundrisse ermöglichen ein Zusammenleben mehrerer Generationen, für Patchworkfamilien und in den kleinen Einheiten eine Wohnmöglichkeit für ein Au-pair-Mädchen, später als Einliegerwohnung für ein größeres Kind oder eine Pflegeperson.
2. Preis:
Schenk+Waiblinger Architekten/Hamburg; Stadtplaner Elbberg GbR/Hamburg; Landschaftsplaner G. ter Balk/Lübeck
Dieser Entwurf bietet insgesamt eine sehr qualitätvolle Lösung der gestellten Aufgabe. Der sehr städtische Charakter ist die richtige Antwort auf den Ort. Die verschiedenen Wohnund Grundrisstypen, insbesondere das Haus-auf-dem-Haus bieten in ihrer Variabilität ein gutes Angebot für unterschiedliche Ansprüche. Die durch die Gebäudestellung erreichte Freiflächengliederung und -zuordnung mit den beiden „Angern“ überzeugt und lässt insbesondere für Familien eine hohe Wohnqualität erwarten. Die besondere Kinderfreundlichkeit der Wohnanlage besteht u. a. darin, dass in den unteren Wohnungen ein direkter ebenerdiger Ausgang zu einem der Wohnung zugeordneten Garten besteht. Der Grundriss ermöglicht das gemeinsame Wohnen mehrer Generationen. Die oberen,

‚aufgesetzten' Häuser sind für Familien mit Jugendlichen geeignet. Die vorgeschlagene Jugendwerkstatt stellt ein interessantes Ergänzungsangebot für das Wohnen mit Jugendlichen dar.
3. Preis:
Kleffel Papay Warncke Architekten/Hamburg; Landschaftsplaner M. Nagler/Hamburg
Drei ganz verschiedene Haus- und Wohnungstypen bieten Raum für unterschiedliche Familiengrößen und Lebensstile. Die einfache Gliederung des Blocks wird durch die Jury positiv bewertet. Es wird ein breit gefächertes Angebot an Wohnungstypologien und Wohnungsgrößen angeboten. Insbesondere die Einfamilienhäuser mit privaten Hausgärten sind für das gefahrlose Spielen kleinerer Kinder geeignet.
Auf dem Grundstück 5 (Brandenbaumer Landstraße/Dieselstraße, Stadtteil St. Gertrud) wurden folgende Preise vergeben.
1.Preis:
APB.Architekten+Stadtplaner/Hamburg; Stadtplaner G. Wilkens/Hamburg; Landschaftsplaner RMP S. Lenzen/Bonn
Das Thema der Autoren: Wie man aus sechs Winkeln eine städtebauliche Figur entwickelt! Die Dreiteilung des Blockinneren in kleinen und großen Wohnhof, sowie einen schmalen Hof im Süden, schafft die Basis für die im Entwurf gezeigte Ausgestaltung der Teilräume. Die hohe formale und nutzungsspezifische Qualität zeigt sich im Detail. Bei den für das Wohnen mit Kindern vorgesehenen Einheiten gefällt gerade für Kinder die Idee des „Durchwohnens", die durch die im Erdgeschoss angelegten Kinderzimmer ermöglicht wird mit direktem Zugang zum Garten, bzw. der Terrasse. Auch der direkte Übergang von privaten zu gemeinschaftlichen Spielflächen bietet für Kinder gute Aneignungsmöglichkeiten.
Positiv gewürdigt wird, dass der Gebietsgesamtcharakter gewahrt und der wertvolle Baumbestand im Innenraum erhalten wurde.
3. Preis:
K. Mai Architekt/Stadtplaner/Lübeck; Landschaftsplaner M. Ehlers/Hamburg
Stadthäuser und Stadtvillen. Nach Meinung der Jury sind die wenigen Aussagen in den Fassaden und Perspektiven ansprechend. Der für das Karree prägende, große Grünraum mit altem Baumbestand wird zu wesentlichen Teilen integriert. Ein positiver Aspekt für die Wohnqualität im Block sind die generell angebotenen, kleinen Privatterrassen, der große naturnahe Park bietet vielfältige Spiel- und Bewegungsräume für den Nachwuchs, sowie zwischen den Generationen.
Das Preisgericht hat den Wohnungsunternehmen/Investoren folgendes empfohlen:
1. Den Kontakt mit den 1. Preisträgern (Grundstücke 3, 4 und 5) zu suchen.
2. Zur Sondierung der Möglichkeiten einer weiteren Bearbeitung für das Grundstück 1 (3. Preis) und das Grundstück 2 (2. und 3. Preis) Gespräche zu führen.
3. Eine Überarbeitung der Entwürfe (für alle Grundstücke) unter Berücksichtigung der Anmerkungen der Jury zu veranlassen.
4. Für alle Grundstücke im Zuge der weiteren Bearbeitung zusätzlichen Sachverstand zum Thema Familien-, Kinder- und Jugendgerechtigkeit einzubeziehen.
5. Für das Grundstück 1 auch die Fläche im Eigentum des Lübecker Bauvereins in die weitere Bearbeitung einzubeziehen, wobei eine Bebauung mit einer Kita ausgeschlossen ist.
Die Arbeiten werden öffentlich ausgestellt in der Handwerkskammer Lübeck. Die Ausstellung beginnt am 2. Juli um 14:00 Uhr und endet am 5. Juli um 16:00 Uhr.
Am 3. und 4. Juli ist die Ausstellung zwischen 11:00 und 18:00 Uhr geöffnet.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 03.07.2008, 14:47 Uhr - 5248 Clicks - Nr. 675*

Lothar Hay: Landespolizei bis an Kapazitätsgrenze ausgelastet

Ordnungshüter leisten trotz hoher Belastung konstant sehr gute Arbeit
Erscheinungsdatum:03.07.2008

Die Landespolizei ist nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay bis an die Kapazitätsgrenze ausgelastet. „Wir können keine Stellen im Polizeivollzugsdienst streichen“, sagte Hay am Donnerstag (3. Juli) in Kiel. Das Land brauche eher mehr Polizeibeamte, um mit den Aufgaben Schritt zu halten.
Die hohe Verschuldung des Landes lasse es jedoch nicht zu, den Personalbestand der Polizei derzeit zu erhöhen. „Wir arbeiten daher an einem Konzept, wie die Polizei ihre Aufgaben mit dem vorhandenen Personal so effektiv wie möglich erfüllen kann“, sagte Hay. Dabei gehe es auch um die Entscheidung, welche Aufgaben künftig vorrangig erfüllt werden und in welchen Bereichen man mit weniger Personal auskommen kann. „Es gibt keine Alternative zu diesem Weg“, sagte der Minister. Die gute Qualität der Polizeiarbeit müsse gesichert werden.

Hay rief die Polizeibeamten auf, Mut zur eigenen Meinung zu haben und Schwachstellen in der Polizeiorganisation offen anzusprechen. Er bescheinigte den Ordnungshütern, trotz hoher Belastungen konstant sehr gute Arbeit zu leisten. Allein im ersten Halbjahr mussten in der Regel gleich mehrere Hundertschaften der Landespolizei zu sechs Großeinsätzen in Schleswig-Holstein und in anderen Bundesländern ausrücken, darunter die so genannten Mai-Krawalle in Hamburg und eine Demonstration Ende März in Lübeck. Dazu kommen die Fußballspiele von Holstein Kiel und des VfB Lübeck, bei denen bis zu drei Hundertschaften notwendig sind, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Hay sprach auf dem Festakt aus Anlass der Abschlussfeier für 26 Frauen und 73 Männer, die ihre Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst erfolgreich bestanden haben. Zusammen mit den Kommissarsanwärtern erhielten auch 22 Fachleute privater Sicherheitsdienste ihre Bescheinigungen für ein erfolgreich abgeschlossenes Studium im Sicherheitsmanagement.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 03.07.2008, 18:24 Uhr - 3715 Clicks - Nr. 676*

Bessere Kinderbetreuung: SPD präsentiert Eckpunkte-Papier

Der neue familienpolitische Sprecher der Norderstedter SPD-Fraktion, Thomas Jäger, hat das von seiner Fraktion vorgestellte Eckpunkte-Papier zur Verbesserung der Kinderbetreuung in Norderstedt als „konkrete Wegweisung statt oberflächlicher Bekenntnisse“ bezeichnet.

„Die Zeit der wirren Debatten und Planungen zur Einführung eines Kita-Gutscheinsystems in

unserer Stadt ist damit beendet.
Die neuen politischen Mehrheiten in den zuständigen Ausschüssen geben uns die Möglichkeit nach fünf Jahren Stillstand echte Verbesserungen für Eltern und ihre Kinder zu schaffen."

Das Eckpunkte-Papier basiert im Wesentlichen auf den von der Kreiselternvertretung der Kindertagesstätten erarbeiteten Forderungen:

-Analyse des IST-Zustandes bezüglich der Betreuungsqualität und Bedarfe in den Kitas. Diese soll bis Ende des Jahres mit Vorlage eines ersten Konzeptes abgeschlossen sein.

-kurzfristige Aufstockung des Personals für sog. Pädagogische Kernzeiten von 3 Stunden pro Tag

-deutliche Absenkung der Kostenbeteiligung der Eltern an der Kita-Verpflegung

Darüberhinaus wollen die Sozialdemokraten eine finanzielle Besserstellung der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas erreichen.

„Hier wollen wir durch übertarifliche Zahlungen erreichen, dass die hohen Anforderungen an die Mitarbeiter finanziell stärker honoriert werden. Dieses ist ein wesentlicher Baustein für die Anwerbung neuer Mitarbeiter, die wir bis zum Beginn des Kita-Jahres in 2009 davon überzeugen wollen, dass ihre berufliche Perspektive in Norderstedt tatsächlich besser ist als in anderen Kommunen. Wir gehen damit gezielt in einen Wettbewerb um die besten Köpfe."

Notwendig sei diese Qualitätsoffensive nicht nur weil die CDU die letzten fünf Jahre den Startschuss verschlafen hat, sondern auch weil es mittlerweile eklatante Vorfälle in zumindest einer bekannt gewordenen städtischen Kita gegeben habe:

„Wir haben von Eltern, die ihre Kinder in der städtischen Kita Storchengang betreuen lassen erfahren, dass sich verantwortliche Mitarbeiter wegen Verletzung der Aufsichtspflicht selbst bei der Polizei angezeigt haben. Grund hierfür ist, dass Kinder unbemerkt das Gelände der Einrichtung verlassen konnten und ihr Fehlen erst nach der zufälligen Rückkehr bemerkt worden ist. Nach uns vorliegenden Informationen existiere im zuständigen Amt eine umfangreiche Akte zu ähnlichen Vorfällen und Beschwerden von Eltern. Dieser Fall zeigt, ohne die offenbar überforderten Mitarbeiter an den Pranger stellen zu wollen, wie bitter notwendig mehr und besser qualifiziertes Personal in den Kitas ist.", stellt der SPD-Sprecher fest.

Das Eckpunkte-Papier werde jetzt, so Jäger, durch Anfragen im zuständigen Jugendhilfeausschuss auch mit Blick auf die entstehenden Mehrkosten präzisiert und mit den Fraktionen und Sachverständigen, die echte Verbesserungen erreichen wollen, in eine endgültige Form gegossen. Die Zielmarke für die Umsetzung ist der Beginn des neuen Kita-Jahres 2009.

Die SPD-Vorschläge seien bedarfsgerecht und im Hinblick auf mögliche Umschichtungen im städtischen Haushalt mutig in der Umsetzung, erklärt Jäger.

„Nach vorsichtigen Schätzungen könnten 2,5 bis 3 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich für alle Kitas notwendig werden. Das Geld dafür könnten wir zum einen aus dem eingesparten Autobahnanschluss, aus der Kostenbegrenzung für die LGS auf 12,5 Millionen sowie aus den Millionenrückstellungen aus dem Haushalt finanzieren. Sollte all dieses nicht ausreichen, sind auch die Planungen für das Kulturwerk am See für uns keine „Heilige Kuh".
Wir machen damit unmissverständlich klar: Der besseren Betreuung und Bildung unserer Kinder haben sich andere Projekte und Finanzbedarfe unterzuordnen.", so Jäger abschließend.

Kommentar von Barbara Müller vom 09.07.2008, 12:29 Uhr:
RE:Bessere Kinderbetreuung: SPD präsentiert Eckpunkte-Papier
Sehr geehrter Herr Jäger, mit großem Interesse habe ich den Artikel im Heimatspiegel-Extra über das geplante Eckpunkte-Papier zur Verbesserung der Kinderbetreuung in Norderstedt gelesen und bin sehr froh, dass die Missstände in einigen Einrichtungen endlich einmal öffentlich gemacht werden. Auch ich hatte meine Tochter bis Juli 2006 in einer Norderstedter Einrichtung (Kita Nomi 1, Pellwormstraße unter der Leitung von Frau Heide, Frau Schebath) und habe zum Teil dort schlimme Vorfälle miterlebt oder auch von anderen Eltern vernommen. - eine Mutter fand im Hochsommer ihr Kind, als sie es abholen wollte, schlafend in der Sandkiste, verbrannt durch die Sonne. - Ein Kind hatte sich den Hals aufgeschnitten, weil es in rasantem Tempo Gocard fuhr, während andere Kinder kreuz und quer Schnüre gespannt hatten, und das Kind in diese hineinfuhr (diesen Fall hat die Mutter bei der Stadt gemeldet). - Obwohl ich einen Zettel ausgefüllt hatte, dass meine Tochter nicht schwimmen kann, hatte man ihr im Schwimmbad die Schwimmflügel abgenommen, um diese für ein anderes Kind auszuleihen. Die Erzieherin bemerkte dann nicht, dass meine Tochter trotzdem zum Wasser ging und dort untertauchte. Zum Glück konnte meine Tochter sich selber „retten" (nach eigenen Angaben schwamm sie schon auf dem Boden) und wurde von der Erzieherin erst bemerkt, als sie zurückkam und mit den Worten empfangen: „Wo kommst Du denn her?" Ich habe dann nicht mehr erlaubt, dass sie mit zum Schwimmen geht. - Kinder hatten sich Autoreifen, die im Garten herumlagen, am Zaum aufeinandergestapelt kletterten darüber. - Kinder saßen auf einem Mauerstück am Zaun und wurden von Kindern, die draußen standen mit Beeren von einem Baum gefüttert - Die Erzieher waren zum Teil gar nicht im Bilde, wer welche Kinder abholt und welche Kinder noch da sind. - ein Kind hing mit seinen langen Haaren in der Hecke fest und rief immer wieder um Hilfe, wurde jedoch von niemandem gehört, weil kein Erzieher mehr im Garten war. Sie wurde erst befreit, als ich vorne Bescheid sagte. - als ein Kind zum Beispiel auf die Schaukel uriniert hatte, wurde dies von den Erziehern nicht saubergemacht, obwohl meine Tochter darauf hinwies. Die anderen Kinder mussten sich dann auf das beschmutzte Gerät setzen, wenn sie schaukeln wollten und haben sich geekelt. Dies alles – und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen - passierte unbemerkt unter Anwesenheit der Erzieher, die Tag für Tag drinnen auf dem Sofa bzw. draußen auf der Gartenbank saßen und ihre Tageserlebnisse austauschten, statt auf die Kinder zu achten. Immer wieder habe ich die Erzieher angesprochen und darauf aufmerksam gemacht, was sich auf dem Gelände abspielt, habe Gespräche mit der Leitung geführt, aber es kam zu immer neuen Vorfällen. Die meisten Eltern haben leider geschwiegen, weil sie Angst hatten, dass ihre Kinder sonst darunter zu leiden hätten, wenn die Eltern sich beschweren. Nachdem die Geschichte mit dem Schwimmbad passiert war, habe ich sofort bei der Stadt angerufen und darum gebeten, mir einen anderen Kindergartenplatz anzubieten und man hat mich dann zum Storchengang geschickt. Nach einem 1. Gespräch mit der Leiterin hatte ich den Eindruck, dass es dort nicht viel anders zugeht (was sich laut Ihrem Artikel jetzt bestätigt). Somit habe ich mein Kind dann das letzte Jahr, also bis Schulbeginn, mit einem flauen Gefühl im Magen im Kindergarten Pellwormstraße gelassen und jeden Tag gezählt. Ich kann nur hoffen, dass diese Missstände weiterhin an die Öffentlichkeit gelangen und dass zukünftig ein größeres Augenmerk auf die Qualität der Betreuung in städtischen Einrichtungen gelegt wird. Bei der Umsetzung Ihres Eckpunkte-Papieres wünsche ich viel Erfolg. Mit freundlichen Grüßen Barbara Müller

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 03.07.2008, 23:33 Uhr - 8040 Clicks - Nr. 677*

MdB Sönke Rix: Kinder sind uns viel wert

Die Mehrzahl der Kinder in Deutschland hat sehr gute Chancen, gesund und gut ausgebildet aufzuwachsen. Sowohl das deutsche Schulsystem als auch unser Gesundheitswesen sind nach wie vor wegweisend. Allerdings hängen die Startbedingungen eines Kindes immer noch stark von der sozialen Herkunft und der finanziellen Situation der Eltern ab. Das darf nicht so bleiben.

Wir Sozialdemokraten sind fest davon überzeugt, dass Bildung, eine gesunde Entwicklung und die Teilhabe auch an außerschulischen Aktivitäten die Grundlagen für ein selbstbestimmtes und gutes Leben sind. Also darf es nicht davon abhängen, ob sich die Eltern dies leisten können oder nicht. Hier müssen wir Maßnahmen ergreifen, die sowohl direkt auf die Kinder und deren Chancen Einfluss nehmen, als auch die Armut von Familien bekämpfen. Denn Kinderarmut ist Familienarmut.

Häufig sind es Alleinerziehende, deren Kinder mit Armut konfrontiert sind. Alleinerziehende Mütter oder Väter haben es besonders schwer, da sie Betreuung für die Kinder benötigen, wenn sie selbst arbeiten wollen. Doch Betreuungsplätze sind rar. Vor allem Ganztagsplätze stehen noch nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Meist bleibt es deshalb bei einem Halbtagsjob der Mutter oder des Vaters, der nicht genügend Geld einbringt. Damit die Eltern hier mehr Flexibilität erhalten, haben wir in der großen Koalition den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Geburtstag durchgesetzt.

In unserem föderalen System kann ich als Bundestagsabgeordneter nur Einfluss auf die Dinge nehmen, die vom Bund entschieden werden. Für bildungspolitische Fragen sind seit der letzten Föderalismusreform die Länder zuständig. Klar ist: auf politischer Ebene müssen die Länder dafür sorgen, dass allen Kindern gleiche und gute Möglichkeiten eröffnet werden und dass die Eltern, die Hilfe brauchen, sie auch bekommen. Dafür müssen sich das Land, die Kreise und die Kommunen miteinander abstimmen, damit auch wirklich alle Maßnahmen sinnvoll sind und aufeinander aufbauen.

Finanzielle Leistungen wie der Kinderzuschlag, das Kindergeld und der Kinderfreibetrag fallen in die Zuständigkeit des Bundes. Durch eine neue Regelung beim Kinderzuschlag können ab 2009 160.000 Kinder zusätzlich von diesem Zuschlag profitieren. Außerdem wollen wir das Kindergeld und den Kinderfreibetrag ab dem nächsten Jahr erhöhen. Momentan sind durch den Kinderfreibetrag, der meist höher ausfällt als das Kindergeld, Besserverdienende deutlich im Vorteil. Rund 90 Prozent der Kinder profitieren nicht vom Kinderfreibetrag, weil ihre Eltern schlicht zu wenig verdienen. Alle Kinder sind gleich viel wert. Das muss die Prämisse für die zukünftigen Regelungen beim Kindergeld sein.

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 04.07.2008, 16:03 Uhr - 3361 Clicks - Nr. 678*

SPD Fraktion Glücksburg

1. Fraktionssitzung in der neuen Legislaturperiode.
Am 3. Juli 2008 begann für die Fraktion der SPD Glücksburg die gemeinsame politische Arbeit für die Stadt Glücksburg.
Es standen zahlreiche Themen auf der Tagesordnung, die in kollegialer Zusammenarbeit bewertet und enschieden wurden.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 05.07.2008, 10:48 Uhr - 8798 Clicks - Nr. 679*

Neugebauer: Ferien für Kinder dürfen kein Luxus sein, helfen Sie mit!

„Für viele Kinder und Jugendliche ist die Urlaubsreise in den Sommerferien, gemeinsam mit der Familie oder mit Freunden, der absolute Höhepunkt des Jahres. Aber viele Eltern können ihren Kindern keine Reise bieten, weil sie das Geld dazu nicht haben“, erklärt der Rendsburger SPD-

Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer.
„Hier kann das Ferienwerk Schleswig-Holstein einspringen. Es existiert schon seit 50 Jahren und ermöglicht jährlich rund 3.000 Kindern oder Jugendlichen die Teilnahme an einer betreuten Gruppenfreizeit von mindestens 10 Tagen Dauer“, erläutert der Abgeordnete. Die Familie kann diesen Zuschuss beim zuständigen Jugendamt oder bei einem der Freien Wohlfahrtsverbände beantragen. Angebote kann man im Internet unter www.ferienboerse-sh.de finden oder sich vom Landesjugendring (Email info@ljrsh.de) beraten lassen, der gemeinsam mit dem Jugendministerium die Initiative „Kein Kind ohne Ferienerholung“ gestartet hat.
„Wichtig ist mir, dass diese Initiative nicht nur mit Geld des Landes, sondern auch der Stiftung Jugendarbeit Schleswig-Holstein finanziert wird“, so Neugebauer. „Ich würde mich freuen, wenn sich darüber hinaus viele Menschen beteiligen. Sie können auf das Spendenkonto der Stiftung Jugendarbeit (Konto-Nr. 2007 227 bei der Förde-Sparkasse, BLZ 210 501 70) Spenden überweisen von denen jede – groß oder klein dazu beiträgt, noch mehr Kindern und Jugendlichen eine Ferienerholung zu ermöglichen.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 07.07.2008, 07:39 Uhr - 7502 Clicks - Nr. 680*

Gleicher Preis für gleiche Leistung

Schleswig-holsteinische Krankenhausdirektoren schlugen in Berlin Alarm: Auf Einladung von Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht trafen sich die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten mit Vertretern der Krankenhäuser des Landes und weiteren Gesundheitsfachleuten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden am letzten Wochenende im großen Saal der Landesvertretung in Berlin. Schwerpunkt der Diskussion war die wirtschaftliche Krise der Krankenhäuser in SH.

Überraschend erschien auch die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, um in dieser gerade für Schleswig-Holstein wichtigen Frage den Standpunkt der Bundesregierung zu erläutern.

Gitta Trauernicht beklagte die Benachteiligung Schleswig-Holsteins durch die niedrigsten Krankenhausentgelte bundesweit und bekräftigte das Prinzip "gleicher Preis für gleiche Leistung" als Forderung des Landes an Bundesrat und die Bundesregierung. Der Landesvorsitzende des Verbandes der Krankenhausdirektoren, Lothar Obst, machte durch Daten und Vergleiche den rechtlichen und wirtschaftlichen Hintergrund und die Folgen der bestehenden Benachteiligung deutlich.

Ulla Schmidt erklärte die Forderungen der schleswig-holsteinischen Regierung, die besonders vom Flensburger Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg seit Jahren immer wieder eingebracht worden waren, für berechtigt. Außerdem betonte sie, dass ihre Umsetzung schon vor der Einführung von

Fallpauschalen in Aussicht gestellt worden sei. Es sei aber wegen der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Bundesländer bisher keine Einigung möglich gewesen. Im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zu den letzten Gesundheitsgesetzgebungen in dieser Legislaturperiode sei man jedoch dabei, einen Strauß von Kompromissen zu binden, in dem auch das Anliegen Schleswig-Holsteins nach besserer Bezahlung der Krankenhausleistungen enthalten sei. Auch wenn eine bundeseinheitliche Lösung auf großen Widerstand stoße, konnte sich die Bundesgesundheitsministerin vorstellen, einen Preiskorridor auszuhandeln, der die krassesten Ungerechtigkeiten mildern würde.

Im Namen der schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten unterstützte Dr. Wolfgang Wodarg ausdrücklich die Forderungen Gitta Trauernichts und wies darauf hin, dass die Kieler Regierung im Bundesrat der Neuregelung der Krankenhausfinanzierung nur zugestimmt hatte, weil zugesichert worden war, dass in einer zweiten Konvergenzphase die bestehenden Ungerechtigkeiten nivelliert werden sollten.

Dr. Wodarg hob die positive Rolle der Kassen auf Landesebene hervor, die zum Beispiel in der Psychiatrie bereits weit über die sektorielle Sichtweise von Praxis und Krankenhaus hinausgegangen sind. "Durch Regionalbudgets und gemeinsame Verträge können die Kassen auch in anderen Bereichen gemeinsam mit den Krankenhausträgern innovative Lösungen gestalten. So kann eine Regionalisierung der Verantwortung den hohen bürokratischen Aufwand von jeweils eigenen Fallpauschalen überflüssig machen und die Motivation für kostensparende Versorgungsformen fördern", sagte Wodarg.

Im Anschluss an die Veranstaltung trafen sich eine Delegation der Krankenhausdirektoren mit den drei SPD Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, Gabriele Hiller-Ohm und Dr. Ernst-Dieter Rossmann, um die Diskussion zu vertiefen und das weitere Vorgehen zu besprechen.

"Die Lage der Krankenhäuser ist besonders durch eine starke Teilprivatisierung geprägt", sagte Dr. Wodarg. "Die Angestellten, denen die Patienten im Krankenhaus begegnen, sind zunehmend Billigkräfte von Fremdfirmen und wissen nichts über die Sorgen der kranken Menschen. Dadurch wird das Krankenhaus anonymer und auch belastender." erklärte der Bundestagsabgeordnete und Arzt Dr. Wodarg nach diesem Gespräch. "Wir müssen für ein gut bezahltes Stammpersonal sorgen, das die Arbeit am Patienten verrichtet, damit man sich nicht nur technisch, sondern auch menschlich in der Klinik gut aufgehoben fühlt. Eine Anhebung des Basisfallwertes kann dies zwar erleichtern, ist aber allein nicht ausreichend."

Keine Kommentare

SPD-Barmstedt - *veröffentlicht am 07.07.2008, 13:19 Uhr - 2810 Clicks - Nr. 681*

Leserbrief zu den Preiserhöhungen der Stadtwerke Barmstedt

Mit Schreiben vom 23. Juni 2008 kündigen unsere Stadtwerke an, dass die Strompreise erhöht werden müssen. Dies ist für viele nicht unerwartet. Was mich an der Benachrichtigung ärgert, ist nicht die Erhöhung an sich, sondern der vermittelte Grund:

Steigende Preise auf dem Energiemarkt und die stetig steigenden Abgaben für Erneuerbare Energie.

Jeder weiß, dass endliche Energie zu steigenden Preisen führt, wenn der Rohstoff knapper wird. Ob Uran, Gas oder Kohle für Kraftwerke zur Verstromung oder Gas oder Öl zum Wärmeversorgung

unserer Häuser.

Die komplette Energieinfrastruktur ist auf endliche Energie aufgebaut und muss unter dem zwangsläufigen Preisdruck dieser Rohstoffe schnellstmöglich für erneuerbare Energie umgestellt werden. Dafür sind Investitionen notwendig, damit sich die Energieinfrastruktur verändert. Viel Geld ist zum Erhalt der Wirtschaftskraft Deutschlands notwendig.
Deshalb ist der benannte Grund für die jetzige Preissteigerung zwar nicht ganz unrichtig, aber im Sinne einer langfristigen Versorgungssicherheit und damit einer auch zukünftig bezahlbaren (erneuerbaren) Energie sehr kurzsichtig und unnötig.

Richtig ist, dass bis vor kurzem unsere Stadtwerke ihren Expansionskurs mit einem Energiemix vorangetrieben haben, der überproportional Atomstrom beinhaltete und unterdurchschnittlich Erneuerbare Energie. Dieses wurde mittlerweile verbessert.

Für Verbesserungswürdig halte ich das Angebot der Stadtwerke. Wo ist der Naturstrom unserer Stadtwerke, welche noch zu 100% der Stadt gehören? Klasse finde ich dass unsere Stadtwerke noch in „unserer“ Hand sind, unsere gewählten Stadtvertreter also dafür sorgen können, dass Ökostrom für alle öffentlichen Gebäude eingekauft wird. Damit würde dieser nämlich für alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch bezahlbar angeboten. Ich gehe nicht davon aus, dass unsere Verwaltung bei einem entsprechenden Beschluss Strom „von außen einkaufen“ würde, wenn man selbst Besitzer von Stadtwerken ist.

Mein Gefühl sagt mir momentan, dass unsere Stadtwerke zwar gegen die großen Energieversorger antreten wollen, aber dabei die gleichen Fehler machen werden wie auch andere schon gemacht haben. Gemäß dem Motto die Zentrale Energieinfrastruktur zur Expansion nutzen, statt dezentrale Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien zu fördern.

Zumindest komme ich zu diesem Schluss, wenn ich als Grund für Strompreiserhöhung die Abgaben für Erneuerbare Energie lesen muss.

Für mich sind Stadtwerke kommunale Versorger als Träger einer natürlichen nachhaltigen Energieversorgung. Im Internet findet man moderne Stadtwerke, welche die Zeit erkannt haben.

Ich für meinen Teil ziehe die Konsequenz aus der Begründung der Preiserhöhung und wechsle den Stromanbieter. Ich wechsle zu modernen Stadtwerken, welche erneuerbare Energien als Chance verstehen.

Sofern in Barmstedt auch ein moderner Kurs der Stadtwerke einzieht und Naturstrom angeboten wird, komme ich gerne zurück und hoffe, dass die Stadtwerke noch in kommunalen Besitz sind und der Expansionskurs nicht dazu führte weiter dumme Argumentationen zu artikulieren und externe Kapitalgeber einzubinden.

Stefan Bolln
Beisitzer im SPD Ortsverein und Landesvorstand
Feldstraße 7
25355 Barmstedt

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 07.07.2008, 13:48 Uhr - 4082 Clicks - Nr. 682*

Jüdische Gemeinde Bad Segeberg

.Eine Spende für die Jüdische Gemeinde

Am 06.Juli 2008 fand auf dem Gelände der Jüdischen Gemeinde Bad Segeberg ein Sommerfest zum 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel statt.
Ein buntes Programm mit Musik, kosherem Imbiss, Tanz, Vorträgen und einem Theaterstück bildeteden Rahmen für zahlreiche Begegnungen und Gespräche. So nutzten auch Helga Poppe (SPD-Ortsvereinsvorsitzende) und Walter Hyka (Vorstand der SPD-Fraktion) die Möglichkeit einen Geburtstagsgruß der Bad Segeberger Sozialdemokraten zu übermitteln.

Sie informierten sich über den Stand der Arbeiten im Gebäude und übergaben eine Spende der SPD-Fraktionsmitglieder. Walter Blender (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde) bedankte sich herzlich nicht nur für die finanzielle Hilfe, sondern ebenfalls ür die bisherige verlässliche politische Unterstützung.

Helga Poppe: „Das Ergebnis der fleißigen und kreativen Arbeit der Bad Segeberger Juden beeindruckte mich beim Gang durch das Gemeindezentrum besonders.“ Poppe und Hyka wünschten einen „ Guten Israel-Tag“ und bedankten sich bei Herrn Blender für das Angebot eine der nächsten SPD-Veranstaltungen erneut im Jüdischen Gemeindezentrum „Mishkan HaZafon“ durch zu führen.

Stephan Weckwerth
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 07.07.2008, 13:56 Uhr - 2182 Clicks - Nr. 683*

Mittagessen für Schulkinder

Die Verantwortung der Umlandgemeinden für ihre Schulkinder

Die SPD- Fraktion in der Bad Segeberger Stadtvertretung weist im Vorfeld der Beratung zum bezahlbaren Essen in den Schulen Bad Bad Segebergs darauf hin, dass auch die Umlandgemeinden Verantwortung übernehmen sollen.
„Es kann nicht sein, dass die Stadt Bad Segeberg allein die Kosten für das Essen aller Schulkinder aus dem Kreis Segeberg
übernimmt.“ so Kirsten Tödt SPD-Fraktionsvorsitzende.

Stephan Weckwerth, Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur erinnerte an seine Idee, dass Schulessen für jedes Schulkind 1 € kosten sollte. „Dies hätte den Vorteil, dass man erstens nicht unterscheiden müsste zwischen bedürftigen und nicht-bedürftigen Schülern und zweitens gäbe es an der Essensausgabe nicht Schüler der Stadt Bad Segeberg und Schüler einer Gemeinde, die ihre Schüler nicht unterstützt. Jede Gemeinde könne das Geld für ihre Schüler zur Verfügung stellen, damit alle nur 1€ zahlen müssten.“

Die Verwaltung hat von der Stadtvertretung den Auftrag erhalten, auch die Umlandgemeinden bei der Finanzierung des Schulessens mit einzubeziehen.

Die SPD-Fraktion appelliert an die Vertreter des Schulverbandes , eine gerechte und möglichst unkomplizierte Lösung für das neue Schuljahr zu finden. Es ist damit zu rechnen, dass das Angebot und der Bedarf an bezahlbarem Mittagessen an den Schulen
zunimmt.

Die SPD-Fraktion begrüßt diese Entwicklung und will mit ihrer Initiative erreichen, dass keine Schülerinnen und kein Schüler, die in Bad Segeberg zur Schule gehen davon ausgeschlossen werden.

Stephan Weckwerth
(Stellv. Fraktionsvorsitzender)

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 07.07.2008, 18:17 Uhr - 4583 Clicks - Nr. 684*

Gewerkschaftliche Stimme in Europa stärken!

Zur Sozialagenda der EU-Kommission erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die Sozialagenda der EU-Kommission sieht eine Ausweitung des Diskriminierungsverbotes sowie Änderungen vor allem bei den grenzüberschreitenden Patientenrechten und bei den europäischen Betriebsräten vor. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Gewerkschaften in den europäischen Ländern auf EU-Ebene mit einer Stimme sprechen und sich stärker Gehör verschaffen.

Durch gemeinsames Agieren können sie gegenüber der EU-Kommission schlagkräftiger auftreten und sich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen. Denn nur wenn die Arbeitnehmerrechte gestärkt werden, wird Europa von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert. Dafür werden wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften einsetzen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 08.07.2008, 10:07 Uhr - 6742 Clicks - Nr. 685*

Wer in Deutschland Geselle wird, kann auch "Europa-Meister" werden!

Europa-Aktionstag in Schleswig: Das Bekanntmachen der vielfältigen Angebote von der EU für Berufsschüler/innen sowie eine lebendige Debatte zur Europa-Politik war das Ziel der Veranstaltungsreihe "Mobil in Europa - ich bin dabei!" Im Rahmen dieser Veranstaltung diskutierte Dr. Wolfgang Wodarg mit Schülern des Berufsbildungszentrums Schleswig und konnte dabei so einige Parallelen zum Fussball ziehen.

Etwa 80 Schüler kamen, einen Tag nach dem Finale der Fussball-Europameisterschaft, in der Aula des Berufsbildungszentrums Schleswig zusammen.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg gab eine einführende Darstellung über die historischen Hintergründe und die Etappen der Entwicklung der Europäischen Union.

Am Anfang vom Vorabend noch etwas müde, wurden die Schüler hellwach, als sie erfuhren, dass es in der Europäischen Politik nicht viel anders als auf dem Fussballfeld läuft: Ein Spiel und ein Wettbewerb kann nur dann stattfinden, wenn man sich vorher auf Regeln geeinigt hat.
Dadurch, dass Berufsbilder und -Abschlüsse europaweit harmonisiert und angeglichen werden, hat sich das Spielfeld für Europäer bei Bildung, Berufstätigkeit und geschäftlichen Aktivitäten stark erweitert.
Wie die Spieler der Nationalmannschaften, die ja auch in den verschiedensten Städten Europas angeheuert werden, kann man in fast allen EU-Mitgliedsstaaten gute Jobs finden. Wer Sprachen gelernt hat, oder lernen will, ist nicht nur auf den nationalen Arbeitsmarkt beschränkt, sondern kann in ganz Europa sein Glück machen.

Beate Schneider vom Europa-Aktionstag machte den jungen Berufsschülern, die aus unterschiedlichen Fachbereichen kamen, klar, dass die EU auch sie fördern würde, wenn sie eine Sprache lernen wollten, um im Ausland arbeiten zu können. "Wer in Deutschland Geselle wird, kann auch "Europa-Meister" werden," spornte Wolfgang Wodarg die Azubis aus dem Norden an.

Nun folgte ein Online-Quiz zur europäischen Integration und den Herausforderungen durch die Globalisierung, der im Computerraum der Schule stattfand. In diesem europäischen Wettkampf standen sich die Mannschaften des BBZ Schleswig und eines Gymnasiums aus dem schwedischen Halmstad auf dem Bildschirm gegenüber. Wer zuerst die richtige Antwort auf Fragen zur EU anklickte, erhielt einen Punkt. "Wie der Endstand dieses Deutschland- Schweden - Spieles ausfiel, habe ich nicht mehr verfolgen können. Ich weiß aber, dass hier sicher beide Mannschaften etwas gewonnen haben: Sie sind einem umfassenden Verständnis der EU deutlich näher gekommen," resümeriert Wolfgang Wodarg am Ende des Aktionstages in Schleswig.

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 08.07.2008, 11:46 Uhr - 2747 Clicks - Nr. 686*

Fraktion vor Ort - In Engelsby

Unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ tagte die SPD-Fraktion am Montagabend im Ristorante San Remo im Stadtteil Engelsby. Sie löste damit ihre Zusage sein, zukünftig häufiger in den jeweiligen Stadtteilen ihre Sitzungen abzuhalten, um somit unter anderem auch den Kontakt zu den Ortsvereinen zu festigen.

Neben der festgelegten Tagesordnung, die sich mit den unterschiedlichsten Themen beschäftigte, wurden an diesem Abend die Ratsmitglieder und die

Bürgerschaftlichen Mitglieder verabschiedet, die nach der Kommunalwahl nicht mehr im Rat oder in anderen Gremien tätig sind.

Rolf Helgert, ehemaliger Fraktionsvorsitzender, bedankte sich in seiner Rede bei den Ausgeschiedenen für die engagierte Arbeit in den Jahren der gemeinsamen, nicht immer leichten aber konstruktiven Zusammenarbeit.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 08.07.2008, 17:10 Uhr - 10355 Clicks - Nr. 687*

Verfassungsgemäßer Haushalt und mehr Bildung – beides ist möglich

Zum Kabinettsbeschluss über den Haushaltsentwurf 2009/2010 nehmen der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner und die finanzpolitische Sprecherin ***Birgit Herdejürgen*** *Stellung:*

Bildung, Bildung, Bildung: so lassen sich die Schwerpunktsetzungen im Haushaltsentwurf der Landesregierung zusammenfassen.
Es wird deutliche Zuschläge geben – von der Betreuung der unter Dreijährigen über Förderung im Kindergartenalter, Ausbau von Ganztagsangeboten in Schulen bis hin zu zusätzlichen Studienplätzen an den Hochschulen.

Der Einstieg in die beitragsfreie Kindertagesstätte ist ebenso dabei wie eine Steigerung bei den Lehrerstellen. Dies alles ist auch ein Beitrag zu einer vernünftigen Familienpolitik.

Klar ist: Wer solche Schwerpunkte setzt, muss an anderer Stelle kürzen. Wir senken die Schuldenaufnahme kontinuierlich, damit auch künftige Generationen den Spielraum haben, ihre politischen Schwerpunkte zu setzen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 08.07.2008, 18:18 Uhr - 2935 Clicks - Nr. 688*

SPD-Engelsby: Alles wieder pikobello

Da waren die Leute vom TBZ wieder einmal fix bei der Sache.
Eine Mitbürgerin hatte uns beim Verteilen der Stadtteilzeitung auf das heruntergekommene Beet (Foto) aufmerksam gemacht. Wir haben unmittelbar nach dem Hinweis mit dem Technischen Betriebszentrum (TBZ) Kontakt aufgenommen.
In diesem Beet wurde damals einfach vergessen Rasen anzusäen. Dem entsprechend gewann hier das Unkraut mit der Zeit die Überhand.
Doch jetzt ist Schluss, denn die Mitarbeiter vom TBZ haben die Saat neu eingesät. Mit der jetzigen Feuchtigkeit wird sie kurzfristig auflaufen und das Beet in einem frischen Grün erstrahlen lassen.

Besten Dank an die Mitarbeiter des TBZ!

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 09.07.2008, 09:35 Uhr - 53845 Clicks - Nr. 689*

Ralf Stegner: Auch Klimaschutzargumente machen Atomkraft nicht ungefährlich

Zum „neuen Atomkonsens“ von Wirtschaftsminister Austermann erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

Eine Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke steht für die SPD nicht zur Debatte. Es gibt kein einziges neues Argument für Atomkraft. Sie ist und bleibt gefährlich und teuer, und die Endlagerung von jahrtausendelang strahlendem Atommüll ist weltweit ungeklärt und hoch problematisch. Somit hält Minister Austermann an veralteten Techniken fest und macht sich für die großen Energiekonzerne stark, denn die Atomlobby ist der Gewinner, wenn alte, steuerlich abgeschriebene Anlagen weiterbetrieben werden. Die angeführten „neuen“ Argumente wie angeblicher Klimaschutz sind an den Haaren herbeigezogen.

Bei der Atomenergie entsteht durch Uranabbau und Bau ebenfalls CO2. Darüber hinaus werden die Folgekosten für die Entsorgung sehr hoch, hinzu kommen die Schäden in den Uranabbaugebieten durch Kontaminierung des Grundwassers und der Böden und das erhöhte Krebsrisiko. Ganz zu schweigen von den Folgen eines GAUs wie 1986 in Tschernobyl.

Der sicherste Weg, um dauerhaft Preisexplosionen gegenzusteuern, ist, von den fossilen Rohstoffen unabhängig zu werden und Strom aus regenerativen Energien, verbunden mit Kraft-Wärme-Kopplung, zu gewinnen. Regenerative Energien sind sicher und überall verfügbar.

Der doppelte Ausstieg zunächst aus der Atom-, dann etwas später aus der Kohleenergie und eine Reduzierung der anderen fossilen Brennstoffe sind möglich. Es gibt deshalb keinen Anlass für den Ausstieg aus dem Ausstieg und mit der SPD ist so etwas auch politisch nicht verhandelbar!

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 09.07.2008, 10:40 Uhr - 8769 Clicks - Nr. 690*

KUNSTKilometer 2008

Der 2. Flensburger KUNSTKilometer reicht erstmals über die Stadtgrenze hinaus bis nach Dänemark. Unter dem Motto "Brücken der Kunst” stellen Künstler vom 6. bis zum 19. Juli ihre Werke in den Geschäften der Flensburger Innenstadt sowie im dänischen Gravenstein aus. Auftakt war am Sonntag, 6. Juli, mit einer Eröffnungsshow auf dem Nordermarkt der Fördestadt.

(im Bild: Stadtpräsident Christian Dewanger und Wolfgang Wodarg bei der Eröffnungsshow in

Flensburg)

Die teilnehmenden Künstler kommen nicht nur aus der Region Flensburg und aus Dänemark, sondern auch aus Schweden, Holland, Türkei und Afrika. Sie stellen ihre Werke in den teilnehmenden Geschäften des KUNSTKilometers aus und sind am Freitag und Sonnabend, 11. und 12. Juli, anwesend und arbeiten auf der Flensburger Kunststrecke.

Zur Eröffnung präsentierten Klassik-, Metal- und Volksmusiker eine Fusion mit Ballett und HipHop-Tänzern sowie Körpermalerei und Schauspiel. Zudem gab es eine Dia-Lichtshow und großformatige Live-Malerei.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 09.07.2008, 12:35 Uhr - 3057 Clicks - Nr. 691*

„Kaminabend“ mit Frank Rolfes, Leiter des Fachbereichs "Umwelt und Planung“.

Am Dienstag den 15. Juli um 19:30 laden die SPD-Ortsvereine West und Stadtmitte zum „Kaminabend“ mit Frank Rolfes, Leiter des Fachbereichs 4 „Umwelt und Planung“ der Stadt Flensburg, ein.
Frank Rolfes ist seit 1991 für die Stadt Flensburg tätig. Zuerst als Leiter des Amtes für Stadtsanierung, bis 2008 in der Funktion als Geschäftsführer der Gesellschaft für Stadterneuerung. Zum 1. April 2008 hat Herr Rolfes die Leitung des Fachbereiches 4 übernommen.
Rund 100 Tage nach Amtsübernahme wollen wir mit Herrn Rolfes über Visionen der Stadtentwicklung reden, aber auch Persönliches erfahren.

Die Moderation hat Stephan Menschel.

Die Veranstaltung ist Öffentlich und findet im SPD-Büro, Große Str. 69, Flensburg statt.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.07.2008, 14:56 Uhr - 7962 Clicks - Nr. 692*

Dirk Peddinghaus als SPD-Kreisvorsitzender wieder gewählt

Die Aufarbeitung des Ergebnisses der Kommunalwahl 2008 stand, neben den Wahlen zum Vorstand, im Mittelpunkt des SPD-Kreisparteitages in Jübek. Gut fünf Wochen nach der Kommunalwahl beleuchtete der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus aus Sollerup das Kommunalwahlergebnis aus Sicht seiner Partei. „Mit dem Ergebnis der Kommunalwahl können wir weder im Kreis Schleswig-Flensburg, noch auf Landesebene zufrieden sein. Auch wenn es uns gelungen ist, in vielen Gemeindevertretungen und im Kreistag die a
Als Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft sieht Peddinghaus die Konzentration auf die Leistungsträger der Gesellschaft. Dies sind nach seiner Ansicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die kleinen und mittleren Unternehmen. Ohne diese Leistungsträger könne die SPD weder Wahlen gewinnen, noch Volkspartei bleiben. „Für unsere Partei muss heute und in Zukunft gelten: Wir sind die linke

Volkspartei der Mitte – Wir sind das Original, die Anderen schreiben nur ab!“, rief Peddinghaus den Delegierten unter großen Beifall zu. „Wähler, die wir in den letzte Jahren verloren haben, müssen wir zurück gewinnen. Das gelingt uns durch unser Programm, durch unser Personal und durch unsere Glaubwürdigkeit,“ so Peddinghaus. Glaubwürdigkeit sei dabei ein strategischer Wert von wahlentscheidender Bedeutung. Es dauere lange, diese Glaubwürdigkeit zu erlangen, es dürfe aber nur Wenig, sie zu verlieren. „In diesem entscheidenden Punkt stehen wir also vor der Wahl, ob die SPD in Zukunft Gesinnungspartei um die 20 % werden, oder Volkspartei mit einem Regierungsanspruch bleiben will!“, so Peddinghaus

Unterstützung erhielt der Kreisverband durch Innenminister Lothar Hay. „Das Ergebnis der Kommunalwahl war für uns Sozialdemokraten verheerend. Darüber können auch einzelne positive Ergebnisse nicht hinwegtäuschen. Wir müssen uns mit den Ergebnissen auseinandersetzen“, fasste der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Lothar Hay die Ergebnisse vom 25.Mai 2008 zusammen und unterstützte damit das Vorgehen des Kreisverbandes.

Die heutige Situation, so Hay weiter, hätte man sich in der SPD vor wenigen Jahren kaum vorstellen können. Auf der einen Seite die CDU und auf der anderen politischen Seite die Linkspartei. Die SPD werde diese neue Herausforderung nur dann erfolgreich bewältigen, wenn die Mitglieder zu dem stehen, was die Partei in einer erfolgreichen Regierungsarbeit auf den Weg gebracht habe. Es werde der SPD nicht helfen, wenn die Partei so täte, als wäre sie bei den Beschlüssen zur Agenda 2010 nicht dabei gewesen, so Hay. Vielmehr gelte es die Erfolge dieser Politik zu verdeutlichen und die offensichtlichen Schwachstellen zu benennen und zu beseitigen. Zum Kurs der SPD machte Hay deutlich: „Was die grundsätzliche Positionierung der SPD angeht, so müssen wir es schaffen, die Schwachen in dieser Gesellschaft weiterhin zu vertreten und viele von ihnen als Wähler zurück zu gewinnen, ohne dass wir dabei die Mitte preisgeben. Die Mitte dieser Gesellschaft, das sind die, die dieses Land aufgebaut haben, dass sind die, die durch ihre Arbeit für die dringend benötigten Steuereinnahmen für Bildung und Ausbildung, für Kindergärten, für die innere Sicherheit, für den Umweltschutz und vieles andere sorgen.“

In die Zukunft gerichtet betonte der Innenminister: „Nach der Kommunalwahl ist, vor der Kommunalwahl!“ Deshalb müssten die Genossinnen und Genossen sich jetzt besonders um diejenigen bemühen, die für die SPD neu in die kommunalen Parlamente eingezogen sind. Die SPD werde als starke Mitgliederpartei in der Kommunalpolitik nur dann dauerhaft eine entscheidende Rolle spielen, wenn sie sich konsequent um die Menschen in den Gemeinden kümmere. Menschen aus der Nicht-Wählerschaft und von den politischen Mitbewerbern zurück zu gewinnen, bleibt für Hay die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre. Hay forderte die Mitglieder auf, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen, auch wenn dies einen langen Atem erfordere. „Ohne eine engagierte sozialdemokratische Partei, ohne eine Volkspartei SPD, würde es den Menschen in unserem Land deutlich schlechter gehen. Deshalb sage ich: Jetzt erst recht“, endete Hay seine von minutenlangen Applaus vorgetragene Rede.

Einstimmig beschloss der Kreisparteitag anschließend einen Antrag des SPD-Amtsverbandes Geltinger Bucht, in dem sich die Sozialdemokraten für eine flächendeckende Notarztversorgung im Kreis Schleswig-Flensburg einsetzen. Aus Sicht der Kreis-SPD muss sich die Einsatzzeit des Notarztes an die vorgegebenen Zeiten der Rettungswagen richten und darf damit 12 Minuten nicht überschreiten. In einem weiteren Antrag fordert die Kreis-SPD die Neuschneidung der Wahlbezirke auf Kreisebene. Es müsse versucht werden, die Wahlkreise so zu schneiden, dass bestehende Ämterstrukturen nicht geteilt würden. Einen entsprechenden Prüfauftrag verwies der Kreisparteitag an die Kreistagsfraktion, die nun zwei Jahre Zeit hat, sich mit diesem Thema auseinander zusetzen und einen entsprechenden Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Bei den sich anschließenden Neuwahlen des Kreisvorstandes wurde Dirk Peddinghaus mit großer

Mehrheit erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Dem neuen Kreisvorstand gehören weiterhin Ralf Wrobel aus Brebel als 1. und Birthe Pauls aus Schleswig als 2. stellvertretende Vorsitzende an. Als Kreiskassierer wurde Ingo Obst aus Freienwill in seinem Amt bestätigt. Hanna Hansen aus Treia wurde als neue Schriftführerin von den Delegierten gewählt. Vervollständigt wurde der neue Vorstand durch Jörg Joosten als Beisitzer für Pressearbeit, Andreas Pauls als Beisitzer für Internetarbeit und die weiteren Beisitzer Marina Eibich, Anneliese Marxen, Antje Schümann, Hans-Christian Biermann, Peter Casper, Holger Groteguth, Karsten Stühmer und Helmut Friedrich.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 09.07.2008, 15:36 Uhr - 61895 Clicks - Nr. 693*

140 Millionen Euro Projektförderung fließen nach SH

140 Millionen Euro Projektförderung des Bundesforschungsministeriums fließen nach Schleswig-Holstein.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert zahlreiche mehrjährige Projekte von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Behörden und Bildungseinrichtungen sowie privaten Firmen in Schleswig-Holstein, teilt der Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Bundestag und Bildungspolitiker aus dem Kreis Pinneberg Dr. Ernst Dieter Rossmann mit.

Die Summe der Zuwendungen an momentan laufende Projekte erreicht die 140 Millionen Euro. Gefördert werden nicht nur sinnvolle Forschungsvorhaben im medizinischen, ökologischen und technischen Bereich, sondern auch wichtige Projekte in der Bildung, wie z.B. für einen besseren Übergang von der Schule in den Betrieb, für mehr Weiterbildung in kleinen und mittleren Unternehmen oder für die Bildungsforschung allgemein. Unter anderem bekommt Schleswig-Holstein vom Bund für die Jahre 2007 und 2008 im Rahmen des Hochschulpaktes 4,6 Millionen Euro für die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze. Im Forschungsbereich fließen allein an die beiden größten Städte Schleswig-Holsteins Kiel und Lübeck mit ihren Universitäten und Forschungseinrichtungen über 100 Millionen Euro. Unter anderem 39 Millionen in die Biotechnologie, 4,6 Millionen in die Energieforschung und rationale Energieverwendung, ca. 14 Millionen für die Meeres- und Polarforschung, den Globalen Wandel und die Geowissenschaften sowie über 17 Millionen für Gesundheit und Medizin allgemein.

Rossmann freut sich über die beträchtlichen Finanzspritzen des Bundes: „Mit Hilfe des Bundes können wir unsere Position als wissenschafts- und forschungsaktives Bundesland ausbauen und gleichzeitig viele Arbeitsplätze in diesem Bereich sichern.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 10.07.2008, 12:40 Uhr - 10069 Clicks - Nr. 694*

FÜR GUTE PFLEGE UNTERWEGS

Wolfgang Wodarg absolvierte Praktikum bei der Sozialstation Hürup: Was sollte sich mit der Pflegereform, die am 1. Juli 2008 in Kraft treten wird, in der Pflege ändern? Welche Chancen ergeben sich daraus zum Beispiel im ländlichen Raum? Mit diesen und anderen Fragen absolvierte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg in der sitzungsfreien Woche ein Praktikum in der

Sozialstation Hürup.

Dem Abgeordneten, der sein Medizinstudium durch die Arbeit als Pflegehelfer finanziert hat, ist die Praxis der Pflege durchaus vertraut. Die Leiterin der vom Amt Hürup, der evangelischen Kirche und dem ADS geführten Sozialstation Maren Matthiessen hatte sich deshalb vorgenommen, vor allem die organisatorische Seite einer großen Sozialstation zu demonstrieren.

Mehr als 50 Pflege- und Pflegehilfskräfte sind im Amt Hürup rund um die Uhr für Verbände, Spritzen, Lagerung, Mobilisierung aber auch für einfache notwendige tägliche Hilfen beim Waschen, Kämmen, Essen und Trinken zuständig. Wer bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit allein nicht klar kommt, wer nicht in ausreichendem Maße auf pflegende Angehörige zurückgreifen kann, dem steht nach der Kranken- bzw. der Pflegeversicherung professionelle Pflege in bestimmtem Umfang als Sachleistung zu. Auch die Sozialhilfe springt ein, wenn Bedürftige nicht in der Lage sind, ihren Eigenanteil zu finanzieren. Im Büro von Maren Matthiessen zeigt ein übersichtliches Steckkartensystem wandfüllend, welcher Patient von welcher Pflegekraft wann besucht werden wird. In Pflegeplänen werden die Besonderheiten jedes Falles dokumentiert. Nebenan findet gerade eine Schulung über Thromboseprophylaxe statt an der sich über 20 Mitarbeiterinnen beteiligen. "Die Zusammenarbeit mit den Hausärzten vor Ort klappt gut!" meint Maren Matthiessen, "nur die Krankenhausärzte haben oft wenig Ahnung von dem, was ambulante Pflege leisten kann." Das führe immer wieder zu unnötigen Heimeinweisungen oder Krankenhausaufenthalten. Auch Krankenhausärzte sollten mal ein Praktikum bei einer Sozialstation absolvieren, notierte sich Dr. Wodarg für seine Arbeit im Gesundheitsausschuss des Bundestages. Zum Mittagessen trifft sich jeden Tag eine Runde Demenzkranker, die von Ehrenamtlerinnen abgeholt und beim Essen begleitet werden. Die Koordinatorin Frau Iris Jirka ist begeistert von dem Einsatz ihrer ehrenamtlichen Helferinnen und spielt zum Abschied noch ein Lied zum Mitsingen auf ihrem Akkordeon.

Anschließend begleitet Dr. Wodarg Schwester Margret Penner zum Pflegeeinsatz nach Kleinsoltholz. Hier sind alle froh über die kräftige Unterstützung, denn der dort bereits wartende bettlägerige Patient kann so einmal wieder in den Rollstuhl gesetzt und über seinen Hof geschoben werden.

Wenn auch im Alter oft die Orientierung in der Gegenwart versagt, so sind die Erinnerungen von Edwin Kuhnert an früher um so lebendiger präsent und beim Schieben des Altbauern erfährt der Abgeordnete, wie das Leben in Kleinsoltholz vor über 40 Jahren ausgesehen hat. Es ist schön, wenn Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Eine Einweisung ins Heim überleben viele Alte nicht lange. Der Stress in fremder Umgebung ist für viele trotz allen Komforts einfach zu groß.

Auch Ludwig Cohrs, der Friseur von Mühlenbrück darf mit seiner Ehefrau vor seinem pflegegerecht umgebauten ehemaligen Friseursalon beim Kaffee in der Sonne sitzen. Möglich wird das durch einen gemeindeorientierten Pflegedienst, der mit ehrenamtlichen HelferInnen unter Nutzung von Nachbarschaften versucht das zu erreichen, was die meisten Menschen wollen: In Würde zu Hause alt werden und -wenn es soweit ist- sterben dürfen.

Beeindruckt von der Arbeit der Pflegekräfte und Ehrenamtler im Amt Hürup meinte Dr. Wodarg zum Abschluss seines Praktikums: "Nicht die Gemeinde mit dem modernsten Heim tut am meisten für ihre Einwohner, sondern jene, die durch gute ambulante Sorge und Pflege möglichst viele Heimeinweisungen überflüssig macht!"

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 10.07.2008, 14:39 Uhr - 5228 Clicks - Nr. 695*

Innenminister Lothar Hay: Die Kreise und kreisfreien Städte leisten einen

wesentlichen Beitrag zu einer modernen Bürgergesellschaft
Erscheinungsdatum:10.07.2008 Innenminister Lothar Hay hat die Kreise und kreisfreien Städte bestärkt, auch weiterhin den Prozess der Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform konstruktiv zu unterstützen.
Auf der konstituierenden Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages in Schleswig hob Hay am Donnerstag (10. Juli) die Bedeutung der Kreise und kreisfreien Städte als unverzichtbar auch im 21. Jahrhundert hervor: “Als kompetente, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung sind sie eine dauerhaft wichtige Ebene der kommunalen Selbstverwaltung. Diese Ebene wird auch zukünftig mit der Erfüllung vorrangig überörtlicher Aufgaben einen wesentlichen Beitrag zu einer modernen Bürgergesellschaft leisten.“

Zu den Reformen gäbe es keine Alternative, weil die finanziellen Rahmenbedingungen, die Veränderungen in Gesellschaft und Technik sowie der Wettbewerb mit anderen Regionen zu bestmöglichen Strukturen geradezu zwingen würden. Ziel seien wirtschaftliche, professionell arbeitende und bürgernahe Verwaltungen auf allen Ebenen und überall in Schleswig-Holstein.

Hay ist sicher, dass die Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform zu einem Erfolg wird. Die Landesregierung werde in ihren Anstrengungen nicht nachlassen. Ende August/Anfang September dieses Jahres soll das Dritte Verwaltungsstrukturreformgesetz im Kabinett beraten werden. Der Dialog mit der kommunalen Familie werde dann insbesondere im Anhörungsverfahren weitergehen. Im Dezember dieses Jahres soll das Kabinett dann den Gesetzentwurf verabschieden, so dass der Landtag – wie verabredet - bis April 2009 das Gesetz beschließen kann.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 10.07.2008, 16:33 Uhr - 1937 Clicks - Nr. 696*

Kokocinski: SPD respektiert und unterstützt Elternwillen

Dem Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen liegen fünf Anträge zur Einrichtung von Regionalschulen sowie sieben Anträge zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen vor, die durch die Umwandlungsanträge der drei Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen ab 2010 ergänzt werden. Die SPD Ratsfraktion begrüßt die Entscheidung der Eltern und Schulen, die für die Landeshauptstadt die flächendeckende Einrichtung von insgesamt 10 Gemeinschaftsschulen bedeuten würde und kritisiert die Haltung der CDU, die diesen Anträgen "kritisch auf den Zahn fühlen" möchte.
"Grundlage der politischen Entscheidungsfindung in dieser Sache müsse der Wunsch der Eltern, Schüler und Lehrer sein. Diesen gilt es zu respektieren und zu unterstützen", so der schulpolitische Sprecher der SPD Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski. "Die SPD hat keineswegs vor, die Anträge der Schulen in irgendeiner Form durchzuwinken, sondern sie gezielt danach zu überprüfen, inwieweit diese entsprechend umzusetzen sind. Sollte ein Nachsteuerungsbedarf bestehen, solle dieser mit Unterstützung der Verwaltung und gemeinsam mit den betroffenen Schulen geregelt werden", ergänzt Kokocinski weiter.
Um hier Klarheit zu schaffen werden die beiden Ratsfraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen hierzu einen gemeinsamen Änderungsantrag in den Ausschuss einbringen.
"Die Umsetzung der Schulreform bedeutet eine große Herausforderung für die Landeshauptstadt Kiel und bietet die Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit und müsse als ganzes betrachtet", macht Kokocinski deutlich und verbindet damit den Wunsch, den "Klassenkampf einzelner innerhalb der CDU gegen die Gemeinschaftsschule zu beenden und gemeinsam mit allen Fraktionen im Rat dafür Sorge zu tragen, dass sich der Elternwille in den Entscheidungen über die Umsetzung der Schulreform widerspiegelt."

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 10.07.2008, 19:05 Uhr - 3435 Clicks - Nr. 697*

SPD-Engelsby: Neues Beratungsangebot in Engelsby

Das Thema „Pflege“ stellt für viele Menschen einen nahezu undurchdringlichen Dschungel von Richtlinien und Angeboten dar. Licht in dieses Dickicht kann eine kompetente Beratung bringen. Bereits seit 2001 bekommt man diesen guten Rat in der trägerunabhängigen kommunalen Pflegeberatungsstelle im Flensburger Rathaus.

Ab 15. Juli gibt es dieses Angebot nun auch regelmäßig in Engelsby. Eine sehr gut qualifizierte Beraterin, die sowohl examinierte Pflegefachkraft als auch Sozialpädagogin ist, bietet den Menschen aus dem Stadtteil bei ihren Fragen und Sorgen rund ums Thema „Pflege“ kompetente Beratung und Unterstützung an.

Der „Pflegestützpunkt Engelsby“ ist immer dienstags von 9 bis 12.30 Uhr geöffnet. Die Beratungsstelle befindet sich im „Alten Heizwerk“ - ein auffälliger blauer Kubus - in der Mozartstr. 36 a (Ecke Brahmsstr). Während der Sprechstunden besteht auch eine telefonsiche Erreichbarkeit im „Alten Heizwerk“ unter 88 999 189.

Das Angebot ist vertraulich und kostenfrei und unabhängig von den Interessen der Dienste und Einrichtungen. Außerhalb der Sprechstunden im Pflegestützpunkt steht nach wie vor das Team der Pflegeberatungsstelle im Rathaus bei Fragen zu allen pflegerelevanten Themen zur Verfügung – für alle Flensburgerinnen und Flensburger.

In den Räumlichkeiten des Pflegestützpunkts werden außerhalb der Beratungszeiten zudem auch regelmäßig offene Angebote der AWO für Menschen aus diesem Stadtteil stattfinden.

Keine Kommentare

Jörn Thießen - *veröffentlicht am 11.07.2008, 15:38 Uhr - 14265 Clicks - Nr. 698*

Büroausflug nach Glückstadt

Für die einen war es eine Abenteuerreise in den unbekannten Norden, für die anderen eine Fahrt in die Heimat. Anlässlich der Glückstädter Matjeswoche fuhr das Berliner Büro gesammelt nach Steinburg.
Wie sich dabei die Nicht-Nordlichter geschlagen haben können Sie hier sehen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 11.07.2008, 17:28 Uhr - 7674 Clicks - Nr. 699*

Häuslebauer aufgepasst!

In der letzten Sitzungswoche hat der Bundestag das Gesetz zur verbesserten Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge, kurz Eigenheimrentengesetz, beschlossen. Es soll rückwirkend zum Januar 2008 in Kraft treten. Demnach soll künftig für den Kauf und Bau von Wohneigentum auch die staatliche Riester-Förderung genutzt werden können.

Das Eigenheimrentengesetz wurde als eines der großen Projekte der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart.

Der "Wohn-Riester" öffnet die Riester-Förderung für die Anschaffung von selbstgenutztem Wohneigentum oder den Erwerb von Genossenschaftsanteilen für eine selbstgenutzte Genossenschaftswohnung. Durch die Einbeziehung der Wohnimmobilie oder Genossenschaftswohnung werden die Wahlmöglichkeiten größer und die Riester-Rente attraktiver.

Es gibt zwei Förderansätze: Zum einen können bis zu 100 Prozent des angesparten Vermögens aus einem bestehenden Altersvorsorgevertrag für die Anschaffung einer selbstgenutzten Wohnimmobilie oder Genossenschaftswohnung verwendet werden. Alternativ kann das angesparte Altersvorsorgevermögen auch zur Entschuldung der Wohnimmobilie eingesetzt werden. Zum anderen werden Einzahlungen auf Bausparverträge oder zur Tilgung von Immobiliendarlehen als

Altersvorsorgebeiträge steuerlich gefördert.

Wie bei allen im Rahmen der Riester-Rente möglichen Vorsorgeformen sind die Altersvorsorgebeiträge in der Ansparphase steuerfrei. Im Alter werden die Leistungen dann nachgelagert besteuert.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 12.07.2008, 15:26 Uhr - 5888 Clicks - Nr. 700*

Innenminister Lothar Hay zum 10. Möllner Folksfest der internationalen Begegnung

„Zeichen für Toleranz, Aufklärung und Weltoffenheit“

Erscheinungsdatum:
12.07.2008

Innenminister Lothar Hay hat das 10. Möllner Folksfest der internationalen Begegnung als Zeichen für Toleranz, Aufklärung und Weltoffenheit gewürdigt. Er sagte am Samstag (12. Juli) in Mölln: „Wir brauchen eine offene Gesellschaft, die Integration fördert. Das Folksfest trägt hierzu bei. Es ist ein gutes Beispiel, wie verschiedene Kulturen sich gegenseitig vorstellen und Gehör finden können, um verstanden zu werden.“

Integration sei für Zuwanderer wie auch für die Aufnahmegesellschaft eine Chance, zu dem, was man schon hat, etwas Neues hinzuzugewinnen. Es gäbe heute in der Bundesrepublik viele Beispiele gelungener Integration. In Deutschland lebten heute rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die große Mehrheit von ihnen habe längst ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden, so Hay.

Der Innenminister dankte in seiner Eigenschaft als Schirmherr den Organisatoren des Vereins Miteinander Leben e.V. und der Stadt Mölln für ihr Engagement zur Vorbereitung und Durchführung des Folksfestes.

Das Möllner Folksfest der internationalen Begegnung wird an diesem Wochenende zum zehnten Mal gefeiert. Anlass ist der fremdenfeindliche Brandanschlag in Mölln in der Nacht zum 23. November 1992, bei dem drei Menschen ihr Leben verloren.

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Marion Wecken
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3009, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 12.07.2008, 18:33 Uhr - 6744 Clicks - Nr. 701*

Der Abgeordnete, dein Freund und Helfer

Wie ein Bürger aus Handewitt doch noch zu seinem Recht kam: Alles begann in der Flensburger Bürgersprechstunde von Dr. Wolfgang Wodarg Anfang diesen Jahres. Der gelernte Großhandelskaufmann Arno Petersen aus Handewitt bat um Unterstützung in seinem Konflikt mit der Flensburger Bundesagentur für Arbeit.

Er war nach verdienten 44 Jahren Berufstätigkeit auf Anraten des Arbeitsamtes in die Altersteilzeit gegangen, um den Jüngeren Platz zu machen. Als seine Firma jedoch vor Auslaufen der Altersteilzeit Pleite ging, wurde ihm das zum Verhängnis. Sein Arbeitslosengeld wurde entgegen allen Versprechen nun nicht auf Basis seines vollen Gehaltes, sondern ausgehend von dem Lohn während der Altersteilzeit berechnet. Er erhob Einspruch, das Arbeitsamt in Flensburg stellte jedoch auf stur. "Ein Unding", fand auch Wolfgang Wodarg.

Gemeinsam formulierten sie eine Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, den "Kummerkasten der Nation". Diese Institution ist allein dafür da, Bürgern z.B. bei Problemen mit Bundesbehörden oder bei negativen Auswirkungen eines Bundesgesetzes zu helfen. Das Petitionsrecht öffnet damit für alle Menschen in Deutschland den direkten Weg zum Parlament. Viele Bürger kennen diese Möglichkeit jedoch gar nicht oder setzen kein großes Vertrauen in den Petitionsausschuss.

Zu unrecht: Dort bearbeiten 25 Abgeordnete aller Fraktionen zusammen mit dem 80-köpfigen Ausschussdienst jede der rund 20.000 Petitionen im Jahr. Bevor ein Beschluss fällt, wird jeder Fall ausführlich geprüft, Stellungnahmen der betroffenen Stellen eingeholt und, wenn nötig, sogar Ortstermine durchgeführt. In den meisten Fällen klären sich die Sachverhalte jedoch schon während dieser Prüfungsphase.

So auch bei Herrn Petersen. Mitte Juni kam der Anruf vom Arbeitsamt: sein Arbeitslosengeld wird nun entsprechend neu berechnet. Seine Hartnäckigkeit wurde belohnt und für ihn steht fest, dass er "ohne die Hilfe von Dr. Wodarg und dem Einfluss des Petitionsausschusses nicht zu der glücklichen Lösung gekommen" wäre. "Zu wissen, da gibt es Profis, die da noch mal draufgucken und an die man sich wenden kann, wenn man als Bürger nur noch am zweifeln oder verzweifeln ist" gibt ihm ein gutes Gefühl. Er fügt hinzu: "Umso besser, wenn es dann auch klappt, wenn vorher unbewegliche Stellen noch einmal nachdenken und plötzlich zu einem anderen Ergebnis kommen."

Doch nicht nur Arno Petersen freut sich. Auch Wolfgang Wodarg äußert zufrieden: "Jedes Mal wenn ich jemandem aus meinen Wahlkreis helfen konnte, fühle ich mich in meiner Legitimation als Volksvertreter bestätigt. Ich rufe deshalb alle Bürger auf, ihre Möglichkeiten wahrzunehmen. Kommen Sie in meine Sprechstunde, nehmen Sie Kontakt mit mir auf! Es gibt in vielen Fällen eine Lösung!"

Keine Kommentare

SPD-Russee - *veröffentlicht am 13.07.2008, 22:47 Uhr - 3202 Clicks - Nr. 702*

Neuer SPD-Vorsitzender in Russee-Hammer

Im SPD-Ortsverein Russee-Hammer fand am 8. Juli 2008 eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende des Ortsvereins der Sozialdemokraten musste neu bestimmt werden. Zum neuen Vorsitzenden wurde Frank Hornschu einstimmig gewählt. Hornschu dankte dem ehemaligen Vorsitzenden, Winfried Jöhnk, der am 27. Mai 2008 zurückgetreten war.
„Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam die Attraktivität für die sozialdemokratische Politik im Innen- und Außenverhältnis steigern können“, so Frank Hornschu vom SPD-Ortsverein Russee-Hammer.

Hornschu steht für einen grundsätzlich anderen Politikstil in den Stadtteilen Russee und Hammer.
„Ich setze mich ganz konkret für mehr aktives Engagement der SPD-Mitglieder ein. Deshalb werde ich mit der Mitgliedschaft in einen intensiven Dialog eintreten. Dazu werde ich den Mitgliedern einen auf die Stadtteile bezogenen Leitantrag zur Diskussion stellen. Zudem werde ich mich konkret zur politischen Willensbildung in den Stadtteilen mit den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern für einen kontinuierlichen offenen Dialog einsetzen“, so Hornschu weiter.
„Nur wenn es uns gemeinsam gelingt, die Menschen wieder ernst zu nehmen, ihre Interessen wirklich aufzunehmen und wenn sie sich in den kommunalpolitischen Entscheidungen wiedererkennen, können wir etwas gegen die Politikerverdrossenheit und gegen die sehr geringe Wahlbeteiligung unternehmen. Das stärkt unsere Freiheit und Demokratie und schwächt den Rechtsextremismus. Ich will die Distanz zwischen den Menschen in den Stadtteilen und dem Rathaus vermindern“, so Hornschu abschließend.

Hornschu ist 47 Jahre alt, ausgebildeter Schornsteinfegermeister und hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für den öffentlichen Dienst und setzt sich als stellvertretender Ortsbeiratsvorsitzender für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in Russee und Hammer ein.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 14.07.2008, 09:13 Uhr - 1659 Clicks - Nr. 703*

Industriestandort Kiel zeigt Stärke

Zu der erfolgreichen Bewerbung der Fa. Voith um einen Auftrag für 130 Lokomotiven erklären die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Ralph Müller-Beck und Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann:

"Das ist ein großer Erfolg für den Schienverkehrsstandort Kiel.
Zwei weltbekannte Lokomotivfirmen aus dem Kieler Norden sind mit ihren Produkten in die engere Auswahl für den Großauftrag gekommen. Das spricht für die hervorragende Kompetenz in der Schienenverkehrstechnik vor Ort. Es werden so neue qualifizierte Arbeitsplätze in Kiel geschaffen für umweltfreundliche und gesellschaftlich nützliche Produkte mit tollen Zukunftsaussichten. Es bietet sich an, dieses vorhandene Knowhow auch für die StadtRegionalBahn in der Kieler Region zu nutzen.

Es war richtig, für den Erhalt des Lokbaus bei der damaligen Krupp-MaK zu kämpfen, nur so ist der Erfolg der Fa. Vossloh überhaupt denkbar. Genauso wichtig war die Ansiedlung der Fa. Voith im Nordhafen."

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 14.07.2008, 10:40 Uhr - 6948 Clicks - Nr. 704*

Neubau eines Kreishauses finanziell unkalkulierbar

Neubau eines Kreishauses finanziell unkalkulierbar – Landrat will Prüfbericht totschweigen
Der Neubau des Kreishauses durch die Firma Impala (Rahimi), das der Kreis für 25 Jahre anmieten will, droht für den Kreis, ein unkalkulierbares finanzielles Risiko zu werden. Zu dieser Bewertung kommt der SPD-Kreisvorsitzende Hannes Birke nach Durchsicht des vom Rechnungsprüfungsamt des Kreises (RPA) gemachten wirtschaftlichen Vergleich mit einem vom Kreis erstellten Eigenbau.

Schon die Kenntnis vom Ergebnis der Prüfung, haben bei Birke den Eindruck erweckt, dass der Prüfvermerk des RPA offensichtlich vom Landrat totgeschwiegen werden sollte. Ihm wurde der Prüfvermerk anonym zugespielt. Eine offizielle Unterrichtung der Kreistagsabgeordneten durch den Landrat erfolgte nicht.

In dem 18 Seiten starken Prüfvermerk kommt das RPA zu dem Ergebnis, dass Anmietung und Eigenbau nicht wesentlich von einander abweichen. Im Gegensatz zur externen Beraterfirma UTA, das für den Kreis für die Mietlaufzeit von 25 Jahren eine Ersparnis von rd. 12,0 Mio. € im Vergleich zum Eigenbau errechnete, kommt das RPA nur zu einer Ersparnis von rd. 1,0 Mio. €. In seiner Stellungnahme weist das RPA aber auch kritisch auf unkalkulierbare Kosten und versäumte Alternativen hin.

So seien die finanziellen Auswirkungen für den Kreis nach Ablauf der 25jährigen Vertragszeit nicht berücksichtigt worden. Da der Kreistag lt. Prüfbericht „kein Eigentum an einem Kreishaus erwerben will“ hat das RPA diese Auswirkungen nicht berücksichtigt. Es weist aber nachdrücklich darauf hin, dass der Kreis sich bei den zukünftigen Mietkonditionen in die Abhängigkeit des Investor Impala oder eines anderen Vermieters begeben würden.

Besonderen Wert legt das RPA auf die Feststellung, dass „andere Varianten –insbesondere die Teilsanierung....am jetzigen Standort...nicht Gegenstand der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung waren“. Für Birke kommt diese Feststellung einer „Ohrfeige für den Landrat“ gleich, denn er hatte mit Unterstützung von CDU und FDP die SPD-Forderung nach einer kostengünstigen Teilsanierung ohne weitere Prüfung abgelehnt.

Auf welchen dünnen Beinen die Wirtschaftlichkeit des Investorenmodell steht, macht für Birke ein simples Beispiel deutlich. In seiner Vergleichsrechnung geht das RPA von einem Grundstückspreis von 300,00 € pro qm in Pinnebergs bester Grundstücklage am Marktplatz aus. Allein ein niedriger Preis von 200,00 € pro qm hätte zur Wirtschaftlichkeit des Eigenbaues durch den Kreis geführt. Durch diese Eigentumsbildung wären -so Birke- alle finanziellen Unwägbarkeiten nach Ablauf der 25jährigen Mietzeit „aus der Welt“.

Feierten der Landrat , CDU und FDP geradezu euphorisch das Investorenmodell als

kostengünstigste Lösung, macht für Birke der RPA Bericht deutlich, dass mit dem Geld des Steuerzahlers unverantwortlich umgegangen wird. „Im Ergebnis“ -so Birke- wollten Landrat, CDU und FDP nur die finanziellen Interessen eines Privatinvestors befriedigen“.

Auch wenn nach Informationen von Birke der Landrat den Vertrag mit dem Privatinvestor bereits unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Kieler Kommunalaufsicht unterschrieben hat, wird die SPD sich in Kiel für eine umfassende Wirtschaftlichkeitsprüfung einsetzen. Birke ist sich sicher, dass eine Prüfung ohne die zu Gunsten des Privatinvestors getroffenen einschränkenden Vorgaben des Kreistags das Mietmodell „vom Tisch“ sein wird.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 15.07.2008, 10:25 Uhr - 7563 Clicks - Nr. 705*

Verkauf der Krankenhausimmobilien gestoppt

Verkauf der Krankenhausimmobilien gestoppt – SPD schlägt Alternative vor
Den Verkauf der Immobilien der Regio-Kliniken nach der sogenannten „Verkauf und sofortigen wieder Anmietungs“ Methode („sale and lease back“) hat der Hauptausschuss auf seiner letzten Sitzung vorerst gestoppt. Auf Antrag der SPD ist die Entscheidung auf den September vertagt worden. Fraktionsvorsitzender Hannes Birke begründete die Vertagung mit der von Landrat Dr. Grimme zu verantwortenden „Terminpeitsche“, die eine sachliche Überprüfung des mit erheblichen finanziellen Risiken verbundenen Finanzgeschäftes unmöglich macht. Benötigte die Geschäftsführung der Regio-Kliniken 16 Monate um den „Verkaufsdeal“ mit den Banken auszuhandeln, sollte der Kreistag innerhalb von knapp 14 Tagen seine Zustimmung geben, kritisiert Birke. Für ihn kommt eine solche Verhaltensweise einer unglaublichen Missachtung der ehrenamtlichen Selbstverwaltung durch den Landrat gleich, der offensichtlich die gewählten Kreistagsabgeordneten zum bloßen „Stimmvieh“ degradieren wollte.

Für die SPD ist es unstrittig, dass mit „frischem Kapital“, eine Umfinanzierung bei den durch den Kreis erfolgten Bürgschaften und ein finanzielles Handlungsspiel für Investitionsmaßnahmen bei den Regio-Kliniken geschaffen werden muss. „Entscheidend ist“ -so Birke- „dass kostengünstigste Finanzierungsmodell für den Kreis und seine Kliniken zu erreichen“. Ohne Prüfung anderer Finanzierungsmöglichkeiten ist das sogenannte „sale and lease back“ Modell für ihn wenig überzeugend.

Als mögliche Alternative will die SPD ein Finanzierungsmodell durch die Verwaltung prüfen lassen, dass eine Bürgschaftsübernahme des Kreises für den notwendigen Finanzbedarf der Kliniken vorsieht. Eine solche Übernahme würde es den Regio-Kliniken ermöglichen, so genannte Kommunalkredite zu deutlich besseren Konditionen aufzunehmen, als vom Bankenkonsortium für das „sale and lease back“ Modell angeboten wurden.

Erst wenn diese Prüfung vorliegt, will die SPD entscheiden, welchem Finanzierungsmodell sie den Vorzug geben wird. „Wir erwarten eine zeitgerechte Prüfung unseres Vorschlages“ -so Birke- „um gegebenenfalls das Ergebnis durch externe Fachleute überprüfen zu lassen“. Zu diesem ungewöhnlichen Vorgehen sieht sich die SPD nach den Erfahrungen mit dem Landrat und dem Versuch, sein Finanzierungsmodell durch den Kreistag zu peitschen, gezwungen.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 15.07.2008, 13:04 Uhr - 7923 Clicks - Nr. 706*

Einweihung der nördlichsten Tankstelle für Elektromobile

Am vergangenen Samstag wurde anlässlich der Naturtec 2008 in Glücksburg die erste norddeutsche Tankstelle für Elektromobile in Betrieb genommen. Sie wurde mit Unterstützung der Flensburger Stadtwerke eingerichtet und stellt auch Solarstrom für umweltfreundliche Elektromobile zur Verfügung. Dabei waren Uwe Möller, der Generalsekretär des "Club of Rome", Werner Kiwitt, der Geschäftsführer von Artefact, der Stadtpräsident Flensburgs Christian Dewanger und MdB Wolfgang Wodarg.

SOMMERTOUR:

Zahlreiche Besucher der Naturtec waren neugierig auf dieses zukunftsweisende Ereignis und erhielten fachkundige Auskünfte aus Politik und Technik.

Nach einer Begrüssung und Vorstellung der neuen Elektro-Tankstelle durch Werner Kiwitt wies Wolfgang Wodarg in einem Grusswort auf die sich rasch verschärfende Situation der Menschen gerade im ländlichen Raum hin: "Wenn in absehbarer Zeit die Spritpreise bis auf drei Euro oder mehr steigen, wird es für viele Menschen schon sehr eng werden."
Öl und andere lebenswichtige Güter seien Gegenstand von irrationalen internationalen Spekulationsgeschäften, deshalb sollten wir Alternativen zum Öl entwickeln und bereitstellen. Sonnenenergie eigne sich -wie Windenergie- sehr gut zur Aufladung von Batterien, die im Haus oder im Auto für den nötigen Strom sorgen.

Wodarg lobte die Stadtwerke Flensburg, die durch diese symbolische Geste wieder ihre Offenheit für neue Technologien zeigten.
Dann probierte er die Prototypen zweier Elektromobile aus und nahm die erste Auftankung vor. Nach eineinhalb Stunden Ladezeit reicht der "Tank" dann wieder für ca. 100 km.

Wodarg setzt sich aktiv dafür ein, dass die Region im Norden Schleswig-Holsteins sich um ein elektrisch betriebenes Mobilitätssystem bemüht.
"Ein vielversprechendes Projekt wird bereits in anderen Ländern umgesetzt und ist derzeit in Jütland in Planung. Wir sollten versuchen hier mitzuhalten und uns um ein von der EU gefördertes grenzübergreifendes Modell bewerben," berichtete der Bundestagsabgeordnete. "Es gibt inzwischen viel versprechende Batterien, die kostengünstiger und langlebiger sind als die bisherigen Akkus. Wir müssen auch Dienstleister und Kfz-Betriebe bei uns im Norden gewinnen, die sich an zukunftsträchtige Projekte wie dieses heranwagen! Elektromobilität flächendecken sicherstellen - das ist eine lohnende Strategie", meinte Wodarg.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 16.07.2008, 13:27 Uhr - 2381 Clicks - Nr. 707*

Trauer um Harry Roddeck

Die Flensburger SPD trauert um Harry Roddeck, ein sozialdemokratisches Urgestein und Mitbegründer des Ortsvereins Stadtmitte.
Harry Roddeck ist im September 1969 in die SPD eingetreten. In verschiedenen Funktionen, als Delegierter für den Kreisparteitag, als Beisitzer im Ortsvereinsvorstand oder als Revisor, stets hat Harry sich in die Meinungsbildung unserer Partei eingebracht.
Bis zu seinem Tode hat sich Harry besonders in der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, für die Belange der älteren Generation engagiert.

Die Flensburger SPD verliert einen engagierten Genossen, der sich stets für die Grundsätze unserer Partei: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingesetzt hat.

Harry Roddeck verstarb am 08. Juli 2008, wenige Wochen vor Vollendung seines 80. Lebensjahres.

Wir Flensburger Sozialdemokraten werden sein Andenken in Ehren halten.
Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und der Familie.

Helmut Trost
Kreisvorsitzender

Stephan Menschel
Ortsvereinsvorsitzender

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 16.07.2008, 17:05 Uhr - 6991 Clicks - Nr. 708*

Aktiv gegen Kinderarmut

Am 25. Juni hat die Bundesregierung den 3. Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Während das Armutsrisiko in Deutschland steigt, wachsen die Einkünfte der Reichen. Immer mehr Familien drohen trotz Arbeit in die Armut abzurutschen, d.h. dass auch immer mehr Kinder akut von Armut bedroht sind. Die SPD fordert Maßnahmen, die weit über eine Erhöhung von Kindergeld hinausgehen.

Armut ist nicht nur Mangel an materiellen Gütern, sondern vorallem auch Mangel an Bildungschancen, an Perspektiven, an Wahlmöglichkeiten, an sozialen Kontakten und an Gesundheit. Da helfen wenig solche Einzelmaßnahmen wie die Forderung der Union nach einer Kindergelderhöhung. Wir brauchen ein stimmiger Aktionsplan für gleiche Lebenschancen, der Kommunen, Länder und Bund mit ihren jeweiligen Aufgaben einbezieht .

Im Mittelpunkt des SPD-Aktionsplans gegen Kinderarmut stehen daher folgende Maßnahmen:

* Kommunale Familiennetzwerke: Die Kommunen bauen ihre Kinder- und Jugendeinrichtungen zu flächendeckenden Netzwerken aus, um benachteiligte Familien besonders zu unterstützen und zu fördern.

* Gesundes Mittagessen: Alle Kommunen, in denen die SPD Verantwortung trägt, sollen Kindern in Schulen und Kitas ein gesundes Mittagessen zu sozialen Preisen anbieten.

* Eltern-Kind-Zentren: Kindertagesstätten sollen so ausgebaut werden, dass vor allem sozial benachteiligte Eltern in die Förderung der Kinder einbezogen werden können.

* Ganztagsbetreuung: Sozialdemokratisch regierte Länder werden die Ganztagsbetreuung konsequent weiter ausbauen und qualitativ verbessern.

* Gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Studiengebühren für das Erststudium lehnt die SPD ab.

* Gleiche Bildungschancen: Das heißt unter anderem weitgehende Lernmittelfreiheit und eine zweite und dritte Chance für Schulabbrecher auf einen Schulabschluss.

* Jedes Kind muss der Gesellschaft gleich viel wert sein. Daher will die SPD Kindergeld und Kinderfreibeträge so gestalten, dass Geringverdiener nicht länger benachteiligt werden.

* Die SPD tritt dafür ein, dass bedürftige Kinder ein Schulmittelbedarfspaket (Schulranzen, Schreibmaterialien) in Höhe von rund 100 Euro pro Schuljahr erhalten.

* Kinderrechte gehören ins Grundgesetz!

* Die SPD fordert eine "Nationale Kinderkonferenz" der Bundesregierung noch in diesem Jahr, auf der alle wichtigen Akteure (von der Politik bis zu den Wohlfahrtsverbänden) wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut vereinbaren.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 16.07.2008, 22:36 Uhr - 6283 Clicks - Nr. 709*

AGS jetzt auch in Kiel

Neu formiert hat sich am 7. Juli 2008 die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der Kieler SPD.
Zum neuen Vorsitzenden wurde Guenther Hagenacker-Hansen gewählt, Stellvertreter ist Frank Rudolf. Weitere Mitglieder im Vorstand sind Serpil Midyatli, Dirk Haben, Gunnar Tietze und Jürgen Frommholz.

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) sieht sich als der zentrale Ansprechpartner für Wirtschaft und Mittelstand innerhalb der Partei.
Ziel der politischen Arbeit ist es, Marktwirtschaft und soziale Partnerschaft miteinander zu

verbinden.
Wünsche und Anregungen, aber auch die Sorgen der Wirtschaft sollen in die Partei und die Ratsfraktion hineingetragen und sozialdemokratische Positionen im Dialog mit der kommunalen Wirtschaft hinausgetragen werden.

Die AGS hat sich zum Ziel gesetzt, den Kontakt zu den Kieler Unternehmen aufzunehmen und intensiv zu pflegen. Dazu gehören auch Betriebsbesichtigungen und die Durchführung von Veranstaltungen mit Themen zur kommunalen Wirtschaftspolitik.

Die AGS Kiel setzt sich für Verbesserung der Rahmenbedingungen für Neugründer, kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Freiberufler ein, denn ein starker Mittelstand stärkt die Wertschöpfung.

Jede Unternehmer, Selbständige, aber auch jede Manager und leitende Angestellte ist in der AGS Kiel willkommen, denn die AGS arbeitet parteioffen.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 17.07.2008, 07:55 Uhr - 6539 Clicks - Nr. 710*

Trauer um Harry Roddeck

Die Flensburger SPD trauert um Harry Roddeck, ein sozialdemokratisches Urgestein und Mitbegründer des Ortsvereins Stadtmitte.
Harry Roddeck ist im September 1969 in die SPD eingetreten. In verschiedenen Funktionen, als Delegierter für den Kreisparteitag, als Beisitzer im Ortsvereinsvorstand oder als Revisor, stets hat Harry sich in die Meinungsbildung unserer Partei eingebracht.
Bis zu seinem Tode hat sich Harry besonders in der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, für die Belange der älteren Generation engagiert.
Die Flensburger SPD verliert einen engagierten Genossen, der sich stets für die Grundsätze unserer Partei: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingesetzt hat.
Harry Roddeck verstarb am 08. Juli 2008, wenige Wochen vor Vollendung seines 80. Lebensjahres.
Wir Flensburger Sozialdemokraten werden sein Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und der Familie.

Helmut Trost
Kreisvorsitzender

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 17.07.2008, 08:43 Uhr - 1970 Clicks - Nr. 711*

Machtpolitische Ränkespiele - CDU/FDP verhindert Ernnung von Jutta Hartwieg

Eine schwarz-gelbe Mehrheit verhinderte in der Sitzung des Kreistages am 10. Juli 2008 die Ernennung von Jutta Hartwieg zur Landrätin zum 1. August 2008. Ein beispielloser Vorgang. Wir dokumentieren daher hier die Rede des Fraktionsvorsitzenden Arnold Wilken.

Argumente der SPD-Kreistagsfraktion – Spannung, Erschrecken, Turbulenzen am 25. Mai 2008.

Bei den Ergebnissen zur Kreistagswahl gab es zunächst lange Gesichter. Viele Gesichter wurden nachdenklich, andere fröhlich und jauchzend.
Die SPD-Vertreter hatten auf mindestens ein Ergebnis von 27,9 plus X gehofft, dies war das Ergebnis aus dem Jahr 2003. Bei dieser Wahl mussten die Sozialdemokraten landesweit Wahlschlappen hinnehmen. Die Ergebnisse aus der Agenda 2010 mit erheblichen Nachteilen für viele Menschen wirkten sich aus.

Am 25. Mai 2008, am Wahlabend haben deshalb wir nicht über die starken Verluste der CDU Schadenfreude empfinden können. Von ihren 50,7 % im Jahre 2003 auf 42,1 % in diesem Wahljahr ist ein herber Verlust.
Zufrieden haben wir festgestellt, dass die absolute CDU Mehrheit futsch war.

In den späten Abendstunden gingen Wahlergebnisse zur Wahl des Landrates/der Landrätin ein. Es entstand große Unruhe. Jutta Hartwieg hatte einen deutlichen Vorsprung vor dem Landratskandidaten Stritzl, Fassungslosigkeit bei der CDU!

Es ging ein leichtes Beben durch den Kreistagssitzungssaal. Verständlich, es konnte doch nicht sein, dass die CDU-Festung anfing zu wackeln. Aber je später der Abend wurde, je mehr wurde deutlich, es könnte für die Landratskandidatin reichen. Zwar knapp, aber gewonnen ist gewonnen.

Aber so ganz neu war dieses Erlebnis doch nicht. Auch im Jahr 1998 gab es ein noch knapperes Ergebnis bei der Kreistagswahl. Damals traf es die SPD und als der Kreiswahlausschuss das Ergebnis festgestellt hatte, dass die CDU mit 78 Stimmen die Wahl gewonnen habe, haben die Sozialdemokraten nicht widersprochen und auch nicht länger eine Nachzählung verlangt.

In der Woche nach dem Wahlabend setzte sich die Unruhe durch den ganzen Kreis Segeberg fort. In Hasenmoor und in Bornhöved wurden klare Verstöße gegen das Wahlgesetz gemeldet.

Wir bedauern, dass in zwei Orten die Wahlvorstände fehlerhaft gearbeitet haben und gehen davon aus, dass in der Zukunft die ehrenamtlichen Helfer besser vorbereitet werden.

Die CDU ließ öffentlich erklären, dass nun überall ermittelt werden müsse. Auch Landrat Gorrissen wurde aktiv, indem er schon am 02.Juni 2008 vom Amt Leezen alle Wahlunterlagen der Gemeinden Bark, Fredesdorf und Todesfelde in die Kreisverwaltung Segeberg bringen ließ.
Dem Amt Leezen wurde der Empfang bestätigt. Die Unterlagen waren ordnungsgemäß verpackt und verschnürt.
Der Landrat hatte offensichtlich eine Eingebung.

Der am 05.06. und 23.06. tagende Kreiswahlausschuss hat sich mit den Wahlunterlagen dieser drei Gemeinden nicht beschäftigt. Was wurde mit diesen Unterlagen und von wem in der Kreisverwaltung angestellt?

Die SPD hat rechtzeitig deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sei, alle Wahlvorstände im Kreis Segeberg in einen Generalverdacht der Unfähigkeit zu nehmen.

Das Schreiben des Innenministeriums vom 17. Juni 2008 versetzte den Kreiswahlausschuss für die Landratswahl in die Lage, die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Wahlordnung bei ihrer Entscheidung am 23. Juni anzuwenden.
Der amtierende Landrat, nicht Mitglied des Kreiswahlausschusses, hatte mit großen Anstrenungen versucht, das amtliche Wahlergebnis am 23. Juni nicht festzustellen, sondern eine gesamte Nachzählung vorzunehmen. Die Zählmannschaften, die schon im Hintergrund warteten, konnten nicht tätig werden.

Rechtsfriede, Rechtsfrieden, Rechtsfrieden wieder herstellen, forderte Gorrissen lautstark.

Und nun hoffen einige Funktionäre der CDU, möglicherweise auch einige Bürgerinnen und Bürger, und Bündnispartner der CDU darauf, dass Einsprüche und ein Verwaltungsgerichts-verfahren durch alle Instanzen die Landrätin noch verhindern können.

Wir hoffen, dass der gewählte Kreistag zu einer demokratischen Entscheidung kommt, die es Frau Hartwieg ermöglicht, ihre Arbeit am 01. 08. 2008 aufzunehmen.

Die Stellungnahme des Innenministeriums vom 27. Juni 2008 ist eindeutig.

Sie sagt aus, dass der Kreistag Frau Hartwieg zum nächstmöglichen Zeitpunkt, mithin zum 01. 08 2008, zur Landrätin ernennen kann. Also kann Frau Hartwieg vor Ablauf des Wahlprüfungsverfahrens durch die Kieler Kommunalaufsicht ernannt werden, auch wenn die Frist für etwaige Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl erst mit dem 28. 07. 2008 abläuft.
Nach dieser Aussage des Herrn Lindemann beantragt die SPD Kreistagsfraktion, Frau Hartwieg zum 01.08.2008 zu ernennen. Die Vereidigung könnte am 17.07.2008 erfolgen, und zwar zusammen mit der Verabschiedung von Herrn Gorrissen.
Der Hauptausschuss hat die Ergänzung der Tagesordnung auf unseren Antrag hin beschlossen.
Landrat Gorrissen hat einer Vereidigung von Frau Hartwieg am 17.07.2008 nicht widersprochen.

Nun ist die Mehrheit der CDU am Zuge. Wird Sie sich für den letztmöglichen Termin einer Vereidigung, den 01.09.2008 entscheiden und dabei
1.den festgestellten Wählerwillen 1 Monat später wirksam werden lassen,
2.die durch den Kreiswahlausschuss festgestellte und erworbene Rechtsposition der Landrätin erst einen Monat später wirksam werden lassen,
3.die Fürsorgepflicht gegenüber Frau Hartwieg nicht wahrnehmen,
4.eine weitere Kreistagssitzung im August 2008 zur Vereidigung der Landrätin notwendig werden lassen?

Wir hoffen, dass der gewählte Kreistag zu einer demokratischen Entscheidung kommt, die es Frau Hartwieg ermöglicht, ihre Arbeit am 01. 08. 2008 aufzunehmen.

Arnold Wilken

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 17.07.2008, 08:49 Uhr - 1880 Clicks - Nr. 712*

CDU will Kompetenz für den Kreis Segeberg verhindern

Nach dem Willen der schwarz-gelben Mehrheit soll die designierte Landrätin nicht in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südholstein. „Im Sportverein würde man von vereinsschädigendem Verhalten reden, in der Kreispolitik sieht die CDU-Fraktion kein Problem darin, kompetente Personen für ihre politische Mehrheiten zu opfern und somit dem Wohle des Kreises zu schaden“, so Fraktionsvorsitzender Arnold Wilken.

Nichts anderes könnte man zum Verhalten der CDU sagen, Jutta Hartwieg aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse herauszuhalten, um ihre Linie - nicht nur in Sachen Sparkasse - fortzuführen.
Die Unternehmensberaterin und gewählte Landrätin Hartwieg scheint eine Angst bei den Christdemokraten auszulösen. Die Angst vor der Bloßstellung. So ist es einfacher, Kompetenz zielgerichtet zu verhindern, um den geknüpften Bündnissen im Kreistag und in der Sparkassen-Region Südholstein Sorge zu tragen, als einzugestehen, dass eine motivierte Landrätin neue, positive und lehrreiche Perspektiven in wichtige Gremien des Kreises und Bewegung in festgefahrene Fronten bringen kann. Dies birgt einen erheblichen Schaden für die Stellung des Kreises Segeberg im Hamburger Randbereich. Alles andere als unbeteiligt ist auch Noch-Landrat Georg Gorrissen, der sich so einen wirklich unvergesslichen Abgang bereitet. Die SPD-Kreistagsfraktion ist sich sicher: Dies ist nicht die erste, und noch lange nicht die letzte politische Leiche, die Schwarz-Gelb entsorgen will.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 17.07.2008, 11:27 Uhr - 2309 Clicks - Nr. 713*

Letzte Bürgersprechstunde vor der Sommerpause.

Am kommenden Montag, den 21.07. findet die letzte Bürgersprechstunde mit dem SPD-Ratsherrn Stephan Menschel, vor der Sommerpause statt.
Regelmäßig montags, in der Zeit von 16:00 bis 17:30 steht Ratsherr Stephan Menschel für Gespräche im SPD-Büro, Große Str. 69, Flensburg (Telefon 2 4 5 1 5) zur Verfügung.

Eine Anmeldung ist hierfür nicht erforderlich.

Nach der Sommerpause geht es am Montag, den 01. September wieder los.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 18.07.2008, 09:23 Uhr - 7263 Clicks - Nr. 714*

Lage der Demokratie in Europa

Hier die Rede, die Dr. Wolfgang Wodarg im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bei der Kerndebatte zur Lage der Demokratie in Europa gehalten hat. Er weist auf die Notwendigkeit hin, so schnell wie möglich weltweite demokratische Strukturen zur Geltung zu bringen, um die brutalen Folgen eines globalisierten Marktes für viele Menschen auf dieser Welt zu verhindern.

Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich zuerst bei Herr Holovaty für seinen guten Bericht bedanken. Ich bedanke mich auch bei all den Kolleginnen und Kollegen, die den Monitoringprozess für uns qualifizieren und die uns die Basis legen für unsere regelmäßigen Bestandsaufnahmen, welche für die Fortentwicklung der Demokratien in Europa so wichtig sind und uns Maßstäbe liefern. Ich möchte einige grundsätzliche Bemerkungen zum Monitoring machen. Unser Monitoring ist ein historisch

gewachsener Prozess. Er ist historisch ausgerichtet und versucht die Werte, die gestern noch galten zu benutzen, um das was heute passiert zu bewerten. Wir haben immer wieder Probleme damit, dass es andere Entwicklungen gibt, nicht-politische, nicht-demokratische, die sich schneller entwickeln als die Gesellschaften, die sich demokratisch organisieren.

Der Markt, der sich in einer rasanten Eile globalisiert, hat dazu geführt, dass ausgetauscht wird, dass Menschen sich mischen und dass die Werte auf dieser Welt durcheinander gekommen sind. Zu den Werten, die überall gelten, gehören der Euro, der Dollar, die Barrels voll Öl und Getreidesäcke - Werte, auf die man sich schnell einigt. Da gibt es keine langen Diskussionen, alles geht sehr schnell, es geschieht an den Börsen. Diese Prozesse laufen schneller ab als so mancher demokratisch gefasster Beschluss und das formt unser tägliches Leben. Wir sitzen hier und diskutieren über demokratische Regeln, die wir für unsere Völker schaffen und wir sehen doch gleichzeitig, dass unsere Gesellschaften umgeformt werden durch die Transaktionen, welche in der Wirtschaft erheblich schneller ablaufen.

Europa erfreute sich in den letzten 500 Jahren eines enormen Wachstums. Wenn man das menschheitsgeschichtlich betrachtet, ist das einmalig. Es ging los, als Kolonien erobert wurden, als andere Länder ausgebeutet wurden, Ressourcen aus anderen Ländern nach Europa gebracht wurden. Da wurde Europa stark und wuchs zusehends. Kulturen entwickelten sich, neue Technologien wurden importiert und wir haben schnell sehr viel gelernt und sehr viel geraubt. Und das ging weiter und es ist immer noch so: Wir haben zwar keine Kolonien mehr, aber die reichen Länder haben ihren Vorsprung trotzdem in einschlägiger Weise verteidigt. Wir leben immer noch davon, dass es in der Welt Regionen gibt, die wir ausbeuten. Es sind unsere Unternehmen - und damit meine ich die reichen Länder -, die Diamanten in Afrika schürfen. Es sind unsere Unternehmen, die das Erdöl aufkaufen, monopolisieren, an den Börsen spekulieren und die dafür sorgen, dass bei uns die Kasse stimmt.

So kommt es, dass wir dann vor jenen Problemen stehen, die wir heute diskutiert haben: die Probleme der Migration. Welcher Mensch verlässt schon gern seine Heimat? Welcher Mensch geht schon gern in ein anderes Land, wo er die Sprache nicht kennt? Wir, die Staaten des reichen Europas, sind diejenigen, die diese Not verursachen und das schon seit vielen Hundert Jahren.

Diese Verantwortung ist bisher nicht Gegenstand unseres Monitoring. Wir machen ein Monitoring über die Folgen, aber nicht über die Ursachen. Wenn wir eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung auf dieser Erde wollen, wenn wir nicht ein neues Mittelalter wollen, wo Oligarchen sich mit privaten Militärfirmen ihren Reichtum sichern, dann dürfen wir Demokratie nicht nur national verstehen. Was Andreas Gross sagte, ist völlig richtig - wir müssen transnationale Demokratien schaffen. Aber können wir das so einfach auf den Globus übertragen, was sich bisher in einigen Fällen höchstens national bewährt hat? Ich glaube, das ist angesichts der vorher beschriebenen Kräfte nicht so einfach möglich. Ich glaube, dass wir hierfür vielmehr Zeit brauchen und ich glaube, dass wir gesellschaftliche Schutzzonen sichern müssen. Menschen organisieren sich - das ist es, was wir wollen. Menschen helfen sich gegenseitig. Sie sorgen dafür, dass sie keine Angst haben müssen vor Krankheiten, vor Hunger, vor Not. Dafür wollen wir demokratisch die Grundlagen schaffen.

Die Skandinavier zeigen uns beispielhaft, wie man wirtschaftlich stark sein, aber trotzdem diesen Zusammenhalt organisieren kann. Was wir brauchen ist ein Best-Practice-Monitoring, welches in

die Zukunft gerichtet ist, welches versucht, gesellschaftliche Nachhaltigkeit zu erfassen. Dies ist mein Appell an ein zukünftiges Monitoring und ich wünsche mir, dass wir uns an die Arbeit machen.

Vielen Dank!

Dr. Wolfgang Wodarg vertritt seit 1998 in Straßburg den Deutschen Bundestag. Er ist Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialisten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates;
Sprecher der AG Europarat der SPD-Fraktion des Bundestages; Stellvertretender Leiter der deutschen Delegation, Vorsitzender des Unterausschusses für Gesundheit; Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung; Ordentliches Mitglied des Politischen Ausschusses, des Unterausschusses für Wissenschaft und Ethik und des Unterausschusses für Medien; Stellv. Mitglied des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie und des UA für die Sozial-Charta u. Beschäftigung.
Er arbeitet zur Zeit an Berichten zur Rolle der Medien in der Demokratie, zur Gendiagnostik, zur Palliativmedizin und zur Gefährdung der Demokratie durch Private Militärfirmen. Auch in Straßburg sind die Rechte der Minderheiten sein Arbeitsfeld.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 18.07.2008, 12:47 Uhr - 2684 Clicks - Nr. 715*

SPD-Engelsby: Circus Busch-Roland spendet Freikarten!

Anlässlich des Gastspiels auf der Exe vom 22. bis 27. Juli hat der Circus Busch Roland der Stadt Flensburg eine Vielzahl von Freikarten für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt.

Mit dabei sind auch Freikarten für die Premiere am Dienstag.
Der Fachbereich Jugend, Soziales, Gesundheit wird die Freikarten sozialen Einrichtungen und karitativen Verbänden zur Verfügung stellen.

Sozialschwache Familien und Einzelpersonen können sich auch direkt an den Fachbereich Jugend, Soziales, Gesundheit im Rathaus wenden.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 19.07.2008, 17:16 Uhr - 2444 Clicks - Nr. 716*

Bürgerversammlung im Amt Kropp-Stapelholm

Bürgerversammlung
Ihr Bundestagsabgeordneter Dr. Wolfgang Wodarg, (SPD) steht Rede und Antwort.
Hauptthema: Ölpreis runter!
Am 22. Juli, 19.30 Uhr

im "Rathaus Kropp, Sitzungssaal 1" Am Markt 10, 24848 Kropp
Sehr geehrte Einwohner der Gemeinden des Amtes Kropp-Stapelholm!

Die Alltagssorgen der Menschen werden derzeit stark von den steigenden Energiepreisen bestimmt. Ganz schnell können die tägliche Autofahrt zur Arbeit, ein geheiztes Haus oder sogar eine warme Dusche zu purem Luxus werden. Gibt es Auswege aus dieser Preisspirale?

Über die Aktivitäten des Deutschen Parlamentes wird in den Medien vorwiegend das berichtet, was Schlagzeilen macht. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit ein unvollständiges und zuweilen verzerrtes Bild von der Arbeit ihrer Volksvertreter in Berlin.

Zu diesen aber auch zu anderen - von Ihnen gewünschten - Themen möchte ich gerne mit Ihnen diskutieren und Ihnen Rede und Antwort stehen.

Als Ihr Vertreter im Deutschen Bundestag würde ich mich freuen, Sie bei dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen.
Mit freundlichen Grüssen

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 20.07.2008, 16:49 Uhr - 8535 Clicks - Nr. 717*

Jusos entsetzt über die Entscheidung der Segeberger Stadtvertreter

Die Entscheidung der Stadtvertretung in Bad Segeberg, weiterhin die Großveranstaltungen im autonomen Jugendzentrum Hotel am Kalkberg zu untersagen, stößt bei den Jusos im Kreis Segeberg auf großes Unverständnis. „Der HaK-Vorstand hat immer wieder deutlich gemacht, dass das Jugendzentrum ohne Großveranstaltungen nicht leben kann“, stellt Kreisvorstandssprecher Alexander Wagner fest.
Nach dem Treffen vom 07.07. waren alle noch frohen Mutes, dass es jetzt endlich weitergehen kann. Dass der Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales, Jugend und Senioren einfach außer Acht gelassen wurde, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich seit Jahren für das HaK stark machen und ihre Hoffnung in die Ergebnisse der vorangegangenen Gespräche gelegt haben. „Das macht wieder mal deutlich, dass Politik zwar das eine sagt, aber das andere macht“, so Wagner weiter.
Die ersten Anzeichen darüber, was vor allem die CDU-Stadtvertreter mit dem HaK vorhaben, gipfeln nun in der Beschlussfassung der Stadtvertretung über die Einrichtung eines Beirates – man will den Jugendlichen die Autonomie nehmen. Dass der Beirat, nachdem er ins Leben gerufen sein wird, nach Aussage von Dr. Alexandra Emken erst einmal „Ordnung in die Sache“ bringen soll, ist eine Farce. Hier wird unter dem Deckmantel jugendfreundlicher Politik die optimale Form offener Jugendarbeit öffentlich demontiert.
Für die Jusos ist klar:
• Ein Beirat ist ein Beirat und kein Kontrollgremium!
• Das HaK und seine Kultur lebt durch seine Veranstaltungen: Veranstaltungsverbot sofort aufheben!
• Das HaK ist eine etablierte Marke weit über die Kreisgrenzen hinaus, eine Standortverlegung wäre sein Todesstoß!

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 20.07.2008, 17:35 Uhr - 3143 Clicks - Nr. 718*

Hochhaus-Abriss am Schottweg: Eine Chance für die Aufwertung des Wohnquartiers!

Die SPD-Ratsfraktion spricht sich nochmals ausdrücklich für den Abriss des Hochhauses am Schottweg und die Ansiedlung des Lidlmarktes an dieser Stelle aus.
In der noch immer währenden Diskussion um die Ansiedlung des Lidlmarktes auf dem Gelände des noch stehenden Hochhauses am Schottweg bleibt die SPD-Ratsfraktion bei ihrem Votum für den Lidlmarkt an dieser Stelle.
Es liegen sehr viele Chancen in dieser Lösung, die zum einen den Abriss des seit langer Zeit leer stehenden Hochhauses beinhaltet und zum anderen durch den Neubau eines Lidl-Marktes ein Nahversorgungszentrum in Verbindung mit dem Famila-Markt entstehen lässt.
Freilich wäre die Ansiedlung des Lidl-Marktes direkt auf dem Famila-Gelände eine noch bessere Lösung gewesen. Da hier aber kein Einvernehmen zwischen den Beteiligten erzielt werden konnte, wurde auf der Suche nach einer Alternative diese ebenfalls sehr gute Lösung gefunden. Lidl selbst wünscht diese Verlagerung von der Merkurstrasse in den Wasserlooser Weg und würde dabei sogar den Abriss des Hochhauses finanzieren. Und auch die Norddeutsche Baugenossenschaft „Neue Lübecker“ sieht in der dortigen Ansiedlung eine Aufwertung des Wohnquartiers. Viele Anwohner begrüßen diese Planungen, denn schließlich würden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Die Hauptbedenken der Gegner dieser Lösung über einen möglichen Verkehrskollaps aufgrund der dann zu erwartenden Einkaufsströme dürften durch die bereits vorliegenden Verkehrsgutachten ausgeräumt sein. Dieses besagt eine Mehrbelastung des Verkehres von ca. 20 Fahrzeugen pro Stunde. Eine Belastung, die ein solches Projekt nicht unmöglich machen lässt, denn schließlich würde diese Mehrbelastung auch dann entstehen, wenn der Lidlmarkt auf das Famila-Gelände selbst verlagert. Und durch die Einsparung erheblicher öffentlicher Mittel beim Abriss des Hochhauses könnten viele andere Maßnahmen, die aufgrund der finanziellen Situation der Stadt noch nicht realisiert werden konnten, endlich umgesetzt werden.

Wir verstehen, dass viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind und Bedenken ob des Erfolges dieses Projektes haben. Wir sind auch nach wie vor bereit, über das Projekt aufzuklären und zu bestehenden Fragen Antworten zu geben.
Wir verstehen allerdings nicht, wenn durch die Ablehnung des Projektes die hier auf der Hand liegenden Chancen für eine Aufwertung des Wohnquartiers und der Schaffung eines Nahversorgungszentrums vertan würden.

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 20.07.2008, 20:34 Uhr - 2513 Clicks - Nr. 719*

Bürgersprechstunde in Kropp

Dr. Wolfgang Wodarg (MdB) lädt zu seiner Bürgersprechstunde in Kropp am 22. Juli 2008 in der Zeit von 17:00 bis 18:30 Uhr in das Hotel Wikingerhof recht herzlich ein. Eine Anmeldung ist erforderlich.
Wenn Sie glauben, dass Dr. Wodarg Ihnen helfen könnte, wenn Sie Unterstützung bei einer interessanten Idee brauchen oder wenn Sie einfach mal mit ihm über Politik diskutieren wollen, dann besuchen Sie Dr. Wodarg in seiner Bürgersprechstunde am Dienstag, dem 22.07.2008, von 17.00 - 18.30 Uhr im "Wikingerhof" in Kropp. Anmeldung erforderlich!

Bürgersprechstunde in Kropp

Ort: "Wikingerhof": Tetenhusener Chaussee 1; 24848 Kropp Anmeldung unter Telefon 0461/9 78 88 20 in den Bürozeiten von 09:30-13 Uhr

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 20.07.2008, 21:56 Uhr - 7110 Clicks - Nr. 720*

Europaparlament: Flensburger SPD schlägt Willi Piecyk vor

Willi Piecyck soll Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein bei der Europawahl im nächsten Jahr werden. Dafür plädierten die Flensburger Sozialdemokraten. einstimmig auf ihrer Mitgliederversammlung im Treffpunkt Mürwik. „Willi Piecyck hat sich unter anderem als Experte für Meerespolitik einen guten Namen gemacht. Auch deshalb ist er eine gute Wahl für Flensburg und das ganze Bundesland“, begründete der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost den Vorschlag.
Die Flensburger SPD bereitet sich schon jetzt auf die Wahlen zum Europäischen Parlament vor, die am 7. Juni 2009 stattfinden werden: „Wir bekennen uns zu einem demokratischen, sozialen, leistungsfähigen und ökonomisch starke Europa. Nur wer Europa gestaltet, wird den deutschen Sozialstaat erhalten und ausbauen können. Daher wollen wir Europa zu einem Raum der sozialen Gerechtigkeit machen.“

Piecyck trat 1972 der SPD bei, ist Mitglied der Europa-Union, der Arbeiterwohlfahrt und der Gustav-Heinemann-Initiative. Der 59jährige hat zwei erwachsene Kinder und ist seit 1992 für Schleswig-Holstein Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er arbeitet dort unter anderem als verkehrspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 21.07.2008, 08:25 Uhr - 2937 Clicks - Nr. 721*

Flensburgs oberster Stadtplaner mit frischen Ideen.

Sympathisch, kompetent und visionär präsentierte sich Frank Rolfes am 15. Juli den Mitgliedern der SPD Ortsvereine Stadtmitte und West.
Am 1. April 2008 hatte Frank Rolfes die Leitung des Fachbereichs Umwelt und Planen der Stadt

Flensburg übernommen. Vorher war er bereits seit 1991 als Leiter des Amtes für Stadtsanierung, zuletzt als Geschäftsführer der Gesellschaft für Stadterneuerung tätig.
Rund 100 Tage nach der Amtsübernahme präsentierte er sich im Rahmen eines Kaminabends der SPD-Ortsvereine West und Stadtmitte der Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeitsarbeit bei Bauvorhaben muss verbessert werden, weil wir nicht mehr alle Betroffenen erreichen, ein Schritt dorthin soll ein regelmäßig stattfindender Planungstreff sein, so Frank Rolfes, der hier mit dem Thema „Demografischer Wandel und die Auswirkungen auf Flensburg“ beginnen möchte. Die rückblickend erreichten Ergebnisse, auch mit den besonderen Flensburger Formen der Öffentlichkeitsarbeit, wie Sanierungsbeirat- und Treff, möchte Frank Rolfes aber nicht klein reden. Gut klappe auch die Zusammenarbeit mit den Betroffenen bei aktuellen Projekten wie der Umgestaltung der Fußgängerzone und der Angelburger Str.
Diese Zusammenarbeit konnte auch der anwesende Kaufmann Frank Hamann aus der Angelburger Str. bestätigen, der besonders den „kurzen Dienstweg“ bei auftretenden Problemen lobte.
Auch einen privaten Einblick in sein Leben und den beruflichen Werdegang gewährte Herr Rolfes, der einige Jahre in Südafrika aufgewachsen ist und in Berlin studiert hatte.
„Eine brisante Zeit zum Studienbeginn, es waren die heißen Jahre des Terrorismus (1977) und ich lebte in einer Wohngemeinschaft direkt an der Sektorengrenze, da stellte sich ein plötzlich gewachsener Busch schon mal als verkleideter Grenzschützer raus“.

Nach rund zwei Stunden, in einer offenen Gesprächsrunde, die von SPD-Ratsherr Stephan Menschel moderiert wurde, stellte Frank Rolfes in der abschließenden Runde auch seine Schlagfertigkeit unter Beweis.
Im Stil der ZDF-Sendung „Was nun?“ vollendete Herr Rolfes angefangene Sätze und verriet, dass er bei Olympia im 100 Meter Lauf starten würde und der schönste Platz der Welt – natürlich- Flensburg ist. Und auf die Frage, welches sein erstes Erlebnis mit der Flensburger SPD war, kam die augenzwinkernde Antwort: „39 Fragen zu den Sanierungsvorhaben 1992, auf meiner ersten Sitzung beim damaligen Bauausschuss. „

Ein rundum gelungener Kaminabend, bei dem im Oktober 2008 als nächstes die neue Geschäftsführerin der Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung Alexandra Knaak erwartet wird.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 21.07.2008, 09:03 Uhr - 8248 Clicks - Nr. 722*

SPD schaltet Innenminister ein

SPD schaltet Innenminister ein –Bürgschaftsübernahme für die Kliniken rechtswidrig ?

Der Beschluss des Kreistages zur Bürgschaftsübernahme, mit dem die Aufnahme eines Kredites der Regio-Kliniken in Höhe von 102,0 Mio. abgesichert werden soll, ist nach Meinung der SPD rechtswidrig. In einer Beschwerde an den Innenminister Lothar Hay bittet der Fraktionsvorsitzende Hannes Birke um Überprüfung durch die Kommunalaufsicht des Landes.

Birke begründet seine Beschwerde mit dem Hinweis, auf den noch nicht genehmigten Haushalt 2008. Nach seiner Rechtsauffassung dürfen bei einem nicht genehmigten Haushalt keine neuen Rechtsgeschäfte angegangen

werden. Für ihn handelt es sich bei der Bürgschaftsübernahme um ein neues Rechtsgeschäft. Weiter weist Birke in seiner Beschwerde an den Innenminister darauf hin, dass Landrat Dr. Grimme angekündigt hat, die Bürgschaftserklärung zügig zu unterschreiben. Sollte seine Rechtsauffassung bestand haben, bitte er den Innenminister dem Landrat die Unterschrift zu untersagen.

„Die Einschaltung des Innenministers“ –so Birke – „hätte vermieden werden können, wenn der Landrat sachlich und zeitgerecht die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen für eine einvernehmliche Lösung gesucht hätte“. Zwar hält Birke grundsätzlich nichts davon, die „nächst höhere Instanz“ einzuschalten, aber die selbstherrliche und rechthaberische Amtsführung des Landrates machen den Schritt für ihn notwendig und erforderlich.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 21.07.2008, 11:04 Uhr - 6424 Clicks - Nr. 723*

POLITIK ANSCHAULICH

NÄCHSTER POLITISCHER FILMABEND mit Wolfgang Wodarg im Flensburger Kinoplex findet heute um 19:30 Uhr statt. Der Dokumentarfilm "Essen global" (engl.: "We feed the World") wird gezeigt. Anschliessend wird die im Film angesprochene Problematik - der Irrsinn globaler Landwirtschaft: Futtermittel, Agrarsubventionen, Gentechnologie, Überfischung und "Biosprit statt Brot" - mit dem Bundestagsabgeordneten diskutiert.

ESSEN GLOBAL ist ein Film über Ernährung und Globalisierung, Fischer und Bauern, Fernfahrer und Konzernlenker, Warenströme und Geldflüsse - ein Film über den Mangel im Überfluss. Er gibt in eindrucksvollen Bildern Einblick in die Produktion unserer Lebensmittel sowie erste Antworten auf die Frage, was der Hunger auf der Welt mit uns zu tun hat.

Tag für Tag wird in Wien gleich viel Brot entsorgt, wie Graz verbraucht. Auf rund 350.000 Hektar, vor allem in Lateinamerika, werden Sojabohnen für die österreichische Viehwirtschaft angebaut, daneben hungert ein Viertel der einheimischen Bevölkerung. Jede Europäerin und jeder Europäer essen jährlich zehn Kilogramm künstlich bewässertes Treibhausgemüse aus Südspanien, wo deswegen die Wasserreserven knapp werden.

Mit ESSEN GLOBAL hat sich Erwin Wagenhofer auf die Spur unserer Lebensmittel gemacht. Sie hat ihn nach Frankreich, Spanien, Rumänien, in die Schweiz, nach Brasilien und zurück nach Österreich geführt.

Roter Faden ist ein Interview mit Jean Ziegler, ehem. UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung.

Zu Wort kommen neben Fischern, Bauern, Agronomen, Biologen und Jean Ziegler auch der Produktionsdirektor des weltgrößten Saatgutherstellers Pioneer sowie der Konzernchef von Nestlé International, dem größten Nahrungsmittelkonzern der Welt.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 22.07.2008, 11:36 Uhr - 7023 Clicks - Nr. 724*

Hilfe für Pendler

Kraftstoff- und Lebensmittelpreise steigen und belasten gerade Menschen mit geringerem Einkommen in nicht hinnehmbarer Weise. Auch für viele Schleswig-Holsteiner ist dies eine besondere Härte. Gleichzeitig werden Betriebsstätten zusammengelegt und Arbeitnehmer müssen weite Wege zurücklegen, um ihren Job nicht zu verlieren. "Wer einen langen Arbeitsweg hat, muss wieder stärker entlastet werden," fordert Wolfgang Wodarg. Allerdings sollte das sozial und ökologisch ausgewogener geschehen.

HILFE FÜR PENDLER STATT SUBVENTION VON SPRITFRESSENDEN DIENSTWAGEN

Der Flensburg-Schleswiger Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg setzt sich für die baldige Einführung einer sozial gerechten Hilfe für Pendler ein:

Kraftstoff- und Lebensmittelpreise steigen und belasten gerade Menschen mit geringerem Einkommen in nicht hinnehmbarer Weise. Auch für viele Schleswig-Holsteiner ist dies eine besondere Härte. Gleichzeitig werden Betriebsstätten zusammengelegt und Arbeitnehmer müssen weite Wege zurücklegen, um ihren Job nicht zu verlieren. "Wer einen langen Arbeitsweg hat, muss wieder stärker entlastet werden," fordert deswegen der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg. Allerdings sollte das sozial ausgewogener geschehen, als bei der alten Regelung und sowohl finanziell als auch umweltpolitisch kompensiert werden.

Seit Anfang 2007 können die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz nur noch ab dem 21. Kilometer steuerlich abgesetzt werden. Früher hingegen wurde der gesamte Weg angerechnet. Mit Rückkehr zur alten Regelung würden die vom Fiskus veranschlagten Einspareffekte in Höhe von 2,5 Milliarden Euro jährlich wieder wegfallen. "Trotz aller Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung spart der Staat hier an der falschen Stelle", meint Wodarg.

Es nützt den Betroffenen wenig, wenn für eine Pendlerhilfe das Geld woanders abkassiert wird, wo es auch gerade Geringverdiener trifft. Die populistischen Pläne der CSU bieten überhaupt keine Gegenfinanzierung. Außerdem nutzt die Pendlerpauschale in der alten Form den Besserverdienenden mehr, als den Geringverdienern - da diese ohnehin nur wenig Steuern zahlen und deshalb auch nicht viel absetzen können. "Arbeitnehmer, die wenig verdienen und dafür auch noch weit fahren müssen, brauchen deshalb andere Formen der Hilfe, die wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und zum Beispiel bei der Diskussion um Mindestlöhne auf den Tisch bringen müssen", fordert Wolfgang Wodarg.

Bei einer Wiedereinführung einer Hilfe für Pendler sollte beachtet werden, dass die Hilfe für

Pendler für alle Verkehrsmittel gleichermaßen gilt. Auch die Menschen, die öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad nutzen, müssen die gleiche Entlastung erhalten. Wenn die Pendlerhilfe nur für Autofahrer gelten würde, böte sie Anreiz, mehr auf das Auto zu setzen und damit mehr C02 auszustoßen und unser Klima noch stärker zu belasten. Alle Pendler - egal welcher Einkommensgruppe sie angehören - sollten für die gleiche Entfernung, gleichermaßen entlastet werden. Dafür brauchen wir einen Systemwechsel bei der Hilfe für Pendler. Die Gegenfinanzierung könnte durch eine Kürzung der Subventionierung von Dienstwagen gesichert werden.

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten der SPD-Fraktion setzt sich Wodarg deshalb auf Bundesebene dafür ein, die Hilfe für Pendler auf eine neue Grundlage zu stellen und gleichzeitig das Steuerprivileg für Dienstwagen herabzusetzen.

Eine ausgewogene Neuauflage würde viele Pendler auch bei uns finanziell entlasten und die Umwelt entlasten. Über eine Hilfe für betroffene Pendler hinaus, müssen wir dringend eine Elektrifizierung des Straßenverkehrs durch den verstärkten Bau von Elektroautos vorantreiben. Dies ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch eine Chance für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland.

Steuerprivilegierung von Dienstwagen:

Firmen und Selbständige können auch die Spritkosten für Dienstwagen als Betriebsausgaben absetzen. Das kostet den Staat mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Dabei desto mehr Geld abgesetzt werden, je mehr Sprit der Wagen verbraucht. Dies ist sozial ungerecht und umweltpolitischer Blödsinn. So schafft man Anreize, möglichst Sprit fressende Dienstwagen einzusetzen und "bestraft" diejenigen, die umweltfreundlichere sparsame Fahrzeuge einsetzen. Die Zahl der Geländewagen als Dienstkraftfahrzeuge von Freiberuflern und Selbstständigen ist in unseren Großstädten dadurch stetig angestiegen. Außer Förstern und einigen ganz wenigen Ausnahmen braucht wohl niemand für seine Arbeit einen Geländewagen.

Dieser Unsinn wird bisher von den Steuerzahlern finanziert. Damit muss jetzt Schluss sein! Jeder soll weiter das Auto fahren was er mag, aber er darf es nicht vom Staat subventionieren lassen. Die Steuervorteile sollten entlang der CO2-Vorgaben der EU gekappt werden. Wer einen Dienstwagen fährt, der überdurchschnittlich viel schluckt, sollte den Mehrverbrauch über den geplanten EU Grenzwerten für CO2 selbst finanzieren. Der Staat könne dadurch pro Jahr 2,5 bis 4,5 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen, je nach Höhe der Obergrenze. Aus Sicht der SPD sollte in Zukunft nicht die Größe eines Autos Grundlage für die Steuererhebung bei der Kfz-Steuer sein, sondern die konkrete Umweltbelastung. Daher wird die Kfz-Steuer nach Realisierung des Steuertauschs mit den Ländern so novelliert, dass für alle Neuwagen der CO2-Verbrauch maßgeblich für die Steuerhöhe ist. Die Reform sollte aufkommensneutral erfolgen.

Keine Kommentare

Stormarner Kulturforum - *veröffentlicht am 22.07.2008, 15:06 Uhr - 2650 Clicks - Nr. 725*

Björn Engholm kommt am 3. September nach Bad Oldesloe

Björn Engholm kommt am 3. September nach Bad Oldesloe für Lesung & Konzert des Bad Oldesloer Kulturforums !

Anfang September wartet das Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie (als Bereich der

SPD Bad Oldesloe) mit dem Höhepunkt der diesjährigen Veranstaltungen auf: die bekannte Oldesloer Sopranistin Martina Doehring tritt zusammen mit dem Ensemble „floreat“ mit Karl Martin Wagner beim "Italienischen Abend" in der Peter-Paul-Kirche auf.

Kulturforums-Gründer und stellv. SPD-Ortsvereinsvorsitzender Christian P. Schlichte: "Damit ist das Kulturforum noch vor der offiziellen Einweihung des neuen Altarraumes Gast in der Kirche!"

Den literarischen Teil der Veranstaltung bestreitet der ehemaligen Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, SPD-Bundesvorsitzender a. D. und Bundesminister für Bildung und Wissenschaft a. D., Björn Engholm.

Das Konzert plus Lesung findet am 3. September statt und wird 11,- Euro Eintritt kosten (9,- Euro / Schüler ermäßigt 6,- Euro im VVK) kosten - der Vorverkauf in der Buchhandlung Willfang startet am 4. August.

Mehr Infos siehe auch hier: bad-oldesloer-kulturforum/

(c) Bad Oldesloer Kulturforum, 21. Juni 2008

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 24.07.2008, 12:54 Uhr - 3043 Clicks - Nr. 726*

Ölpreis runter!

Bürgerversammlung mit MdB Dr. Wolfgang Wodarg für das Amt Kropp-Stapelholm

Am 22. Juli, 19.30 Uhr im Rathaus Kropp stand unser MdB Dr. Wolfgang Wodarg Rede und Antwort zu diesem Thema.
Die Alltagssorgen der Menschen werden derzeit stark von den steigenden Energiepreisen bestimmt. Ganz schnell können die tägliche Autofahrt zur Arbeit, ein geheiztes Haus oder sogar eine warme Dusche zu purem Luxus werden. Gibt es Auswege aus dieser Preisspirale?
Über die Aktivitäten des Deutschen Parlamentes wird in den Medien vorwiegend das berichtet, was Schlagzeilen macht. Dadurch entsteht in der Öffentlichkeit ein unvollständiges und zuweilen verzerrtes Bild von der Arbeit ihrer Volksvertreter in Berlin.

Im Rahmen einer gelungenen Präsentation beleuchtete Wolfgang Wodarg die globalen Zusammenhänge im großen Spekulationssumpf der Multis. Aus der Sichtweise der Politik gab er uns Einblicke in die Penderpauschale. Als Instrument der Entlastung ist die Pendlerpauschale für immer weniger Menschen mit geringem Einkommen geeignet, ja eher existenzbedrohend anzusehen, denn es ist keine Rückerstattung durch den Fiskus zu erwarten, weil ja eh schon geringe Steuern gezahlt werden.

An Stelle der Pendlerpauschale sollte vielmehr eine Pendlerhilfe stehen, ähnlich wie beim

Kindergeld erreicht man damit die gesamte Bevölkerung und nicht nur einzelne Gruppierungen. Dazu hat Wolfgang auf seiner Homepage etwas veröffentlicht und kann hier (Pendlerhilfe) abgerufen werden.

Wolfgang verfolgt auch pragmatische Ansätze, wie man Energie sparen kann, ja wie es möglich gemacht werden kann aus der Abhängigkeit von Großkonzernen zu entfliehen.

Energie für Fahrzeuge aus der Steckdose kann bei den steigenden Energiepreisen durchaus eine Alternative sein. Im FAZ.Net ist dazu ein Artikel erschienen, dieser kann hier (FAZ.net) eingesehen werden.

Bei der anschließenden Diskussion wurde lebhaft über die anzuwendenden Mittel der Politik gerungen, wie man nun weiter vorgehen sollte. Wolfgang Wodarg ging dabei nochmal klar auf die große Koalition und die daraus resultierenden Interessenkonflikte ein.

Nach Abschluss der Bürgerversammlung war man sich einig, dass Wolfgang diese Informationsreihe fortsetzen soll um dadurch möglichst vielen Bürgern die Augen zu öffnen.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 24.07.2008, 15:09 Uhr - 11179 Clicks - Nr. 727*

SPD-Kommunalpolitiker fordern Carstensen zum Handeln auf

SGK-Landesvorsitzender Breitner: "CDU-Landesvorsitzender soll Segeberger CDU Stil und Anstand beibringen."
Der SGK-Landesvorsitzende, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner fordert den schleswig-holsteinischen CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, auf, sich persönlich in die Diskussion um die Amtseinführung der neu gewählten Landrätin des Kreises Segeberg, Jutta Hartwieg, einzuschalten:
Die von der CDU dominierte Mehrheit im Segeberger Kreistag lässt keine Gelegenheit aus, um die neu gewählte Landrätin zu demontieren. So wurde die Amtseinführung um einen Monat verschoben, ein sinnvollerweise für die Landrätin vorgehaltene Aufsichtsratsfunktion in der Sparkasse mit einer ehrenamtlichen Kommunalpolitikerin der CDU und im Rahmen der Verabschiedung ihres Amtsvorgängers der Schlüssel der Kreisverwaltung an einen stellvertretenden Landrat (ebenfalls CDU) übergeben.
„Das Verhalten der Segeberger CDU ist wohl einmalig in Schleswig-Holstein. Statt konstruktiv zum Wohle des Kreises mit der neuen Landrätin zusammen zu arbeiten, wird jede Gelegenheit genutzt, um sie in ihrer Arbeit zu hindern. Die Wählerinnen und Wähler des Kreises Segeberg haben sich aus guten Gründen mehrheitlich für Jutta Hartwieg entschieden. Das hat die CDU endlich zu akzeptieren. Der CDU-Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen sollte nicht länger untätig bleiben. Es ist jetzt seine Aufgabe, seinen Segeberger Parteifreunden demokratischen Stil und Anstand beizubringen. Ich hoffe, er ist im Sinne der demokratischen Kultur in unserem Lande dazu in der Lage“, erklärte SGK-Landesvorsitzender Andreas Breitner.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 24.07.2008, 18:30 Uhr - 6324 Clicks - Nr. 728*

Sitzverteilung nach Kommunalwahl:

Innenministerium verzichtet auf Rechtsmittel

Erscheinungsdatum:
24.07.2008

Das Innenministerium wird nicht gegen Beschlüsse einzelner Vertretungen zur Gültigkeit der Kommunalwahl vom 25. Mai 2008 klagen, sofern darin eine höhere Mandatszahl festgelegt wurde, als sie nach der Rechtsauffassung des Innenministeriums möglich ist. Dies teilte Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz am Donnerstag (24. Juli) in Kiel mit.
Er begründete diese Entscheidung mit der Absicht der Landtagsfraktionen, die gleich lautenden Vorschriften des Landeswahlgesetzes und des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes zur Berechnung der Zahl der zu vergebenden Mandate neu zu fassen, um künftig für mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu sorgen.

„Vor diesem Hintergrund macht ein Rechtsstreit keinen Sinn“, sagte der Staatssekretär. Ein vermutlich länger dauernder rechtlicher Schwebezustand sei für die Arbeit der Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen nicht dienlich. Das Innenministerium halte jedoch gerade angesichts der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts in Schleswig an seiner Rechtsauffassung fest. „Wir sind aber nicht rechthaberisch“, sagte Lorenz. Die reibungslose Arbeit der Kommunalvertretungen habe Vorrang, unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Verteilung von Mehrsitzen nehme man dabei für diese Legislaturperiode in Kauf.

Der Streit über die Sitzverteilung war nach der Kommunalwahl aufgetreten. Es gab unterschiedliche Auffassungen über die Anwendung eines speziellen Paragraphen im Gemeinde- und Kreiswahlgesetz, der Regelungen zum Verhältnisausgleich enthält, falls Mehrsitze, so genannte Überhangmandate entstanden sind. Hierbei ging es um die Frage, ob die Überhangmandate in die Verteilung „weiterer Sitze“ einzubeziehen sind, oder ob der Begriff der „weiteren Sitze“ nur die Ausgleichsmandate umfasst, die an andere Parteien und Wählergruppen vergeben werden.

Der Paragraph lautet:

„Ist die Anzahl der in den Wahlkreisen für eine politische Partei oder Wählergruppe gewählten Bewerberinnen und Bewerber größer als ihr verhältnismäßiger Sitzanteil, so verbleiben ihr die darüber hinausgehenden Sitze (Mehrsitze). In diesem Fall sind auf die … noch nicht berücksichtigten nächstfolgenden Höchstzahlen so lange weitere Sitze zu verteilen und … zu besetzen, bis der letzte Mehrsitz durch den verhältnismäßigen Sitzanteil gedeckt ist. Die Anzahl der weiteren Sitze darf dabei jedoch das Doppelte der Anzahl der Mehrsitze nicht übersteigen.“

Verantwortlich für diesen Pressetext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 25.07.2008, 12:26 Uhr - 7874 Clicks - Nr. 729*

Klimaschutz ist gut für Arbeitsplätze!

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat vier Forschungsinstitute beauftragt, die ökonomischen Folgen des Klimaschutzes zu untersuchen. In einem ersten Zwischenbericht sind die Forscher zu dem Ergebnis gekommen, dass der Klimaschutz weit mehr Jobs schaffen kann, als anderswo verlorengehen.

Sie gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2020 die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung 500.000 zusätzliche Jobs bringen könnte. Damit ist der Klima- und Umweltschutz der Wachstumsmotor Deutschlands.

Grundlage für diese Studie ist das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent zu senken.

Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und durch die Sanierung von Häusern, wird sich Deutschland in Zukunft weniger abhängig machen von Rohstoff-Importen.

Die Forscher gehen des Weiteren davon aus, dass zusätzlich 30-40 Milliarden Euro pro Jahr investiert werden. Davon würden besonders das Handwerk, die Dämmstoffindustrie, der Maschinenbau und die Solarbranche profitieren. Da aufgrund dieser Investitionen die Energiekosten nach Schätzungen um rund 20 Milliarden Euro jährlich sinken dürften, entsteht weiteres Wachstum und dadurch mehr Beschäftigung.

Nach einer weiteren neuen wissenschaftlichen Untersuchung im Auftrag des BMU und des Umweltbundesamtes (UBA), arbeiteten schon im Jahr 2006 laut Schätzung fast 1,8 Millionen Menschen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes, das entspricht 4,6 Prozent aller Erwerbstätigen. 2004 lag diese Quote noch bei 3,8 Prozent.

Die Entwicklung geht vor allem auf den starken Beschäftigungszuwachs bei den erneuerbaren Energien, den wachsenden Exporten deutscher Umwelttechnik und zusätzlichen Arbeitsplätzen bei den umweltorientierten Dienstleistungen zurück. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien finden inzwischen 250.000 Beschäftigte Arbeit.

Die Bedeutung des Umweltschutzes für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wird weiter zunehmen. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass sich der globale Markt für Umweltschutz weiter dynamisch entwickelt.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 26.07.2008, 16:12 Uhr - 7967 Clicks - Nr. 730*

Schleswiger Schüler zu Besuch bei ihrem Abgeordneten

Eine Klasse der Auszubildenden zum/r Heilerziehungspfleger/in des BBZ Schleswig waren zu Gast in Berlin. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg empfing die Klasse und ermöglichte ihnen einen umfassenden Blick hinter die Kulissen des politischen Geschehens.

Etwa zwanzig Auszubildende zum/r Heilerziehungspfleger/in des Berufsbildungszentrums Schleswig machten sich im Rahmen ihrer Klassenfahrt auf den Weg in den Reichstag. Sie wollten hautnah miterleben, was sie sonst nur aus ihren Schulbüchern und Medien kennen. Nach einer ausführlichen Führung durch den Reichstag, war ausreichend Zeit, um mit Dr. Wodarg Fragen zu diskutieren. Dabei interessierten sich die Schüler besonders für Themen, mit denen sie im Rahmen ihrer Ausbildung selbst konfrontiert sind.

So wurde unter anderem über die Reform der Pflegeversicherung und die aktuellen Entwicklungen auf dem Arzneimittelmarkt diskutiert. Die Auszubildenden berichteten aber auch viel von ihren eigenen Erfahrungen aus Heimen und Pflegeeinrichtungen. Schnell war man sich einig, dass die Kommerzialisierung des Gesundheitsmarktes besonders zu Lasten der Patienten und des Pflegepersonals geht.

Die Zeit verging im Fluge und es ergab sich eine Diskussion, bei der Schülerinnen und Schüler so manches über die anstrengende und interessante Arbeit ihres Abgeordneten erfuhren, und der Abgeordnete vieles über die Sorgen und Sichtweisen der Heilerziehungspfleger von Morgen lernen durfte.

Wer mit seiner Schulklasse nach Berlin reisen möchte, kann sich gerne im Wahlkreisbüro Flensburg oder im Berliner Büro melden.

Keine Kommentare

AG60plus - Dithmarschen - *veröffentlicht am 27.07.2008, 11:34 Uhr - 5202 Clicks - Nr. 731*

Arbeitsgemeinschaft 60plus- Dithmarschen beschäftigt sich mit dem Entwurf zur Än

Der Kreisvorstand der AG 60 plus in Dithmarschen hat sich auf seiner Vorstandssitzung am 22.07.08 in Heide mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein beschäftigt. Der Entwurf basiert auf einer Initiative des Fraktions-arbeitskreises „Arbeit und Soziales“ der SPD.
Die Gemeindeordnung soll so geändert werden, dass in Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern ein Seniorenbeirat einzurichten ist. In Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern soll das auf freiwilliger Basis ge-schehen können. Der Seniorenbeirat soll nach dem Entwurf besser gestellt werden. Er ist danach über alle wichtigen Angelegenheiten, die Belange der älteren Menschen sowie generationsübergreifende Themen betreffen, zu unterrichten. Die oder der Vorsitzende des Seniorenbeirates oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des Seniorenbeirats kann nach dessen

Beschlussfassung an den Sitzungen der Gemeindevertretung und deren Ausschüssen in Angelegenheiten, die von ihm vertretene gesellschaftlich bedeutsame Gruppe der älteren Bevölkerung betreffen, teilnehmen, das Wort verlangen und Anträge stellen.
Es wird vom Vorstand der AG 60plus Dithmarschen folgender Beschluss gefasst.

„Die Dithmarscher AG 60 plus begrüßt die Initiative des Fraktionsarbeitskreises „Arbeit/Soziales“ zur Änderung der Gemeindeordnung S-H. Ohne zwingende Vor-schrift, in der GO, werden entweder keine Seniorenbeiräte eingerichtet oder aber nur sehr zögerlich. Auch die Definition der Stellung des Seniorenbeirates in den gemeind-lichen Gremien ist sehr zu begrüßen. Ohne diese Änderung, in der GO, wird den Senioren/innen ein entscheidendes Mitspracherecht in den Gremien vorenthalten.
Die AG 60 plus KV Dithmarschen bittet den Arbeitskreis diese Änderung der GO in die SPD-Fraktion einzubringen.“

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 27.07.2008, 21:48 Uhr - 5768 Clicks - Nr. 732*

Willi Piecyk in der Fördestadt

„Europäische Meerespolitik – eine Chance für Flensburg“

Europäische Meerespolitik ist ein großes Angebot und eine Chance, gerade auch für die Hafenstadt und den Werftstandort Flensburg – eine Stadt, die gleichzeitig traditionsreicher Ausbildungsstandort für Seefahrtpersonal ist. Das wurde beim Besuch des Europaabgeordneten Willi Piecyk deutlich, der jetzt Gast bei den Sozialdemokraten der Fördestadt war. Piecyk ist unter anderem für das „Grünbuch Meerespolitik“ verantwortlich.
Das Europäische Parlament hat diesen Bericht zur integrierten Meerespolitik mit großer Mehrheit angenommen. Er konzentriert sich auf die Herausforderungen durch den Klimawandel, die Verschmutzung der Meere von Land aus, die Sozial- und Arbeitsbedingungen von Seeleuten und auf Schiffsemissionen.

„In Sachen Reduktion der Luftverschmutzung durch Schiffe muss Europa Vorreiter sein“, betonte Piecyk und schlug einen Mix an Maßnahmen vor: Einbeziehung der Schifffahrt in den Emissionshandel, bessere Treibstoffe und innovative Technologien auf Schiffen. Dazu gehören seiner Meinung nach auch der Einsatz von regenerativen Energien wie Wind und Sonne an Bord sowie die Versorgung von im Hafen liegenden Schiffen mit Strom von Land aus.

Nutznießer wären neben dem Klima ganz konkret der Schiffbau und die entsprechenden Zulieferer: „Innovative Techniken zur Reduzierung von Schadstoffemissionen sind ein absoluter Wachstumsmarkt. Wer hier rechtzeitig tätig ist, kann sich große Marktanteile sichern“, erklärte Piecyk.

Zur Sprache kam auch die unerträgliche Situation des historischen Salondampfers Alexandra. Der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost informierte Piecyk über die unbezahlbaren Anforderungen an

dieses Traditionsschiff, das aufgrund überzogener Sicherheitsanforderungen gehandicapt ist, dänische Häfen anzulaufen. Für Piecyk war dies nicht nachvollziehbar. Er verwies auch auf der Handelsschifffahrt im Küstenreich: „Es ist nach wie vor ein Anachronismus, dass die Küstenschifffahrt nicht in den Binnenmarkt integriert ist. Sie kann erheblich zur Entlastung der Straßen und Entschärfung von Engpässen beitragen und erzielt dabei einen wertvollen ökologischen und ökonomischen Nutzen.“

Maritime Politik muss sich auch der Beseitigung von Munitionsaltlasten der vergangenen Kriege stellen, meinte Piecyk auch mit Blick auf die Flensburger Förde. „Mehr Ehrgeiz, mehr Tempo und mehr Konkretes in der Meerespolitik“, fordert der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete. Durch seine geographische Lage, seine Häfen, seine maritime Wirtschaft und seine Meeresforschung habe das Bundesland ein existenzielles Interesse an europäischer Meerespolitik.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 28.07.2008, 08:51 Uhr - 9005 Clicks - Nr. 733*

"AWO bewegt ...!" - Aus einer Idee wurde eine Route

SOMMERTOUR: Zu Fuß durch Schleswig-Holstein, mit kleinstem Budget, die Solidarität des Gemeinwesens nutzend: Zwei AWO-Mitarbeiter wandern einmal (fast) um Schleswig-Holstein und besuchen AWO-Einrichtungen. 15. Etappenziel war AWO-Stadtverband Flensburg!

"AWO bewegt ...!", so der Titel der Aktion, will ehrenamtliches Engagement in den Vordergrund rücken.

Jessika Drescher, Sozialpädagogin und Geschäftsführerin beim AWO-Ortsverein Gettorf und Umgebung und Ulrich Winter, Ehrenamtler beim Gettorfer Ortsverein gehen zu Fuß rund um Schleswig-Holstein und informieren sich vor Ort, wie die anderen Orts-vereine der AWO mit den anstehenden Aufgaben umgehen. Jessika Drescher startete am 1. Juli 2008 in Kiel gemeinsam mit Ulrich Winter zu ihrem Marsch durch Schleswig-Holstein.

In Flensburg begrüßten Wilhelm Flohr, Wilfried Porath, Franz Trezinski vom Vorstand des Flensburger AWO-Stadtverbandes die Wanderer mit einem Frühstück, zu dem sich auch MdB Wolfgang Wodarg angesagt hatte.

"Wie tief ist die Ostsee an ihrer tiefsten Stelle?" mit diesen und ähnlich kniffeligen Fragen wurden die AWO-Wanderer Jessika Drescher und Ulrich Winter anschließend im AWO-Servicehaus Sandberg konfrontiert. Wilhelm Flohr, Stadtverbands-vorsitzender der AWO in Flensburg, zitierte diese Frage aus dem Gastgeschenk, das die Wanderer an den nächsten Ortsverein ihrer Tour weitergeben sollen: ein Buch voller Wissenswertem über Schleswig-Holstein.

Der AWO-Stadtverband führt momentan rund 300 Mitglieder in seinen Büchern, neben dem siebenköpfigen Vorstand engagieren sich noch bis zu 15 Mitglieder ehrenamtlich - auch wenn diese sich wahrscheinlich nicht als Ehrenamtler sehen würden. "Das sind all die, die mit anderen Spazieren gehen, bei Auf- und Abbauten helfen", erläuterte Michael Selck. Er leitet den Altenhilfebereich der AWO Flensburg nun schon seit neun Jahren und kennt die vielfältigen Verzahnungen von Ehren- und Hauptamt.

Kurz bevor die Wanderer weiter nach Kappeln zogen, löste Wilhelm Flohr die Quizfrage auf: "Im Landsorttief vor der schwedischen Ostküste ist die Ostsee 459 Meter tief". Mit neuem Wissen versorgt und den Grüßen der Flensburger im Gepäck schnürten die Beiden ihren Ranzen und zogen gen Kappeln.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 28.07.2008, 12:53 Uhr - 1460 Clicks - Nr. 734*

Rechtsklarheit ist keine Frage von Zeit, sondern von Entscheidung!

Der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt erklären zur Entscheidung des Innenministeriums, Beschlüsse einzelner Vertretungen zur Gültigkeit der Kommunalwahl hinzunehmen, sofern darin eine höher Mandatszahl festgelegt wurde, als sie nach der Rechtsauffassung des Innenministeriums möglich ist:
„Die Entscheidung des Innenministeriums ist enttäuschend,
und das Ministerium schafft damit keine Rechtssicherheit für die betroffenen Kommunen. Bedenklich ist auch die zögerliche Haltung gegenüber den Kommunen, die das Ministerium durch die Hinnahme möglicher rechtswidriger Beschlüsse zum Wahlausgang einnimmt. Das Innenministerium, das die Aufgabe der Kommunalaufsicht wahrnimmt, muss in der Rechtsanwendung und –durchsetzung Klarheit für die Städte und Gemeinden im Land schaffen. Die Weigerung die eigene und wohlbegründete Rechtsauffassung vor Gericht durchzusetzen schwächt die Position der Landeswahlleiterin.
Die Begründung geht fehl; denn Rechtsklarheit ist keine Frage von Zeit, sondern von Entscheidung.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 30.07.2008, 00:18 Uhr - 7898 Clicks - Nr. 735*

Große Klappe, viel dahinter!: Jugendmedienworkshop in Berlin

MdB Wolfgang Wodarg lädt zur Teilnahme am Workshop für junge Medienmacher vom 24. bis 28. November 2008 im Deutschen Bundestag ein. Der Flensburg-Schleswiger Bundestagsabgeordnete ist im Europarat Berichterstatter zum Thema "Rolle der Medien für die Demokratie". Wodarg begrüßt diese Veranstaltung ausdrücklich: "Auch im Norden brauchen wir kritischen journalistischen Nachwuchs."

PRESSEMITTEILUNG vom 17.7.2008

MdB Wolfgang Wodarg lädt zur Teilnahme am Workshop für junge Medienmacher vom 24. bis 28. November 2008 im Deutschen Bundestag ein. Er ruft interessierte Jugendliche auf, sich mit einem Artikel zu einem der Themen zu bewerben. Bewerbungsschluss ist der 15. September 2008.

Der Deutsche Bundestag, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Jugendpresse Deutschland veranstalten bereits zum sechsten Mal einen Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag.

"Wahlen. Engagement. Protest - Wo fängt Demokratie an?" - das ist das diesjährige Thema der Veranstaltung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzen sich mit folgenden Fragen auseinander: Welche Verantwortung haben die Wähler gegenüber Ihrem Staat? Welchen Einfluss haben Politiker in der Öffentlichkeit? Welche Rolle spielen dabei die Medien?

Während des Jugendmedienworkshops werden die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien und besuchen Plenarsitzungen im Bundestag. "Interessanter und unmittelbarer kann man sich nicht ins Mediengeschehen der Hauptstadt einbringen," meint Dr. Wolfgang Wodarg,

Der Flensburg-Schleswiger Bundestagsabgeordnete ist im Europarat Berichterstatter zum Thema "Rolle der Medien für die Demokratie" und begrüßt diese Veranstaltung ausdrücklich: "Auch im Norden brauchen wir kritischen journalistischen Nachwuchs. Ich würde mich über Bewerbungen aus den Kreisen Flensburg/Schleswig freuen und hoffe, eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer aus meinem Wahlkreis im November in Berlin begrüßen zu können." Deshalb fordert er engagierte Jungredakteure aus dem Landkreis auf, sich an dem Wettbewerb um einen Workshop-Platz zu beteiligen.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem Artikel zu einem der Themen. Journalistische Erfahrung ist von Vorteil, aber keine Bedingung.

Zu den Fahrtkosten nach Berlin sowie für die Übernachtung und Verpflegung gibt es Zuschüsse.

Bewerbungsschluss ist der 15. September 2008. Eine unabhängige Jury wird die 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auswählen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 30.07.2008, 10:44 Uhr - 1405 Clicks - Nr. 736*

Möglichkeiten für regionale Entwicklungsgesellschaft eröffnet

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt und der Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Lutz Oschmann erklären:
„Der Verzicht der Geschäftsführer und Verwaltungsspitzen auf Abschluss des Gesellschaftsvertrages für die regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft am vergangenen Freitag öffnet

Möglichkeiten zur Gründung einer regionalen Entwicklungsgesellschaft.
Die beteiligten Gebietskörperschaften und Verbände werden sich sofort nach der Sommerpause über das weitere Vorgehen verständigen und dabei auch die reibungslose Bearbeitung von INTERREG IVa und dem Zukunftsprogramm „Wirtschaft“ des Landes Schleswig-Holstein gewährleisten.“

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 30.07.2008, 13:33 Uhr - 4392 Clicks - Nr. 737*

Jürgen Weber: Unterfinanzierung muss abgebaut werden

Zum „Rettungsplan“ für die Universität Flensburg erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Die von der Landesregierung in einem Sonderfonds zur Verfügung gestellte Summe von 600.000 Euro zusätzlich noch in diesem Jahr ist wichtig und richtig. Diese flexible Handhabung hilft der Universität Flensburg unmittelbar.
Es muss mittelfristig darum gehen, die Unterfinanzierung effektiv abzubauen, dazu dient auch die im nächsten Doppelhaushalt vorgesehene Summe von 1,4 Millionen Euro für den Stellenausbau; dies wird von uns unterstützt. Bei der Schaffung neuer Stellen muss die künftige Entwicklung, beispielsweise zurückgehende Zahlen bei den Lehramtsstudierenden, berücksichtigt werden. Auch die hauseigenen Probleme der Hochschule dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Die Studierenden müssen die Sicherheit haben, dass ihre Ausbildung anerkannt wird und sie somit Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 01.08.2008, 16:14 Uhr - 3384 Clicks - Nr. 738*

SPD-Engelsby: Neue Bushaltestelle Kauslund-Osterfeld

Für das neue Baugebiet Kauslund-Osterfeld mit ca. 160 Wohneinheiten und für die Gewerbegebiete Kauslund-Wasserloos sowie Osterallee ist eine Verbesserung der Busanbindung erreicht worden.

Durch die Verlegung der Haltestelle an der B 199 unmittelbar an den Knoten mit der Osterallee verkürzt sich die Fußwegeentfernung deutlich.

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2007 hat das Verkehrsunternehmen Autokraft auf der Linie 1605 Flensburg - Kappeln einen durchgängigen Stundentakt eingeführt und damit eine attraktive schnelle Verbindung in die Flensburger Innenstadt geschaffen. Die Kombination beider Maßnahmen bringt eine deutliche Verbesserung im ÖPNV im Osten der Stadt.

Die neue Haltestelle wird am Dienstag, dem 5. August, in Betrieb genommen.

Als weitere Maßnahme wird zum Ende der Sommerferien eine Information per Hauswurfsendung an alle Haushalte und Betriebe im Einzugsbereich der Haltestelle erfolgen.

Zur Bewertung der Frage, ob das verbesserte Angebot auch ein höheres Fahrgastaufkommen generiert, werden Fahrgastzählungen bezogen auf die Haltestelle Kauslund durchgeführt.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 01.08.2008, 19:45 Uhr - 12201 Clicks - Nr. 739*

Mindestlohnaktion in Itzehoe

Der Mindestlohntruck des DGB zu Besuch in Itzehoe

Die Gewerkschaft hatte eingeladen und die Repräsentanten der SPD sind gekommen, wie es sich gehört. Die anderen Parteien haben die Einladung nicht angenommen. Bei CDU und FDP kann man eine gewisse Scheu vermuten, ihre Gegnerschaft zum Mindestlohn auf einer Gewerkschaftsaktion darzustellen. Bei den Grünen und Linken wundert man sich.

Über den Tag verteilt haben die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen, der Bundestagsabgeordnete Jörn Thiessen und der Kreisvorsitzende Rudolf Riep die Solidarität der SPD mit der Forderung nach der Einführung eines Mindestlohnes bekundet.

Wer Vollzeit arbeitet muss soviel Geld verdienen, dass das ausreicht um ohne Unterstützung die lebensnotwendigen Ausgaben zu bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Die Aktion der Gewerkschaft wird in anderen Städten im Norden fortgesetzt. Wer den Mindestlohntruck sieht, sollte sich auch mal die Ausstellung ansehen, die dort geboten wird. Zusätzlich sei ausdrücklich auf die Möglichkeit verwiesen, in einem Kommentar zu diesem Artikel den Mindestlohn zu fordern. Wenn in dem Kommentar Name und Wohnort genannt wird, werden wir diese Unterstützungsabsicht entsprechend weitergeben.
Kommentar von Volker Blaschke vom 03.08.2008, 23:47 Uhr:
RE:Mindestlohnaktion in Itzehoe
Die SPD hat unter Kanzler Schröder und der rosa-olivgrünen Koalition erst die Bedingungen geschaffen, die es den Kapitalisten erlauben, Arbeitende zur Arbeit zu Mindestlöhnen zu zwingen. Sonst drohen drakonische Maßnahmen. Der sowieso schon viel zu niedrige Regelsatz nach Hartz IV wird noch weiter gekürzt. Solange die SPD sich nicht von diesen menschenverachtenden, asozialen "Reformen" verabschiedet und sie zurück nimmt sind Teilnahmen von Funktionsträgern der SPD an DGB Aktionen für einen Mindestlohn reine Heuchelei. Denn ihr habt es angerichtet. Und noch einen drauf: Wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, sich endlich aus der "babilonischen Gefangenschaft" der SPD zu befreien, werden sie untergehen.

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 02.08.2008, 13:17 Uhr - 6644 Clicks - Nr. 740*

Die Flensburger SPD trauert um Willi Piecyk

Mit großer Trauer nimmt die SPD-Flensburg den Tod des Europa-Abgeordneten Willi Piecyk zur Kenntnis.
Der erfahrene Experte für Meerespolitik verstarb vor kurzem nach einem längeren Krebsleiden. Wir verlieren mit ihm einen kompetenten Experten den wir vermissen werden.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

SPD-Kreisverband Flensburg

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 02.08.2008, 13:40 Uhr - 7717 Clicks - Nr. 741*

Trauer um Willi Piecyk

Wir trauern um unseren Europaabgeordneten und ehemaligen Vorsitzenden Willi Piecyk , der vorgestern, wenige Tage vor seinem 60. Geburtstag, nach einem längeren Krebsleiden starb. Noch im Juli hatte Piecyk auf einer Mitgliederversammlung der SPD Flensburg gesprochen, im September wollte ein Landesparteitag ihn erneut als Spitzenkandidaten für die Europawahl nominieren. Piecyk war von 1991 bis 1999 SPD-Landesvorsitzender. Seit 1992 vertrat er Schleswig-Holstein im Europäischen Parlament.

Foto: Willi bei seiner engagierten Rede am 17. Juli 2008 in Flensburg

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 02.08.2008, 15:44 Uhr - 2688 Clicks - Nr. 742*

Endspurt in der Fußgängerzone

Nach einer Bauzeit von rund 15 Monaten, die meiste Zeit davon im „Untergrund“ geht die Umgestaltung der Flensburger Fußgängerzone in den Endspurt.
Noch bis November wird die Geduld der Geschäftsleute, Kunden und Touristen auf eine harte Probe gestellt, dann soll die neu gestaltete Flensburger Fußgängerzone endlich fertig sein.

Wie die Fußgängerzone dann aussehen soll, davon können sich die Flensburger und die vielen Touristen schon großflächig überzeugen. (im Bild Besucher aus unserer Partnerstadt Neubrandenburg).
Und im Jubiläumsjahr 2009 (Flensburgs 725. Geburtstag) haben dann alle Beteiligten es geschafft und Flensburg freut sich auf die neue Fußgängerzone, schönes Wetter, viele Touristen und sehr gute Umsätze.

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 02.08.2008, 18:04 Uhr - 62513 Clicks - Nr. 743*

Trauer um Willi Piecyk

Mit Bestürzung erfahren wir vom Tod unseres Europaabgeordneten und ehemaligen Landesvorsitzenden.
Bis zuletzt war er mit vollem Einsatz bei der Sache. Viele Gliederungen hatten sich schon auf seinen Besuch in den nächsten Wochen vor der offiziellen Kandidatenaufstellung zur Europawahl gefreut.

Wir wollen ihn in Erinnerung behalten wie er war; ein stets aktiver Kämpfer für die gerechte Sache, für Europa und für Schleswig-Holstein.

Willi, du wirst uns fehlen!

Rudolf Riep
Sprecher der Internetkooperative
SPD-NET-SH

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 04.08.2008, 09:36 Uhr - 3288 Clicks - Nr. 744*

Jens Lichte zur Landratswahl

Am 01. August 2008, hätte Jutta Hartwieg nach Ausschreibung und Wahlergebnis vom 25. Mai 2008 amtierende Landrätin werden sollen.

Sie wird allerdings nicht vereidigt, sondern muss noch mindestens 31 Tage warten, bis dem

Wählerwillen Rechnung getragen wird.

Was in den letzten Wochen von Mitgliedern der CDU-Kreistagsfraktion und anderen CDU´lern unternommen wurde, um das Zählergebnis dieser Wahl in Frage zu stellen und den Menschen Jutta Hartwieg zu diskreditieren, ist ungeheuerlich und unmenschlich.

Mich persönlich wundert es jeden Tag aufs neue, dass nicht mehr Bürgerinnen und Bürger dieses Kreises ihren Unmut über das undemokratische Verhalten der CDU zum Ausdruck bringen. Wahrscheinlich ist aber wohl, dass die Wählerinnen und Wähler beim nächsten Urnengang mit „den Füssen“ abstimmen werden, nämlich den Gang zur Wahlurne verweigern.

Warum stellt eigentlich die CDU nur das Ergebnis der Landratswahl in Frage? Am Wahl-abend wurden 3 Wahlgänge –Gemeinde-/ Kreis- und Landratswahl – ausgezählt. Zum Teil gab es bei den unterschiedlichen Wahlgängen sehr knappe Ergebnisse, in Bad Segeberg sogar einen Stimmengleichstand. Gemeinde- und Kreistagswahlen wurden nicht angezweifelt. Weil die Ergebnisse aus Sicht der CDU so in Ordnung waren?

Gezählt haben an diesem Abend dieselben Wahlhelfer. Gab es nur beim Auszählen der Landratsstimmzettel Unregelmäßigkeiten? Wenn es sie denn gab. Als altgedienter Wahlhelfer kann ich das nicht glauben. Ich habe zur Arbeit dieser Helferinnen und Helfer volles Vertrauen.

Hier spielen Gründe ein Rolle, die für mich noch nicht zu erkennen sind. Müssen über Jahre gewachsene Seilschaften noch gefestigt werden, bevor Frau Hartwieg das Amt antritt? Gibt es noch etwas auszubügeln? Oder ist es nur die Enttäuschung, einen sicher geglaubten Kandidaten Stritzl abgestürzt zu sehen?

Einen Mann, der ohne landespolitische Zukunftsaussicht, weggelobt aus Kiel, hier sein politisches Altenteil ableisten sollte.

Dabei ist es doch nur gut, mit einer Landrätin Jutta Hartwieg eine Frau zu haben, die mit freiem Blick und kommunal- und parteipolitisch unbelastet, Gedanken und Kommunikations-wege aus der „freien Wirtschaft“ anwenden kann.

Mein Vertrauen in die Arbeit einiger kommunalpolitischer „Kolleginnen und Kollegen“ ist angesichts der „CDU –Hartwieg-Verhinderungs und Verleumndungsstrategie“ stark erschüttert.

Wohin führt unsere Demokratie, wenn nur noch partei- und persönlich Interessen eine Rolle spielen und Menschen wie Jutta Hartwieg ehrabschneidend und unmenschlich behandelt werden?

Jens Lichte
31.07.2008

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 04.08.2008, 09:37 Uhr - 3448 Clicks - Nr. 745*

wilhelm.tel bald auch in Quickborn?

In den Jahren 2004 - 2006 beschäftigten sich die städtischen Gremien mit der Einführung von wilhelm.tel. Weil zuvor keine 2.000 Verträge akquiriert werden konnten, wurde das Projekt nicht weiter verfolgt. Aus unserer Sicht eine Fehlentscheidung, die aber korrigierbar ist.
Deswegen werden unsere Vertreter im Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH Quickborn die Wiederaufnahme der Gespräche mit Norderstedt beantragen.

wilhelm.tel ist eine Multimediaanwendung der Stadtwerke Norderstedt, sie wurde zur profitablen Erfolgsgeschichte. wilhelm.tel bietet Telefon, Internet mit Hochgeschwin¬digkeitsraten und Kabel-TV mit Rundfunk und Video, Pay-TV sowie einen eigenen Fernsehsender - und alles aus einem Kabel. Neben Norderstedt versorgt wilhelm.tel auch Umlandgemeinden wie Henstedt-Ulzburg, Itzehoe sowie Gebiete in Hamburg, so auch das Wohnungsunternehmen SAGA GWG.

In Quickborn wurde das Thema sehr vorsichtig beraten. 2.000 Anschlüsse sollten akquiriert werden, bevor es zur Einführung kommt. Das war zum Scheitern verurteilt, weil das Produkt in Quickborn unbekannt war. Für Quickborn spricht, dass die Stadtwerke für eigene Zwecke ein Glasfasernetz verlegt haben, das für wilhelm.tel mitbenutzt werden kann. Damit dürfte das Multimedianetz in Quickborn wirtschaftlicher zu betreiben sein als in Gegenden, in denen das Glasfasernetz erst komplett in die Erde gelegt werden muss.

wilhelm.tel steigert den Wohnwert in Quickborn und bietet der Wirtschaft eine hervorragende Plattform für Telekommunikation und Hochgeschwindigkeits-Daten¬autobahnen.

Kommentar von Carl-Heinz Müller vom 04.08.2008, 11:14 Uhr:
RE:wilhelm.tel bald auch in Quickborn?
Sehr geehrter Herr Radowitz, ich muß Sie da mal leider auf einen Irrtum hinweisen. Der Hauptgrund der Ablehnung vor zwei Jahren war die nicht vorhandene technische Machbarkeit, DSL über Glasfaser zu betreiben. Zwischenzeitlich wurde dies durch neue Technologie möglich, was aber nicht für eine Lösung für wilhelm.tel spricht. 1. Unternehmen brauchen keine so hohen Geschwindigkeiten, um ihre Kommunikation über das Netz zu ermöglichen. Die Downloads von Musik und Filmen sowie das Fernsehen über das Glasfasernetz ist für Unternehmen völlig unwichtig. Dafür brauche Sie vielleicht solche Geschwindigkeiten, Unternehmen nicht. 2000 E-Mails kann man auch mit 6 MB innerhalb von 3 Sekunden verschicken. 2. Unternehmen brauchen auch Geschäftspartner, die sich im internationalen Verbund befinden und nicht die kleinen Stadtwerke Norderstedt. 3. Wer ist eigentlich so dumm, sich von einem einzigen Anbieter abhängig zu machen. Stellen Sie sich mal vor, bei wilhelm.tel streikt die Technik. Dann sind Unternehmen handlungsunfähig, weil nichts mehr geht. Weder Telefon, noch Fax noch E-Mail. 4. Unternehmen gehen auch heute bereits in Richtung Mobile Kommunikation. Es gibt noch viel mehr dazu zu sagen und vergessen Sie bitte nicht, Quickborn ist schon seit 7 oder 8 Jahren eine Baustelle. Sie glauben doch wohl selber nicht, dass so etwas ohne Bauarbeiten an Bürgersteigen und Straßenbauarbeiten abgeht. Der Charme des Bahnhofsplatzes eröffnet sich wahrscheinlich auch erst nach einer Kiste Bier. Dann sieht man alles verschwommen. Wenn ich nur daran denke, dass die Stadtverwaltung Quickborn für die endgültige Genehmigung zum Umbau einer Wiese zur Erweiterung von 3 Löchern bei RedGolf 2 Jahre braucht, dann liegen hier die Probleme, womit Unternehmen die Möglichkeit einer verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung genommen werden. Damit erhöhen Sie für Leistungsträger die Attraktivität eines Standortes. Ich habe Kabelfernsehen, hohe DSL Internetgeschwindigkeit, flexible Telefonverbindungen -alles ohne die Stadtwerke Norderstedt und Quickborn. Einen schönen Gruß Carl-Heinz Müller

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 04.08.2008, 09:40 Uhr - 8797 Clicks - Nr. 746*

Berlusconi und der Notstand (EU-Flüchtlingspolitik)

Stellungnahme von Wolfgang Wodarg: Ja, es gibt Not bei den Armuts-, Kriegs- und Klimaflüchtlingen, die -wenn sie nicht vorher ertrinken- an Europas südlichen Küsten stranden! Berlusconis Notstand aber bekämpft die Flüchtlinge und nicht die Fluchtursachen - und schwächt die Demokratie in unserem südlichen Nachbarland noch mehr.

Die Regierung Berlusconi hat über Italien den Notstand verhängt. Die offizielle Begründung ist, dass die Zahl der illegalen Einwanderer sich verdoppelt habe. Es ist zwar richtig, dass im ersten Halbjahr 2008 10.600 Flüchtlinge gegenüber 5.500 im gleichen Zeitraum des Vorjahres an den Küsten Süditaliens gestrandet sind (5.000 ertranken im letzten Jahr), doch diese Tatsache allein rechtfertigt nicht eine landesweit gültige Notstandsverordnung. Die Opposition spricht von "unmenschlichem" Vorgehen und von einem sich immer stärker etablierenden Polizeistaat.

Dem gegenüber betont der Verteidungungsminister La Russa, dass das Dekret nur "dazu diene, die illegale Einwanderung besser zu organisieren".Innenminister Roberto Maroni von der Lega Nord beteuert, dass sein Vorgehen nur darauf gerichtet sei, "die Errichtung neuer Auffanglager für Einwanderer zu beschleunigen".

Diese so genannten Auffanglager auf der Libyen vorgelagerten Insel Lampedusa, auf Sizilien oder auch an der Adriaküste in Apulien machen Angst: Hohe Mauern, mit Stacheldraht bewehrt, gleißende Scheinwerfer innen wie außen, Zellen, in die weit mehr Leute hineingepfercht werden, als auf dem Boden liegen können und keine Möglichkeit, sich in der Enge, auch im Hof unter sengender Hitze auch mal die Füße vertreten zu können. Und wenn die Überfüllung im Sommer Überhand nimmt, wird einfach abgeschoben - wie jüngst wieder rund 1.000 Flüchtlinge nach Libyen.

"Verhängung des Notstandes" klingt für deutsche Ohren dramatisch, doch Notstandsmaßnahmen gegen Illegale wurden in Italien seit den 90er Jahren immer mal wieder beschlossen. Der Unterschied zu heute ist, dass der sich nicht mehr auf den Mezzogiorno bzw. die drei Regionen Sizilien, Kalabrien und Apulien beschränkt. Und genau dies schürt die Ängste in der italienischen Bevölkerung, die in den letzten Monaten ihre Grundfreiheiten durch immer neue law-and-order-Gesetze der Berlusconi-Regierung eingeschränkt sieht. Gesetze beispielsweise, die auch die Menschenrechtsbeauftragten von UNO und EU und Europarat schon auf den Plan gerufen haben, nicht zuletzt wegen des Vorgehens der italienischen Regierung gegen ihre eigenen Sinti und Roma.

Sicherlich, das Problem der illegalen Einwanderung nach Europa besteht - und die Mittelmeerländer betrifft es am stärksten. Doch dass man mit Flüchtlingen auch anders umgehen kann als die Berlusconi-Regierung, zeigt beispielsweise Spanien. Unter José Zapatero versucht man zumindest die Flüchtlinge in ihrer Menschenwürde mehr zu respektieren als auf der Appeninhalbinsel. Spanien bemüht sich auch, in afrikanischen Ländern Präventionsprojekte zu fördern. Italien dagegen versucht, Libyens Gaddhafi zu "bestechen", damit dieser die kriminellen Schlepper bremst. Der Staatschef aus dem Mittelmeerwüstenstaat "erpresst" andererseits bei seinen Gesprächen mit Berlusconi diesen mit "seinen" Flüchtlingen aus aller Welt, um Aufbauhilfe zu

ergattern. Albanien stand dabei Pate. Denn über Libyen - und das darf nicht vergessen werden - kommen Flüchtlinge aus ganz Afrika und Südostasien, aber eben auch aus Aghanistan, Pakistan und dem Nahen Osten. Und zwar Kriegs- wie Klimaflüchtlinge.

Auch unsere Politik hat beim Problem der illegalen Einwanderer bisher weitgehend versagt. Im Koalitionsvertrag war festgeschrieben worden, dass "Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung" verstärkt werden sollten. Heute haben wir leider mehr Soldaten in alle Welt geschickt als Entwicklungshelfer. Doch mit Waffen löst man keine Hunger -, Gesundheits- und selbst keine Ordnungsprobleme.

Es ist klar, wir müssen andere Lösungen für das schwerwiegende Problem der illegalen Einwanderung finden, als es gegenwärtig Berlusconi tut. Wir müssen die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge bekämpfen - auch wenn es bei Abbau von EU-Agrarsubventionen, Aufstockung der Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz noch dicke Bretter in der Koalition zu bohren gilt.

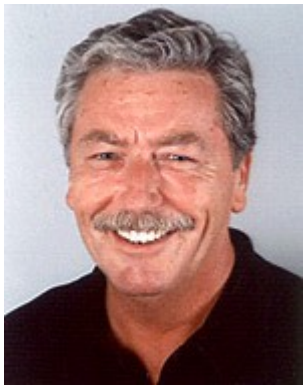
Dr. Wolfgang Wodarg, Entwicklungspolitiker und für den Deutschen Bundestag im Europarat

Welch grausame Wirklichkeit sich an Europas Südküsten abspielt, bleibt unseren Sommerurlaubern weitesgehend verborgen. HIER deshalb Bilder aus der spanischen Zeitung "El Pais" vom 12. Juli 2008

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 04.08.2008, 12:12 Uhr - 58371 Clicks - Nr. 747*

Wir trauern um Willi Piecyk



Zum Tode des Europaabgeordneten und früheren SPD Landesvorsitzenden Willi Piecyk erklärt der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner:
"In der vergangenen Woche ist Willi Piecyk gestorben. Er hat den fast überstanden geglaubten Kampf gegen eine Krebskrankheit nicht überlebt. Wir sind sehr traurig, denn mit Willi Piecyk verlieren wir nicht nur einen Politiker, der die SPD Schleswig-Holstein mit großem Geschick und viel Menschlichkeit durch die für die Partei schwierigen Jahre 1993 - 1996 geführt hat, sondern auch einen sehr sympathischen Repräsentanten unserer Partei. Viele von uns verlieren mit Willi Piecyk auch einen guten persönlichen Freund.
Willi Piecyk war viele Jahre Dozent für politische Erwachsenenbildung an der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein und darüber hinaus haben bei ihm das praktische Rüstzeug und die Werteorientierung für ihre politische Arbeit erworben. Damals war Willi Piecyk Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und Kreisvorsitzender der SPD in Stormarn.
Von 1991 bis 1999 war Willi Piecyk unser Landesvorsitzender. Seine Amtsführung war geprägt von Dialog und Konsens, seine Loyalität zu den Ministerpräsidenten Björn Engholm und Heide Simonis unübertroffen. Als Abgeordneter im Europäischen Parlament waren die Verkehrspolitik im Norden und die Sicherheit auf der Ostsee seine großen Themen.
Auf dem bevorstehenden Landesparteitag wollten wir ihn wieder auf Platz 1 der Schleswig-Holsteinischen Europaliste wählen.
Man kann ohne Übertreibung sagen: Willi Piecyk hatte etwas für Spitzenpolitiker ganz Seltenes. Ihn mochten wirklich alle in unserer SPD und auch darüber hinaus. Er hat unsere SPD hier im Norden,

unsere Politik und unseren Stil mehr geprägt, als den Meisten bewusst ist. Die großen Gesten und die großen Worte waren seine Sache nicht, aber er hat mit Gradlinigkeit, Verlässlichkeit und seiner großen Fähigkeit, Menschen zusammenzuführen, den Stil der SPD in Schleswig-Holstein stark geprägt. Willi ging es immer zuerst um die Menschen, und das hat man auch gemerkt. Wir trauern mit seiner Familie, und wir werden ihn nicht vergessen."
Kommentar von Uschi Petersen-Wilken vom 04.08.2008, 17:52 Uhr:
RE:Wir trauern um Willi Piecyk
Ich möchte meine Betroffenheit und Trauer zum Ausdruck bringen. Ich habe ihn bewundert, weil er so selbstverständlich auch zu einem normalen Mitgliedertreffen eines Ortsvereines kam! Uschi Petersen

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 04.08.2008, 16:05 Uhr - 3849 Clicks - Nr. 748*

Flensburgs Schulen werden aufgemöbelt

Während die Flensburger Schüler und Lehrer ihre verdienten Sommerferien genießen, werden Schulen von fleißigen Handwerkern bevölkert.

Rund 6,7 Mio. Euro will die Stadt Flensburg in 17 der 28 Flensburger Schulen investieren. Hierzu gehören Fassaden- und Fenstersanierungen an der Goetheschule oder der IGS, die bis zum Ende der Sommerferien beendet sein sollen.

Dickste Broken sind aber die notwendigen Umbauten an der durch die Vereinigung von Petri- und Hebbelschule entstehenden Comeniusschule. Für rund 4,3 Mill. Euro soll die künftige Gemeinschaftsschule saniert werden und gleichzeitig eine Mensa und Wirtschaftsräume erhalten. Auch eine jahrelange, hartnäckige Forderung der SPD-Ratsfraktion erfüllt sich mit dem Neubau einer Sporthalle für die Schule in Weiche, die rund 2,35 Mio. Euro kosten und voraussichtlich Ende 2009 fertig wird.

Kritik an diesen notwendigen Maßnahmen kommt mal wieder von der WiF-Partei. Deren Vertreter im Bildungs- und Sportausschuss meldeten per Leserbrief (!) Bedenken gegen die Investitionen an und forderten erstmal Beschlüsse über den Bedarf und die Prioritäten an. Und da wieder mal ein Skandal gewittert wird, schließt der Leserbrief mit der Forderung, dass „Wurschteln oder Verteilen nach Gutsherrenart ein Ende haben müssen."

Peinlich nur, dass die Maßnahmen bereits in den zuständigen Ausschüssen beraten und abgesegnet und zuletzt von der Ratsversammlung, mit der Verabschiedung des Investitionssplans 2008 am 28.02.2008 beschlossen wurden.

Wieder mal machte die WiF-Partei deutlich, dass ihr Sachverstand und Bürgernähe abhanden gekommen sind.
Oder denkt die WiF, dass es im Sinne der Flensburger Bürger ist, wenn die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den Flensburger Schulen verzögert werden, nur weil die WiF sich nicht informiert hat?
Eine mangelte Information durch die Verwaltung kann nicht geltend gemacht werden. Schließlich waren alle entsprechenden Sitzungen und Beschlüsse öffentlich. Und in ihrer Außerparlamentarischen Arbeit saßen heutige Ratsmitglieder ständig als Zuhörer im Publikum.

Knapp zwei Monate im Rat, hat die WiF-Partei mit ihrer ablehnenden Haltung zu den Schulinvestitionen und dem kostenlosen Museumstag, sowie dem Ansinnen der WiF die Flensburger Sparkasse zu privatisieren, um eine privatrechtliche Sparkasse beteiligen zu können, bewiesen, dass ihre großspurigen Ankündigungen Nebelkerzen sind.

Stephan Menschel, stv. Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.08.2008, 14:37 Uhr - 2038 Clicks - Nr. 749*

Bedenken der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Hassee Ernst nehmen

Der stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Schulz und der Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Lutz Oschmann erklären zur heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten über die zukünftige Nutzung des Van der Camer-Hauses in Hassee:
„In wenigen Tagen wird mit der Renovierung des Van der Camer-Hauses, in dem zukünftig rund 80 Menschen mit psychischen Erkrankungen und sozialen Schwierigkeiten untergebracht werden sollen, begonnen. Wir kennen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Hassee bezüglich dieses Projektes. Bereits im Februar diesen Jahres hatte der Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit einen Fragenkatalog vom Amt für Familie und Soziales bezüglich der Anzahl und Umsiedlung von Bewohnern, Zeitplan, Kosten, Auswirkungen auf das Wohnumfeld u. s. w. erbeten, der dem Ausschuss im April vorlag.

Momentan stecken Selbstverwaltung, Verwaltung und Stadtmission in intensiven Beratungen. Insbesondere die Sorge der Interessengemeinschaft, nicht genügend Informationen über den Stand der Dinge zu erhalten sowie die Tatsache, dass es zu einer geballten Ansiedlung und Zentralisierung von Menschen mit schwierigem, sozialen Hintergrund im Stadtteil Hassee kommen könnte, wird auf allen Ebenen diskutiert. SPD-Ratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen sind bestrebt, im Dialog mit der Verwaltung nach einer für alle Beteiligten einvernehmlichen Lösung zu suchen und das Thema noch einmal intensiv in der September-Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit zu beraten“.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 06.08.2008, 16:01 Uhr - 3249 Clicks - Nr. 750*

Polizeistation gehört in die Innenstadt

Rathausanbau in Quickborn für die Polizei - JA,
zusätzlich eine Million Euro für neue Sitzungsräume - NEIN

SPD-Ratsherr Karl-Heinz Marrek begründet den Rathausanbau für die Polizei
Keine Frage, die Polizeistation gehört in die Quickborner Innenstadt. Dies kann man im Interesse der Bürger und insbesondere der Sicherheit im nahen Umfeld des Quickborner Forums und des Parkhauses nur unterstützen. Geschickt verbindet Bürgermeister Köppl (CDU) aber diesen sinnvollen Rathausanbau für die Polizei mit einem erheblich größeren Anbau an das Rathaus für zusätzliche Sitzungs- und Verwaltungsräume. In Zahlen; 1/3 für die Polizei, 2/3 für mehr Sitzungsräume und Büros. Baukosten, mehr als 1,7 Millionen Euro. Anders ausgedrückt, die Stadt

Quickborn wird mit mehr als 1 Million Euro für zusätzliche Baumaßnahmen belastet. Baumaßnahmen, die bisher weder als überaus wichtig angesehen noch in irgendwelchen Finanzplanungen ausgewiesen wurden. Kann sich die Stadt Quickborn, wir Bürger, solch unnötiges Geldausgeben leisten? Eindeutig nein! Laut den Planungen der Verwaltung soll die Quickborner Verschuldung von 8,5 Millionen Euro im Jahre 2008 auf den Rekordstand von 30 Millionen Euro im Jahre 2010 ansteigen. Dieser Schuldenstand führt zwangsläufig dazu, dass der Spielraum für notwendige Investitionen immer enger wird. Verantwortungsvolles politisches Handeln in der Kommunalpolitik fängt da an wo notwendige Investitionen unterstützt und nicht zwingend notwendiges Geldausgeben der Verwaltung konsequent eingedämmt wird. 1 Million Euro für zusätzliche, bisher nicht notwendige Sitzungsräume im Rathaus? Nie war sparen in Quickborn und der Abbau der Verschuldung leichter!
Kommentar von Thomas Köppl vom 16.08.2008, 16:21 Uhr:
RE:Polizeistation gehört in die Innenstadt
Liebe Sozialdemokraten, da gab es wohl Probleme beim Lesen der Vorlagen, der Mathematik und mit dem Sachverhalt. Raumbedarf Polizei 500 m² Raumbedarf Verwaltung 105 m² ohne Nebenflächen Raumbedarf Sitzung 280 m² ohne Nebenflächen / Bedarf der Verwaltung bei gemeinsamer Nutzung der mit Politik 155 m² zusätzliche Flächen wurden netto rund 205 m² zur Diskussion gestellt / gegenüber 500m² Polizei, also eher rund 70% für die Polizei. wer nachlesen möchte: http://quickborn.de/media/custom/16_3025_1.PDF?La=1&object=med|16.3025.1 http://quickborn.de/media/custom/16_3023_1.PDF?La=1&object=med|16.3023.1 nach Beratung AKD und HA : Konkretisierungsauftrag an die Verwaltung, übrigens einstimmig 500 m² Polizei davon 300m² Anbau darüber 180 m² Sitzung restliche Fläche für Rathaus und Nebenflächen maximale Kosten 1,1 Mio / Nachweis der Wirtschaftlichkeit Noch erwähnenswert: In die alten Sitzungsräumen soll die Polizei einziehen, der dort nicht gedeckte polizeiliche Raumbedarf soll durch einen Anbau im EG gedeckt werden. Darüber soll Ersatz für die weggefallenen Sitzungsräume gebaut werden. Der Rest soll der Verwaltung zur teilweisen Kompensation von Raumverlusten durch Fremdvermietung zur Verfügung gestellt werden Lieben Gruß Thomas Köppl

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 07.08.2008, 09:05 Uhr - 4973 Clicks - Nr. 751*

Rolf Fischer: Wir trauern um einen großen Europäer

Wir trauern um einen großen Europäer aus Schleswig-Holstein! Willi Piecyks Name ist untrennbar verbunden mit dem Kampf für ein soziales Europa. Er stritt leidenschaftlich für die Belange seines Landes in Brüssel und trug den europäischen Gedanken mit großer Überzeugungskraft nach Schleswig-Holstein.
Ihm gelang es in seiner ganz besonderen Art, Europa verständlich und bürgernah zu machen. Wir „Europäer“ in Fraktion und Partei gedenken seiner in hoher Achtung und mit Respekt vor einer großen europapolitischen Lebensleistung. Wir trauern mit seinen Angehörigen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 07.08.2008, 22:10 Uhr - 2394 Clicks - Nr. 752*

Satzungsrecht zurechtgebogen: CDU verhindert Jutta Hartwieg im Verwaltungsrat

„Wir hätten Frau Hartwieg auch nicht gewählt, wenn sie bereits im Amt gewesen wäre“, so Henning Wulf der Sprecher der CDU.
Die CDU wollte auf gar keinen Fall, dass die Landrätin Jutta Hartwieg (SPD) zur Vorsitzenden gewählt wurde. Am Satzungsrecht vorbei schlug sie in der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung deshalb Roswitha Strauß (CDU) vor.

Mehrere Mitglieder der Versammlung wiesen darauf hin, dass die Wahl eines Politikers nicht im Sinne der Satzung und auch des Sparkassengesetzes Schleswig-Holsteins sei. „Aus der Mitte der Verbandssatzung soll der Landrat oder die Landrätin des Kreises Pinneberg oder Segeberg beginnend mit der Landrätin des Kreises Segeberg gewählt werden.“ heißt es in der Satzung. Edda Lessing: "Doch die CDU setzte sich mit Bravour darüber hinweg."

Auch die Begründung, dass Frau Hartwieg ja erst am 1.9. im Amt sei und deshalb zu diesem Zeitpunkt nicht gewählt werden könne, ließ die CDU im Laufe der Sitzung fallen: „Wir hätten Frau Hartwieg auch nicht gewählt, wenn sie bereits im Amt gewesen wäre“, verlautete der Sprecher der CDU Henning Wulf.
Die CDU biegt sich die Satzung, die erst im April diesen Jahres verabschiedet worden war, so zurecht, dass sie ihren Ansprüchen genügt.
"Selten hat es so schlechte Verlierer bei Wahlen gegeben wie die Kreis-CDU", so Edda Lessing weiter.
Erinnern wir uns:
War es nicht die CDU, die die Ernennung der Landrätin um einen Monat hinausgezögert hat?
Und genau diese CDU argumentiert jetzt, dass Frau Hartwieg nicht gewählt werden könne, da sie ja noch nicht im Amt sei.
Statt dessen wird Roswitha Strauß mit einem Vorstandsposten belohnt. Sie hat eine aktive Rolle im Kreiswahlausschuss gespielt und damit auch die Verzögerung der Amtseinführung von Frau Hartwieg zu verantworten.
Honni soit qui mal y pense. (Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!)

Edda Lessing

Kommentar von Henning Wulf vom 10.09.2008, 10:51 Uhr:
RE:Satzungsrecht zurechtgebogen: CDU verhindert Jutta Hartwi
Honnyi soit qui mal y pense kann auch so übersetzt werden: (Altfranzösisch; wörtlich: ‚Verabscheut sei, wer schlecht darüber denkt‘). Und einige Aussagen sind sachlich falsch: 1. Frau Hartwieg konnte nach Auskunft des Justitiars des Sparkassen und Giroverbandes aus Rechtsgründen nicht gewählt werden. 2. Die Satzung lässt durchaus die Wahl von Frau Strauß zu, wie es auch in den letzten 5 Jahren mit Zustimmung der SPD-Mitglieder in der Zweckverbandsversammlung durch die Wahl von H.A. Höft geschehen war, der bekanntlich kein Landrat war. 3. Dazu bedurfte es keines "Zurechtbiegens" der auch von den SPD-Vertretern beschlossenen Satzung (die ich auch nicht mitgemacht hätte). Sie halten doch Ihre Leser sicher nicht für so dumm, dass sie das nicht auch wissen, unterstelle ich mit freundlichem Gruß Henning Wulf (der oben richtig zitierte).

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 10.08.2008, 11:50 Uhr - 2699 Clicks - Nr. 753*

SPD-Engelsby: Wattwanderung des Ortsvereins

Am gestrigen Samstag hatte der SPD-Ortsverein seine Mitglieder zu einer Wattwanderung eingeladen. Petrus meinte es in diesem Jahr besonders gut und bescherte den Teilnehmern einen warmen, trockenen Sommertag mit viel Sonne.
Unter der Führung von Frau Matthiesen startete die Gruppe zu einer insgesamt 5-stündigen Wattwanderung in Lüttmoorsiel nach Nordstrandischmoor. Sie erklärte uns den Lebensraum Wattenmeer und zeigte den interessierten Teilnehmern die typischen Bewohner, wie Muscheln, Schnecken, und Würmer des Wattenmeeres.

Auf der ca. 175 ha großen, ganzjährig bewohnten Hallig bestand nach dem langen Fußmarsch durch den Naturpark Wattenmeer in der Halliggaststätte die Möglichkeit, eine Mahlzeit einzunehmen, oder einfach nur die Sonne und die Ruhe zu genießen.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 11.08.2008, 18:45 Uhr - 2849 Clicks - Nr. 754*

SPD-Engelsby: Wir sind dann mal weg!

Auch wir vom SPD-Ortsverein Engelsby müssen uns von der politischen Arbeit im Stadtteil ein wenig erholen und legen deshalb eine Verschnaufpause ein.

Ihre Zuschriften erreichen uns selbstverständlich auch während unserer Urlaubszeit. Mit der Beantwortung Ihrer Anfragen müssen Sie sich jedoch ausnahmsweise etwas länger, als sonst üblich, gedulden.

Ihre Anrufe nimmt unsere T-Netbox gerne entgegen.

Die nächste Ausgabe unserer Stadtteilzeitung "dat Pussloch" erscheint am 29. August 2008.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 14.08.2008, 18:51 Uhr - 12243 Clicks - Nr. 755*

Üble Entgleisung des CDU Vorsitzenden

„Der CDU Kreisvorsitzende Gero Storjohann hat sich mit seinen üblen Attacken gegen die Beamtinnen und Beamten der Kieler Kommunalaufsicht endgültig ins Abseits gestellt“, kritisiert SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran Aussagen Storjohanns gegenüber der Presse.
An der zuständigen Stelle des Innenministeriums sitzen Fachleute, die in ihren Entscheidungen nur an Recht und Gesetz gebunden sind. „Kein Minister wird ihnen dabei reinreden – oder ist das etwa in CDU geführten Ministerien anders? Hier sollte der Ministerpräsident für eine Richtigstellung sorgen!“, hält Beran dem CDU-Kreis-Chef vor.

Immer noch zeige sich die CDU als schlechte Verliererin beim Ausgang der Landratswahl. Nachdem gestern bekannt wurde, dass die Kommunalaufsicht des Landes die drei eingegangenen Einsprüche gegen das Ergebnis der Landratswahl zurückgewiesen hat, sei es endlich an der Zeit für die CDU, ihre Niederlage einzugestehen. „Vor allem muss die CDU jetzt wieder zur inhaltlichen Arbeit zurückkehren“, mahnt der SPD-Kreisvorsitzende.

Die CDU habe durch einen politisch motivierten Mehrheitsbeschluss im Kreistag initiiert, dass die neue Landrätin, Jutta Hartwieg, ihr Amt erst zum 1. September antreten darf. Dies, obwohl das kommunale Verfassungsrecht keine aufschiebende Wirkung bei Einsprüchen gegen Wahlen kennt. Diese Verschiebung gab der CDU die Möglichkeit, ohne eine amtierende Landrätin ihr Personaltableau, zum Beispiel bei der Sparkasse Südholstein, durchzudrücken. „Mit solchen systematischen Tricksereien soll das Wahlergebnis auf den Kopf gestellt werden. Das ist

unanständig“, tadelt Andreas Beran den politischen Gegner.

Auch versuchten Storjohann und seine Helfershelfer immer wieder der Bevölkerung vorzugaukeln, eine Nachzählung aller Stimmen wäre der richtige Weg gewesen. Tatsächlich wäre diese rechtlich nicht zulässig gewesen. Und noch etwas stellt Beran klar: „Wenn hier immer wieder gesagt wird, es gab zahlreiche Pannen bei der Landratswahl, dann bedeutet zahlreich genau zwei Pannen. Diese wurden durch den Kreiswahlleiter und den Wahlausschuss behoben.“

„Es ist nun langsam an der Zeit, den Sinn für die Realität zurückzugewinnen“, appelliert der SPD-Kreisvorsitzende. „ Jutta Hartwieg ist die neu gewählte Landrätin des Kreises Segeberg. Sie wird eine Landrätin für alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises Segeberg sein. Dies sollten wenigstens die Anständigen in der CDU anerkennen.“

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 15.08.2008, 11:34 Uhr - 2879 Clicks - Nr. 756*

SPD Ratsfraktion: Kleingartenausschuss erhalten!

Eine Abschaffung des Kleingartenausschusses ist mit der SPD nicht zu machen. Entsprechenden Überlegungen hat die SPD-Ratsfraktion jetzt eine klare Absage erteilt. Ihr Vorsitzender Helmut Trost hat deshalb im Hauptausschuss vorgeschlagen, das Gremium auch in Zukunft weiter bestehen zu lassen.
Aufgrund einer veränderten Rechtslage im Bundeskleingartengesetz (BKleingG) ist es den Kreisen und Gemeinden ab sofort frei gestellt, ob sie eigene Kleingartenausschüsse einrichten oder abschaffen. Bislang waren Kreise und Gemeinden nach dem Bundeskleingartengesetz zur Einrichtung eines Kleingartenausschusses verpflichtet. Das Gremium hat sich nach Meinung der SPD bewährt. Ihrer Auffassung nach benötigt man den Ausschuss als fachkundiges Gremium, das die Entwicklung des Flensburger Kleingartenwesens begleiten muss. In einer Stellungnahme der SPD macht Pressesprecherin Simone Lange deutlich: „Auch wenn sich das Kleingartenwesen im Laufe der Zeit verändert hat, so hat es keinesfalls an Bedeutung verloren. Im Gegenteil, es findet eine allgemeine Rückbesinnung auf die nähere Umgebung statt. Kleingärten als Alternative zur Urlaubsreise oder zum nicht finanzierbaren Einfamilienhaus. Einen grünen, selbst gestaltbaren Raum in erreichbarer Nähe zu haben, ist nicht nur erholsam, sondern erfüllt einen gesellschaftlichen Zweck für junge Familien. Wir wünschen uns in einem weiter bestehenden Kleingartenausschuss die Weiterentwicklung des Flensburger Kleingartenkonzeptes. Es wäre doch schön, wenn wir auch dadurch einen Beitrag zur Modernisierung der Kleingartenanlagen und zur Rückbesinnung auf Natur- und Klimaschutz leisten können.“

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 15.08.2008, 12:37 Uhr - 1712 Clicks - Nr. 757*

Müller-Beck, Oschmann und Stadelmann: Vorfahrt für Bildung und Konsolidierung im

Zur angekündigten Vorlage des Nachtragshaushalts 2008 durch die Oberbürgermeisterin und den Stadtkämmerer erklären der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Ralph Müller-Beck, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann:
„Die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN begrüßen den angekündigten Nachtragshaushalt für das laufende Jahr.

Der Haushaltsüberschuss aus dem Nachtragshaushalt muss bei den Kielerinnen und Kielern ankommen, sowohl direkt als auch indirekt. Wir werden deshalb den Nachtragshaushalt im Sinne der neuen Eckpunkte rotgrüner Stadtpolitik „Soziale Stadt Kiel stärken“ und „Eine Stadt für Kinder“ gestalten, wie sie in unserer Kooperationsvereinbarung enthalten sind. Das bedeutet: Vorfahrt für Bildung und Vorfahrt für die Konsolidierung des städtischen Haushalts.

Bildung hat Vorfahrt, weil Ausgaben in die Köpfe der Kielerinnen und Kieler – insbesondere unserer Kinder – immer Investitionen in die Zukunft sind. Deswegen werden die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN entscheiden, wie im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel für die Sanierung und Ausstattung der Kieler Schulen, für die Einbeziehung hauptamtlicher Kräfte in den Stadtteilbüchereien und für die Weiterentwicklung des Sports verwendet werden. Zugleich werden wir prüfen, wie in den Stadtteilen Gaarden, Ellerbek und auf dem Ostufer sozialpolitische Maßnahmen finanziert werden können. So kommt der Haushaltsüberschuss direkt bei den Kielerinnen und Kielern an.

Haushaltskonsolidierung hat Vorfahrt, weil die stetige Zunahme der öffentlichen Defizite und Verschuldung sonst den kommunalen Handlungsspielraum zu sehr beschränkt und die öffentliche Daseinsvorsorge gefährdet. Deswegen werden die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN entscheiden, wie im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden können. So kommt der Haushaltsüberschuss auch indirekt bei den Kielerinnen und Kielern an.“

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 15.08.2008, 17:53 Uhr - 7101 Clicks - Nr. 758*

Zur Uni-Krise: Krise nicht auf dem Rücken der Studierenden austragen

Die Krise der Universität Flensburg kann sehr schnell auch eine Krise der Stadt Flensburg werden. Die Risiken sind groß, dass sie auch auf die Stadt ausstrahlt und dort erhebliche wirtschaftliche Folgen nach sich zieht. „Die Universität besitzt inzwischen eine erhebliche stadtwirtschaftliche Bedeutung, die durch die jüngsten Entwicklungen stark gefährdet ist“, meint der SPD-Vorsitzende Helmut Trost.
„Durch die fehlende Anerkennung des Studienganges Vermittlungswissenschaften ist ein erheblicher Vertrauensschaden eingetreten, die Reputation der Universität hat stark gelitten. Die Stellungnahme des Universitätsrates, der der Uni ein niederschmetterndes Zeugnis ausstellte, trägt weiter dazu bei, die Attraktivität des Studienortes Flensburg zu vermindern.“ Damit, so die SPD, ist die Krise der Universität auch ein kommunales Thema.

In einer Sondersitzung trafen sich SPD-Kreisvorstand, Mitglieder der Ratsfraktion und der Arbeitgemeinschaft von Sozialdemokraten im Bildungswesen (AfB), um auf die Krise zu reagieren. Deutlich wurde dabei eines: Die Studierenden sind für die Fördestadt unverzichtbar. Ein zu befürchtender Rückgang der Studierendenzahlen infolge der Krise hätte gravierende Folgen für Stadtfinanzen und Arbeitsmarkt. “Rund 1000 Euro Finanzzuweisungen für jeden in Flensburg gemeldeten Studierenden sind nur eine Seite der Medaille. Noch gravierender sind die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen. Darüber hinaus ist die Universität auch Auftraggeber für die heimische mittelständische Wirtschaft und viele Handwerksbetriebe. Die Studierenden und die bei der Universität direkt Beschäftigten stellen inzwischen einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar. Sie sind Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt und in der Gastronomie, prägen das Kulturleben mit und bereichern unsere Stadt“, so die SPD.

„Wenn auf frühere Wachstumsraten bei den Studierenden jetzt ein gegenläufiger Trend droht, dann muss alles getan werden, um diesem Einhalt zu gebieten“, so Helmut Trost. „Darum bleibt nur ein Weg – die Uni lehr- und forschungsstark zu machen, mit einem eigenen Schwerpunktprofil bei den Bildungswissenschaften. Eine Rückstufung zur PH oder gar Schlimmeres sind für die Stadt Flensburg unvorstellbar. Wir brauchen die Uni auch als Quelle des Wissens in Stadt und Region.“

Der Vorschlag, Studiengebühren einzuführen und so einige der Finanzlöcher zu stopfen, wird von der SPD rundweg abgelehnt: „Studiengebühren sind kein Allheilmittel. Sie unterhöhlen die Chancengleichheit im Bildungswesen und haben mit Bildungsgerechtigkeit nichts zu tun. Strukturschwächen kann man nicht ausgleichen, indem man den Studierenden weitere Lasten aufbürdet“, so der SPD-Vorsitzende.

„Die aktuelle Krise darf nicht auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden. Die 1237 von der Nichtanerkennung Betroffenen brauchen eine klare Stellungnahme darüber, wie es für sie persönlich weitergeht. Vielen ist noch gar nicht bekannt, auf was für eine Situation sie nach der Rückkehr aus den Semesterferien treffen“, erklärt Matthias Epping von der AfB. „Die Abschlüsse der jetzigen Studierenden müssen gewährleistet werden, die Zukunft des Bildungsstandortes Flensburg muss in einem transparenten Prozess geklärt werden.“

„Der Lehrerberuf ist einer der wertvollsten, den es in einer Gesellschaft gibt“, meint Christian Reimer (AfB). „Es geht um den Rohstoff Bildung. Wir müssen investieren, um diesen Rohstoff für unsere Zukunft zu nutzen.“ An einem Beispiel wurde in der Diskussion das Ausmaß der Unterfinanzierung deutlich: „Willst Du eine Universität ohne Bücher sehen, gehe in das rote Schiff!“ – so wurde auf dem SPD-Treffen von Studierenden sarkastisch die Flensburger Universitätsbibliothek beschrieben.

Der Lösungsvorschlag der örtlichen CDU greift nach Auffassung der SPD zu kurz: „Bei einer chronisch unterfinanzierten Universität die regionale Wirtschaft in die Pflicht nehmen zu wollen, löst die strukturellen Probleme nicht. Kooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschulen sind wertvoll und in Lehre und Forschung von gegenseitigem Nutzen. Sie können die Ausstattungsdefizite der Universität jedoch nicht aufheben, die Finanzierungsdefizite nicht ausgleichen und die Probleme in den Studiengängen der Vermittlungswissenschaften nicht beseitigen.“

Kommentar von Rudolf Riep vom 18.08.2008, 07:12 Uhr:
RE:Zur Uni-Krise: Krise nicht auf dem Rücken der Studierende
Was ist unter dem Studiengang Vermittlungswissenschaften zu verstehen, der nicht anerkannt werden soll. Hier fehlen ein paar Insiderinformationen. Gruß Rudolf Riep

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 16.08.2008, 17:58 Uhr - 7861 Clicks - Nr. 759*

Es ging "rund" auf dem Brarup-Markt!

SOMMERTOUR: Nach anfänglichem Säbelrasseln des Süderbraruper Bürgermeisters klappte es dann ganz prima: Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) kümmert sich um die Sorgen der Schausteller. Auch prominente SPD-Genossen kamen zu einem fröhlichen Bummel durch Buden und Karussells, informierten sich über die besondere Welt der Märkte und nahmen wichtige Anregungen entgegen.

Am Freitag feuerte der Bürgermeister von Süderbrarup um 15 Uhr den Startschuss zum diesjährigen Brarup Markt ab und lud dann die von ihm eingeladenen Ehrengäste zu einem

Marktrundgang ein. Das ist schon seit Jahrzehnten so gelaufen und wird auch so bleiben, selbst wenn einmal ein anderer Bürgermeister oder gar eine Bürgermeisterin die Einladungen verschickt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS) vertritt auch die Interessen vieler sozialdemokratischer Schausteller und hat sich schon bei so mancher Gemeinde für die Schausteller einsetzen können.

Das Leben der Schausteller, die oft schon seit Generationen ihr Geschäft von Jahrmarkt zu Jahrmarkt fahren, ist bunt aber auch mit besondern Erschwernissen für sie und ihre Familien gepflastert. Wo sollen die Kinder betreut werden, wo zur Schule gehen? Wie schaffe ich mir eine hilfreiche Nachbarschaft und einen festen Freundeskreis? Wohin geht die Post? In welchem Verein kann ich überhaupt Mitglied werden und wie pflege ich solche festen Gemeinschaften?

Nachdem von Niels Arndt, dem Vorsitzenden der AGS-Schleswig-Holstein-Nord vorgeschlagen wurde, doch einen "virtuellen" SPD-Ortsverein der Schausteller zu gründen, war das Interesse groß und die AGS traf sich seitdem auf mehreren Marktveranstaltungen um mit den Schaustellern deren Probleme zu diskutieren.

Überhöhte Energiepreise, oder sehr hohe Standgebühren, Schwierigkeiten mit dem Lärmschutz, der Trinkwasserversorgung, der Müllentsorgung oder ganz einfach Probleme mit einzelnen Ämtern, dass waren dabei wichtige Themen, die von örtlichen Kommunalpolitikern aufgegriffen und manchmal sogar für alle befriedigend geregelt werden konnten.

Jetzt hatte die AGS zum großen Markt in Süderbrarup neben dem örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg sogar den schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden persönlich auf den Brarup-Markt einladen können. Zwei Fliegen mit einer Klappe, dachte Niels Arndt und alle freuten sich, den fröhlichen Bummel durch Buden und Karussells mit einem informellen Treffen mit interessierten Schaustellern verbinden zu können.

Zu früh gefreut: Der CDU-Lokalmatador und Bürgermeister Johannes-Peter Henningsen fühlte seine Markteröffnungszeremonie bedroht, weil er durch die Einladung der ASG zum Eröffnungstag - und zwar schon eine Stunde vor seinem offiziellen Kanonenschuss eine "politische Unterwanderung" witterte. Er schrieb Niels Arndt: "Ihre unverschämte Einladung zur Eröffnung um 14 Uhr untersage ich hiermit."

Der Brarup Markt wäre um 14 Uhr also noch gar nicht eröffnet, jene Schausteller, die sich um politische Unterstützung bei der SPD bemühen, hätten also in keiner Weise stören können. Auch hatte Niels Arndt doch nie geplant, seine Gäste dem CDU-Bürgermeister unterzujubeln oder gar eine Gegenveranstaltung zu organisieren - wogegen denn? Trotzdem, der Bürgermeister reagierte "allergisch" und zog drohend alle Register gegen die von ihm gespürte Bedrohung seiner Markt-Macht: Er werde politische Einladungen und Veranstaltungen auf dem Brarup-Markt nicht dulden, eine Eilsitzung des Finanz-und Wirtschaftsausschusses einberufen, Presse Rundfunk und Fernsehen über diesen "Unterwanderungsversuch" unterrichten und die Marktsatzung entsprechend

verschärfen. So brachte es die Zeitung dann auch prompt am nächsten Tage und die Wogen schlugen kurze Zeit hoch in Angeln.

Die AGS, verlegte daraufhin den Termin von einer Stunde vor auf eine Stunde nach der Eröffnung und informierte ihre Gäste entsprechend. Stegner und Wodarg, denen bis dahin nicht in den Sinn gekommen war, dass es Verwechslungsprobleme zwischen Eröffnungszeremonie und AGS-Treffen geben könnte, war das nur Recht, hatten sie doch ohnehin Schwierigkeiten um 14 Uhr in Süderbrarup zu sein. Als der Eröffnungsschuss gefallen war, und die geladenen Gäste, die vom Bürgermeister -damit sich niemand dazwischendrängen könnte- erstmals mit eigens gefertigten Schildern markiert waren, sich bereits zur Fahrt im Riesenrad versammelt hatten, tauchten die ersten Genossen vor der Großschaukel "Rocket" auf und hielten Ausschau nach ihren Landesvorsitzenden, der kurz darauf mit MdB Wodarg erschien, um sich dem AGS-Rundgang unter fachkundiger Begleitung anzuschließen.

Das bunte Treiben auf dem Markt wurde durch die lockere Runde nicht beeinträchtigt - im Gegenteil, viele Marktbesucher erkannten ihren Abgeordneten und ihren ehemaligen Innenminister, grüssten fröhlich oder kamen für ein paar freundliche Worte hinzu.

Einige Schausteller nutzten die Gelegenheit, um den beiden SPD-Politikern ihre Sorgen vorzutragen, andere um einfach nur Moin Moin zu sagen. Schließlich traf man sich bei Bier und Würstchen am Holztisch und es gab Gelegenheit für die Sprecher der Schausteller, der "hohen Politik" ihre spezifischen Wünsche und Forderungen nahezubringen.

Besonders deutlich wurde, dass offenbar einige Gemeinden das fahrende Gewerbe und die Märkte keineswegs als kulturelle Bereicherung sehen und ihnen das ohnehin nicht einfache Leben durch administrative Hürden oder hohe Strom- und Standpreise noch schwerer machen. Beide, der Landes- wie der Bundespolitiker versprachen sich für die Interessen der Schausteller einzusetzen und etwas für das Fortbestehen der traditionellen Volksfeste zu tun, die doch ohne das Schaustellergewerbe traurig und arm daherkämen.

Eines wurde deutlich: Ohne Politik gäbe es keine Spiele und keine Volksfeste- denn mit ihr schaffen wir uns in der Demokratie doch erst unsere Regeln - aber nur, wo sie nötig sind!

Anschließend erfüllte sich der Bundestagsbgeordnete Wolfang Wodarg noch einen Herzenswunsch und wagte sich das luftige Kettenkarussel, um den Brarup-Markt von oben zu sehen und die Lebensfreude zu spüren, die von so einem bunten Markt ausgeht.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 18.08.2008, 09:31 Uhr - 3593 Clicks - Nr. 760*

SPD-OV reicht Klage bei Verwaltungsgericht ein

Die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Helga Poppe, hat am Klage beim Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht in Schleswig eingereicht.

Nach Angaben des Pressesprechers der Bad Segeberger SPD, Tobias Gellert, geht es um die "Feststellung der Gültigkeit der Gemeindewahl" in Bad Segeberg am 25. Mai.

"Bis heute können SPD-Fraktion in der Bad Segeberger Stadtvertretung, der Vorstand des

Ortsvereins und viele andere Bad Segeberger SPD-Mitglieder nicht nachvollziehen, wie nach der Auszählung der Kommunalwahl in Bad Segeberg, die Überhangmandate verteilt wurden", so Gellert.

"Wir streben ein Grundsatzurteil an, dass für alle Kommunen in Schleswig-Holstein gilt", erzählt Helga Poppe, "denn offensichtlich gab und gibt es in Gemeinden und Städten verschiedene Verfahren, wie Überhangmandate verteilt wurden - in Bad Segeberg aus unserer Sicht zum Nachteil der SPD".

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 19.08.2008, 13:05 Uhr - 2726 Clicks - Nr. 761*

Multimedia wilhelm.tel in Quickborn?:

CDU wirft SPD Falschinformation vor.
SPD-Ratsherr Jürgen Radowitz stellt die Behauptung richtig
Der Pressesprecher der CDU-Quickborn prangert uns der Falschaussage an. Das ist ein starkes Stück. „Es solle nur eine Teilstrecke mit Glasfaser in Quickborn versorgt sein.“ Wir hatten nicht behauptet, das in ganz Quickborn Glasfasernetze bestehen. Wir berichteten, dass die Stadtwerke Quickborn für eigene Zwecke ein Glasfasernetz installiert haben, das mitbenutzt werden kann. So auch die frühere Auskunft der Stadtwerke. Liebe CDU, erst richtig lesen, dann kritisieren.

Übrigens hat der Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH, Uwe Timm, uns auf erneute Nachfrage mitgeteilt, dass es 2006 nicht zur Verlegung des Glasfasernetzes kam, weil gegen wilhelm.tel entschieden wurde. Die alleinige Nutzung war den Stadtwerken zu teuer. Dafür existiert ein dichtes Leerrohrnetz, in das die Kabel kostengünstig verlegt werden können. Und die gemeinsame Nutzung bleibt Option. Es bleibt dabei, gute Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb.

Die CDU begrüßt, wenn wilhelm.tel durch Norderstedt betrieben wird. Warum sollen die Gewinne nach Norderstedt abfließen? wilhelm.tel ist ein Erfolgsprodukt geworden, hoch profitabel. Würden wir die Kooperation mit Norderstedt eingehen und wilhelm.tel in quickborn durch unsere Stadtwerke anbieten, blieben die Gewinne in Quickborn.

Damit würden wir auch die Stellung der Stadtwerke Quickborn GmbH mit dem neuen Geschäftsfeld stärken und die Kundenbindung intensivieren.

Die SPD Quickborn geht in die Gespräche mit Norderstedt mit Zuversicht, wird die Chancen und Risiken verantwortungsbewusst abwägen und dann entscheiden - nicht vorher.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 19.08.2008, 15:29 Uhr - 8449 Clicks - Nr. 762*

Rossmann soll erneut für den Bundestag kandidieren

Für die im September 2009 stattfindende Bundestagswahl setzt der SPD Kreisvorstand weiter auf Dr. Ernst-Dieter Rossmann. In einem einstimmig gefassten Beschluss hat er den amtierenden

Abgeordneten gebeten, sich erneut als SPD-Kandidat im Wahlkreis Pinneberg zur Verfügung zu stellen.
Seinen Beschluss begründet der Kreisvorstand mit der bürgernahen Wahlkreisarbeit von Rossmann und seiner politisch einflussreichen Stellung im Bundestag.

Im Wahlkreis – so der Kreisvorstand - hat er über die zehn Jahre seiner Abgeordnetentätigkeit regelmäßig und kontinuierlich in Bürgersprechstunden und im Kontakt mit den Vereinen, Verbänden und Institutionen die Anliegen des Kreises aufgegriffen und sie zielstrebig Berlin vertreten. Rossmann ist für den SPD Kreisvorsitzender Hannes Birke ein verlässlicher und erfolgreicher Anwalt der Interessen des Kreises Pinneberg in Berlin.

Auf dem „Berliner Parkett“ hat Rossmann eine führende Stellung, die er verantwortlich wahrnimmt. Als Sprecher der parlamentarischen Linken in der Bundestagsfraktion, Bildungsexperte und Landesgruppensprecher der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordneten gehört Rossmann zu den SPD-Abgeordneten, die prägend politisch Einfluss die Politik nehmen.

Bei einer erneute Kandidatur, auf der für den 5. Dezember geplanten Nominierung des Direktkandidaten, kann sich Rossmann auf die zuverlässige Unterstützung und die breite Zustimmung des Kreisverband verlassen, da ist sich Hannes Birke sicher.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 23.08.2008, 18:32 Uhr - 6550 Clicks - Nr. 763*

Neuer Vorsitzender beim AK Bundeswehr in Kiel

Auf der Sitzung des Arbeitskreises Bundeswehr der Kieler Sozialdemokraten am 19.08.2008 wurde Kapitänleutnant a.D. Bernd Vogelsang zum neuen Vorsitzenden gewählt. Vogelsang löst Norbert Hartmann ab, der sich nach 4-jährigem Vorsitz ganz auf sein Mandat im Ortsbeirat Meimersdorf/Moorsee konzentrieren will. Als Stellvertretende Vorsitzende wurde Ingrid Lietzow in Ihrem Amt bestätigt.
Auf der Sitzung des Arbeitskreises Bundeswehr der Kieler Sozialdemokraten am 19.08.2008 wurde Kapitänleutnant a.D. Bernd Vogelsang zum neuen Vorsitzenden gewählt. Vogelsang löst Norbert Hartmann ab, der sich nach 4-jährigem Vorsitz ganz auf sein Mandat im Ortsbeirat Meimersdorf/Moorsee konzentrieren will. Als Stellvertretende Vorsitzende wurde Ingrid Lietzow in Ihrem Amt bestätigt.

Der Arbeitskreis hat sich in den vergangenen Jahren insbesondere für den Bundeswehrstandort Kiel stark gemacht und sich in der Kieler SPD für die Belange der Bundeswehr eingesetzt: z.B. für den Erhalt des Marinestützpunktes in der Wik und des Marinefliegergeschwader 5 in Holtenau, oder für die Weiterentwicklung der Wehrpflicht.

Außerdem hält der Arbeitskreis engen Kontakt mit dem Kieler Bundestagsabgeordneten und Mitglied im Verteidigungsausschuss Dr. Hans-Peter Bartels, damit Kieler Bundeswehrfragen auch in Berlin Beachtung finden.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 24.08.2008, 11:32 Uhr - 7291 Clicks - Nr. 764*

Pflege: Was können die Gemeinden tun?

Wie lässt sich die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich auch in Zukunft gewährleisten? Wie kann man die Pflege älterer Menschen vor Ort besser organisieren? Im Amt Mittelangeln will man sich nicht immer nur die gleichen drängenden Fragen stellen, sondern nach Antworten suchen. Sörups Bürgermeister Friedrich Martens hatte gemeinsam mit Dr. Wolfgang Wodarg, MdB Interessierte zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Folgender Artikel erschien im shz-Verlag.

Martens und Wodarg machten deutlich, dass man es nicht den Kapitalgesellschaften überlassen dürfe, den Gesundheitsbereich zu regeln. Sörup biete sich an festzustellen, wie eine Basisversorgung im Gesundheitsbereich aussehen könne.

Dass man an anderen Orten bereits an unterschiedlichen Modellen arbeitet, machten Professor Arno Deister vom Klinikum Itzehoe und Theresia Brechmann vom Verein "Alt und Jung" in Bielefeld deutlich.

Vor fünf Jahren - so Deister - hat am Klinikum Itzehoe ein im psychiatrischen Bereich angesiedeltes Projekt begonnen, das sich von der bisher üblichen Leistungsvergütung im Krankenhaus für psychisch Kranke nach Tagessätzen verabschiedet hat und ersetzt wurde durch ein festgesetztes Budget, das sich an der Einwohnerzahl des Kreises Steinburg orientiert (Regionalbudget). Dieses Budget bewirkt, dass durch das Krankenhaus die Versorgung selber gestaltet werden kann.

In der Praxis bedeute dies, dass der Patient so lange im Krankenhaus verbleibt, wie es unbedingt notwendig sei, betonte der Professor. Dafür könne er von dem ihn behandelnden Krankenhausarzt weiter ambulant betreut werden. Auch Leistungen außerhalb der Krankenhausversorgung würden über das Budget abgerechnet - mit der Folge, dass auch hier eine optimale Weiterversorgung gewährleistet sei.

Da das Gesamtbudget nicht ausgeschöpft werde, sei man in Itzehoe in der Lage, finanzielle Mittel in die Prävention zu stecken. Es sei geplant, auch die niedergelassenen Ärzte in das System einzubeziehen. "Das System funktioniert, weil Geld zur Verfügung steht", so Deister.

Altenpflegerin Theresia Brechmann stellte das Bielefelder Wohnmodell vor, bei dem Alte und Junge, Behinderte und Gesunde zusammenleben. Die in dieser Gemeinschaft in eigenen Wohnungen lebenden Behinderten würden von einem in das Projekt integrierten ambulanten Pflegedienst Tag und Nacht betreut. Da die behinderten Menschen in ihrer Wohnung länger aktiv blieben, sei ein Rückgang des Pflegeaufwandes festzustellen, unterstrich die Referentin. Die Kosten seien für alle akzeptabel, da sich die Bürger selber verwalteten und ihr Leben in die eigene Hand nähmen.

"Wir müssen in den Gemeinden die Verantwortung wieder selber in die Hand nehmen", forderte Dr. Wodarg als Resümee aus den Vorträgen. Das neue Pflegegesetz mache vieles möglich, das Umfeld so zu gestalten, dass Pflegebedürftige in Zukunft keine Angst mehr haben müssten, in ein Heim

abgeschoben zu werden. Eine Arbeitsgruppe wird sich in Mittelangeln weiter mit den Fragen beschäftigen und nach Antworten suchen.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 24.08.2008, 13:36 Uhr - 5425 Clicks - Nr. 765*

Vorbereitungen für Bundestagswahl 2009 laufen

Die Wahl zum 17. Bundestag wirft langsam aber sicher ihre Schatten voraus. Die Wahlperiode des 16. Deutschen Bundestages hat am 18. Oktober 2005 begonnen. Demnach muss der Termin für die Bundestagswahl 2009 - sofern es nicht zu einer vorzeitigen Auflösung des Bundestages kommt - zwischen dem 19. August und dem 18. Oktober 2009 liegen.
Da die Termine für Bundestagswahlen grundsätzlich nicht mit Hauptferienzeiten kollidieren sollen, dürfte der Wahltag nicht vor Sonntag, dem 20. September 2009 liegen. Der Bundeswahlleiter hat den Termin bisher noch nicht bekannt gegeben.

Im Bundestagswahlkreis 6 Plön - Neumünster haben die Vorbereitungen für die Wahlkreisdelegierten- konferenz bereits begonnen. Am 6. November 2008 wollen die Kreisverbände Plön, Neumünster und Segeberg ab 19.30 Uhr im Holstenhallenrestaurant Neumünster mit 130 Delegierten eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für den bisherigen Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Bürsch nominieren.

Der Delegiertenschlüssel wird auf der Grundlage der Mitgliederanzahl der Kreisverbände festegelegt. Aus dem Kreisverband Plön dürfen 100 Delegierte und aus dem Kreisverband Neumünster 24 Delegierte ihre Stimme abgeben. Da der Wahlkreis 6 auch einen Teil des Kreises Segeberg umfasst, dürfen auch 6 Delegierte aus dem Kreisverband Segeberg mitwählen.

Der bisherige Bundestagsabgeordnete, Dr. Michael Bürsch, hatte bereits im Juli erklärt, dass er nicht für eine weitere Wahlperiode kandidieren wolle. Kandidaturen der Kreisvorsitzenden aus Plön und Neumünster wird es nicht geben.

Dr. Michael Bürsch vertritt den Wahlkreis 6 seit dem 17.06.1997 im Deutschen Bundestag. Er war nachgerückt für Norbert Gansel, als dieser zum ersten direkt gewählten Oberbürgermeister von Kiel berufen wurde. Michael Bürsch ist 1997 über die Landesliste Schleswig-Holstein und danach stets als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Plön - Neumünster in den Bundestag eingezogen. Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte er 47,0 % der Erststimmen. Von 1976 bis 1994 war Horst Jungmann MdB des Wahlkreises 6, der zur Bundestagswahl 1976 neu geschnitten wurde.

Neumünster wurde zuletzt in den 70er Jahren von einer Frau vertreten. Die Dilpomlandwirtin Dr. Elisabeth Orth war von 1969 bis zu ihrem Tode am 10.05.1976 Mitglied des Deutschen Bundestages. Zunächst von 1969 bis 1972 über die Landesliste SH, danach als Direktabgeordnete des damaligen Wahlkreises Rendsburg-Neumünster.

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 24.08.2008, 14:24 Uhr - 2593 Clicks - Nr. 766*

Erweiterung und Neugestaltung des Flensburger Schifffahrtsmuseums

Die Stadt Flensburg lädt zur Öffentlichkeitsbeteilung im Rahmen der geplanten Erweiterung und Neugestaltung des Flensburger Schifffahrtsmuseums ein.
Das museumswissenschaftliche Konzept und die auf dieser Grundlage entwickelten Pläne werden nach den Sommerferien den Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert.
Zu dieser Informationsveranstaltung, die am 17. September 2008 um 19:30 Uhr im Flensburger Schifffahrtsmuseum stattfindet, lädt die Stadt Flensburg herzlich ein.

Diese Veranstaltung wurde ursprünglich für den 3.9. geplant !

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 25.08.2008, 13:30 Uhr - 7332 Clicks - Nr. 767*

Weshalb nach Norwegen, es ginge doch auch bei uns!

Die hausärztliche Versorgung auf dem Lande ist nicht nur in den neuen Bundesländern stark gefährdet. In den nächsten fünf Jahren werden über 41000 Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand gehen und schon jetzt sind etwa 16000 Ärztinnen und Ärzte im Ausland tätig. Viele scheuen die Arbeitsbedingungen in deutschen Praxen und Kliniken und ziehen andere Jobs vor. Hier die Stellungnahme von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB, erschienen in der Zeitung Der Allgemeinarzt.

NACHHALTIGE SICHERUNG DER
ÄRZTLICHEN VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB (SPD)

Die hausärztliche Versorgung auf dem Lande ist nicht nur in den neuen Bundesländern stark gefährdet. In den nächsten fünf Jahren werden über 41000 Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand gehen und schon jetzt sind etwa 16000 Ärztinnen und Ärzte im Ausland tätig. Viele scheuen die Arbeitsbedingungen in deutschen Praxen und Kliniken und ziehen Jobs als Berater oder Gutachter in Wirtschaft, Verbänden oder Behörden vor.

Gleichzeitig sehen wir, wie große Konzerne und Anleger das deutsche GKV-System als einen der "größten zu liberalisierenden Märkte" ins Auge gefasst haben und wie sich ein Gesundheitsmarkt entwickelt, der mit möglichst wenig Personal möglichst viel Rendite für die Aktionäre machen muss. "Wenn wir unseren Geldgebern keine zweistelligen Renditen sichern, legen sie ihr Geld woanders an", eröffnete mir kürzlich der Geschäftsführer einer großen Krankenhauskette. "Mehr Hilfskräfte weniger Fachkräfte" ist die Maxime. Betriebswirte dominieren, die Softwareindustrie boomt. Personal, welches am Patienten arbeitet, wird eingespart.
Dokumentation für den Patienten ist sicher notwendig, aber der hohe, in Klinik und Praxis belastende administrative Misstrauensaufwand ist eine der abschreckenden Nebenwirkungen des

Gesundheitsmarktes.

Gesundheitspflege war bis vor kurzem unstrittig ein wesentlicher Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge und die herausgehobene Rolle von "Medizinmännern und -frauen" in fast allen Gesellschaften beruhte auf der treuhänderischen Funktion der sorgenden, pflegenden und heilenden Zunft.

Wenn deren Akteure jedoch nicht mehr im öffentlichen Interesse handeln sondern als Beschäftigte von Kapitalgesellschaften vor allem die Interessen der Investoren vertreten müssen, dann wird klar, weshalb es so viele deutsche Ärzte in "staatsdirigistische" Systeme wie das norwegische, britische, spanische, schwedische oder finnische zieht. Hier beziehen sie ein Gehalt und können sich - ohne schlechtes Gewissen - nur um die Gesundheit ihrer Patienten kümmern.

Geht das in Deutschland nicht auch? Ein klares "Ja" ist die Antwort. Der Gesetzgeber hat solches sogar längst möglich gemacht: Stellen sie sich vor, eine Region schließt sich zusammen, gründet z.B. eine gemeinnützige GmbH, in der die örtliche Sozialstation, die Gemeinden, die Hausärzte und einige örtliche ehrenamtliche Institutionen jeweils als Gesellschafter ihren Anteil einbringen und schafft ein Gesundheitsnetzwerk, in dem pflegerische, ärztliche, rehabilitative, pharmakologische und nachbarschaftliche Kompetenz gebündelt wird.

Nur in Kliniken kennen wir bislang ähnlich komplexe, kooperative Systeme.
Doch warum soll das nicht auch ambulant funktionieren? Gesetzlich möglich ist so etwas zum Beispiel über Strukturverträge oder durch neue Möglichkeiten des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes. Wenn eine solche regionale gGmbH die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen würde und - wie für die psychiatrische Versorgung in Teilen Schleswig-Holsteins bereits geschehen - ein regionales Budget mit allen Kassen vereinbart, dann hätten wir noch bessere Arbeitsbedingungen für alle Beteiligten als in Finnland oder Schweden!

Jeder vermiedene Krankenhausaufenthalt, jede nicht erfolgte Heimunterbringung spart Geld, welches für Prävention, Rehabilitation und gute Gehälter der Beschäftigten genutzt werden könnte. "Gesundheit aus einer Hand" , das wollen auch die großen Krankenhauskonzerne bieten. Sie kaufen bereits Arztpraxen ("Portalpraxen"), organisieren Nachsorge, Rehabilitation und Pflegeheime und versuchen damit eine möglicht optimale Auslastung aller ihrer Einrichtungen zu gewährleisten - müssen sie doch für ihre Kapitalgeber viel Geld verdienen. Das aber können sie nur, wenn sie möglichst viele Kranke behandeln dürfen - ein volkswirtschaftlich und gesundheitspolitisch katastrophaler Mechanismus!

Bevor die Kassen - und das sind letztlich wir Beitragszahler- nur noch zahlen, sollten sie gemeinsam die Initiative ergreifen und regionale, ganzheitliche Versorgungsstrukturen fördern und entwickeln, die im öffentlichen Interesse arbeiten. Das würde auch dem Ansehen und dem Einkommen der dort beschäftigten "Medizinmänner und -frauen" mittelfristig nützen und es wäre ein wirksamer Beitrag, die ärztliche Versorgung auch auf dem Lande nachhaltig zu sichern.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 25.08.2008, 18:57 Uhr - 8848 Clicks - Nr. 768*

Thorsten Fischer: Ole Schörder (CDU) will vom Versagen der CDU ablenken.

Nicht das Land, sondern die Kreis-CDU verzögert den Krippenausbau im Kreis Pinneberg.
„Ganz offensichtlich will der CDU-Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Dr. Ole Schröder

beim Ausbau von Krippenplätzen vom Versagen der Kreis-CDU ablenken“. So Thorsten Fischer – jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion – zur Kritik des CDU-Kreisvorsitzenden, das Land Schleswig Holstein sei bei der Umsetzung des mit Bundes- und Landesmitteln geförderten Investitionsprogramms zum Krippenausbau zu zögerlich.

Richtig ist – so Fischer – dass dem Kreis Pinneberg im Rahmen des Investitionsprogramms in den Jahren 2008 bis 2010 mit insgesamt 5.506.000 Euro der höchste Fördersatz aller Landkreise zur Verfügung gestellt wird – allein 1.835.134 Euro für das Jahr 2008. Fischer ist sich allerdings nicht sicher, ob auch alle Fördermittel für das laufende Jahr vom Land abgerufen und bedarfsgerecht verwendet werden können.

Den Grund sieht Fischer in der jahrelangen Blockadehaltung der CDU, die Unterversorgung mit Krippenplätzen und Tagesmüttern abzubauen. Er verweist darauf, dass die SPD erstmalig im Juni 2006 ein mit 1,0 Millionen Euro dotiertes Sofortprogramm zur frühkindlichen Förderung gefordert hatte, mit ihrem Vorstoß allerdings mehrfach an der CDU-Mehrheit gescheitert ist. Erst im September 2007 konnte die SPD einen Teilerfolg im Jugendhilfeausschuss erreichen. Bei Stimmenenthaltung der CDU beschloss der Ausschuss wenigstens den Bedarf an Krippenplätzen zu ermitteln.

Sollte es zu nachhaltigen Verzögerungen beim Krippenausbau kommen ist für Fischer nicht das Land verantwortlich, sondern die jahrelange Untätigkeit der Kreis CDU, für die als Kreisvorsitzender der CDU Ole Schröder politisch mitverantwortlich ist.

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 26.08.2008, 17:22 Uhr - 6951 Clicks - Nr. 769*

Argumente zur Atomenergie

Die Atomlobby versucht seit Jahren mit einer umfangreichen PR-Kampagne Einfluss auf Politiker und Öffentlichkeit zu nehmen. Ziel ist es, die Laufzeiten ihrer Atomkraftwerke zu verlängern. Sie wollen den von ihnen unterzeichneten Atomausstiegsvertrag brechen und damit zusätzliche Milliardengewinne einstreichen. Im folgenden Argumentationspapier der AG Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion werden den Behauptungen die Fakten gegenübergestellt.

ARGUMENTE ZUR ATOMENERGIE

Die Atomlobby behauptet: **Atomenergie schützt das Klima**

Fakt ist:

-Die Wertschöpfungskette von Atomenergie ist nicht klimafreundlich: Der Bau sowie der Rückbau von AKW, Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten, die Erschließung, der Abbau, Transport und Veredelungsprozess von Uran sowie die Brennstäbeaufbereitung verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase.

-Eine aktuelle Studie des Ökoinstituts zeigt, dass die Klimabilanz bei einem Erdgas-Blockheizkraftwerk ähnlich gut ist wie bei einem AKW. Dabei umfasst die Studie bspw. nicht einmal die durch die Endlagerung verursachten Emissionen.

-Atomkraft ersetzt kein Öl. Mit ihr lassen sich weder Häuser beheizen noch Autos bewegen.

-Da bei Atomkraftwerken die Abwärme ungenutzt bleibt, ist der Wirkungsgrad mit ca. 35% sehr viel geringer als bei Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung (ca. 90%). Die benötigte Wärme im Bereich Heizung und Warmwasser muss anderweitig erzeugt werden, was in der Regel mit zusätzlichen Kohlendioxidemissionen verbunden ist.

-Atomkraftwerke decken weltweit einen Anteil von ca. 3% des Gesamtenergieverbrauchs und können somit keinen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Deckung von nur 12% des weltweiten Energieverbrauchs würde den Bau von etwa 1500 AKW erfordern. Dieser Ausbau wäre zu teuer, würde sehr lange dauern und die begrenzten Uranvorräte zu schnell aufbrauchen.

-Die zentralistische Struktur der Atomenergie verhindert den Umbau der Energieversorgungsstruktur hin zu klimafreundlichen, dezentralen Einheiten und mehr Erneuerbaren Energien. Heute getroffene falsche Investitionsentscheidungen binden langfristig Kapital, das dann für Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz fehlt.

-Mehrere neue Studien, bspw. des Umweltbundesamtes, belegen, dass bis zum Jahr 2020sowohl der Atomausstieg als auch eine Reduzierung des CO2-Ausstosses um 40% realisierbar sind.

Die Atomlobby behauptet: **Atomenergie reduziert die Importabhängigkeit**

Fakt ist:

-Deutschland ist zu 100% abhängig von Uranimporten.

-Die Erneuerbaren Energien sind die einzigen Energieträger, bei denen Deutschland vollständig unabhängig von Importen ist und die gleichzeitig den Klimaschutz sichern.

Die Atomlobby behauptet: **Ohne Atomenergie keine Versorgungssicherheit**

Fakt ist:

-Bei Wassermangel, zu hoher Wassertemperatur in den Flüssen oder bei Überschwemmungen müssen Atomkraftwerke ihre Leistung drosseln oder ganz abgeschaltet werden. Dann müssen sehr schnell große Produktionskapazitäten ersetzt werden. Gleiches gilt bei den sich häufenden Abschaltungen durch Sicherheitsmängel oder Störfälle.

-Im Juli 2007 speisten zeitgleich sechs deutsche Atomkraftwerke keinen Strom ins Netz ein. Dennoch war die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit gewährleistet. Deutschland konnte 2007 sogar 14 Mrd. Kilowattstunden Strom exportieren.

-Uran ist ein seltener Rohstoff, dessen Reichweite ebenso begrenzt ist wie die von Öl. Seit dem Jahr 2000 ist der Weltmarktpreis von Uran auf das 20-fache gestiegen. Die Erneuerbaren Energien sind dagegen unerschöpflich. Deren heute technisch nutzbares Potenzial übertrifft den derzeitigen weltweiten Energiebedarf um ein Vielfaches.

-Bereits 2007 wurde das Ziel der Bundesregierung, 2010 12,5% des deutschen Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien zu decken, mit einem Anteil von 14,5% übertroffen.

-Es ist möglich, eine bedarfsgerechte Stromversorgung durch eine Kombination verschiedener erneuerbarer Energieträger mit Speichertechnologien, einem verbesserten Nachfragemanagement und einer gesteigerten Energieeffizienz sicherzustellen.

Die Atomlobby behauptet: **Atomstrom ist sehr günstig**

Fakt ist:

-Atomstrom ist für die Betreiber günstig, weil die AKW abgeschrieben sind und der Steuerzahler die Atomenergie mit (je nach Schätzung) 45 bis 80 Mrd. € subventioniert hat. Die günstigen Bereitstellungskosten für Atomstrom wirken faktisch nicht preisdämpfend, sondern erhöhen lediglich die Gewinne (über 100 Mio. € pro AKW und Jahr) der vier großen Energieversorgungsunternehmen.

-Die Bürger profitieren nicht vom "günstigen" Atomstrom:
In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit dem höchsten Atomstromanteil, ist der Strompreis nicht niedriger als in anderen Regionen Deutschlands. Obwohl Deutschlands größter AKW-Betreiber e.on 2007 einen Überschuss von 5,1 Mrd. € erzielt hat, erhöhte das Unternehmen die Strompreise zum 1. Januar 2008 um bis zu 10%.

-Die AKW-Betreiber profitieren von der Nichtbesteuerung der Kernbrennstoffe sowie von der gesetzlich festgelegten niedrigen Haftung pro Schadensfall von 2,5 Mrd. €. Eine alle Risiken abdeckende Haftpflichtversicherung wäre am Versicherungsmarkt überhaupt nicht zu bekommen und würde auch zur Unwirtschaftlichkeit kommerzieller AKW führen.

-Die vom AKW-Betreiber beliebig verwendbaren steuerfreien Rückstellungen in Höhe von mittlerweile rund 30 Mrd. € stellen ein jahrzehntelanges zinsloses Darlehen für die AKW- Betreiber dar. Damit verstärkt sich der Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft, welcher auch ein Grund für die enormen Strompreissteigerungen ist.

-Die öffentliche Hand bleibt auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen: Kosten für gescheiterte Projekte, Castortransporte, Endlager- forschung, Atomaufsicht, Hinterlassenschaften der DDR, Deckung der Restrisiken.

Die Atomlobby behauptet: **Deutsche Atomkraftwerke sind sicher**

Fakt ist:

-Die Sicherheit von alten AKW ist allein aus Gründen der Baukonstruktion und der veralteten Technik stark begrenzt. Dazu kommen die Abnutzungserscheinungen.

-Die Reaktoren wurden für eine Laufzeit von 25 nicht von 40 oder 60 Jahren konzipiert. Die Sicherheit des Anlagenbetriebs nimmt mit längerer Laufzeit ab. Mit den zunehmenden Reparaturen und Nachrüstungen steigen auch die Ausfallzeiten, das heißt die Versorgungssicherheit sinkt.

-Studien belegen, dass das Risiko eines Reaktorunfalls ab einer Betriebsdauer von 20 Jahren deutlich steigt. Dies ist u. a. auf Korrosion und Materialermüdung zurückzuführen.

-Die Betreiber verzögern Sicherheitsuntersuchungen um sicherheitstechnische Nachrüstungen

aufzuschieben. Wirtschaftlicher Gewinn der Unternehmen geht also vor Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung.

-Die Betreiber verhindern den Zugang unabhängiger Gutachter, obwohl ihre AKW angeblich so sicher sind.

-Die Vorfälle in Brunsbüttel und Krümmel haben gezeigt, dass deutsche AKW keinesfalls unfallfrei und zuverlässig laufen.

-Die epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken kommt zu dem Ergebnis, dass das Risiko für 0-4jährige Kinder an Leukämie zu erkranken zunimmt, je näher ihr Wohnort an einem Kernkraftwerksstandort liegt.

-Auch in anderen westlichen Ländern, in denen behauptet wird, man habe die sicherste Technologie der Welt, und deren Atomkraftwerke mit den deutschen vergleichbar sind, treten erhebliche Störfälle auf. Bsp.: Großbritannien (2007 lief zeitweise nur ein AKW einwandfrei) und Schweden (ernster Störfall 2007 in Forsmark).

-Durch die gestiegene Terrorgefahr hat sich die Wahrscheinlichkeit eines gezielten Flugzeugabsturzes auf ein AKW deutlich erhöht. Eine Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) kommt zu dem Ergebnis, dass keines der deutschen AKW hundertprozentigen Schutz vor Terrorangriffen bietet.

Die Atomlobby behauptet: **Die Endlagerfrage kann leicht gelöst werden**

Fakt ist:

-Die Endlagerfrage ist bisher weltweit ungelöst.

-Endlagerung wird niemals völlig sicher sein. Das zeigen massive Probleme im ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben und im Endlager-Forschungsbergwerk Asse II.

-Hochradioaktive Abfälle müssen für mehr als eine Mio. Jahre sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden. Für einen so langen Zeitraum zu planen, ist allerdings unmöglich. Kein Mensch kann vorhersehen, was in den nächsten 10.000 Jahren passieren wird.

-Eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre würde bis zu 3.500 Tonnen hochradioaktiven Abfall zusätzlich bedeuten.

-Es muss eine ergebnisoffene und auf international anerkannten Auswahl- und Sicherheitskriterien basierende Endlagersuche geben, um zumindest den "sichersten" Standort zu finden. Dies ist gängige Praxis in anderen Ländern und wird von der CDU/CSU im Interesse der deutschen Grenzregion auch von der Schweiz eingefordert.

Die Atomlobby behauptet: **Atomenergie-Renaissance - Deutschland isoliert sich**

Fakt ist:

-In den letzten zwei Jahrzehnten sind deutlich mehr Atomkraftwerke vom Netz gegangen als neue hinzugekommen. Auch in den nächsten Jahren werden mehr Kraftwerke abgeschaltet, als neue gebaut.

-Insgesamt produzieren vergleichsweise wenige Länder Atomstrom, wogegen es einen weltweiten Boom bei den Erneuerbaren Energien gibt, bei denen Deutschland Weltmarktführer ist.

-Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich zum Exportschlager entwickelt. Mittlerweile gibt es mehr Staaten mit einem solchen oder ähnlichen Förderinstrument als Staaten mit Atomkraftwerken.

-Bis zum Jahr 2030 erwartet selbst die "atomfreundliche" Internationale Energieagentur (IEA) eine Verminderung des Anteils des Atomstroms an der gesamten (wachsenden) Stromerzeugung.

Die Atomlobby behauptet: **Atomenergie sichert Arbeitsplätze**

Fakt ist:

-In der Atomindustrie sind nach Betreiberangaben direkt und indirekt 38.000 Menschen beschäftigt (Tendenz fallend), im Wirtschaftsbereich Erneuerbare Energien dagegen 250.000. Zwischen 2004 und 2006 wuchs hier die Zahl der Beschäftigten um fast 50%.

-Außerhalb Deutschlands produzieren nur vier AKW vom einzigen deutschen Reaktorbauer Siemens Strom. Der aktuelle Bau des Atomkraftwerks in Finnland ist der erste Auftrag für Siemens seit 1982. Dieser bringt dem Konzern mindestens 500 Mio. € Verluste und führte bereits zu einer Wertminderung der Aktien.

-Das Abschalten der AKW bedeutet nicht den sofortigen Arbeitsplatzverlust, da die Belegschaften in der Regel noch mehrere Jahre mit der Stilllegung und dem Abriss beschäftigt sind.

Die Atomlobby behauptet: **Eine rein friedliche Nutzung der Atomenergie ist möglich**

Fakt ist:

-Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie schafft eine für militärische Zwecke nutzbare Infrastruktur (z. B. Indien, Pakistan, Nordkorea, Iran). Es ist kaum zu beurteilen, welcher Staat langfristig verantwortlich mit der Hochrisikotechnologie umgeht. Man kann anderen Staaten die Atomenergienutzung kaum verbieten, wenn man sie selbst vorantreibt.

-Mit einem Ausbau der Atomenergie steigt durch die Menge an kursierendem nuklearem Material auch das Missbrauchsrisiko.

-Allein für 2005 sind 103 Fälle von illegalem Handel mit atomarem Material dokumentiert.

Übrigens: Selbst die Union bezeichnet die Atomenergie als "Übergangstechnologie". Wer aber an Auslaufmodellen festhält, verhindert wichtige Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien. Außerdem sinkt der Druck Energie einzusparen und effizienter einzusetzen.

Atomenergie ist von gestern, die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien!

Keine Kommentare

Astrid Höfs - *veröffentlicht am 27.08.2008, 16:26 Uhr - 4754 Clicks - Nr. 770*

TAG DES OFFENEN LANDESHAUSES

Tag der offenenTür im Landeshaus am 27.09.08
Der Schleswig-Holsteinische Landtag lädt alle Bürgerinnen und Bürger am 27. September zu einem Tag der Offenen Tür ins Landeshaus ein.

Man kann sich im ganzen Haus in vielen Gesprächen über Politik informieren. Abgeordnete aller Fraktionen stehen Ihnen dafür an diesem Tag zur Verfügung und die Landesregierung ist ebenfalls dabei.

Auf allen Etagen des Landeshauses findet ein umfangreiches Rahmenprogramm mit vielen attraktiven Aktionen statt, auch für das leibliche Wohjl wird gesorgt.

Die Landtagsabgeordnete Astrid Höfs, SPD, bietet an, das Landeshaus mit einem Bus von Bad Segeberg aus anzufahren.

Abfahrt ab Bad Segeberg, ZOB um 10.00Uhr
Rückkehr ab Kiel um 14.30 Uhr
Kosten: 5€, bei Anmeldung zu begleichen

Anmeldungen bitte bei Kirsten Tödt im Wahlkreisbüro von Astrid Höfs, Oldesloer Str. 20 in Bad Segeberg,
Tel.: 04551-968460, ggf. Anrufbeantworter

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 28.08.2008, 12:11 Uhr - 7217 Clicks - Nr. 771*

Aids: Wodarg kritisiert Pharma-Industrie

SPD-Gesundheitsexperte und Entwicklungspolitiker Wolfgang Wodarg hat im Kampf gegen Aids die Haltung der Pharma-Industrie kritisiert. Durch ihre Werbung würden die Menschen leichtsinnig. Wodarg plädierte für ein Werbeverbot für Medikamente und die Schaffung eines internationalen Fonds für die Aids-Forschung. (Presse-Echo)

Die 17. Internationale AIDS-Konferenz:

Die Aids-Stiftung des früheren US-Präsidenten Bill Clinton will sich beim Kampf gegen die Immunschwächekrankheit auf die Vereinigten Staaten konzentrieren. Clinton sagte auf der 17. Welt-Aids-Konferenz in Mexiko, dass er von einer Studie angetrieben werde, nach der in den USA 40 Prozent mehr Menschen an Aids erkrankt sind als bislang angenommen. Die Hälfte von ihnen sind Schwarze. "Das sollte eine Warnung für Amerikaner sein", sagte Clinton. Rund 95 Prozent der HIV-infizierten Menschen leben allerdings in Entwicklungsländern. Weltweit gehört Aids zu den häufigsten krankheitsbedingten Todesursachen. Weltweit leiden mehr als 33 Millionen Menschen an der Krankheit, und jedes Jahr kommen rund 2,5 Millionen Neuinfektionen hinzu.

In diesem Zusammenhang kritisierte der SPD-Gesundheitsexperte Wolfgang Wodarg die Pharma-Industrie. Mit der Erfolgswerbung, dass man mit der Krankheit bis zu 40 Jahre weiterleben könne, wecke sie die Hoffnung, dass Aids gar nicht mehr so schlimm sei, sagte er in einem Interview von NDR Info. Das lasse die Menschen leichtsinniger werden. "Und das ist natürlich eine fürchterliche Nebenwirkung dieser Werbung", sagte Wodarg. Er sprach sich deswegen für ein generelles Werbeverbot für Medikamente aus. Außerdem plädierte Wodarg für die Schaffung eines internationalen Fonds, der die Aids-Forschung finanziert. Die Ergebnisse seien dann jedem frei zugänglich, könnten kopiert und nachgebaut werden - überall in der Welt und sehr preisgünstig. Das würde Abhilfe schaffen für das Problem, das es derzeit mit den teuren, patentgeschützten Medikamenten gebe, die von vielen Menschen benötigt würden, aber oft nicht finanziert werden könnten.

An dem Treffen in Mexiko-Stadt nahmen mehr als 20.000 Experten und 3.000 Journalisten teil.

(PR-inside.com)

Der SPD-Gesundheitsexperte Wolfgang Wodarg hat die Pharma-Industrie wegen ihrer Haltung im Kampf gegen Aids kritisiert. Mit der Erfolgswerbung, dass man mit der Krankheit bis zu 40 Jahre weiterleben könne, wecke sie die Hoffnung, dass Aids gar nicht mehr so schlimm sei, sagte er bei NDR Info.

Das lasse die Menschen leichtsinniger werden. "Und das ist natürlich eine fürchterliche Nebenwirkung dieser Werbung", sagte Wodarg. Er sprach sich deswegen für ein generelles Werbeverbot für Medikamente aus.

Außerdem plädierte Wodarg für die Schaffung eines internationalen Fonds, der die Aids-Forschung finanziert. Die Ergebnisse seien dann jedem frei zugänglich, könnten kopiert und nachgebaut werden - überall in der Welt und sehr preisgünstig. Das würde Abhilfe schaffen für das Problem, das es derzeit mit den teuren, patentgeschützten Medikamenten gebe, die von vielen Menschen benötigt würden, aber oft nicht finanziert werden könnten.

(Focus-online)

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 28.08.2008, 13:09 Uhr - 2825 Clicks - Nr. 772*

Bebauung des Apothekergartens so nicht tragbar !

Am „Apothekergarten“ plant die Stadt Bad Segeberg zusammen mit einem Investor altersgerechtes, betreutes Wohnen .

Direkt am sog. Schweinemarkt soll das Gebäude entstehen. Entwürfe und Skizzen liegen bereits vor. Rund 20 Millionen Euro sollen investiert werden.

Doch: „In dieser Form, insbesondere mit diesen Ausmaßen können wir den geplanten Bau nicht mittragen“, berichtet die Fraktionsvorsitzende Kirsten Tödt nach der jüngsten Sitzung der Bad Segeberger SPD-Fraktion.

„Wir sind zu dem Schluss gekommen“, so Tobias Gellert, Pressesprecher der SPD in der Kalkbergstadt, „dass wir mit einer weiteren Bausünde im Herzen Bad Segebergs“ nicht leben können und wollen.“ Fraktionsintern werde befürchtet, dass ein Bau entsteht, der ähnlich wie die gelb-weißen Türme am Großen Segeberger See, sich nicht in das Stadtbild einfügt sondern negativ hervorsticht.

Die SPD fordert nun alternative Bebauungsvorschläge für die Fläche.

„Wir wünschen uns eine niedrige Bebauung, möglichst terrassenartig Richtung See, die sich dem Stadtbild besser anpassen würde“, so SPD-Stadtvertreterin und Ortsvereinsvorsitzende Helga Poppe.

Hinzu komme, dass man sich mit einem Alten- und Pflegeheim Konkurrenz ins eigene Nest holt. Das Alten- und Pflegeheim Christiansfelde wurde erst kürzlich erweitert und modernisiert.

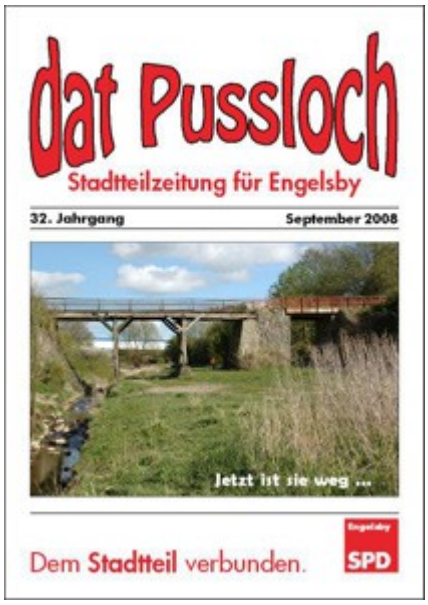
Am kommenden Mittwoch, ist um 18 Uhr eine öffentliche Sitzung des Bauausschusses der Stadt Bad Segeberg mit Ortsbesichtigung am Apothekergarten angesetzt.

„Wir werden uns – in Absprache mit der Stadtverwaltung – bemühen, die Ausmaße des Baus dann visuell deutlich zu machen“, kündigt Kirsten Tödt an. Denkbar wären Stangen in Höhe des Gebäudes oder die Hilfe von Bauhof oder Feuerwehr, die mit Hubsteiger oder Drehleiter die exakte Höhe zeigen könnten.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 28.08.2008, 20:04 Uhr - 2309 Clicks - Nr. 773*

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung



Soeben ist die neueste Ausgabe unserer Stadtteilzeitung für Engelsby - dat Pussloch - erschienen.
Der eMail-Versand an unsere Abonnenten ist bereits erfolgt.
Die Briefkastenverteilung beginnt an diesem Wochenende.
Aus dem Inhalt:

- Hinter dem Horizont geht´s weiter
- Politik vor Ort für Jung und Alt
- Anerkennung: Jugendliche erstellen Stadtteilkarte
- Es war einmal eine Holzbrücke ...
- Das Schottweg-Hochhaus muss weg

und vieles Interessantes mehr aus Ihrem Stadtteil.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Keine Kommentare

SPD Bad-Segeberg - *veröffentlicht am 29.08.2008, 08:54 Uhr - 2239 Clicks - Nr. 774*

SPD-Fraktion tagt ab sofort öffentlich

"Wir tagen nicht hinter verschlossenen Türen. Die SPD war immer für Transparenz in Gremien", so Fraktionsvorsitzende Kirsten Tödt. "Wir haben uns dafür stark gemacht und in der letzten Stadtvertretung beantragt, dass auch der den Hauptausschuss des Schulverbandes endlich öffentlich wird."

Die nächste Fraktionssitzung findet am 10.09. von19.30 bis 21 Uhr im Rathaus statt. .
Gäste sind willkommen.

Wer konkrete Fragen, ein Anliegen oder Anregungen hat, kann diese auch schon vorher an die SPD-Fraktion herantragen. Entweder per Mail, Kirsten.Toedt@spd-online.de oder telefonisch: 04551-4678.

Eine andere Möglichkeit mit der SPD vor Ort ins Gespräch zu kommen ist der "Treff um 11", der gemeinsam von Fraktion und Ortsvereinsvorstand der SPD organisiert wird. Der nächste Treff ist am Samstag, 20.09. , 11 Uhr im Heinrich-Wickel-Haus.

Kirsten Tödt

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.08.2008, 13:20 Uhr - 1708 Clicks - Nr. 775*

Sondersanierung der Schulen auf gutem Weg–Investitionsprogramm geht ins 10. Jahr

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Sprechern der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Anke Erdmann, erklären: „Das Sondersanierungsprogramm der Schulen, mit dem seit 1998 jedes Jahr ca. 2,5 Mio. € zusätzlich bereit gestellt werden, um den baulichen Zustand aller Kieler Schulen zu verbessern, geht 2008 ins 10. Jahr.
Bei einem festgestellten Investitionsbedarf von weit über 50 Millionen € und den knappen Haushaltsmitteln bleibt die Sondersanierung ein Kraftakt für die Stadt, der bislang von allen Ratsfraktionen einvernehmlich mitgetragen wurde.
Deshalb ist die Schulbausanierung seit 1998 ein gutes Stück nach vorne gekommen. Die Fortschritte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor uns noch eine Menge Arbeit liegt. Tatsächlich wurden mühsam Mittel aus dem Haushalt in den Schulbereich für die Schulbausanierung umgelenkt. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Die Anstrengungen insgesamt werden wir verdoppeln müssen, denn zusätzlich zu den Sanierungsarbeiten werden umfassende Umbauarbeiten fällig, damit Kiel die Anforderungen der Schulreform umsetzt - schätzungsweise werden dafür 10 Millionen € bis 2010 - nach Auskunft der

Verwaltung - gebraucht.
Wir wollen fraktionsübergreifend mehr Schwung für die Bildung entwickeln und sind besonders auf praktikable Deckungsvorschläge für die von einzelnen Fraktionen propagierten drastischen Mehrausgaben für Schulinvestitionen gespannt.“

Keine Kommentare

Dr. Wolfgang Wodarg - *veröffentlicht am 30.08.2008, 10:47 Uhr - 7195 Clicks - Nr. 776*

"Energie-Gipfel" in Gelting

Bürger diskutierten mit Bundestagsabgeordnetem Einsparmöglichkeiten: Steigende Energiekosten und explodierende Rohölpreise sind ganz offensichtlich Themen, die viele Bürger gegenwärtig stark beschäftigen. Bei einer Bürgerversammlung, zu der der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg aus dem Wahlkreis Flensburg/Schleswig in den Geltinger Landkrog eingeladen hatte, wurde angeregt diskutiert. (SOMMERTOUR)

Dieser Artikel erschien im regionalen Teil des shz-Verlags:

Es wurde deutlich, dass viele Bürger durchaus bereit sind, neue Wege in Sachen Energie zu beschreiten. So wurden im vollbesetzten Krog verschiedene, zum Teil sehr konkrete Vorschläge entwickelt, wie man den Preissteigerungen Herr werden könnte. Das Spektrum reichte vom "bezahlten Trampen" mit eigens eingerichteten, videoüberwachten Haltestellen auf der Strecke zwischen Kappeln und Flensburg über "Infopoints" in den Gemeinden, wo man sich mittels Handy eine Mitfahrgelegenheit besorgen kann bis hin zur - in Gelting rechtlich möglichen - lokalen Versorgung bei Heizung und Elektrizität durch ein kommunales, durch heimisches Holz betriebenes Kraftwerk. Klar wurde aber auch, dass dies nicht ohne politische Rückendeckung zu realisieren ist.

Wodarg betonte, dass er sich für einen Modellversuch mit Elektroautos einsetze, der in dieser Region stattfinden und mit EU-Geldern finanziert werden solle und für den er auch schon offene Ohren bei den Flensburger Stadtwerken gefunden habe. Außerdem versprach der Bundestagsabgeordnete, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass der Spekulationshandel mit Energie eingegrenzt und der Ölhandel stärker an reale Lieferungen gebunden wird. Auch in der Bundesregierung gäbe es Überlegungen in diese Richtung, sagte Wodarg.

Die Teilnehmer der Veranstaltung machten ihrerseits deutlich, dass sie von den Bundespolitikern in Berlin auch kurzfristige Hilfe gegen die steigenden Lebenshaltungskosten erwarteten - sei es in Form "sozialer Elektrizitätstarife" oder in Form einer Erhöhung der Sozialleistungen für Geringverdienende.

Keine Kommentare